

In diesem Heft

Editorial 1044

Essay

KLAUS WEBER

Zivilcourage, Klugheit und
radikale Realpolitik –
vom Scheitern eines demokratischen Projekts 1046

Neoliberalismus – Projekt & Projektanten

THOMAS GERLACH

Die Herstellung des allseits
verfügbaren Menschen.
Zur psychologischen Formierung der
Subjekte im neoliberalen Kapitalismus 1052

BERNHARD WALPEN

Von Igel und Hasen oder:
Ein Blick auf den Neoliberalismus 1066

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

RAINER RILLING

Internet und politische Bildung 1080

MICHAEL FELDER

Verwaltungsmodernisierung,
die Transformation von Staatlichkeit
und die neue Sozialdemokratie 1090

EU – rechts & links

STEPHAN GRIGAT UND FLORIAN MARKL

Postfaschistische Normalität
in Österreich und der Siegeszug der FPÖ 1103

RAIMUND FELD

Frankreich, Frankreich:
Die rosa-rot-grüne Regierung der »pluralen Linken«
drei Jahre nach dem Regierungsantritt 1118



Grundsatzdiskussion

Graphik: Andreas Wegener-Siebenschuh

Das Interview

- ROBERT KURZ
Versuch, das Problem
an der Wurzel zu packen 1133

Feminismus

- HANNA BEHREND
Universalismus und Differenz 1156
- KATINA SCHUBERT
Kein Sozialismus ohne Feminismus
oder: Warum der theoretische
Ansatz der PDS zu dünn ist 1162

Sozialismus-Debatte

- JÖRG ROESLER
Ein Gespenst verschwand aus Europa 1166
- HARRY NICK
Im Ansatz zutreffend 1171
- CLEMENS BURRICHTER
Demokratischer Sozialismus 1173

Utopie-Geschichte

- RICHARD SAAGE
Zwischen Innovation und Regression.
Zu Ernest Callenbachs »Ökotopia«.
Notizen und Reportagen von
William Weston aus dem Jahr 1999 1179

Dokumentierte Geschichte

- KURT STERN
Französisches Tagebuch
(1.9.1939 bis 19.12.1939) 1192

Konferenzen & Veranstaltungen

- KLAUS STEINITZ
Workshop zur alternativen
Wirtschaftspolitik in Europa 1208

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1214

Bücher & Zeitschriften

| | |
|---|------|
| Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2000 (ULRICH BUSCH) | 1216 |
| Heiner Flassbeck, Anthony Giddens, Franziska Wiethold, Klaus Zwickel u.a.: Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte (HORST DIETZEL) | 1217 |
| Daniel Küchenmeister, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): ... abgegrenzte Weltoffenheit ... Zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR(I) Jürgen Hofmann, Detlef Nakath (Hrsg.): Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit (II) (STEFAN BOLLINGER) | 1219 |
| Günter Albrecht, Axel Gronemeyer, Friedrich Stallberg (Hrsg.): Handbuch Soziale Probleme (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER) | 1221 |
| Julijana Ranc: Trotzki und die Literaten Literaturkritik eines Außenseiters (MARIO KESSLER) | 1223 |
| Siegfried Lamneck, Gaby Olbrich, Wolfgang J. Schäfer: Tatort Sozialstaat: Schwarzarbeit, Leistungsmissbrauch, Steuerhinterziehung und ihre (Hinter)Gründe (ARNDT HOPFMANN) | 1225 |
| Summeries | 1228 |
| An unsere Autorinnen und Autoren Impressum | 1232 |

Editorial

Schluß mit Rot-Grün. Auch auf dem Umschlag. Vor zehn Jahren war es eine Hoffnung. Soziale Gerechtigkeit mit der Erhaltung der Umwelt zu verbinden, schien die antikapitalistische Perspektive zu weiten und für breitere Schichten wieder attraktiv zu machen.

Der sozialen Frage als Gruppenproblem der Zukurzgekommenen kann man notfalls mit etwas Glück individuell – und in bestimmten Situationen bis zu einem gewissen Grade sogar kollektiv – entkommen. Gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen hingegen – sei es durch kollabierende Atommeiler, sei es durch die Erderwärmung – helfen Eigenheim und Aktienfonds nur mäßig.

Rot-Grün verfügt heute über stabile Mehrheiten – allerdings weniger, weil es der SPD und den Grünen gelungen wäre, eine Verbindung zwischen beiden Forderungen herzustellen, und mehr wegen der Übersättigung durch Kohl und Seinesgleichen. Wie auch immer, Rot-Grün regiert, die Perspektive ist abhanden gekommen, den Grünen noch (viel) schneller als der SPD. Rot-Grün ist offensichtlich als linkes Projekt nicht machen. Kaum an der Regierung, wurde in die neue Mitte marschiert.

Milton Friedman – kampferprobter Vordenker des Neoliberalismus und damit aller Nähe zu des Marxismus oder ähnlicher Irrlehren überführten Denkern unverdächtig – dazu jüngst im SPIEGEL: »Es ist in der Tat erstaunlich, dass es linken Parteien leichter fällt, rechte Reformen durchzusetzen ... Die jetzigen Reformen in Deutschland entsprechen eigentlich perfekt den Ideen der Regierung Kohl. Und dennoch musste erst Gerhard Schröder kommen, um sie durchzusetzen.«

Handelt es sich also um die Verkommenheit einzelner Politiker, oder steckt dahinter ein strukturelles Problem? Hilft gegen den Sündenfall – egal ob er als Sirene, Teufel oder Beratervertrag daherkommt – nur die totale Verweigerung? Wird 2006 ein Innenminister, gestellt von der PDS, über das bis zum Rand gefüllte Boot laut nachdenken – und durchgefolterte Flüchtlinge zurück in Krisengebiete schicken? Und wird eine Gesundheitsministerin mit PDS-Parteibuch – in einer weiteren Runde der Gesundheitsreform – sowohl zahlungsunfähigen Kranken als auch überschuldeten Ärzten aus humanitären Gründen womöglich staatliche Sterbehilfe anbieten?

1990 war viel die Rede vom Projekt PDS als Partei und Bewegung. Mit der Bewegung wurde es nichts, dafür weicht unterdessen aus der Partei langsam die Bewegung. Ein Vorgang, den die PDS zweifellos mit den anderen Parteien gemein hat.

Trost spendend ist das nicht. Stellt man dann noch die altersmäßige Zusammensetzung der Partei in Rechnung, ist absehbar, wann der erzwungene Aufbruch von 1989/90 zu einem Wahlverein mutiert sein wird. Ob dieser dann noch gewählt werden wird, kann heute niemand mit Sicherheit sagen. Wie er regieren würde, hingegen schon.

Was tun? Die Partei neuen Typus ist am Avantgardismus, die parlamentsfixierten linken Parteien sind am Parlamentarismus gescheitert. Hatte also Francis Fukuyama 1990 mit seiner These, der Kapitalismus sei das Ende der Geschichte, doch Recht? Zumindest mit der Diagnose, wenngleich nicht mit seiner Begründung. Die müßte wohl lauten: Weil es keine Instrumente gäbe, ihn in eine sozial gerechte, ökologisch verträgliche, menschenfreundlich-kulturvolle Gesellschaft zu transformieren, weder per Avantgarde noch per Parlament. Weil etwas Drittes bisher noch keine klare Kontur angenommen habe.

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben: Eine seriöse Antwort wird viel Arbeit erfordern. Mit den alten Gewißheiten läßt sich noch trefflich aus der Nische heraus Recht haben. Politisch ist mit ihnen nichts mehr zu machen, außer ein bißchen Radau – als Grabmusik bei der Beerdigung der deutschen Linken. Die Rechte würde sogar brav applaudieren.

Mit Rot-Grün in Berlin hat die Zahl der Ungewißheiten weiter zugenommen. Für mich ist nur eines gewiß: Wenn sich die Linke nicht endgültig abmelden will (in der SPD und in den Grünen befindet sich dieser Prozeß – scheint es – in der letzten Runde; die Linken sollen nur noch als Alibi eine Rolle spielen dürfen), darf das Spektrum der Denkansätze und Partner nicht enger werden. Es muß breiter werden – selbst um den Preis, daß man sich von jenen trennt, die das Wahrheitsmonopol immer noch für einen zivilisatorischen Fortschritt und nicht für ein Relikt frühmenschlicher Religionen halten.

Schluß mit Rot-Grün. Künftig mehr Farben (darunter natürlich viel Rot und Grün). Im Januar wechselt UTOPIE kreativ den Umschlag – und von da ab jeden Monat.

JÖRN SCHÜTRUMPF

KLAUS WEBER

Zivildourage, Klugheit und radikale Realpolitik – vom Scheitern eines demokratischen Projekts



Klaus Weber – Jg. 1960, Dr. phil., Professor für Psychologie an der Fachhochschule Frankfurt; Gastprofessor für Psychologie an der Universität Innsbruck. Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Psychologie, Klinische Psychologie, Kritische Psychologie, Neofaschismus und Gewerkschaften. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: Handbuch psychologische Grundbegriffe (1998). Foto: privat.

1 Vgl. hierzu Klaus Weber: Der neue Totmacher kommt aus der deutschen Normalität, Frankfurter Rundschau vom 15. Oktober 1999.

Kolbermoor – eine normale bayerische Stadt?

Vor einem Jahr starb ein junger Mann aus Mosambik, weil ihn ein Mann aus Kolbermoor totgeschlagen hatte. Der Einheimische, der ihn sechs Wochen vor seinem Tod mit Tritten auf den Kopf malträtierte, gab bei der Polizei zu Protokoll, der andere habe ihn gereizt. Er sei nämlich ein »Neger« gewesen¹.

Kolbermoor – eine Arbeiterstadt, wie es sie selten in Oberbayern gibt, eine Stadt, die durch Baumwoll- und Tonindustrie Mitte des 19. Jahrhunderts aus dem oberbayerischen Moor gestampft wurde. Ihre Existenz gründet darauf, daß der Fluß, der heute durch die Stadt fließt, die Turbinen der neuen Industrieanlagen antreiben konnte. Die Geschichte dieser Kleinstadt wurde und wird von angesehenen Bürgern und Kleinbürgern geschrieben, Kommunalbeamten und Prokuristen der Industriebetriebe. Ihr Abscheu vor der Selbstorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter um die Jahrhundertwende und ihre Angst vor den revolutionären »Umtrieben« nach dem Ersten Weltkrieg führten dazu, daß die historische Besonderheit dieses Ortes erst langsam ins Gedächtnis dringt: Kolbermoor war bayern- und reichsweit der letzte Ort, an dem das demokratische Projekt einer kommunalpolitischen Räteregierung von Weißgardisten und reaktionären Bauern niedergeschlagen wurde. War Berlin bereits seit Ende Januar weitgehend in den Händen der Regierungstruppen und wurden durch die »Märzkämpfe« von Noskes Truppen die letzten Arbeiteraufstände niedergeschossen, so wird in München Anfang April die »zweite Räterepublik« ausgerufen, die mit der militärischen Besetzung Münchens durch Reichswehr- und Freikorpsverbände endet. In Kolbermoor dagegen hält sich der »revolutionäre Arbeiterrat« bis zum 3. Mai 1919. Was sind die Gründe für die Widerständigkeit von Menschen einer oberbayerischen Kleinstadt, die achtzig Jahre später zum Hort von Biedermännern und Rassisten verkommen ist?

»... die Gesellschaft retten«

Etwas Unglaubliches geschieht 1918 in diesem kleinen Ort: Menschen machen sich auf und bestimmen ihre Geschicke und ihre Geschichte selbst. Am Ende eines Weltkriegs, der wie alle Kriege zuvor und danach die Reichen reicher und die Armen ausgehungert zurückließ, schließen sich die Arbeiter, Bauern und Soldaten der Gemeinde Kolbermoor zusammen, um aufzuräumen mit den Verhältnissen, die den Krieg und das durch ihn verursachte Elend

ermöglichten und notwendig machten. Keine hat dies so deutlich gesehen wie Rosa Luxemburg: »Der Hauptstamm der gelernten u. technisch geschulten Arbeiterschaft Europas (...) ist ermordet, ebenso der Nachwuchs, nächste Generation; der übriggebliebene zu großem Teil verkrüppelt. Die bäuerliche Wirtschaft überall verwahrlost und heruntergekommen. (...) Eine furchtbare allgemeine Wirtsch.-Krise u. eine Welthungersnot drohen unmittelbar. Dazu: erschreckender Niedergang der Volksgesundheit, Erhöhung der Sterblichkeit, drohender heftiger Rückgang der Bevölkerung, körperliche Degeneration, Epidemien«². Und Luxemburgs Kritik an der Sozialdemokratie, die die alte politische und wirtschaftliche Ordnung, welche doch den Weltkrieg möglich machte, wieder installieren will, führt sie und ihre politischen Freunde zur Erkenntnis, daß nur eines helfen kann: »Einzig und allein großzügige radikale gesellsch. Maßnahmen auf größtem Maßstab, ohne vor Privateigentum, Profitinteresse Halt zu machen, ohne vor nationalen Grenzen Halt zu machen, können die Gesellschaft retten«³.

2 Zitiert nach Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biografie, Berlin 1996, S. 581.

3 Ebenda.

Demokratischer Sozialismus als Tagesaufgabe

Was die klügste Denkerin der Revolution vor mehr als achtzig Jahren als theoretische Überlegungen zu einer Neustrukturierung der deutschen Gesellschaft als Manuskript mit Bleistift und Tinte niederschreibt, können Georg Schuhmann, der Vorsitzende des Kolbermoorer Arbeiterrates, und seine Gefährten nicht lesen: Drei Monate nach der Niederschrift ihrer Notizen, im Januar 1919, wird Rosa Luxemburg mit Zustimmung des sozialdemokratischen Ministers Noske durch den Leutnant Souchon in Berlin erschossen und in den Landwehrkanal geworfen. Am nächsten Tag meldete die Berliner Zeitung: »Rosa Luxemburg von der Menge getötet«. Doch auch wenn Schuhmann und die Kolbermoorer Räte die Zeilen Luxemburgs nicht kennen, so zeigt deren politische Praxis, daß sie den Sinn ihrer Worte in sich tragen und daraus ihre politische Praxis schmieden. »Einzig und allein großzügige radikale gesellsch. Maßnahmen auf größtem Maßstab, ohne vor Privateigentum, Profitinteresse Halt zu machen, ohne vor nationalen Grenzen Halt zu machen, können die Gesellschaft retten«. Das von Andreas Salomon der Öffentlichkeit zum ersten Mal in seiner Gesamtheit präsentierte Beschlußbuch des Volksrats Kolbenmoor⁴ zeigt, daß die von Rosa Luxemburg geforderten großen gesellschaftlichen Umwälzungen in der alltäglichen politischen Praxis von Sozialisten Leitlinie waren und keineswegs abwegige sozialistische Spinnereien. Und das Beschlußbuch zeigt auch, daß sozialistische Alternativen möglich und durchsetzbar waren. In Kolbenmoor wurde das Projekt eines demokratischen Sozialismus zur Tagesaufgabe von Männern und Frauen, die wußten, daß sie die Mehrheit der Einwohner hinter sich hatten.

Nur großzügige radikale gesellschaftliche Maßnahmen auf größtem Maßstab können die Gesellschaft retten: Für die Kolbermoorer Räte bedeuteten diese radikalen Maßnahmen, sich in erster Linie um die Geknechteten, die Unterdrückten, die Armen und die Hungernenden zu kümmern. Die Beschlüsse der Räte sind gekennzeichnet von einer klaren Linie der Solidarität und Hilfsbereitschaft: Die am Ort notwendige Arbeit wird vor allem an Schwerbeschädigte verteilt,

4 Andreas Salomon: Auf den Spuren von Georg Schuhmann und Alois Lahn. Ein Beitrag zur Kolbermoorer Räterepublik. Kolbenmoor 2000. Mit diesem Buch liegt erstmalig ein Werk vor, das auf der Grundlage sorgfältigen Quellenstudiums der Frage nachgeht, wie die Volksräte konkrete sozialpolitische und kommunalpolitische Tagesaufgaben als sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft verstanden.

das Herbeischaffen von Nahrungsmitteln und ihre gerechte Verteilung an die gesamte Bevölkerung auf der einen Seite und strenge Maßnahmen gegen alle Wuchergeschäfte auf der anderen Seite stehen im Mittelpunkt der Entscheidungen, die die Volksräte trafen.

Ohne vor Privateigentum, Profitinteresse Halt zu machen: Daß Enteignungen nicht die Hölle auf Erden und das Böse schlechthin sind; auch das kann im Beschlußbuch des Volksrats Kolbenmoor nachgelesen werden. Diejenigen, die hungerten und froren, sollten zu essen und zu heizen haben. Aus diesem Grund wurden die Besitzer der nahegelegenen Filze enteignet, und sie wurden kleinen Pächtern übereignet, die nun zum eigenen und zum genossenschaftlichen Verbrauch in der Filze Torf stachen.⁵

5 Im Beschlußbuch des Arbeiterrats heißt es dazu lapidar: »... daß die Staatsfilze nicht mehr wie bisher an Filzeigentümer, Torfhändler und solche Personen verpachtet wird, welche die Filze nur ausbeuten, sondern daß dieselbe in kleinen Parzellen an die arbeitende Bevölkerung verpachtet werde«. Salomon, a.a.O., S. 143.

Ohne vor nationalen Grenzen Halt zu machen: Zwei Beschlüsse des Volksrats verdeutlichen, wie unsinnig den Räten nationale Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg erschienen. Da ist zum einen der Tagelöhner Biemonte, einer von vielen Kolbermoorern, die dorthin auswanderten, um Arbeit und Brot zu haben. Er stellte den Antrag, deutscher Staatsbürger werden zu können. Diesem wurde – wie es damals hieß – »ohne Erinnerung«, also ohne Einwände, stattgegeben. Kurz zuvor sollte die Gemeinde Kolbenmoor die in Böhmen geborene achtzig Jahre alte Maria Saffert auf Anordnung des Landesarmenrates Oberbayern ausweisen. Einheitlich stellte sich der Volksrat dagegen: »Eine Ausweisung erfolgt unter keinen Umständen« notierte der Schreiber und fügte hinzu, daß die frühere Heimatgemeinde lediglich wegen finanzieller Mitunterstützung der alten Frau angeschrieben werden solle.⁶

6 Ebenda, S. 142.

Lernen aus der Geschichte

Doch auch wenn die Kolbermoorer Räte mit ihren Beschlüssen ein Musterbeispiel für eine revolutionäre Realpolitik sind, einer Politik, die im Alltäglichen das Unvorstellbare, das Utopische, das Neue einer Gesellschaftsform vorwegnimmt, so bleibt die Frage, was die Arbeit Georg Schuhmanns und seiner Gefährten heute noch bedeuten kann. Mehr als achtzig Jahre nach diesem Projekt, das eine andere Gesellschaft aus dem Chaos »kapitalistischer Anarchie«, wie Rosa Luxemburg die Zustände beschreibt, zu bauen versucht, bleibt die Frage, ob wir aus der Geschichte und speziell den Ereignissen nach dem Ersten Weltkrieg etwas lernen können. Dabei soll es nicht um das Lernen gehen, das wir normalerweise durch die Schule kennen. Schule, wie es sie gibt, verhindert eher Lernen als daß sie Lust darauf machen würde. Um etwas lernen zu wollen, müssen wir in der Regel neugierig sein auf etwas. Wir sehen Teile eines Bildes und wollen wissen, wie es als Ganzes aussieht. Wir hören den Anfang einer Melodie und wollen gerne das ganze Lied hören. Und weil wir Menschen – wenn es uns in der Schule nicht verleidet wurde – eigentlich gerne musizieren, wollen wir das Lied auch singen. Ist solches Lernen auch beim Lesen, beim Studieren, beim Anhören und Anschauen historischer Dokumente möglich? An drei zentralen Begriffen möchte ich versuchen, die Ereignisse von 1918/1919 so zu verstehen, daß wir lernend an diese anknüpfen können. Überschriften sollen diese Lernfelder werden mit Begriffen, die aus der Mode gekommen sind: Zivilcourage, Klugheit und Radikalität.

Zivilcourage

Georg Schuhmann und Alois Lahn sind in Kolbermoor deshalb mit einer Gedenktafel geehrt worden⁷, weil sie stellvertretend für tausende von Menschen in ihrem Heimatort standen, die Zivilcourage als politische Haltung alltäglicher Lebensführung verstanden haben. Zivilcourage als politische Haltung verbleibt nicht im Jammern und Lamentieren über die ungerechten Zustände, um dann doch nichts gegen sie zu unternehmen. Sie versteht sich als eine kluge Kombination von Vernunft und Handeln. Dabei kennt sie die schwierigen Voraussetzungen für Veränderungen ebenso wie die unfaßbaren und kreativen Möglichkeiten, wenn sich Menschen erst einmal in Bewegung gegen das Unrecht gesetzt haben. Diese Mischung aus Pessimismus und Optimismus, die eine radikale Vernunft benötigt, wird fast prosaisch von Antonio Gramsci, dem Gründer der italienischen Kommunistischen Partei, formuliert. In einem Brief aus dem Gefängnis, in das ihn Mussolini werfen ließ und in dem er 1937 stirbt, schreibt Gramsci im Dezember 1929 an seinen Bruder Carlo: »Ich bin Pessimist aufgrund der Einsicht, aber Optimist auf Grund des Willens ... immer gewappnet mit einer grenzenlosen Geduld, die nie passiv oder untätig bleibt«⁸. Diese Eigenschaften von Zivilcourage, die sich unterscheiden von jeder Art des Anpassens und Sich-der-Macht-Unterordnens, finden wir bei Georg Schuhmann und seinen Genossinnen und Genossen ins Praktische gewendet wieder, wenn er das von den gewalttätigen Weißgardisten umzingelte Kolbermoor an die Gegner übergibt. In seiner letzten Rede vor der Übergabe spricht er mit klarer Ruhe und Gelassenheit über das gemeinsam Geleistete mit der stolzen Überzeugung, daß das mit anderen Menschen in Kooperation und Solidarität Geschaffene zwar zerstört werden wird, daß es aber in den Herzen und Köpfen der Kolbermoorer weiterleben wird. Schuhmann weiß, daß er als Volksratsvorsitzender nichts Unrechtes getan hat und stimmt doch zu, den Ort und das politische Projekt aufzugeben: »Es muß ohne Weiteres jedem klar sein, daß es sich heute um mehr handelt als früher, heute geht es um das Dasein, und da muß jeder die kleinen Entbehrungen, die der große Kampf mit sich bringt, auf sich nehmen. (...) Wir erklären uns zur Abgabe von Waffen bereit, müssen aber darauf bestehen, daß erst die aufgesetzten bäuerlichen Freikorps entfernt werden«⁹. Diese Klugheit aus Liebe zu den Einwohnern und Einwohnerinnen, die ihn über Monate unterstützten, rettet vielen Kolbermoorern das Leben. Ein Zeichen von Klugheit sei es, so der amerikanische Schriftsteller F. Scott Fitzgerald, wenn man imstande ist zu sehen, daß die Dinge hoffnungslos liegen und dennoch fest entschlossen ist, sie zu ändern. Schuhmann und seine Gefährten sind so klug, in einem für sie hoffnungslosen Moment ein sicheres Blutvergießen zu vermeiden und zu hoffen, daß die gemachten Erfahrungen bei der Bevölkerung nachwirken und revolutionäre Politik weiterhin ein Ziel für die Zukunft bleiben wird.¹⁰

Klugheit

Doch alle Klugheit und Courage der Arbeiterräte halfen Georg Schuhmann und Alois Lahn nichts. Sie mußten sterben, weil sie die Grausamkeit und Dummheit derer unterschätzten, die statt Frieden,

7 Zum Gedenken an den Volksratsvorsitzenden Georg Schuhmann und seinen Sekretär Alois Lahn wurde 81 Jahre (2000) später in Kolbermoor am Ort der Ermordung der beiden eine Granittafel mit folgendem Text eingeweiht: »An dieser Stelle wurden am 4. Mai 1919 der Kolbermoorer Volksratsvorsitzende Georg Schuhmann und sein Sekretär Alois Lahn von Weißgardisten nach schweren Mißhandlungen erschossen«. Die 1999 zum Todestag aufgestellte Tafel wurde im Januar 2000 von Neonazis zerstört.

8 Zitiert nach Ursula Apitzsch: Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens? Zur Diskussion über Antonio Gramscis Gefängnis-Briefwechsel, in: Argument 219, 1997, S. 216.

9 Rede Georg Schuhmanns am 2. Mai 1919, zit. n. Christa Landgrebe: Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im südostbayerischen Raum. Eine Fallstudie am Beispiel Kolbermoor München 1980, S. 150/51.

10 Wie wenig der Widerstandsgeist den Kolbermoorern auszutreiben war, zeigen die vielen Vorfälle in der Zeit des deutschen Faschismus: von der Gestapo vorgeladene Priester, Arbeitsniederlegungen in den Betrieben, Singen der Internationale auf der Straße und vieles mehr. Die Liste derer aus Kolbermoor, die aus politischen Gründen im KZ Dachau inhaftiert waren, umfaßt mehr als 20 Personen.

Gerechtigkeit und demokratischem Sozialismus die alten Zustände herbeiwünschten, welche den Krieg und seine unmenschlichen Folgen erst ermöglichten. »Das Menschenpack fürchtet sich vor nichts mehr als vor dem Verstand. Vor der Dummheit sollten sie sich fürchten, wenn sie begreifen würden, was fürchterlich ist.« Dieser Lehrspruch von Goethe soll an einem aktuellen Beispiel illustriert werden: Ein an Geschichte interessierter Lehrer macht sich mit Unterstützung seiner Gewerkschaftskolleginnen und Gewerkschaftskollegen daran, zum achtzigjährigen Gedenken an die Kolbermoorer Rätezeit ein Buch zu veröffentlichen. Er nutzt seinen Kopf und ordnet die gefundenen Archivstücke, um den historischen Ereignissen, die achtzig Jahre und mehr zurückliegen, so gut wie möglich auf die Spur zu kommen. Dabei entdeckt er, daß die Arbeit des Volks- und Arbeiterrates in allen bisher zugänglichen Chroniken auf einer einzigen Quelle basiert: den Notizen eines deutschnationalen Prokuristen der Kolbermoorer Baumwollspinnerei. Der Lehrer hat nicht mit denen gerechnet, die sich fürchten vor seiner Art von Vernunft, weil sie zeigen wird, wie fürchterlich beliebig diese bisher mit der Wahrheit umgingen. Als die selbsternannten Ortschronisten erfahren, daß die sie entlarvende Schrift des Lehrers in Kürze veröffentlicht werden wird, schreiben sie einen Brief an den Lehrer und verlangen, er solle das ganze Buch durch sie überprüfen lassen, damit nichts Falsches an die Öffentlichkeit dringe. Soweit diese kurze Geschichte über die Angst der Dummen vor der Vernunft. Was wir daraus lernen können ist, daß wir die Dreistigkeit und Unverfrorenheit derer nicht unterschätzen dürfen, die die Welt, so ungerecht und unmenschlich sie auch sein mag, unverändert lassen wollen.

Radikalität

»Die Welt kann nicht bleiben wie sie ist, denn wenn sie bleibt, wie sie ist, bleibt sie nicht, wie sie ist«. Erich Fried hat mit diesem dialektischen Satz ein Gedicht begonnen über den Beitrag der untätigen und passiv gemachten Menschen zur Aufrechterhaltung ungerechter Verhältnisse. Die Veränderung der Welt war in den Monaten der Kolbermoorer Rätezeit keine politische Phrase, kein Propagandagede. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Bauern und Soldaten, die sich an der Veränderung ihrer Welt beteiligten, mußten sich radikal umstellen. Die bürgerlichen Werte waren durch den Krieg diskreditiert – waren sie erkennbar und deutlich nur hohle Phrasen und heuchlerische Rederei, die keine praktischen Veränderungen und Verbesserungen nach sich zogen. Neue Werte, neue Haltungen und neue Formen der Kooperation standen auf der Tagesordnung. Diejenigen sollten nun über ihr Leben selbst bestimmen, die es tagtäglich in den Fabriken und auf dem Acker produzierten. Die Kriegsgewinnler und Profiteure des Krieges, dieser größten Unmenschlichkeit, sollten keinesfalls mehr das Recht bekommen, andere Menschen für ihren Gewinn sterben zu lassen. Und das radikale Erkennen der Ursachen und Verursacher von Krieg und Armut zieht eine radikale Änderung der Politik nach sich. Heute wird mit dem Begriff der Radikalität jeglicher grundlegende Gedanke an eine Veränderung unserer Gesellschaft, deren ungerechte Grundlagen nicht weniger, aber besser verdeckt sind als vor achtzig Jahren, denunziert. Doch

»radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst«¹¹. Als hätten die Kolbermoorer Volksräte diesen Satz von Karl Marx gekannt, unterziehen sie sich selbst, die beteiligten Menschen und damit die Ortschaft für einen kurzen Zeitraum einer radikalen Veränderung, der vielen zu einem besseren Leben verhilft und nur denen schadet, die durch Schaden an anderen reich wurden.

Was tun?

Die Frage bleibt, ob wir aus der Geschichte etwas lernen können. Wir können lernen, daß Zivilcourage, Klugheit und Radikalität Tugenden sind, die wir uns oft gegen den Strom der Zeit und gegen den Lauf der Dinge erarbeiten und beibehalten müssen. Wir können lernen, daß es in aussichtslosen historischen Situationen darauf ankommt, solidarisch und kooperativ mit List und Gelassenheit die Zukunft in Angriff zu nehmen. Und wir können lernen, daß die Welt anders sein kann als sie ist und daß gesellschaftliche Veränderung nicht alleinige Sache der großen Politik ist, sondern tagtäglich in der alltäglichen Lebenspraxis gemacht werden muß. Nur dann ist Veränderung ein gemeinsames demokratisches Projekt, in dem jede/r von uns fähiger wird, »die Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen, um wissender, denkender, mutiger, kurz: handlungsfähiger«¹² zu werden. In Zeiten der fortschreitenden Enteignung des politischen Willens und der Zerstörung demokratischer Willensbildung durch die rotgrüne Regierung und die Inszenierung von Politik als mediales Event kann aus der Geschichte der Räte auch gelernt werden: Es gab eine Alternative zur bürgerlichen parlamentarischen Demokratie und es gab das Projekt einer radikalen Realpolitik, die nicht an eigenen Fehlern scheiterte. Von diesem Projekt lernen und andere davon lehren und sich gemeinsam klüger machen und mit anderen sich auf den Weg machen, um tätig und denkend die Welt zu verändern – das könnte eine Lehre sein, die wir der Rätezeit – nicht nur in Kolbenmoor – zu verdanken haben. Zu hoffen ist, daß es dann in naher oder ferner Zukunft heißen wird: Etwas Unglaubliches geschieht in diesen kleinen Orten: Menschen machen sich auf und bestimmen ihre Geschicke und ihre Geschichte selbst ...

11 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1963, S. 385.

12 Frigga Haug: Ein Denkmal für Rosa Luxemburg, in: UTOPIE kreativ, Heft 113, (März 2000), S. 216.

THOMAS GERLACH

Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen. Zur psychologischen Formierung der Subjekte im neoliberalen Kapitalismus



Thomas Gerlach – Jg. 1961; Diplom-Psychologe. Studium in Bremen, Abschlußarbeit zum psychologischen Gehalt der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, zur Zeit in einer Behinderteneinrichtung tätig. Seit 1999 Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen. Der vorliegende Beitrag ist die leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem Kongreß »This is not a Lovesong – Radikale Linke & Psychologie heute« am 6. Juli 2000 in Berlin. Foto: privat.

1 Die Kritische Psychologie entstand im Zuge gesellschaftlicher Emanzipationsbewegungen am Ende der sechziger Jahre an der Freien Universität Berlin. Sie wendet sich gegen die gesellschaftliche Funktion traditioneller Psychologie als Anpassungs- und Herrschaftswissenschaft und beansprucht, eine grundle-

In bewußter Opposition zur traditionellen psychologischen Theoriebildung, die zumeist von allen gesellschaftlichen und historischen Bezügen losgelöste Vorgänge »in« den Menschen erforschen will, konzeptualisiert die Kritische Psychologie¹ ihren Gegenstand als Aspekt des Mensch-Welt-Zusammenhangs und muß sich demzufolge mit den konkreten Bedingungen auseinandersetzen, unter denen Menschen leben. Dieser Anspruch beinhaltet notwendig die Analyse der vielfältigen Bestrebungen zur Vereinnahmung der Menschen durch herrschende Instanzen, die Auseinandersetzung mit den ideologischen Kampagnen zur Durchsetzung herrschender Interessen auf dem Weg der Beeinflussung gesellschaftlicher und individueller Denkweisen wie Befindlichkeiten.

Über die psychischen Auswirkungen derzeit herrschender Verhältnisse schreibt *Eduardo Galeano*: »Es ist ein System, das die Menschen zur Einsamkeit, zur Angst, zur Hoffnungslosigkeit und zu Beklemmungen verurteilt. Es zerstört die solidarischen Beziehungen zwischen den Menschen. Es zwingt uns, die anderen als Feinde zu betrachten. Es überzeugt uns, daß das Leben eine Rennbahn ist, auf der es wenige Gewinner und viele Verlierer gibt. Es ist ein System, das die Seele vergiftet.«²

Die Entstehung dieses »Systems« ist das Ergebnis der neoliberalen Restauration eines »von allen Beißhemmungen befreiten Kapitalismus«³, dessen Funktionieren nicht nur eine veränderte Ökonomie erfordert, sondern auch Menschen mit bestimmten psychischen Eigenschaften. *Neoliberalismus kann verstanden werden als politisches Projekt kapitalistischer Eliten, das die Wiederherstellung der unbeschränkten Autonomie der Besitzer von Geld- und Produktivvermögen zum Ziel hat.* Eine Koalition aus transnationalen Konzernen, Finanzkapital und oberer Mittelschicht setzt mit regierungsamtlicher Hilfe ein allein an der Renditeerwartung der »shareholder« orientiertes Modell der ökonomischen Modernisierung durch und betreibt mit Lohnsenkungen und dem Abbau von Sozialleistungen zum einen, der Privatisierung öffentlichen Eigentums und immer neuen Steuergeschenken für Konzerne und Vermögende zum anderen eine groß angelegte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.

Im Ergebnis kommt es zu riesigen Kapitalkonzentrationsprozessen auf dieser und einer bedrückenden Massenarbeitslosigkeit auf jener Seite: Achtzehn Millionen Europäerinnen und Europäer, zu denen nach Prognosen von Weltbank und OECD in den nächsten

Jahren noch fünfzehn Millionen hinzukommen sollen, sind von jeder Erwerbsarbeit ausgeschlossen und entgegen allen regierungsoffiziellen Zwecklügen nach dem Muster »Halbierung der Arbeitslosigkeit bis dann und dann« besteht auf herrschender Seite keinerlei Bereitschaft zur Verbesserung dieses Zustands. Im Gegenteil: Sogenannte Vordenker wie der frühere US-Präsidentenberater *Brzezinski* gefallen sich im Verkünden zynischer »Visionen« von der zukünftigen »20 : 80 Gesellschaft« – 20 Prozent mehr oder weniger gut Verdienende, die ausreichen sollen, um Produktion und Absatz zu gewährleisten und 80 Prozent Arbeitslose, die mit »tittytainment« bei Laune gehalten werden sollen, einer Mischung aus Almosen und primitiver Massenunterhaltung.⁴

Neben der Zahl der Arbeitslosen wächst die der arbeitenden Armen, die zum Teil auch mit mehreren »Beschäftigungen« nicht genügend Geld zum Überleben verdienen. Insgesamt gelten 50 von 370 Millionen Europäern als arm, darunter sieben Millionen in der BRD, während zugleich – nach einem UNO-Bericht – die 350 »globalen Milliardäre« genauso viel besitzen wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit zusammen.⁵

Zusätzlich zur ökonomischen Polarisierung erfolgt ein massiver Abbau demokratischer und sozialer Rechte. Institutionen, die – zumindest dem Wesen nach – politische Kontrolle und organisierte Interessenvertretung ausüben, wie Parlamente und Gewerkschaften, werden geschwächt und gesellschaftliche Alternativen – einschließlich sozialstaatlicher Kompromisse – diskreditiert.

Wenngleich sich diese Beschreibung fortsetzen ließe, drängt sich bereits hier die Frage auf, warum die Betroffenen das alles mitmachen. Und zwar nicht etwa widerstrebend, sondern scheinbar fügsam und ohne Gegenwehr.⁶ Die Kritische Psychologie erfaßt solche Prozesse des Sich-Einrichtens in schlechten Bedingungen mit dem Begriff der *restriktiven Handlungsfähigkeit*, wonach den Menschen ein widersprüchliches, letztlich selbstschädigendes Arrangement mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen als einzig mögliche Art der Lebensführung erscheint. Die Handlungsalternative des politischen Zusammenschlusses mit anderen in gleicher Lage bleibt weitgehend ungenutzt, das Wissen um die eigene Beteiligung an der Aufrechterhaltung der allgemeinen, damit auch der eigenen Unterdrückung und der Unterdrückung anderer wird verdrängt.⁷ Den Grundbegriff der restriktiven Handlungsfähigkeit als Zentralkategorie kritisch-psychologischer Theoriebildung hat *Klaus Holzkamp* zu Beginn der achtziger Jahre herausgearbeitet, um »formationsspezifische Erscheinungsformen menschlicher Subjektivität in der bürgerlichen Gesellschaft«⁸ zu analysieren. Diese befand sich damals allerdings noch in einem sozialstaatlich reformierten Zustand, in welchem eine Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse erreicht werden konnte. Die Funktionsprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise als einem Ausbeutungs-, Herrschafts- und Gewaltverhältnis waren zwar keineswegs außer Kraft gesetzt, doch schien die Unterstelltheit der Menschen unter die Verwertungsinteressen des Kapitals auch ihre eigenen Lebensansprüche zu gewährleisten: Lohnerhöhungen und Sozialleistungen sicherten die Funktionalität restriktiver Handlungsfähigkeit ab, den »kleinen Leuten«

gende Neuformulierung der Psychologie zu erarbeiten. Als Ergebnis der umfangreichen Forschungstätigkeit ihrer Protagonisten, insbesondere ihres Begründers *Klaus Holzkamp*, liegt heute das weitgehend geschlossene Gebäude einer marxistischen Subjektwissenschaft vor. Obwohl sie einen wichtigen und sinnvollen Ansatz darstellt, sieht sich die Kritische Psychologie seit ihrer Entstehung massiven Angriffen des akademischen Establishments und der Ministerialbürokratie ausgesetzt und ist inzwischen – nachdem sie in den siebziger und achtziger Jahren eine gewisse Bedeutung erlangt hatte – weitgehend marginalisiert.

2 Eduardo Galeano: Ich weigere mich, eine Ware zu sein, in: Neues Deutschland vom 18. Juli 1997.

3 Oskar Negt: Neuzugänge zum Marxschen Denken, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 30, (1997), S. 38.

4 Vgl. Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle, Reinbek 1997, S. 10ff.

5 Vgl. Zygmunt Bauman: Globalisierung oder: Was für die einen Globalisierung ist für die anderen Lokalisierung, in: Das Argument, Nr. 217 (1996), S. 659.

6 Festzustellen ist ein »die Gesellschaft durchziehender Resignationsprozeß ... Es mutet schon gespenstisch an, wie es der radikale Neoliberalismus fertigbringt, seine Prinzipien in den Seelen zu verankern, so daß viele seiner Opfer selbst dann noch für ein Wirtschaftswachstum mitfiebern, wenn dessen Gewinne zu ihren Lasten nur einer Wohl-

standsschicht zufließen. (...) Die Benachteiligten fühlen sich mitverantwortlich, das von oben bewirkte Auseinanderbrechen der Gesellschaft zu verschleiern, indem sie die steigenden Unternehmensgewinne und die explodierenden Dividenden, von denen für sie nichts abfällt, in einer selbstentfremdenden Identifizierung mit den Mächtigen hinnehmen«. Dieses Zitat schrieb die Tageszeitung *Neues Deutschland* in ihrer Ausgabe vom 30. Mai 1998 irrtümlicherweise der Schriftstellerin *Gabriele Wohmann* zu. Die tatsächliche Herkunft konnte (bisher) nicht ermittelt werden.

7 Vgl. Klaus Holzkamp: *Grundlegung der Psychologie*, Frankfurt/M., New York 1983, S. 374ff.

8 Ebenda.

9 Herbert Schui: *Neoliberalismus: Das moderne Projekt der Gegenaufklärung – Nachfragerestriktion: Das Hemmnis des entwickelten Kapitalismus*, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Heft 31, (1997), S. 31.

10 Roman Herzog: *Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Berliner Rede vom 26. April 1997*, in: Manfred Bissinger (Hg.): *Stimmen gegen den Stillstand. Roman Herzogs »Berliner Rede« und 33 Antworten*, Hamburg 1997, S. 14.

11 Karl Marx: *Das Kapital*, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 765.

sei es »noch nie so gut gegangen wie heute«, wurde Kritikern der Verhältnisse entgegeng gehalten.

Neoliberales Krisenmanagement: Bewußtseins- statt Besitzstands- bildung

Angesichts zunehmend schlechter Lebenschancen werden derart optimistische Sichtweisen seltener, womit aber zugleich ein Instrument zur Herstellung politischer Loyalität seine Wirksamkeit verliert und sich aus herrschender Sicht die Frage stellt, mit welchen Mitteln eine solche Loyalität aufrecht erhalten werden kann, wenn die materiellen Zugeständnisse, mit denen sie im sozialstaatlichen Kapitalismus einst begründet wurden, weitestgehend zurückgenommen werden. Dem Prinzip nach ist es dann nur logisch, daß – wenn die Teilhabe der Bevölkerung am gesellschaftlichen Reichtum so gering wie möglich ausfallen soll – außerwirtschaftliche Faktoren erforderlich werden, um einer potentiellen Legitimationskrise entgegenzuwirken. »Der Neoliberalismus ist darauf angewiesen, die Treue zu seiner Politik und zum System durch sogenannte Sinnstiftung, Betonung von Identität und Identifizierung, also durch nachdrückliche Bewußtseinsbildung zu gewährleisten.«⁹ Folgerichtig geht es im Diskurs der herrschenden Elite ständig um einen »dringend notwendigen Mentalitätswandel«, das heißt um die Etablierung bestimmter psychischer Verfaßtheiten. Ein bekanntes Beispiel ist die »Ruck-Rede« des früheren Bundespräsidenten *Herzog*, die explizit psychologisch argumentiert. »Was ist los mit unserem Land? Im Klartext: Der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression – das sind die Stichworte der Krise.«¹⁰ Nicht etwa Arbeitslosigkeit, Umweltvergiftung oder militärische Hochrüstung erscheinen hier als Problem, sondern »wir selbst«, die wir zu unflexibel, zu langsam, von einer »unglaublichen mentalen Depression« erfaßt sind. Wir denken falsch, sind zu pessimistisch, Motivationslagen und Beziehungsformen lassen zu wünschen übrig und nach erfolgter Feststellung dieser »Defizite« werden die Eigenschaften verkündet, die wir statt dessen aufweisen sollen: »Mut«, »Risikobereitschaft«, »Leistungsfähigkeit«, »Flexibilität«.

Nun ließe sich zu Recht einwenden, daß Präsidentenreden allein keine psychischen Dispositionen verändern. Um dies zu erreichen, müssen ihre Botschaften für die Lebensprobleme der Menschen funktional sein, oder zumindest den Anschein einer solchen Funktionalität erwecken. Der neoliberale Diskurs knüpft seine Denkangebote daher an den »stummen Zwang der Verhältnisse«¹¹. Seine Adressaten sind mehrheitlich keine unbefangenen Menschen, denen man unverbindliche Vorschläge zur Gestaltung ihrer Lebensbedingungen vorlegt. Vielmehr werden Menschen, die in existentieller Hinsicht unter Druck stehen und die man mit dem Schüren zusätzlicher Ängste noch mehr unter Druck zu setzen versucht, massiver massenmedialer Beeinflussung ausgesetzt. Ängste dieser Art reduzieren Reflexions- und Kritikfähigkeit und befördern den Wunsch nach einfachen Erklärungen für die bedrohliche Situation, in der man sich befindet, Erklärungen, die der neoliberale Diskurs dann selbst liefert.

Standort gegen Standort: »Globale Bedrohung« und »nationale Chance«

Die jüngere Geschichte neoliberaler Kampagnen beginnt mit der Rede vom bedrohten Standort. »Der Gedanke ist bestechend einfach: Das Kapital strebt in Regionen, in denen die Verwertungsbedingungen am günstigsten sind. Um es hier zu halten – und damit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen – muß man daher die Kapitalverwertungsbedingungen fördern.«¹² Diese Logik eröffnet das Rennen um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Schutzbestimmungen, mit anderen Worten: Um die asozialsten Lebens- und Arbeitsbedingungen. Um diesen zu Akzeptanz zu verhelfen, entwirft der neoliberale Diskurs das Bedrohungsszenario eines als unausweichlich gesetzten *Globalisierungsschicksals*. Darin hätten es – wie eine nimmermüde »Standortdiagnostik« verkündet – die europäischen »Standorte« besonders schwer, denn sie seien gleichermaßen von »asiatischen Verzichtsgesellschaften« wie »nordamerikanischer Marktvernunft« bedroht.

Folglich ist eine Rettung des Standorts in seiner gegenwärtigen Verfassung keinesfalls möglich, kann aber für den Fall radikaler Veränderungen dennoch in Aussicht gestellt werden, denn der »globalen Bedrohung« stünden »nationale Chancen« gegenüber. So forderte Bundeskanzler *Schröder* zu Zeiten seiner Kandidatur die Deutschen auf, sich zu entscheiden, ob sie »im Prozeß der Globalisierung Hammer oder Amboß« sein wollten und ließ umgehend die Verordnung seiner »Therapie« folgen:

Wer zum Globalisierungshammer werden will, muß einsehen, »daß Innovationsfähigkeit im Kopf anfängt«¹³ und künftig seien alle gesellschaftlichen Bereiche, auch solche wie Bildung oder Gesundheit, im Licht ihrer »Standorttauglichkeit« zu betrachten. So sollen Universitäten nach ihrem Umbau zu einer »wirtschaftsnahen Forschungslandschaft« keine Erkenntnisprozesse mehr organisieren, sondern die Lieferung verwertungsgerecht aufbereiteten »Humankapitals« besorgen und in den als »profit-center« gegeneinander konkurrierenden Krankenhäusern verkaufen als »Unternehmer« tätige Ärzte ihren früheren Patienten, die dann Kunden heißen, die in Warenform erhältliche Gesundheit.

Die Begriffe »Diagnostik« und »Therapie« werden hier keineswegs zufällig verwendet. Der neoliberale Diskurs ist durchzogen von *pseudomedizinischen* und *pseudopsychologischen* Begriffen. Da gibt es Betriebe, die sich »gesundschrumpfen«, Fieberkurven, die die »Krankheit der Arbeitslosigkeit« darstellen und davon Befallene, die »am Tropf der Sozialversicherung« hängen. Mit Behauptungen wie »Investoren« würden Deutschland »wie die Pest meiden« wird der Eindruck tödlicher Bedrohung zu wecken versucht, und die Ungänglichkeit einschneidender Maßnahmen suggeriert.

Den Wortführern der Debatte geht es darum, die neoliberale Marktgläubigkeit als vorgeblichen »Sachzwang« ins öffentliche Bewußtsein zu transportieren. Was im Namen von Standort und Globalisierung geschieht, erscheint nicht als Resultat interessengeleiteten Handelns, sondern als unausweichliches Wirken anonymer Mächte und steht außerhalb der Kritik, da lediglich das ohnehin Unvermeidliche exekutiert wird.

12 Hans-Jürgen Podszusweit: Zur Logik der Standortpolitik, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 25 (1996), S. 188.

13 Gerhard Schröder: Gegen den Luxus der Langsamkeit, in: Manfred Bissinger (Hg.): Stimmen ..., a.a.O., S. 206 und 208.

Neben den pseudomedizinischen Metaphern sind auch solche aus dem Sportbereich beliebt. Die Menschen müßten »fitgemacht« werden für den »gesunden Wettkampf« der Weltmarktkonkurrenz. Deutschland müsse ein »Fitneßprogramm« absolvieren, um weiter in der »Weltklasse« oder in der »ersten Liga« spielen zu können, während Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit den »Standort in die Kreisklasse zu stürzen« drohen. Die Begriffskostümierung vermischt zwei verschiedene Botschaften: Einerseits wird die »gesunde Härte« des durchtrainierten Athleten gepriesen, dem »der Sieg« als Lohn für Anstrengung und Verzicht winkt, andererseits werden Betriebsschließungen und Massenentlassungen zum fröhlichen Gesellschaftsspiel verniedlicht.

Prüft man den Wahrheitsgehalt der Katastrophendiagnose, stellt man schnell erhebliche Widersprüche zur tatsächlichen Lage fest. Deutschland ist nach wie vor Exportweltmeister, Banken und Konzerne machen riesige Gewinne und sind in den letzten zwanzig Jahren immer wieder steuerlich entlastet worden. Dennoch »erlaubt es die Standort-Rhetorik, ein Mangel- und Bankrottszenario aufrechtzuerhalten und kaum jemand fragt, warum nicht Gewinne und Renditen besteuert werden, sondern Kinder- und Arbeitslosengeld«¹⁴. Es soll eine Denkweise etabliert werden, die auf Abwanderungsdrohungen der Kapitaleseite reflexartig mit »freiwilligem« Verzicht auf eigene Lebensansprüche reagiert. Es geht darum, »den Armen klarzumachen, daß es ihnen besser gehen wird, wenn sie den Reichen auch noch etwas abgeben«¹⁵.

Spardebatten in einem reichen Land – »Schlankheit«, »Fitneß« und Zynismus

Wer jegliche Form von Sozialstaatlichkeit zerschlagen will, muß neben der Formierung von Denkstrukturen auch die Überwindung emotionaler Barrieren organisieren, die einer massiven Verunsicherung der Lebensverhältnisse entgegenstehen. Eine in Permanenz geführte »Spardebatte« behauptet mit Verweis auf vorgeblich »leere Kassen«, daß der Sozialstaat zur Standortbedrohung geworden und »nicht mehr finanzierbar« sei. Er habe sich zu einem »Versorgungsstaat« entwickelt, den »wir« uns nicht mehr leisten könnten. »Nächstenliebe« sei »verstaatlicht« worden und müsse nun als »sozialer Wildwuchs« auf ein standorttaugliches Maß zurückgeschnitten werden. Gefordert werden »Mut statt Angst«, »Eigeninitiative statt Anspruchshaltung« und »Leistung statt Sozialgejammer«.

Auch hier werden individuelle Defizite diagnostiziert. *Herzogs* »Ruck-Rede« bescheinigt uns emotionale Fehlhaltungen: »Wir« sind nicht nur »unflexibel« usw., sondern von einer »deutschen Krankheit« namens Angst befallen. Anstatt »in klaren Sätzen zu sagen, was Sache ist, gefallen wir uns in Angstszenerien« und müssen folglich mit dem Schlimmsten rechnen, denn »eine von Ängsten erfüllte Gesellschaft wird unfähig zu Reformen und damit zur Gestaltung der Zukunft«¹⁶. Die Methode besteht hier darin, »uns« die Ängste, die als Reaktion auf die pausenlos von herrschender Seite beschworenen Bedrohungsszenarien durchaus angemessen sind, auch noch zum Vorwurf zu machen. »Wir« sind die Ursache des Problems und haben deshalb das Büßergewand völliger Anspruchslosigkeit

14 Clemens Knobloch: Standort-Rhetorik; <http://www.bdwi.org/bibliothek/knobloch.htm>.

15 Ebenda.

16 Roman Herzog: Aufbruch ins 21. Jahrhundert ..., a.a.O., S. 15.

überzuziehen und mit Leistung plus Lohnzurückhaltung um Vergeltung für »unsere« Sünden zu betteln.

Frappierende Beispiele dieser Argumentationslogik liefert eine demokratie- und sozialstaatsfeindliche Kampfschrift mit dem Titel *Wir Zukunftsdiebe*. Die Autorin *Heidi Schüller*, eine ehemalige olympische Leichtathletin gehörte 1994 zum Schattenkabinett des damaligen Kanzlerkandidaten *Scharping*. Sie betreibt in ihrem Buch eine teils inquisitorisch wirkende Fahndung nach »Dieben jugendlicher Zukunft«, zu denen vor allem »die Rentner« gehören, die als »überbordende Altlasten« (...) »die Überfrachtung der unter 40jährigen«¹⁷ herbeiführen. Anschließend wird die Frage aufgeworfen, was »verantwortliche Eltern« tun müssen, »um die ahnungslosen Wohlstandskinder aus ihren paradisischen Sozialstaatsträumen wachzurütteln«¹⁸.

Sollte dieser Weckruf mißlingen, steht uns auch hier der Untergang bevor, denn es wurde »schon viel zu lange in die Wohlbefindlichkeit der alten Wählermehrheiten« investiert, »statt in die Zukunftssicherung für die junge Generation«¹⁹. Um sich die Stimmen der »Alten und Hinterbliebenen« zu sichern, wird »aus wahltaktischem Kalkül der Seniorenpark errichtet und nicht das kostenlose Internet-Café für die Kids«²⁰. Demokratie ist »ständig auf der Suche nach gratismutigen Gesetzen«²¹ und »selbst jetzt, wo uns der Kittel brennt, wo das deutsche Wohlstandshaus in Flammen steht, polieren sich unsere Feuerwehrmänner ... noch immer eitel die Goldknöpfe ihrer Uniformen und stehen sich gegenseitig aus ideologischen Nickeligkeiten auf dem Wasserschlauch«²².

Man sieht: Nicht nur Sozialstaatlichkeit, auch Demokratie wird mit der Sparparole bekämpft. Dabei handelt es sich um eine schwierige Aufgabe, war doch Demokratie bislang ein hochbesetzter Begriff. Um nun das lange Gepriesene in den Dreck zu treten, bedarf es schon einiger Anstrengung, doch werden angesichts des Schreckensbildes eines »brennenden deutschen Wohlstandshauses« sicher nicht wenige einsehen, daß nun endlich die große Feuerwehrkoalition her muß, deren Einheitsvernunft den zukunftsvernichtenden Flächenbrand der »Anspruchsinflation« austritt. Opposition dagegen muß als unterlassenes Löschen verschwinden. »Wer heute noch nicht begriffen hat, daß Umverteilung allein nicht reicht, sondern ganz konkreter Verzicht auf Sozialleistungen ... gefordert werden muß, lebt außerhalb der Realität – der ist nicht nur nicht regierungsfähig, sondern noch nicht einmal oppositionsfähig. Es geht nicht mehr nur um Kostenreduzierung und Renditeüberlegungen, sondern auch um einen Mentalitätswandel. Es geht um die Rückkehr einer pathologisierten Jammergesellschaft zu einer ... leistungsbereiten und leistungsbelohnenden Gesellschaft. Das wird ein Herkulesakt für unsere vergreisende Demokratie.«²³

Um diesen Akt voranzubringen, erhebt *Schüller* die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitspflicht, damit »alle ihren Beitrag leisten ... jeder, bis auf Hilflöse, *Schwerst*ranke, Kinder und Greise sowie Mütter in der Erziehungsphase«²⁴. »Nur« *Schwerst*ranke gelten der Autorin, die der Klappentext ihres Buches als ehemalige Ärztin ausweist, die »freiwillig aus dem medizinischen Betrieb ausgeschieden« ist, offenbar als arbeitsfähig.

17 Heidi Schüller: *Wir Zukunftsdiebe*, Berlin 1997, S. 8.

18 Ebenda, S. 9.

19 Ebenda, S. 41.

20 Ebenda, S. 43.

21 Ebenda, S. 50.

22 Ebenda, S. 16.

23 Ebenda, S. 125.

24 Ebenda, S. 22.

25 Bei den Erfindern dieser »schlanken Linie« aus den Reihen des Toyota-Konzerns klang das bereits Ende der siebziger Jahre so: »Die Achtung der Menschenwürde, wie Toyota sie versteht, bedeutet wertlose, parasitäre Menschen, die besser nicht da wären, aus der Belegschaft auszumerzen ... Um Parasitismus und überflüssige Verrichtung auszurotten, ist eine durchgehende Standardisierung notwendig ... Wenn nämlich die Arbeit selbst eintönig und einfach ist, wird es leicht, die Existenz parasitärer und überflüssiger Menschen ... festzustellen. Auf diese Weise hat Toyota eine Atmosphäre geschaffen, die die Teilnahme der ganzen Belegschaft an der Ausmerzung parasitärer Elemente ermöglicht und mit der Achtung der Menschenwürde das Streben nach Rationalisierung verbindet.«
T. Shimizu: Wirtschaftliche und humane Aspekte eines Systems zur Produktionssteuerung in der japanischen Automobilindustrie, in: Rolf Wunderer (Hg.): Humane Personal- und Organisationsentwicklung, Berlin 1979, S. 329f.

26 Vgl. Wolfgang Näser: Nachträge und Dokumentation zum Sparpaket und zum Sozialabbau in der Bundesrepublik; <http://staff-www.uni.marburg.de/naeser/pr04b.htm>.

Eine herausragende Rolle bei der gegenwärtigen Brutalisierung der Lebensverhältnisse spielt die Verknüpfung von Sozialstaatskritik mit der erwähnten Schlankheits- und Fitneßrhetorik. Der Staat wird mit Verfettung und Verweichlichung konnotiert, Maßnahmen, die Sozialleistungen reduzieren, werden als heilsame Medizin dargestellt. Daß dabei Menschen in Armut und Obdachlosigkeit getrieben werden, gilt wegen der »vielen Sachzwänge« leider als unvermeidlich.

Um das »Fett« der Sozialstaatlichkeit zu bekämpfen, müssen Betriebe, der Staat und die Emotionalität der Menschen »verschlannt« werden. Letztere soll – nach ihrer Befreiung von moralischem Ballast – auf eine verwertungspraktisch kanalisierbare Begeisterungsfähigkeit für nationale Interessen und betriebliche »Visionen« abmagern.²⁵

Die »Schlankheits«-Rhetorik gehört zum umfassenden Komplex neoliberaler Zynismen, in denen Menschen allein unter dem Aspekt ihrer ökonomischen Verwertbarkeit vorkommen und die eine völlige Gleichgültigkeit gegenüber der Not anderer propagieren, wie beispielsweise in Form der Parole: Wer Sozialhilfe beziehe, sei »nicht arm«. Die Frage, was es eigentlich bedeutet, von den erbärmlich niedrigen Sozialhilfesätzen leben zu müssen, taucht nicht auf. Das Zynische der Parole liegt vor allem darin, daß Sozialhilfeleistungen selbst im offiziellen Verständnis nur das Existenzminimum abdecken. Wer bestreitet, daß es sich dabei um einen Zustand des Armseins handelt, verortet diesen also noch darunter und verwechselt Armut offenbar mit Verhungern.

Andere Zynismen treten als geheucheltes Mitleid auf, um benachteiligte Menschen zu verhöhnen. Der frühere Sozialminister *Blüm* versicherte denjenigen, die nicht einmal mehr ein Dach über dem Kopf haben, es sei »wahrhaft keine Schande, auch mal unter Brücken zu übernachten«, als sei Obdachlosigkeit eine Art Abenteuerurlaub.²⁶ Tatsächlich geht es darum, den Skandal der Wohnungslosigkeit inmitten des protzig zur Schau gestellten Reichtums einer Minderheit als fraglos zu akzeptierende Normalität darzustellen.

Letztlich resultiert der Zynismus der Spardebatte aus dem Umstand, daß diejenigen, die selbst lebenslänglich abgesichert sind, denjenigen, die in ständiger Zukunftsangst leben, mit der perfiden Rede von der »Vollkaskotalität« das zutiefst menschliche Bedürfnis nach Sicherheit und Verlässlichkeit auch noch zum Vorwurf machen und gerade von Menschen in den unsichersten Lebenslagen »Mut zum Risiko« fordern.

Menschen als »Wohlstandsmüll« – Die Armen als Schuldige am Elend der Reichen

Im nächsten Schritt werden die Opfer zu Projektionsfiguren. Es beginnt die Debatte um den »Sozialmißbrauch«, die behauptet, es gäbe eine massenhafte Inanspruchnahme sozialer Leistungen durch nicht bezugsberechtigte Personen, was aufgrund »leerer Kassen« nicht mehr »hingenommen« werden könne und dem mit Leistungskürzungen und scharfen Kontrollen zu begegnen sei. Die Mißbrauchsdebatte verleiht dem Gesamtprozeß diskursiver Subjektformierung erst ihre eigentliche Praxisrelevanz, indem sie die Wirkung der Standort- und Sparparolen auf die Ebene der zwischenmenschlichen

Beziehungen transportiert. Dort müssen sich formierte Denkweisen und Befindlichkeiten als gesellschaftliche Praxis manifestieren, um die gewünschten Ergebnisse hervorzurufen.

Und auch die Mißbrauchsdebatte bedient sich zynischer Diffamierungen, wobei vor allem die Rede von den »Sozialschmarotzern« als Kampfbegriff fungiert. Als solche gelten Arbeitslose, Sozialhilfempfeänger, chronisch Kranke und Rentner, aber auch »Scheinstudenten« und Alleinerziehende, die vorgeblich ein arbeitsfreies Leben auf Kosten der Allgemeinheit führen wollen. Auch hier geht es um die Beschuldigung der Opfer, wie in Ex-Kanzler *Kohls* Metapher vom »kollektiven Freizeitpark«, die den Zwangsurlaub der Arbeitslosen zum wonnigen Sonntagsvergnügen verdreht und ihnen zusätzlich zu Existenzangst und Selbstwertverlust auch noch Scham und Schuldgefühle aufnötigt.

Ein besonders offenes Bekenntnis zum Wohlstandschauvinismus lieferte der Vorstand des Nestlé-Konzerns, *Maucher*, mit seiner Lesart neoliberaler Wirtschaftsethik, nach der es sich bei Arbeitslosen, Alten und Kranken um »Wohlstandsmüll« handelt, wobei er aber gütig betonte, »daß wir genug Geld haben, diejenigen zu unterstützen, die wirklich alt, krank oder arbeitslos sind« und es »in Kauf nehmen müssen, daß wir einen Teil der Bevölkerung durchfüttern«²⁷. Die Parole »Almosen statt Sozialstaat« wird hier gefährlich zugespitzt: Wer Menschen zu »Müll« erniedrigt, macht nicht nur deutlich, daß die Unterstützung der »Überflüssigen« vom eigenen Wohlwollen abhängig ist und jederzeit eingestellt werden kann. Es geht nicht nur um die Androhung unterlassener Hilfeleistung. Das Vorhandensein von Müll fordert nicht Passivität und Duldung, sondern verlangt Ärmelaufkrepeln und Fegen. Müll muß weg. Die Behauptung, in Person der Arbeitslosen, Kranken und Alten werde »Müll« von »uns« durchgefüttert, bedeutet: »Wir können auch anders«. »Wir« können »denen« nicht nur die Unterstützung entziehen, wir können sie auch wie Müll beseitigen. Daß diese Schlußfolgerung unausgesprochen bleibt, gehört zum Kalkül. Der Brandstifter überläßt sie seinem Publikum, das für selbstgedacht und selbstgewollt hält, was ihm täglich souffliert wird.

Nachdem sich Konzernlenker *Maucher* dergestalt erklärt hatte, wollte der damalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern *Seite* (CDU) nicht zurückstehen und teilte US-amerikanischen Wirtschaftsvertretern mit, in »seinem« Bundesland gäbe es einen »gesellschaftlichen Bodensatz von 20 Prozent an reformunwilligen und schwachen Menschen«²⁸. Die Kriterien für die Feinderklärung werden erweitert. Zielt *Mauchers* »Wohlstandsmüll« mit der Meßlatte ökonomischer Verwertbarkeit auf die Dehumanisierung aller, die als »Humankapital« keine Maximalprofite abzuwerfen versprechen, addiert *Seite* mit »Reformunwilligkeit« die Frage der Systemloyalität hinzu. Als »Bodensatz« gilt, wer Kritik am Bestehenden äußert und eine »Reform« genannte Politik des sozialen Kahlschlags ablehnt.

Im gleichen Sinn kommen noch weitere Zynismen zum Einsatz: So sind auch »Belegschaftsaltlasten« Menschen, die das Kapital eigentlich nicht mehr braucht, sie sich aber doch noch als »Rationalisierungsreserve« hält, bis sie den Verwertungsprozeß soweit stören, daß sie als »Investitionshemmnisse abgewickelt«, also entlassen

27 Stern, Nr. 47, vom 14. November 1996, S. 172.

28 Neues Deutschland, vom 14. Februar 1998.

werden, um dann in der »Warteschleife« (das bedeutet Arbeitslosigkeit) als »Unterprivilegierte« das Leben von Menschen zweiter oder dritter Klasse zu führen. Ähnliches meint die entsetzliche Rede von der »Entschlackung der Verwaltung«, die – als falsche Bürokratiekritik getarnt – Menschen zu Abfall erklärt.

Vor allem die Parole von den »Sozialschmarotzern« setzt die pseudomedizinische Sprache der »Standortdiagnostik« fort und hebt sie zugleich auf eine neue Stufe. Der einst »gesunde Volkskörper« ist nicht irgendwie »krank«, sondern von konkreten »Parasiten« befallen. Differenzierende Analysen werden überflüssig, es hilft nur die Radikalkur: Das Ungeziefer muß weg, damit der Körper wieder genesen kann. Die Gefahr, wird suggeriert, geht nicht nur von »Sachzwängen« und »individuellen Fehlorientierungen« aus, sondern von organisierten Banden, von durchs Land reisenden »Sozialkriminellen mit Obdachlosenausweis«, die sich eine Art Sport daraus machen, die Allgemeinheit auszunutzen. »Sie sind viele, sie sind überall, sie sind gefährlich«, lautet die Botschaft. »Wir« sind umzingelt und von raubgierigen Schädlingen befallen. Die von den Parasiten verursachte Krankheit wird zur Seuche. Seuchen erfordern besondere Maßnahmen, zu ihrer Bekämpfung sind alle Mittel erlaubt. In Zeiten der Seuche gilt der Ausnahmezustand. Die »Mißbrauchsdebatte« funktionalisiert den Skandal der Massenarbeitslosigkeit auch noch zum Vorwand für die zunehmende Entrechtung der Betroffenen im Zuge eines unerklärten Notstands.

Wer sich dem neoliberalen Diskurs entgegenstellt, auf Widersprüche und herrschende Interessenlagen hinweist, besonders aber, wer die Einkommen der Reichen und Superreichen thematisiert, sieht sich indessen mit dem Kampfbegriff des »Sozialneids« konfrontiert. Dieser versucht, normale Lebensansprüche, die für immer mehr Menschen unerreichbar werden, mit der Aura des Anstößigen zu versehen, während zugleich die Medien der »Besserverdienenden« über deren »neuen Spaß am Luxus« berichten. »Sozialneid« ist die Abwehrfigur derer, die anderen Verzicht predigen und sich dabei selbst die Taschen füllen.

Damit erscheint rückblickend die Mißbrauchsdebatte noch einmal in einem anderen Licht, unterstellt man darin doch »Personen, die man überhaupt nicht kennt«, es sei ihnen »gleichgültig, woher ihr Einkommen rührt, solange nur die Kasse stimmt«²⁹. Tatsächlich aber paßt diese Vorstellung viel besser auf andere gesellschaftliche Typen: auf Spekulanten und Rentiers, deren Dividenden mal aus der Produktion von Lebensmitteln, mal der von Waffen resultiert. Man erkennt die Projektion als psychologisches Prinzip der Mißbrauchsdebatte. Die Eigenschaften, die den Arbeitslosen zugeschoben werden, entstammen dem ökonomistischen Welt- und Menschenbild der neoliberalen Wirtschaftstheorie selbst. Die darin verherrlichte Asozialität der grenzenlosen privaten Bereicherung wird von ihren Protagonisten gelöst und auf andere übertragen.³⁰

Die verordnete Entpolitisierung – »Freakiges Design« statt »Egalisierungsspleens«

Für den Fall, daß sich an der Grandiosität des neoliberalen Heilsplanes noch irgendein Zweifel regen sollte, haben sich seine Erfinder

29 Hans Georg Zilian, Johannes Moser: Der rationale Schmarotzer, in: Prokla, Heft 77, (1989), S. 34.

30 »Die Entrüstung der Rechtschaffenen wird so zur moralischen Panik, die wie der Hexenwahn in der verschütteten Einsicht in die eigene Sündhaftigkeit wurzelt. Der Sündenbock erweist sich dem Stamm gefällig, indem er sich selbst als Vertreter einer Geisteshaltung präsentiert, die sich mit größerer Wahrscheinlichkeit bei anderen findet, dort aber nicht eingestanden wird ... So wird dem kleinen Sozialschmarotzer der öffentlichen Meinung vor-enthalten, was sich Großkorruptionisten immer schon herausgenommen haben – daß ihre Devianz als Produkt jener unternehmerischen Intelligenz interpretiert wird, die angeblich auch die offizielle Wirtschaft in Schwung hält. So wird auch noch die Typisierung abweichenden Verhaltens als »white-collar«-Kriminalität zum schichtspezifischen Privileg, das mit Zähnen und Klauen verteidigt werden muß.« Ebenda, S. 54.

einen weiteren Trick ausgedacht, die sogenannte TINA-Strategie. Das Kürzel steht für die Parole »there is no alternative« und soll alles, was im herrschenden Interesse geschehen soll, zum einzig möglichen und einzig vernünftigen Weg verklären. Die Anwendungsmöglichkeiten erscheinen praktisch unbegrenzt. Will man einen Angriffskrieg führen, erklärt man, es gäbe – wegen der »Menschenrechte« – »keine Alternative«. Werden mit immer neuen »Sparpaketen« die Armen noch ärmer gemacht, nennt man das »Konsolidierungskurs« und verkündet, es gäbe »keine Alternative«. Müssen zwecks gewinnträchtiger Zerstörung von Naturschutzgebieten gültige Gesetze ausgehebelt werden, existiert zur Industrieansiedlung an gerade diesem Ort ebenfalls »keine Alternative«.

Besonders lebendig fallen einschlägige Formulierungen einmal mehr bei der Beinahe-Ministerin *Schüller* aus, die betont, daß es zur Beseitigung »wabernder Sozialpolitik keine Alternative gibt«³¹, da »hilft kein Generationenvertragsgesülze und keine Gewerkschaftsprosa mehr und auch kein Sozialstaatsgesäusel«.³² Allerdings ist zu befürchten, daß »betriebsblinde Proteste die notwendigen Reformen verhindern«³³, obwohl »viele Abstrusitäten unseres Sozialsystems den meisten Protestlern überhaupt nicht geläufig sind. Sie laufen den plakativen Parolen hinterher und sind sich noch nicht einmal bewußt, daß nur einschneidende Korrekturen ihre persönliche Situation auf Dauer verbessern können«³⁴. Neben der dreisten Forderung, die Menschen sollten bei der Zerstörung ihrer sozialen Errungenschaften selbst mithelfen, will die Autorin hier allen, die sich für soziale Belange einsetzen, einfach die Kompetenz absprechen. Das Lächerlichmachen von Opposition soll jeglichem politischem Engagement den Anstrich des Absurden geben und diese Sicht im öffentlichen Bewußtsein zu einer anti-emanzipatorischen und demokratiefeindlichen Denkfigur generalisieren. Die Formierung hemdsärmeliger Biedermänner, die auf den bloßen Anblick eines Demonstrationszuges mit Kopfschütteln und Abwinken reagieren, die »wissen«, daß der herrschende Zustand »richtig« und Kritik »Quatsch« ist, stellt das Ziel der Übung dar. »Interessenvertretung ist kindisch und dumm«, lautet die Botschaft.

Dasselbe gilt für den Wunsch nach besseren Lebensverhältnissen, gegen den schon Kinder immunisiert werden müssen. *Schüller* plädiert hier für mehr Leistungsorientierung in der Vorschulerziehung, doch leider »werden sie (die Kinder – T.G.) ja mit unserer »Eideidei«-Pädagogik so hoffnungslos unterfordert – mit Halbwissen aus Soziologie und Psychologie, mit Heile-Welt-Phantasmen und Egalisierungsspleens«³⁵. Hart, aber alternativlos, das »Fitmachen« der Kleinen für den Kampf ums Dasein. Sich für die Schaffung von Verhältnissen einzusetzen, die allen Menschen ein einigermaßen gutes Leben ermöglichen würden, kann dagegen nur naiven Sozialromantikern einfallen, die ihren Nachwuchs mit solchen »Spleens« verderben wollen. Wer seinem Kind Gutes will, sieht ein, daß es keine Alternative gibt zu seiner frühzeitigen *Abrichtung zum Egomanen*, der sich gegen alle Konkurrenten »zu behaupten« versteht. Und so gibt *Schüller* ihren eigenen Sprößlingen den Rat: »Laßt Euch nicht überfrachten mit altbackenem Nonsens ideologischer Fossilien. Eure Zukunft verlangt Realitätsnähe und Pragmatismus. Jeder, der Euch

31 Heidi Schüller: *Wir Zukunftsdiebe*, a.a.O., S. 24.

32 Ebenda, S. 53.

33 Ebenda, S. 45.

34 Ebenda, S. 53.

35 Ebenda, S. 75.

36 Ebenda, S. 182 und 184.

etwas anderes erzählt, macht Euch lebensuntüchtig. Und bitte nicht den Traum des Wohlstands für alle ..., der existiert nur in den Köpfen von Phantasten, und Ihr zahlt die Zeche.«³⁶ Man sieht: Über »etwas anderes« darf gar nicht erst nachgedacht werden.

37 Ebenda, S. 141.

Am Ende verrät *Schüller* ihren Leserinnen und Lesern das Wundermittel gegen Deutschlands Untergang: Es sind die »Youngsters«, auf die wir setzen müssen. Denn die »Youngsters«, so ist zu lesen, »agieren einfach. Manchmal ohne recht zu wissen, was sie tun. Und siehe da, oft genug geht es sogar gut, und sie zaubern neue Produkte und Branchen aus dem Hut ..., häufig Nonsensprodukte, aber ... mit hoher Wertschöpfung. Und ihre gleichaltrigen Kollegen aus der Werbebranche designen mit freakigen Kampagnen einen neuen – künstlichen – Bedarf. So crazy läuft das. Egal: Alles ist besser als Stagnation und lähmende Jaulerei.«³⁷

38 Ebenda, S. 161.

Sinnlose Produkte sind also die »wahren Alternativen«. Ihre Details sehen so aus: »Die größte Wertschöpfung läßt sich heute mit Produkten erzielen, die mit ... viel Phantasiebeimischung am Markt platziert werden: Mit ... der Vision von Zeitgewinn, mit Luxus-Körperkult-Produkten und Emotionalia, die eine paradiesische Existenz bis ins biblische Alter versprechen, kurz: mit allem, was defizitäre Gefühle wie ... Sicherheit, Phantasie und Schönheit bedient. Knallharte Geschäfte mit weichen Gefühlen – das ist die Erfolgsmasche der Jahrtausendwende. Irgendwie irrational, aber erfolgreich, dieser moderne »ökonomische Romantizismus.«³⁸

Hergestellt werden soll nicht einmal mehr eine Ware, sondern nur noch die Illusion einer Ware: »Visionen«, »Versprechen«, »Kultprodukte«, bei denen es aber typischerweise um »die höchste Wertschöpfung« geht. Auf der einen Seite Massenarbeitslosigkeit, auf der anderen immer reichere Reiche, die – nachdem sie schon alles andere besitzen – nach »Emotionalia« dürsten. Deutlich wird hier, daß es überhaupt nicht um Problemlösung geht. *Schüller* nennt ihre eigenen Vorschläge treffend »Nonsens« und »irgendwie irrational«. Es geht nicht um Auswege, sondern darum, das Denken der Menschen an die vorgebliche Ausweglosigkeit zu fesseln.

39 Ebenda, S. 142.

Ist dies erreicht, werden normative Vorstellungen davon verbreitet, wie die Menschen nach dem »Mentalitätswandel« sein sollen. Es werden Vorbilder präsentiert, die zeigen sollen, daß die Situation zwar »ausweglos« ist, aber dennoch »Spaß machen« kann, wenn man nur unbegrenzt anpassungsfähig ist. Eine kleine Elite jugendlicher »Durchstarter« hat das bereits erkannt: »Noch aber leben die wenigen wirklich kreativen jungen Menschen wie Schmetterlinge an der Leine. Ihr kompromissloser Optimismus ist ansteckend, wenn auch gelegentlich realitätsfremd. Und dennoch, sie agieren mit Verve, sie lassen sich von den programmierten Problemen ... nicht die Laune verderben. Was schert sie ein unfinanzierbarer Sozialstaat, leere Rentenkassen und die Währungskriterien von Maastricht? Sie gehen nicht auf die Straße, nicht in die Parteien und schon gar nicht in die Gewerkschaften.«³⁹

Endlich ist sie am Ziel. So sollen sie sein, die »Retter der Zukunft«: Uninformiert, unpolitisch, gleichgültig gegenüber allen ohnehin »programmierten Problemen«, aber »hochmotiviert« beim »designen freakiger Werbekampagnen«, um uns statt vernünftiger

Produkte »Emotionalia« anzudrehen. Widerstand gegen Krieg, soziale Ausgrenzung, Neonazismus? Wozu das denn?! Demokratie? Über Bord damit! Gewerkschaften? Schnee von gestern! Ist die »Schmetterlingskreativität« erst einmal von der Leine, sind derart rückwärtsgewandte Orientierungen obsolet. Die »Verve« der »kompromißlosen Optimisten« (wenngleich etwas »realitätsfremd«) verträgt sich nicht mit miesepetrigem Problematisieren. »Ansteckende« Affirmationslust ist gefragt.

Das Genie der »Durchstarter« wird erst richtig deutlich, wenn man die von *Schüller* präsentierten Gegenbilder hinzuzieht: »Von den braven Angestellten und Beamten geht die Reaktivierung einer Erfolgsgesellschaft sicher nicht aus. Auch nicht von den vielen Dienstleistern im Sozialbereich oder den Politologen und Sozialkundlern diverser Discount-Universitäten.«⁴⁰ Im Vordergrund: Haß schüren gegen Menschen im öffentlichen Dienst, Haß gegen Menschen in Sozialberufen, Haß gegen Intellektuelle. Die eigentliche Absicht: Gesicherte Arbeitsverhältnisse zerstören (Angestellte und Beamte), das Sozialwesen zerstören (weil Armutsrentner für Trinkgelder die Sozialarbeit machen sollen), die Gesellschaftswissenschaften zerstören und die Menschen verdummen, damit niemand den Betrug bemerkt. Wichtiger als »Discount-Universitäten« sind für eine »Erfolgsgesellschaft« nach *Schüller* die »Nonsens-Produkte« der »Spinner und Tüftler«.⁴¹ Auf daß alles auch weiterhin »so crazy« und »irgendwie irrational« läuft.

Der Mensch als »Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsfürsorge«

Die Propagierung des »Mentalitätswechsels« ist gleichbedeutend mit der Formulierung psychologischer Imperative, die zur Übernahme bestimmter Denkweisen, Gefühle und Beziehungsformen auffordern. So beklagt *Heidi Schüller* auch »die Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft«⁴². Allerdings nicht etwa deshalb, weil Kinder auch Menschen sind, denen eine menschenwürdige Behandlung zusteht, sondern weil suboptimale Kinderbetreuungsmöglichkeiten die Eltern am ständigen Wechsel ihres Wohnortes hindern, was aber zum Leben »moderner« und »flexibler« Menschen offenbar ebenso »selbstverständlich« gehören soll, wie die damit verbundenen Beziehungsabbrüche.⁴³

Gewollt sind bindingslose Lohnvagabunden, die ihre Zelte überall dort aufschlagen, wo ihnen kurzfristig wechselnde Verwertungsinteressen die »Chance« vorübergehender »Beschäftigung« bieten. *Heidi Schüller* verkündet die Anforderungen, die an das »Humankapital« gestellt werden. »Jünger als Hochschulabsolventen, bescheidener in ihren Gehaltsvorstellungen, belastbarer ... weniger verwissenschaftlicht, sind sie die Renner bei den Personalchefs der großen Konzerne.«⁴⁴ Selbst für die »unteren Ränge« soll in Zukunft gelten: »Entwicklungs- und Karrierechancen bleiben nur den Hochmotivierten und Leistungsbereiten vorbehalten, der internationale Konkurrenzdruck – selbst um die »bad jobs« wird gnadenlos ... In einigen Branchen ist es bereits soweit ...: Im Baugewerbe, im Software- und Medienbereich ... und selbst im heimischen Rotlichtmilieu«⁴⁵. Was auf den ersten Blick unglaublich erscheint, steht schwarz auf weiß

40 Ebenda, S. 141f.

41 Ebenda, S. 142.

42 Ebenda, S. 73.

43 Menschen hin und herschieben zu können, ist geradezu eine Lieblingsvorstellung neoliberaler »Standortretter«. So hielt der Freidemokrat *Möller* als damaliger Bildungsminister bereits 1988 eine bemerkenswerte Bundestagsrede, in der es hieß: »Unser Problem ist heute ..., daß eine mangelnde Mobilität, die eigentlich nicht erklärlich ist, vieles an Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation verhindert. Deswegen lassen Sie uns doch 18-, 19-, 20jährige von dieser verhängnisvollen Mentalität wegbringen, daß sie sagen – ich erlebe das doch, wenn ich frage: Warum geht ihr denn nicht nach Baden-Württemberg? –: Ja, meine Freundin ... Mein Gott, da kann ich nur sagen: Auch die Mütter in Baden-Württemberg haben hübsche Töchter. Da werdet ihr euch mit 18 Jahren doch noch ein bißchen umgucken können.« – Jürgen Möller: Bundestagsrede, am 15. April 1988; zitiert nach Hans Uske: Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit, Duisburg 1995, S. 50.

44 Heidi Schüller: Wir Zukunftsdiebe, a.a.O., S. 104.

45 Ebenda, S. 160.

im Text einer sozialdemokratischen Kandidatin für das Gesundheitsministerium. Auch das deutsche Bordell wird zum bedrohten Standort, der nur mit »hochmotiviertem« Personal zu retten ist. Was soll das? Ein Schreibfehler? Eine Panne des Lektorats? Nichts von alledem. Es sind normative Menschenbilder, die hier propagiert werden: »Hochmotiviert und leistungsbereit« muß schon sein, wer nur einen »bad job« ergattern will, der nicht einmal das Überleben sichert. Wer Geld braucht, hat sich zu prostituieren, hat gefügig und den Herren der Welt zu Willen zu sein, bereit sich anzubieten, sich mit Leib und Seele zu verkaufen.

Auf einzelbetrieblicher Ebene ist man bei der Schaffung des allseits verfügbaren Menschen schon einen Schritt weiter: Japanische Unternehmen suchen »in ihren ausländischen Niederlassungen sowohl das lokale Management wie die Arbeitnehmer danach aus, ob sie Persönlichkeitseigenschaften aufweisen, die eine erfolgreiche Adaption an die importierten Managementtechniken erwarten lassen: Geringe Ichbezogenheit, hohe Frustrationstoleranz, »ehrerbietiges«, also (...) devotes Verhalten gegenüber Vorgesetzten«. ⁴⁶ Formierte Subjektivität ist hier schon Voraussetzung für den Antritt einer Stelle. Die passende Verklausulierung liefert die »Managementliteratur«, wo unterwürfiges, aber zugleich »kreatives«, ehrerbietiges, aber zugleich »selbstorganisiertes« Personal gefordert wird. Gehorsame Befehlsempfänger sind gefragt, die sich bei der Ausführung ihrer Aufträge autonom wähen – *Menschen, die wollen, was sie sollen* (Günther Anders).

Sozialpsychologische Modetheorien feiern solche Entwicklungen indessen als »Fortschritt«. Da ermöglichen angebliche »Individualisierungsschübe« das »Basteln an Patch-Work-Identitäten«. Da warten ganze Welten voller »Chancen« auf die aus allen sozialen Bezügen gerissenen Subjekte, da öffnen sich die Tore der Berufsgefängnisse zum »lebenslangen Lernen« und als Lohn für »Mobilität und Umstellungsbereitschaft« winkt am Ende der Erwerb von »Kompetenz für Modernität« ⁴⁷.

In der Sprache seiner Protagonisten trägt dieses Programm den Titel »der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«, wie vor einiger Zeit von einer »Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen« publiziert. Darin wird zunächst beklagt, daß »große Bevölkerungsteile den Verschiebungen im weltwirtschaftlichen Gefüge nur unzureichend Rechnung tragen« ⁴⁸. Beklagt wird weiter die »zu geringe Neigung zu einfacher und belastender Erwerbsarbeit« sowie eine »zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen« ⁴⁹. Auch seien »im niedrig produktiven Bereich die Löhne gemessen an den Sozialtransfers zu gering« ⁵⁰, was im Klartext heißt: Die »Transfers« sind zu hoch und müssen weg, damit die Menschen gezwungen sind, jede Schuhputzerstelle anzunehmen. Im Sommer als Erntehelfer, im Winter zum Schneeschippen, »gemeinnützige Arbeit« für Stundenlöhne zwischen zwei und drei Mark, das soll die »Perspektive« für die »Lebensunternehmer« sein. Im »niedrig produktiven Bereich«, so die Kommission weiter, befänden sich riesige Potentiale, und zwar »einfache hauswirtschaftliche Dienste wie Wäsche waschen ... und einkaufen, einfache Freizeitdienste, wie Gepäcktragen am Bahnhof oder Helfen am Skilift,

46 Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1997, S. 340.

47 Werner Seppmann: Die »Postmoderne« als Realität und Ideologie, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 31, (1997), S. 148.

48 Kommission für Zukunftsfragen, zitiert nach Heinz Kallabis: Der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge, in: junge Welt vom 6. Februar 1998.

49 Ebenda.

50 Ebenda.

einfache ›Lifestyle Dienste‹, zum Beispiel Zugezogenen in der neuen Stadt helfen, sich zurechtzufinden«³¹.

51 Ebenda.

Da es sich bei diesen grandiosen Aufgaben um extrem schlecht bezahlte Tätigkeiten handelt, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein, damit sich die »riesigen Beschäftigungspotentiale« erschließen lassen. Der allgemeine Lebensstandard muß weiter sinken, die Einkommen der oberen Mittelschicht dagegen steigen, damit sich deren Angehörige die Dienstboten auch halten können und die Arbeitslosen müssen dazu gebracht werden, eine »Karriere« als Kofferträger oder Billigputzfrau als akzeptabel zu betrachten. Angestrebt wird der vollflexible Dienstleistungsmensch, der seine gesamte Energie darauf verwenden muß, das Existenzminimum zusammenzuputzen, dies aber nicht als Erniedrigung, sondern als »Unternehmertum« versteht. Vom Proletarier über den Arbeitslosen zum Domestiken soll die Entwicklung normativer Biographien verlaufen und in die Refeudalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse münden. Damit verbunden ist nicht nur die Zerstörung sozialer Sicherungssysteme, sondern auch der Versuch, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit »in« die Subjekte zu verlegen. Die Menschen sollen sich von früh bis spät mit ihrer eigenen Verwertung befassen, sie sollen zu Veränderungen ihrer Lebenssituation in unbegrenztem Umfang bereit sein. Sie sollen in jeder Hinsicht den Vorstellungen des Kapitals entsprechen. Die neoliberale Normativität ist damit zugleich eine Programmatik äußerster Entfremdung.

Inwieweit es der politischen Linken gelingen wird, den Anspruch einer solidarischen Gesellschaft gegen die organisierte Asozialität des Neoliberalismus zur Geltung zu bringen, ist nicht abzusehen. Erste Aufgabe bleibt die entschiedene Kritik der Verhältnisse, in denen eine wachsende Zahl von Menschen den Luxus kapitalistischer Eliten mit einer unwürdigen Armutsexistenz bezahlen muß und fortschreitender Demokratieabbau im Verein mit massenmedial verordneten Ressentiments gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen und der von herrschender Seite geförderten Verdinglichung der Menschen zu betriebswirtschaftlichen Rechengrößen die Gefahr einer autoritären Formierung von Staat und Gesellschaft geradezu herausfordert.

BERNHARD WALPEN

Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus

Bernhard Walpen – Jg. 1959, Sozialwissenschaftler (Doktorand) und Systemingenieur, Arbeitsgebiete: Neoliberalismus (Theorie, transnationale Elitenetzwerke, Think Tanks), marxistische Theorie (insb. Gramsci), Mitarbeiter beim Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus.

Neben »Globalisierung« hat der Begriff »Neoliberalismus« Hochkonjunktur. Erstaunlich ist jedoch, wie wenig seine Geschichte – sowohl von seinen Anhängern als auch seinen Gegnern – erforscht wurde und wird.¹ Spätestens seit 1996 und 1997, als die Bewegung der Zapatistas zu den beiden »Intergalaktischen Konferenzen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus« einlud, ist der Begriff Neoliberalismus auch mit negativen Wertungen besetzt. Er ist seither zu einem Sammelbegriff geworden, der vor allem oppositionellen Bewegungen und Parteien dazu dient, gegnerische Positionen negativ zu etikettieren. Insbesondere über diese Konferenzen wurde die Themenstellung in vielen Solidaritätsbewegungen verankert. Zumindest ist es linken Kräften gelungen, auf der Ebene der Begrifflichkeit, einen einstmals positiv besetzten Begriff, negativ zu wenden.

Das ist bei den neoliberalen Protagonisten nicht unbemerkt geblieben. In Lateinamerika reagierten die Anhänger eines marktradikalen Kapitalismus, indem sie das Phänomen selbst zum Gespenst erklärten. Im Buch *El fantasma del neoliberalismo* (Das Gespenst des Neoliberalismus) von Luis Pazos wird der Neoliberalismus schlicht als nicht existent abgetan, denn er habe bislang noch gar nicht die Möglichkeit gehabt, überhaupt realisiert zu werden.

In Europa verfolgen die Neoliberalen eine andere Strategie. 1998 nahm sich die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) dieser Thematik in drei Beiträgen an. Insbesondere Gerhard Schwarz, Leiter des Wirtschaftsressorts und Mitglied der *Mont Pèlerin Society* (MPS), versuchte die negative Darstellung des Neoliberalismus zu berichtigen (vgl. *Die Mär vom »Neoliberalismus«*, in: NZZ vom 11./12. April 1998). Inzwischen hat sich die neoliberale Zurückweisung der linken Neoliberalismuskritik in Deutschland und der Schweiz weiter profiliert. Auf den Vorwurf, daß es sich beim Neoliberalismus um eine Laissez-faire-Politik handle, antworten die Anhänger, das sei falsch und die Linken hätten den Neoliberalismus nicht verstanden, denn dieser sei nicht schlicht gegen den Staat, sondern befürworte ihn ausdrücklich, weil er für das Funktionieren einer Marktwirtschaft unerlässlich sei.

Es ist wie bei der Geschichte vom Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Igel: Wohin auch immer die linken Hasen rennen, immer steht am Ziel schon ein neoliberaler Igel. Es nutzt also nichts herumzurennen, denn das führt bekanntlich zur Erschöpfung. Dagegen muß vielmehr die Anlage dieses Wettlaufs in den Blick genommen werden. Auf den Neoliberalismus gemünzt heißt das: Es gibt nicht *den* Neoliberalismus, sondern Neoliberalismen, die vom Laissez-faire-Ansatz

1 Auch diese Arbeit ist erst ein grober Aufriß und verfolgt einige Spuren. Eine Geschichte des neoliberalen Projekts steht noch aus. Dieter Plehwe danke ich für so manche Diskussion.

(Anarcho-Kapitalismus) bis zu weitreichenden staatsinterventionistischen Ansätzen reichen. Im folgenden Beitrag soll vor allem den Anfängen dieser Geschichte nachgegangen werden.²

Der Neoliberalismus läßt sich nicht in einer Definition fassen, sondern kann nur aufgrund seiner historischen Ausprägungen in den verschiedenen Formen umrissen werden. Weder verfügt der Neoliberalismus als Ganzes über ein festumrissenes Programm, noch seine einzelnen Strömungen. Diese haben im Verlaufe der historischen Entwicklung unterschiedliche Ausfaltungen durchgemacht. Es ist daher ein vergebliches Unternehmen, zu einer eindeutigen Begriffsbestimmung gelangen zu wollen. Produktiver ist dagegen ein historischer Zugang, der die unterschiedlichen Strömungen und Ausprägungen innerhalb eines theoretisch-konzeptionellen Rahmens zu erfassen sucht. Das ist auch deswegen geeigneter, weil dadurch das ›Spiel auf der ganzen Klaviatur‹ durch neoliberale Journalisten und Wissenschaftler deutlicher und verständlicher wird.

Was die Vertreter neoliberaler Konzepte am deutlichsten eint, ist zunächst die Ablehnung des ›Kollektivismus‹, worunter nicht nur Kommunismus, Marxismus und Sozialismus verstanden werden, sondern auch Keynesianismus, Sozialdemokratie und Wohlfahrtsstaat (vgl. NZZ, vom 21. März 2000). »Das neoliberale Denken ... ist ein Denken, das versucht, die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft durch die sozialistische Gesellschaft zu verhindern« (Hinkelammert 1994: 63). Über diesen kleinsten gemeinsamen Nenner hinaus finden sich aber auch positive inhaltliche Gemeinsamkeiten. Diese lassen sich an einem programmatischen Dokument verdeutlichen, das breiteste Zustimmung unter Neoliberalen gefunden hat: das »Statement of Aims« des organisierten Neo- und Rechtsliberalismus der *Mont Pèlerin Society* (vgl. Plehwe/Walpen 1999; Plehwe 2000; Walpen 2000).

Neben Privateigentum, Marktwettbewerb und Freiheit geht es darin um eine »Redefinition der Funktionen des Staates« und um Methoden der »Wiedereinführung der rule of law« (vgl. Hartwell 1995: 41f., 49f.; Feulner 1999: xi-xiv). Die vom britischen Ökonomen *Lionel Robbins* verfaßte Erklärung ist die breiteste Plattform des Neoliberalismus. Es fand die Zustimmung der bedeutendsten Vertreter, sogar der beiden inhaltlich am weitesten auseinander liegenden Ökonomen *Alexander Rüstow* und *Ludwig von Mises*. Dies war aufgrund der geschickt gewählten Formulierung »Redefinition des Staates« möglich. »Den Erneuerern des Liberalismus ging es (...) um die Erhaltung des freien Marktes, des Wettbewerbsprinzips und des Privateigentums als unverzichtbare Grundlagen wirtschaftlicher Prosperität und als Bastionen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, bei gleichzeitiger Verhütung jener negativen Begleiterscheinungen, die das Laissez-faire-Prinzip gezeigt hatte«. Was *Kathrin Meier-Rust* (1993: 43) zu erwähnen vergißt ist, »daß das Funktionieren einer ›freien‹ Wirtschaft ganz bestimmte Tätigkeiten des Staates voraussetzt und erfordert« (Hayek 1954: 3). Diese bestehen darin, die »bewußte Verwendung des Wettbewerbs als Ordnungsprinzip der Wirtschaft« durchzusetzen und »Bedingungen zu schaffen, unter denen der Wettbewerb sich so wohl-tätig und störungsfrei wie möglich auswirken könne« (Hayek 1954: 4). Eingebettet ist dies in einen Rahmen, in dem »Rechtsstaat« und »Herrschaft des Gesetzes« die zentrale Rolle spielen (vgl. Hayek 1954: 7).

2 Zu einer stärker die Institutionen und personellen Verflechtungen berücksichtigenden Darstellung des Neoliberalismus vgl. Plehwe/Walpen 1999a; Cockett 1995; Dixon 2000; Hennecke 2000: 212-224, 259-268; sowie zum Ordo-liberalismus Ptak 2000.

Entstehungskontext

Der Auftakt des »kurzen 20. Jahrhunderts« (Hobsbawm) veränderte mit der Oktoberrevolution 1917 die soziopolitischen und alltäglichen Koordinaten weltweit radikal. Ökonomisch gerät der imperialistische Kapitalismus immer mehr ins Schlingern, was sich insbesondere in der massiven Zunahme der Arbeitslosigkeit äußert. Die mit dem New Yorker Börsencrash im Oktober 1929 einsetzende »Große Depression« dauert bis 1933 (vgl. Baudin 1953: 109). 1922 kam in Italien mit den Stimmen der Liberalen und der Volkspartei der Faschismus unter *Mussolini* an die Macht. Den demokratischen Regierungsformen gelang es nicht, erfolgreich eine Politik der Krisenbewältigung zu entwickeln. In dieser Situation vollzog sich der Aufstieg der NSDAP.

Der Wirtschaftsliberalismus ist als »Laissez-faire« und Manchester-tum verschrien und diskreditiert. In England wird er von *David Lloyd George* als »New Liberalism« oder von *Albert Milner* als »sozial-imperialistischer Liberalismus« vertreten. Beiden ist ein sehr paternalistisches Staatsverständnis eigen (vgl. Sykes 1997). Dagegen sind sozialistische Ansätze »en vogue« und werden von bürgerlicher Seite rege diskreditiert. Gleichzeitig bilden sich schon massive Spaltungen innerhalb des sozialistischen und marxistischen Spektrums. *Mises* hält 1922 fest: »Sozialismus ist die Losung unserer Tage. Die sozialistische Idee beherrscht heute die Geister. Ihr hängen die Massen an, sie erfüllt das Denken und Empfinden aller, sie gibt der Zeit ihren Stil. Die Geschichte wird über den Abschnitt, in dem sie von uns berichtet, die Worte setzen: das Zeitalter des Sozialismus. (...) Eine grundsätzliche Gegnerschaft findet der Sozialismus nirgends. Es gibt heute keine einflußreiche Partei, die es wagen dürfte, frank und frei für das Sondereigentum an den Produktionsmitteln einzutreten« (*Mises* 1922: 1f.).

In dieser Situation beginnen verschiedene liberale Denker, zumeist unabhängig voneinander, sich mit dem Liberalismus zu beschäftigen. Eine der ersten Problemstellungen und meines Wissens zugleich die Einführung des Begriffs »Neoliberalismus« nimmt der Zürcher Ökonom *Hans Honegger* 1925 vor. Er selbst versteht sich nicht als Neoliberaler, sondern deutet am Ende seiner Schrift die Richtung einer politischen Ökonomie im Anschluß an *Max Weber* an, die darin besteht, »daß die Volkswirtschaft grundlegend in der *Politik* verwurzelt sei und letzten Endes aus ihr erklärt werden muß« (*Honegger* 1925: 135). Den Inhalt der Politik in bezug auf die Wirtschaft faßt er im Kredit. Dieser Ansicht gemäß sei nicht, »wie die Sozialisten behaupten, die wirtschaftliche Ausbeutung, sondern vielmehr eben die Krediterschütterung (als) entscheidende Wirkung der Machtverhältnisse auf die Wirtschaft« (*Honegger* 1925: 136) von Bedeutung. Dem Neoliberalismus widmet er das ganze erste Kapitel. Zu dessen Wegbereitern zählt er unter anderem *William Stanley Jevons*, *Alfred Marshall*, *Eugen von Böhm-Bawerk*, *Knut Wicksell*, *Friedrich von Wieser* und insbesondere *Gustav Cassel*, *Siegfried Budge* sowie *Alfred Amon*, der später ein Mitglied der *Mont Pèlerin Society* werden wird (vgl. *Honegger* 1925: 12f., 24, 29). Was den »theoretischen Neoliberalismus« eine, seien die »übertriebenen sozialpolitischen und sozialistischen Maßnahmen (Bolschewismus!) seit dem Weltkrieg«. Überall erschalle der »Ruf nach einer Befreiung der Wirtschaft aus den

Fesseln und Hemmungen« (Honegger 1925: 13). Inhaltlich wird der Neoliberalismus negativ durch die »Ablehnung jeglicher Werttheorie« (Honegger 1925: 19), zum Beispiel durch *Cassel* und *Ammon*, bestimmt.³ Positiv wird dagegen auf den »Mechanismus der Preisbildung« (Honegger 1925: 17), dem das Knappheitsprinzip zugrunde liege, eine stark ausgebaut »Lehre vom Wettbewerb« (Honegger 1925: 49), eine »Lehre vom Unternehmer« (Honegger 1925: 50) als subjektiver Triebkraft der Volkswirtschaft und anderes mehr rekurriert. Die Funktionen des Staates werden hinsichtlich der Ökonomie sehr negativ eingeschätzt. »Der Staat ist in der Tat sehr wenig geeignet, irgend welche belangvollen volkswirtschaftlichen Aufgaben zu lösen; darin hat der Liberalismus vollkommen recht« (Honegger 1925: 50). Trotz der zum Teil wenig zusammenhängenden Darstellung des Neoliberalismus – *Othmar Spann* und *Friedrich von Gottl-Ottilienfeld* würden wohl kaum von neoliberaler Seite auch nur teilweise positiv gewürdigt – ist insbesondere in inhaltlicher Sicht eine erstaunlich breite Übereinstimmung mit späteren Entwicklungen festzuhalten.

Als erster aus dem neoliberalen Spektrum beschäftigt sich *Mises*⁴ in seinem Buch *Liberalismus* mit der aktuellen Situation. Darin findet sich eine frühe Problemanzeige zur »Terminologie ›Liberalismus‹« formuliert: »Ich habe ja selbst ausdrücklich darauf hingewiesen, daß heute unter Liberalismus, besonders in Deutschland, etwas verstanden wird, was mit dem, was die Ideengeschichte als Liberalismus bezeichnen muß, weil es den wesentlichen Inhalt des liberalen Programms des 18. und des 19. Jahrhunderts ausgemacht hat, in Widerspruch steht. Nahezu alle, die sich heute liberal nennen, lehnen es ab, sich zum Sondereigentum an den Produktionsmitteln zu bekennen und befürworten teils sozialistische, teils interventionistische Maßnahmen« (Mises 1927: 172f.).

Auch wenn *Mises* die Sache des Liberalismus wichtiger ist, erkennt er doch die Bedeutung, die eine Bezeichnung besitzt. »Man mag übrigens über terminologische Fragen denken, wie man will. Nicht die Namen entscheiden, sondern die Sache. Doch man mag ein noch so verbohrtter Gegner des Sondereigentums an den Produktionsmitteln sein, man wird immerhin zugeben müssen, daß es zumindest denkbar ist, daß jemand für dieses Sondereigentum eintreten will, und wenn man das zugibt, dann muß man wohl auch für diese Richtung irgendeine Bezeichnung gebrauchen« (Mises 1927: 173).

Anfang der dreißiger Jahre bemühen sich *Eucken*, *Röpke* und *Rüstow*, einen »neue(n) Liberalismus« (Rüstow 1932: 258) zu begründen. Dieser zeichnet sich gegenüber dem »alte(n) Liberalismus« durch einen »liberale(n) Interventionismus« (Mises 1927: 253) aus, was soviel heißen soll, daß es ein Eingreifen in die Wirtschaft gibt, aber »in genau der entgegengesetzten Richtung, als in der bisher eingegriffen worden ist, nämlich nicht entgegen den Marktgesetzen, sondern in Richtung der Marktgesetze« (Mises 1927: 252f.). Dabei setzt sich dieser Liberalismus nicht radikal vom in Verruf geratenen Vorgänger ab, denn »der vielgescholtene Manchesterliberalismus (hat) jedenfalls eine sehr viel männlichere und mutigere Haltung« gezeigt, als all jene Wehleidigen, denen »auf jedes Wehwehchen, und sei es noch so klein, sofort von öffentlicher Hand ein möglichst großes

3 Lionel Robbins (1952: 88) spricht in seinem bekannten Buch *An Essay on the Nature & Significance of Economic Science* gar von *Cassels* berühmter »Aus-schaltung der Wertlehre« (im Original dt.).

4 »Unter den Neoliberalen ist er (Mises) die rigoroseste, in seinen Schriften auch die schroffste Persönlichkeit« (Habermann 1997: 316; zu Mises als Neoliberalen vgl. auch Aron 1964: 101).

Pflaster geklebt wird« (Mises 1927: 251). Es geht kurz um »die bloße Garantie der Marktfreiheit, die Garantie fairer Konkurrenz mit gleichen Spielregeln für alle, einen starken Staat, der über den Gruppen, über den Interessen steht« (Mises 1927: 257), einen Staat, der sich aus den »Verstrickungen mit den Wirtschaftsinteressen« herauslöst.

Unabhängig von den deutschen Debatten, die im kleinen Kreis stattfanden, thematisiert der Mitbegründer der *Chicago School of Economics*, *Frank H. Knight*, wirtschaftstheoretische Probleme – vor allem in seinem Artikel *Economic Theory and Nationalism* (1934), wo er sich unter anderem mit dem »New Liberalism« in England beschäftigt. *New Liberalism* berief sich insbesondere auf eine positiv verstandene Staatskonzeption. Der Staat wurde hier als Hauptinstrument ökonomischer Kooperation konzipiert (vgl. Knight 1934: 285f.).

In der Auseinandersetzung mit dem faschistischen Nationalismus kommt *Knight* nochmals auf den *New Liberalism* zu sprechen, führt diesmal jedoch den Begriff »Neo-Liberalismus« ein. Eine »demokratische Regierung kann das moderne ökonomische Leben organisieren und kontrollieren und demokratisch bleiben (die Umkehrung des Liberalismus in »Neo-Liberalismus« ist unmöglich)« (Knight 1934: 312). Hier steht Neoliberalismus für *New Liberalism* und wird abgelehnt, weil der Staat das Hauptinstrument in der ökonomischen Kooperation spiele.

In Frankreich setzt sich *Louis Rougier* intensiv mit der Problematik des Liberalismus auseinander. Zunächst sucht er eine Problemlösung in einer Rückkehr zum echten Liberalismus. So schreibt er an *William E. Rappard* von seinem Plan einer »Rückkehr zum Liberalismus« (Louis Rougier am 29. Juni 1937; BAR J.I.149, 1977/135, Bd. 42). Unter dem gleichnamigen Titel *Rückkehr des Liberalismus* schickt er einen Artikel an die *Revue de Paris* (Rougier an Rappard, am 9. September 1937; BAR J.I.149, 1977/135, Bd. 42). In dieser Zeit nimmt er eine Verschiebung in der Fragestellung vor und entwirft »einen »konstruktiven Liberalismus«, der eine gewisse Dosis ökonomischen Interventionismus beinhaltet«, wie *Rappard* in der Rezension seines Buches *Mystiques économiques* notiert (Journal de Genève, vom 6. Mai 1938; BAR J.I.149, 1977/135, Bd. 42).

Aber an das Alte läßt sich nicht mehr kritiklos anknüpfen, der Weg zurück ist der falsche. »Das heißt zuzugeben, daß das alte »laissez faire, laissez passer« definitiv tot ist: alles entwickelt sich, die Lehren wie der Rest« (Rappard; BAR J.I.149, 1977/135, Bd. 42). Als Vorlage bietet *Rougier* den Naturalisierungsdiskurs ökonomischer Verhältnisse eines marktradikalen Kapitalismus an. Kritisiert werden »jene, die systematisch die Gesetze und das natürliche Gleichgewicht der ökonomischen Welt deregulieren« (BAR J.I.149, 1977/135, Bd. 42). Die »gewisse Dosis ökonomischen Interventionismus« findet ihre Grenzen im »natürlichen Gleichgewicht der ökonomischen Welt«, auf die hin ihre Funktionsbestimmung ausgerichtet ist. Letztendlich zielen die Interventionen darauf, jene Institutionen und Interessenvertretungen zu bekämpfen, die das »natürliche Gleichgewicht« stören. Der zentrale Kampf gegen Gewerkschaften und Sozialstaat findet in dieser Artikulation des Ökonomischen seine »wissenschaftliche« Begründung. Anlässlich einer für den 29. Juni 1938 geplanten Zusammenkunft zwischen *Lippmann*, *Mises*, *Rappard*, *Röpke* und *Rougier*

sollte diskutiert werden, wie man »einen internationalen Kreuzzug zugunsten des konstruktiven Liberalismus« (Rougier an Rappard am 21. Juni 1938; BA R J.I.149, 1977/135, Bd. 42) durchführen könne. Wichtig in dieser Diskussion ist, wie bei *Lippmanns* Buch *The Good Society* (1937; dt. 1945), eine positive Benennung und Bestimmung des Liberalismus.

Erstes internationales Treffen der Neoliberalen

Auf dem *Colloque Walter Lippmann*, das vom 26. bis 30. August 1938 in Paris stattfand und das eine Auseinandersetzung mit *Lippmanns* berühmtem Buch *The Good Society* darstellt, wird schließlich der Begriff »Neoliberalismus« zum Konzept im heutigen Sinne ausgebaut (vgl. Plehwe/Walpen 1999: 207f.; Cockett 1995: 9-12; Hartwell 1995: 20-22; Hennecke 2000: 137-139; Dixon 2000: 7-9; Becker 1965: 37). Auf diesem Kolloquium wurde explizit über die Begriffswahl diskutiert. Vorgeschlagen wurden unter anderem »Neo-Kapitalismus« (Rougier) und »positiver Liberalismus«.

In der Diskussion hat sich schließlich knapp »Neoliberalismus« durchgesetzt. Darunter wurde (und wird) ein Konzept verstanden, das im Ökonomischen auf dem Vorrang des Preismechanismus als »der Volksabstimmung über die Preise«, dem freien Unternehmertum und dem Konkurrenzsystem (vgl. Baudin 1953: 150) basiert. Neben der Ablehnung des »totalitären Staats« und der »Planwirtschaft« wird aber Liberalismus vor allem positiv bestimmt, als »echter (véritable) Liberalismus«. Liberal bedeutet »wesentlich progressiv sein«. Lanciert wurde ein »Projekt Agenda des Neo-Liberalismus« (Claassen 1967: 458).

Definitiv durchgesetzt wurde der Begriff Neoliberalismus in der Phase der Publikation des Berichtes über das Treffen. Im »provisorischen Text« nimmt der Begriff noch nicht die Stellung ein, die ihm im veröffentlichten Dokument zukommt (vgl. dazu den provisorischen Text im Nachlaß Rüstow, Bundesarchiv Koblenz, N 1169, Bd. 287). Bezüglich der Durchsetzung dieses neuen Konzepts rechnen Neoliberale wie *Friedrich August von Hayek* und *Frank Chodorov* im Anschluß an *Walter Lippmann* (1945: 88.91) mit einem Prozeß, der sich über zwei bis drei Generationen erstrecken wird (vgl. Plehwe/Walpen 1999: 209).

Zunächst werden »Think Tanks« gegründet und Publikationsorgane ins Leben gerufen, um die Interessen der Neoliberalen zu propagieren und ihnen zum Durchbruch zu verhelfen. So wurde noch auf dem Kolloquium in Paris das *Centre International d'Études pour la Rénovation du Libéralisme* (CIRL) eingerichtet. Dessen Sitz war in Paris, Büros gab es in New York, London und Genf. In der ersten Sitzung des CIRL, am 13. März 1939, wurde über Begriff und Inhalt des Neoliberalismus weiter diskutiert.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs setzt diesen Anfängen ein Ende, obgleich einige Intellektuelle dieses Anliegen sehr wohl bewahrten. Die ersten Anzeichen dafür sind publizistischer Natur. 1944 erscheint *Hayeks Der Weg zur Knechtschaft* und ein Jahr später *Karl R. Poppers Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Diese beiden Werke sollten im Laufe der Geschichte eine Tiefenwirkung erzielen, die weit in die Sozialdemokratien und Gewerkschaften hinein reicht.

5 Röpke schreibt (1976: 154) in einem Brief vom 8. April 1957 an Erich Welter, daß in seinem Buch *Lehre von der Wirtschaft* (1937) »das Programm des Neoliberalismus keimhaft entwickelt ist«. Jedoch findet sich in dem genannten Buch der Begriff Neoliberalismus nicht.

6 Zur systematischen Wissensproduktion im Neoliberalismus vgl. Plehwe/Walpen 1999a: 211-221.

7 Zum 1955 von Anthony Fisher, MPS-Mitglied, gegründeten *Institute of Economic Affairs* in London vgl. Cockett 1995 und zur *Heritage Foundation* in Washington, D.C., die seit Jahren von Edwin J. Feulner, MPS-Präsident (1996 bis 1998) und langjähriger Schatzmeister, geleitet wird (vgl. Edwards 1997).

8 Nicht alle im neoliberalen Lager verstehen sich als Anhänger einer Religion, wie Feulner, der »es ernst meint mit seinem katholischen Glauben« (Edwards 1997: 209). Seine beiden Adressen als Präsident im Jahr des fünfzigjährigen Bestehens der MPS (1997) auf dem Mont Pèlerin und in Barcelona, wo er sinnigerweise über die Reconquista spricht, nehmen bewußt zur Pilgerschaft Stellung. Auf dem Mont Pèlerin fordert er die Mitglieder auf: »Wir sollten uns selbst zuerst und zuvorderst

Mit Systematik ans Werk

1945 wird der Begriff »Neoliberalismus« von Röpke (1945: 28), einem Mitglied des später gegründeten *Ordo-Kreises*, im Vorwort zur Übersetzung von Lippmanns *The Good Society* in die deutsche Sprache wiedereingeführt.⁵ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gehen neoliberale Intellektuelle entschieden an die Organisation eines internationalen Zusammenhangs, wie er erstmals während des *Colloque Walter Lippmann* entstanden war. Die unterschiedlichen Bemühungen, den kollektivistischen ›Zeitgeist‹ in eine marktradikale Richtung zu beeinflussen, kulminieren schließlich im Gründungstreffen der *Mont Pèlerin Society*, das vom 1. bis 10. April 1947 auf dem Mont Pèlerin, oberhalb Veveys am Genfer See, stattfand (vgl. Plehwe/Walpen 1999). Auf diesem Treffen werden vielfältige Probleme diskutiert – von der Behandlung spezifischer Fragen im Ökonomischen wie »freie« Unternehmen oder Wettbewerbsordnung«, Vollbeschäftigung, monetäre Reformen, Lohnpolitik, Steuern, Armut, Einkommensverteilung, über Landwirtschaftspolitik und Gewerkschaften, bis zur Diskussion über moderne Geschichtsschreibung, politische Erziehung, die Verhältnisbestimmung zwischen Liberalismus und Christentum, und auch organisatorische Fragen für eine permanente Körperschaft (vgl. Hartwell 1995: 47f.).⁶

Es ist vor allem Hayek, der sich um eine geschlossene ›neoliberale‹ Weltanschauung bemüht und sich an die Erarbeitung einer »liberalen Utopie« (Hayek 1967: 237) macht. Im Zusammenhang mit der Gründung und dem Aufbau der *Mont Pèlerin Society* schreibt Courtin von der Zeitung *Le Monde*: »Ich bin überzeugt, daß wir da in der *Mont Pèlerin Society* die einzige Möglichkeit haben, einen Kader für den Neoliberalismus zu schaffen« (Courtin an Hunold am 2. Dezember 1948; zit. nach Hartwell 1995: 84).

Von Anfang an sind sich die neoliberalen Theoretiker (zum Kreis zählen nur wenige Frauen) der notwendigen organisatorischen und institutionellen Verankerung ihrer Ideen bewußt.⁷ Dazu dient das transnationale Elitenetzwerk der *Mont Pèlerin Society*, aber auch die systematische Nutzung und Vernetzung bestehender Think Tanks sowie deren gezielte Neugründung. Gearbeitet wird zunächst systematisch an einer Intervention im Bereich der Wissenschaft, insbesondere in der Ökonomie. Damit die neoliberalen Theorien verbreitet werden können, werden zudem verschiedene Zeitschriften gegründet bzw. genutzt. Dazu zählen unter anderem *ORDO* in Deutschland, *Farmand* in Norwegen und *New Individualist Review* in den USA.

Das Wort wird Diskurs

Mit dem ersten Treffen auf dem Mont Pèlerin (Pilgerberg) nimmt die neoliberale »Suche nach dem verheißenen Land« (Feulner 1999: 29) als »*Reconquista*«⁸ (Feulner 1999: 42) ihren Anfang. Eine Vielzahl von Formen des Neoliberalismus mit zahlreichen Einzelstimmen beginnt einen neuen Diskurs zu entwickeln, der sich ab Mitte der siebziger Jahre durchzusetzen beginnt.

In der BRD sind es die *Freiburger Schule* beziehungsweise der *Ordoliberalismus*, die ein Konzept des Neoliberalismus entwickeln und popularisieren wollen. Franz Böhm gebraucht in einer umfangreichen Arbeit in der Zeitschrift *ORDO* von 1951 den Begriff Neoliberalismus,

wobei es ihm um die Durchsetzung eines wirtschaftlichen Liberalismus geht. Trotz des »Erfolgs der Erhardschen Politik im Sommer 1948« sei die Zurückhaltung gegenüber der Marktwirtschaft immer noch erheblich. Man versuche zu verhindern, »daß das wachsende Zutrauen zu marktwirtschaftlichen Formen zu einer politischen und sozialen Rehabilitierung des wirtschaftlichen ›Liberalismus‹ – auch in der Form des sogenannten Neo-Liberalismus – führen könnte« (Böhm 1951: 341).

Mit dem von *Alfred Müller-Armack* geprägten Begriff »Soziale Marktwirtschaft« gelingt es, einen Teil der Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften, und viele andere, die mit dem Sozialismus sympathisieren, für den Neoliberalismus zu gewinnen. Zwar waren die meisten Verfechter der sozialen Marktwirtschaft überzeugt, daß sie in sich sozial sei, doch es war notwendig, gegenüber den sozialistischen Staaten ein soziales Programm zu bieten. Erst so kann die »Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus« (Rüstow 1953) dienen. Die Möglichkeit, dieses Programm der »Sozialen Marktwirtschaft« zu realisieren, beruhte zu einem wesentlichen Teil auf den Rahmenbedingungen, die durch den Marshall-Plan geschaffen wurden.

In Frankreich interveniert MPS-Mitglied *Daniel Villey* in die katholischen Debatten, weil diese seines Erachtens marxistisch infiltriert sind. Sein Vorschlag mündet in eine Trennung der Zuständigkeiten, demnach sollten die Kirchen sich auf das Geistige konzentrieren. Jegliche Kritik seitens katholischer Theologen wird unter Dogmatismus, Moralismus und Prophezeiung rubriziert. »Er *der christliche Sozialphilosoph* soll nicht dogmatisieren, nicht moralisieren, noch den Propheten spielen, vielmehr für das gegenwärtige Gemeinwohl arbeiten, sich um das geistige Verständnis des Denkens, Tuns und Schaffens seines Nächsten kümmern, der nicht seines Glaubens ist: um dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist« (Villey 1955: 69).⁹

Positiv artikuliert der spätere Kardinal *Joseph Höffner* ein breites gesellschaftliches Bündnis, das für eine im weiteren nicht definierte »Idee des Privateigentums« eintrete. »Angesichts des einhelligen Eintretens der westlichen Welt für die Idee des Privateigentums – hier stimmen Neoliberalismus, Neosozialismus, evangelische und katholische Soziallehre im wesentlichen überein – drängt sich die Frage auf, wie es in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit um das Privateigentum und seine Funktionen bestellt sei« (Höffner 1957: 124). *Höffner*, der in seinem Artikel *Hayek* und *Rüstow* Referenzen erweist, setzt sich für eine »*Erneuerung und Stärkung der Funktionen des Privateigentums*« (Höffner 1957: 127) ein. Menschliche Würde sei nur dann garantiert, wenn eine Privateigentumsordnung bestehe: »Die Privateigentumsordnung ist *Garant der Freiheit und Würde des Menschen*« (Höffner 1957: 123).

Die Eingriffe in das religiöse Feld ebenso wie die neoliberale Positionierung führender Kleriker stoßen aber auch auf Widerstand und werden daher für die Neoliberalen problematisch. *Oswald von Nell-Breuning* (1955: 101), der jahrzehntelange Nestor der katholischen Soziallehre, übt »vom Standpunkt der katholischen Soziallehre aus am Neoliberalismus Kritik«.

als Pilger betrachten« (Feulner 1999: 25). In Barcelona verortet er die MPS innerhalb der aggressiven Tradition des Katholizismus, der Reconquista, die die Grundlage der Kreuzzüge, Ketzerverfolgungen und der Hexenverbrennungen bildete. Im Hinblick auf das verheißene Land äußert sich Feulner über das neoliberale Programm eschatologisch und greifen schon auf die glorreiche Geschichtsschreibung vor, die »dieser Gruppe *der MPS* tapferer Männer und Frauen« gewiß sein wird, wenn »unser Kampf endlich gewonnen ist« (Feulner 1999: 43). Eine Linke, die sich vom Konzept des Klassenkampfes verabschiedet hat, unterschätzt nicht nur die aktuelle Situation, sondern hat auch die Warnungen Walter Benjamins vergessen: »Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört« (Benjamin, Gesammelte Schriften, I.2: 695).

9 Der Bezug auf die sogenannte Steuerfrage verfehlt aufgrund der interessengeleiteten Blindheit den biblischen Text völlig (vgl. Füssel 1987: 72-74).

10 Ein weiterer Grund ist das »Ziel von ›sozialer Gerechtigkeit‹« (Hayek 1982, Bd. 2: 66) wie es in den Enzykliken *Quadragesimo Anno* und *Divini Redemptoris* entwickelt wurde (Hayek 1982, Bd. 2: 177, Anm. 7).

11 Das Wiesel hat die Fähigkeit, ein Ei auszusaugen, ohne daß es dabei zerstört wird. Analog dazu raubt das Adjektiv »sozial« der Marktwirtschaft den Inhalt, wenngleich es die Hülle intakt läßt. Hayeks MPS-Kollege Fritz Machlup verwendet den Begriff Wieselwort schon 1958 in einem Artikel (Machlup 1963, 75). Noch Mitte der fünfziger Jahre benutzt Hayek (vgl. zum Beispiel Hayek 1954: 4) den Begriff »soziale Marktwirtschaft« ohne spezifische Vorbehalte. Wenige Jahre später lassen sich erste Bedenken bei Hayek ausmachen. Hennekes (2000: 271) Einschätzung zu Hayeks Gebrauch und Verständnis von »sozial« fällt ungenau aus. Eine historische Analyse würde zeigen, wie Hayek sich im Verlaufe der Zeit in eine Aversion gegen den Begriff »sozial« steigerte, die wissenschaftlich verbrämt war. Insbesondere sind seine sprachwissenschaftlichen Aussagen dazu nicht auf dem Stand der Diskussion. Er greift Mario Peis Werk *Weasel Words* auf, radikalisiert dieses aber vollends. Schon die Aussage Peis, die Wörtern einen ihnen »ursprünglichen Wert und semantischen Inhalt« (Pei 1978: 1) zuschreibt, träumt den konservativen Traum von eindeutigen Wörtern.

12 Darin setzt er den Beginn des Neoliberalismus auf das *Colloque Walter Lippmann* und behauptet,

Im Bereich der Gewerkschaftsfrage meldet sich der ehemalige Leiter des Wirtschaftsressorts der NZZ und MPS-Mitglied, *Carlo Mötteli* zu Wort (1953: 305): »Wer, wie die in diesem Aufsatz angerufenen Zeugen, die Markt- und Wettbewerbswirtschaft als der dirigierten Wirtschaft turmhoch überlegen und die natürlichen Grenzen des Staatsinterventionismus in einer Gesellschaft freier Menschen erkannt hat, und wem zudem vorzüglich die Nöte des ›kleinen Mannes‹ am Herzen liegen, der wird die Gewerkschaftspolitik in der Richtung einer Wirtschaftsordnung sehen, die zwar sehr wenig mit dem ›Laissez faire, laissez aller‹ des Manchestertums, sehr viel dagegen mit dem *Neoliberalismus* gemeinsam hat.« Nicht nur *Mötteli* ist es klar, daß es für die Nöte des kleinen Mannes eine, wie auch immer geartete, Lösung braucht. Das sehen andere Neoliberale wie *Wilhelm Röpke* und *Hayek* ebenfalls.

Der Begriff der sozialen Marktwirtschaft wird im Verlaufe der Zeit von den Gewerkschaften und der SPD aufgegriffen und in Richtung soziale Sicherheit und Sozialisierung entwickelt. Der verlorene Kampf um den Begriff dürfte ein Grund sein, weshalb *Hayek* später eine vehemente Abneigung gegen den Begriff »sozial« entwickelt.¹⁰ Vom Wieselwort »sozial« wird die Marktwirtschaft als »soziale Marktwirtschaft« (Hayek 1982, Bd. 2: 79) ihres Inhalts beraubt.¹¹

Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre wird der Neoliberalismuskurs Allgemeingut. Eine Vielzahl der MPS-Mitglieder äußern sich, zumeist neutral oder positiv – *Walter Eucken* (1990: 375), *Jacques Rueff* (1953: 220f.), mehrfach *Ludwig Erhard*, *Albert Hunold*, *Müller-Armack*, *Röpke* (vgl. Röpke 1955: 15, 19f.)¹² und *Rüstow*. *Hayek* schreibt einen Übersichtsartikel, in welchem er verschiedene Schulen der »neoliberalen Bewegung« (Hayek 1951a: 337; 1951b: 200) ausmacht.¹³

Der Begriff bleibt jedoch nicht nur auf Europa beschränkt, sondern wird ebenso in den USA verwendet. Nicht nur wird dort die liberale Theologie zur neo-liberalen umgeformt (vgl. Lightner 1959), sondern einer der wichtigsten Köpfe der Bewegung, *Milton Friedman*, widmet der Thematik einen Artikel und stellt fest, daß sich der Neoliberalismus mehr oder weniger zeitgleich in verschiedenen Teilen der Welt entwickelt habe. *Henri Lepage* (1979: 15), ebenfalls MPS-Mitglied, ordnet »Neoliberalismus« der *Chicagoer Schule* zu und datiert den Ursprung »relativ exakt (sic!) in die fünfziger Jahre«. Auch wenn man »das Konzept der amerikanischen Neoliberalen (nicht) mit den Thesen des deutschen Ordoliberalismus (oder aber der ›Neoliberalen Freiburger Schule‹) aus der Nachkriegszeit verwechseln« (Lepage 1979: 239f., Anm. 21) dürfe, sei der gemeinsame Ursprung der neoliberalen Bewegung zu betonen.

In den sechziger Jahren erscheinen zwei größere Abhandlungen, die sich mit dem Neoliberalismus auseinandersetzen und zu ihm jeweils auch eine historische Systematisierung bieten – die Schriften von *Egon Edgar Nawroth* (1961) und *Helmut Paul Becker* (1965). *Nawroth* (vgl. 1961: 5f.) gibt folgenden Überblick über die Schulen und Einzelpersonen: »Die Träger der neoliberalen Ideen, meist Fachwissenschaftler, haben sich im internationalen Raum zu verschiedenen Gruppen zusammengeschlossen, die in regem Gedankenaustausch miteinander stehen und auf regelmäßigen Tagungen der ›Mont Pélérin

Society« um Koordinierung ihrer gemeinsamen Interessen bemüht sind. Die wissenschaftliche und literarische Qualifikation der zahlreichen Veröffentlichungen und nicht zuletzt das stark ausgeprägte Sendungsbewußtsein einzelner Vertreter trugen dazu bei, daß das neoliberale Gedankengut in der Theorie wie in der Praxis international zu ständig wachsendem Einfluß gelangen konnte. In *Amerika* ist es die Chicagoer Gruppe, die von dem Theoretiker, Sozialphilosophen und Wirtschaftspolitiker *Frank A. Knight* gegründet wurde. Unter seinen Schülern wie *Aaron Director*, *George Stigler*, *Milton Friedman* ist *Henry C. Simons*, der in den USA als Haupt der neoliberalen Schule durch seinen Kampf um die wirtschaftliche Freiheit, durch seine Vorschläge für die Monopolbekämpfung und die neue Geldordnung bekannt wurde, von besonderer Bedeutung. Erwähnung verdienen außerdem *W. Lippmann*, *H. Kohn*, *H. Schoeck*.

In *England* stellt die *London School of Economics* das Zentrum neoliberalen Denkens dar. Als ihr Gründer ist *Edwin Cannan* anzusehen, der durch seine zahlreichen wirtschaftspolitischen Aufsätze hervorretreten ist. Unter seine Schüler sind zu rechnen: *Lionel Robbins*, *Theodore Gregory*, *Arnold Plant*, *F. C. Benham*, *W. H. Hutt* und *F. W. Paish*. Erwähnt sei ferner *M. Oakeshott*.

In *Österreich* sammelte sich ein Kreis um *Ludwig von Mises*, der in Wien, Genf und New York als Lehrer tätig war und durch seine Arbeiten über die Geldtheorie, die Gemeinwirtschaft und die national-ökonomische Theorie von Einfluß war. Zu seinen Schülern gehören: *Gottfried von Haberler*, *Fritz Machlup* und der literarisch sehr rege *F. A. Hayek*, die alle drei in den USA ein Betätigungsfeld fanden. Außerdem muß hier *Reinhard Kamitz*, der langjährige Finanzminister Österreichs, genannt werden. Die gegenseitige ideelle Befruchtung dieser drei erst genannten Gruppen ist offensichtlich. (...)

In *Frankreich* vertreten das neoliberale Ideengut neben *D. Villey*: *J. Rueff*, *R. Courtin*, *R. Aron*, ferner *L. Baudin*, *J. B. Duroselle* und *M. Allais*.

In *Belgien* bekennen sich zur neoliberalen Doktrin *V. Baudhin* und *L. Dufriez*. In *Italien* sind es *Luigi Einaudi* und *Costantino Bresciani Turrone*, die als Träger der neoliberalen Ideen gelten.

In *Deutschland* wurde die sogenannte *Freiburger Schule* unter ihrem Gründer *Walter Eucken* zum Forschungs- und Schulungszentrum der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Zu ihren Trägern rechnen: seine Frau *Edith Eucken-Erdsieck*, ferner *Franz Böhm*, *Hans Großmann-Doerth*, *Hans Oestrich*, *Bernhard Pfister*, *C. von Dietze*; *W. Euckens* Schüler *Friedrich A. Lutz*, *K. F. Maier*, *Leonhard Miksch*, *K. P. Hensel* u.a.m. Außerdem gehören zu diesem Kreis an hervorragender Stelle: *Wilhelm Röpke*, der von Genf aus durch ausgedehnte schriftstellerische Tätigkeit für die Idee des Liberalismus in besonderer Weise geworben hat, ferner der Religionssoziologe und Wirtschaftstheoretiker *Alexander Rüstow*, der Wirtschaftspolitiker *Alfred Müller-Armack* und *Volkmar Muthesius*. Da im Mittelpunkt des *Freiburger* Reformprogramms der »Ordo«-Gedanke steht, erhielt diese Richtung des Neoliberalismus die nähere Bezeichnung »Ordo-Liberalismus«.

Was sowohl *Nawroth* als auch *Becker* entgeht, sind die internen Differenzen und die Problematik, die sich in den sozialen Auseinander-

daß zwar Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre der Begriff noch nicht vorhanden, aber die Sache schon entwickelt war. Das ist nachweislich falsch.

13 Wenige Jahre später hebt er das Neuliberale durch Verwendung des Großbuchstabens hervor, wenn er vom »Grundstein eines Neuliberalen Programms« (Hayek 1954: 4) schreibt, den er Walter Eucken zuschreibt.

setzungen mit dem Begriff Neoliberalismus verbinden. Insbesondere *Röpke* ist es, der als einer der führenden neoliberalen und erzkonservativen Denker heftigen Angriffen ausgesetzt ist. Diese führen dazu, daß er Ende der fünfziger Jahre behauptet, daß der Begriff von den Gegnern eingeführt wurde. Es ist vor allem *Rüstow*, der von Anfang an innerhalb des Neoliberalismus interveniert. Schon vor dem *Colloque Walter Lippmann* 1938 bezeichnete er Laissez-faire- beziehungsweise Manchester-Kapitalismus als »Alt-Liberalismus« oder gar als »Paläoliberalismus« (*Rüstow* 1961). Als »Paläoliberaler« gelten bei *Rüstow* vor allem *Mises* und *Hayek*, die sich als »ewig gestrige« durch ihre »Verrantheit, Überholtheit und Abgespieltheit« auszeichnen würden. In seinem Brief an *Röpke* (vom 21. Februar 1941, in: N 1169, Bd. 7) läßt er seiner Aversion freien Lauf, wenn er meint, *Mises* und *Hayek* gehörten »in Spiritus gesetzt ins Museum als eines der letzten überlebenden Exemplare jener sonst ausgestorbenen Gattung von Liberalen, die die gegenwärtige Katastrophe heraufbeschworen haben«.

Die internen Differenzen innerhalb des Neoliberalismus und der *Mont Pèlerin Society* lassen sich teilweise nur in Briefen nachzeichnen, weil ernsthafte öffentliche Debatten selten ausgetragen werden. *Hayek* hat zum Beispiel gegenüber *Friedman* massive Vorbehalte und unterscheidet sich deutlich von ihm. In einem Brief an *William E. Rappard* berichtet *Frank H. Knight*, einer der Mitbegründer der *Chicago School of Economics*, über das Treffen der *Mont Pèlerin Society* in St. Moritz 1957 (3. November 1957, in: BAR J.I.149, 1977/135, Bd. 28): »Ich kann nicht glauben, um mehr offen als höflich zu sein, indem ich Namen nenne, daß die Sache der Freiheit gefördert wird durch die Art der Ansprachen der Professoren v. *Mises* und Fr. *Hayek*. Und zwei andere Papiere, die die Abschaffung der öffentlichen Schulen befürworteten, fand ich dumm – beide von sehr gescheiterten jungen Gefährten (Amerikaner), Rogge vom Wabash College und meinem Kollegen Milton *Friedman*.«

Auch in den realsozialistischen Staaten fand der Neoliberalismus Beachtung. In der DDR setzten sich *Robert Naumann* (1957) und *Hermann Turley* (1961) mit ihm kapitalismuskritisch auseinander. In der UdSSR war es *I. G. Bljumin*, der sich in seinem Buch *Die Krise der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie* (zit. nach *Turley* 1961: 8) mit dem Neoliberalismus beschäftigte. Für *Naumann* ist der Neoliberalismus schon von Anfang an erledigt, ist er doch »eine ideologische Waffe des untergehenden Kapitalismus« (1957: 11). Insgesamt bleiben diese Arbeiten in ihrer Analyse beschränkt, aufgrund ihres teilweise holzschnittartigen Charakters, der durch das Korsett des Marxismus-Leninismus bedingt ist. Gleichwohl finden sich bei *Naumann* wie bei *Turley* wichtige Hinweise zur Entwicklung von Liberalismus wie Neoliberalismus. Besonders wichtig ist ihr Blick auf die Position der Neoliberalen im Nazismus (vgl. *Naumann* 1957: 64-79; *Turley* 1961: 17-22).

Insbesondere die Arbeiten von *Ludwig Erhard*, *Leonhard Miksch* und *Müller-Armack*, aber auch jene von *Franz Böhm* und *Walter Eucken* werden auf ihre Bezüge zum Nazismus analysiert. Auch heute noch ist die Erforschung der neoliberalen Ökonomen im Faschismus und Nazismus erst teilweise erfolgt (vgl. *Haselbach* 1991; *Nordmann* 1994; *Gerlach* 1997; *Roth* 1995, 1998; *Plehwe* 1998).

Durchbrüche

In der 68erBewegung und der damit verbundenen Renaissance marxistischer Theorien wird zwar das Auftauchen des Neoliberalismus durchaus zur Kenntnis genommen. Er wird jedoch nicht allzu sehr beachtet und ernst genommen. Dafür spricht zum Beispiel, wenn hämisch eine vom »gegenwärtigen Einfluß marxistischer Anschauungen (ausgehende) ... Flucht in traditionelle neoliberale Ordnungskonzeptionen« (Nutzinger 1973: 207) konstatiert wird.

Walter Adolf Jöhr, dem die Flucht vor dem, scheinbar zum endgültigen Siegeszug angetretenen, Marxismus vorgehalten wird, ist Professor für Volkswirtschaft an der Hochschule St. Gallen. Zum Zeitpunkt von Nutzingers Artikel ist Gerhard Schwarz, ein eben erst diplomierter Ökonom, Assistent und Doktorand bei Jöhr. Ihm wird später der Neoliberalismus nicht zur Flucht dienen, sondern als ein Mittel zur erfolgreichen Durchsetzung der Kapitalinteressen, wobei er als MPS-Mitglied über die notwendige Einbindung und als Leiter des Wirtschaftsressorts der NZZ über ein einflußreiches Presseorgan verfügt (vgl. Walpen 1996). Unter den lauten Tönen der 68er Revolten arbeiten neoliberale Theoretiker zielstrebig weiter. Mit den sogenannten Ökonomie-Nobelpreisen für Hayek 1974 und Friedman 1976 erlangten zwei der bekanntesten Vertreter der *Mont Pèlerin Society* endgültig weltweites Renomee (vgl. Plehwe/Walpen 1999: 211f.).

Ab 1975 konnten die »Chicago Boys« in Chile endlich ein Land einer neoliberalen Radikalkur unterwerfen, ohne daß sie irgendwelche politischen Rücksichten hätten nehmen müssen (vgl. Valdés 1993, 1995). Die »Schocktherapie« (seither ein Exportartikel) verkaufte Milton Friedman als ein Mittel, um eine »gesunde soziale Marktwirtschaft« (Friedman/Friedman 1998: 593, 591) zu errichten¹⁴.

Chile wurde für Hayek, Friedman und andere zum »gelobten Land«, das sie gegen die internationale Kritik vehement verteidigten. Den Neoliberalen gelang, was den Linken verwehrt blieb: Sie exportierten die »Revolution« von der Peripherie ins Zentrum. Als Margret Thatcher im Herbst 1979 Premierministerin Großbritanniens geworden war, organisierte sie einen Expertenaustausch zwischen ihrer Crew und derjenigen der Regierung Pinochets (vgl. Walpen 2000). Mit der Wahl Ronald Reagans zum Präsidenten der Vereinigten Staaten 1980 setzt sich der Neoliberalismus schließlich definitiv durch. Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten Osteuropas wird der Neoliberalismus hegemonial und bis Ende der neunziger Jahre wird der Laissez-faire-Flügel zur dominanten Stimme im Chor.

Mit dem zunehmenden Widerstand sozialer Bewegungen und linker Gruppen wie Parteien gegen die Folgen neoliberaler Politik gerät die harte Marktdoktrin zunehmend unter Druck. Um die bittere Pille zu versüßen, wird wieder öfter auf den Begriff der »Sozialen Marktwirtschaft« zurückgegriffen: »Man könnte verallgemeinernd sagen, die Soziale Marktwirtschaft ist ein Verteidigungsprogramm des Neoliberalismus, auf das zurückgegriffen wird, wenn es gilt, Legitimationsdefizite des Kapitalismus zu kompensieren« (Ptak 2000: 211).

»Der Neoliberalismus gewinnt also ohne eigenes Zutun Punkte«, weil er lediglich von der Krise des Keynesianismus profitiert habe, meinte Elmar Altvater (1981: 5), in einer der wenigen frühen kritischen Arbeiten, feststellen zu können. Wie ein historischer Blick auf

14 Andere Länder, andere Durchsetzungsstrategien: Im neoliberalen britischen Think Tank *Centre for Policy Studies* (CPS), in dem Margret Thatcher arbeitete, wird in den siebziger Jahren versucht, mit der »sozialen Marktwirtschaft« in das Feld von Labour zu intervenieren (vgl. Yergin/Stanislaw 1998: 124; Cockett 1995: 252f.).

den Neoliberalismus und die transnationalen Elitenetzwerke sowie Think Tanks (vgl. Plehwe/Walpen 1999) zeigt, ist diese Feststellung unzutreffend und ungenau. Der Aufstieg des Neoliberalismus war nicht unaufhaltsam. Er hat nicht einfach den historischen Augenblick genutzt und sich gleichsam über Nacht durchgesetzt. Als in den siebziger Jahren die Krise manifest war, konnten wissenschaftlich gestützte neoliberale Antworten, Rezepte, Lösungsvorschläge usw. greifen, weil sie in einem systematischen Zusammenhang entwickelt worden waren. Zudem war eine gut organisierte Bewegung vorhanden, die über arbeitsteilig operierende ideologische Apparate verfügte.

Die jahrzehntelangen Vorarbeiten sind mit dem Machtwechsel hin zu neoliberalen Regimen ebenso aus dem Blickfeld der Linken geraten wie die neoliberale Gesamtanordnung von akademischen und publizistischen Hegemonieapparaten samt deren ökonomischen und politischen Verflechtungszusammenhängen. Demgegenüber weiß der neoliberale Igel genau, wie der linke Hase läuft.

Literatur

- Altwater, Elmar (1981): Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution, in: PROKLA, Nr. 44, S. 5-23.
- Aron, Raymond (1964): Die industrielle Gesellschaft. 18 Vorlesungen, Frankfurt/M, Hamburg.
- Baudin, Louis (1953): L'aube d'un nouveau libéralisme, Paris.
- Becker, Helmut Paul (1965): Die soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik, Heidelberg, Löwen.
- Benjamin, Walter (1991): Gesammelte Schriften, Frankfurt/M.
- Böhm, Franz (1951): Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, in: Ders.: Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1980, S. 315-505 (Original: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, S. 21-250).
- Cockett, Richard (1995): Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931-1983, London.
- Compte-rendu des séances du Colloque Walter Lippmann. 26 - 30 août 1938. Paris 1939 (Travaux du Centre International d'Études pour la Rénovation du Libéralisme. Cahier No. 1).
- Dixon, Keith (2000): Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz (franz.: Les évangélistes du marché. Les intellectuels britanniques et le néo-libéralisme; Paris 1998).
- Edwards, Lee (1997): The Power of Ideas. The Heritage Foundation at 25 Years; Ottawa.
- Eucken, Walter (1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen.
- Feulner, Edwin J. (1999): Intellectual Pilgrims. The Fiftieth Anniversary of the Mont Pèlerin Society, Washington.
- Friedman, Milton (1951): Neoliberalism and Its Prospects, in: Farmand vom 17. Februar 1989-93.
- Friedman, Milton and Rose Friedman (1998): Two Lucky People. Memoirs, Chicago, London.
- Füssel, Kuno (1987): Drei Tage mit Jesus im Tempel. Einführung in die materialistische Lektüre der Bibel, Münster.
- Gerlach, Christian (1997): Ludwig Erhard und die »Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes«. Ein Gutachten aus dem Jahr 1941 und Erhards Berater Tätigkeit bei der deutschen Annexionspolitik 1938-1943, in: Matthias Hamann und Hans Asbek (Hg.): Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 13: Halbierte Vernunft und totale Medizin. Zu Grundlagen, Realgeschichte und Fortwirkungen der Psychiatrie im Nationalsozialismus, Berlin-Göttingen, S. 241-276.
- Hartwell, R. Max (1995): A History of the Mont Pèlerin Society, Indianapolis.
- Haselbach, Dieter (1991): Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus, Baden-Baden.
- Hayek, Friedrich August von (1967): The Intellectuals and Socialism, in: Ders.: Studies in Philosophy, Politics and Economics, London, pp. 178-194.
- Hayek, Friedrich August von (1951a): Die Überlieferung der Ideale der Wirtschaftsfreiheit, in: Schweizer Monatshefte, Heft 6, S. 333-338.
- Hayek, Friedrich August von (1951b): The Transmission of the Ideals of Economic Freedom, in: Hayek 1967, pp. 195-200.
- Hayek, Friedrich August von (1954): Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, S. 3-17.
- Hayek, Friedrich August von (1982): Law, Legislation and Liberty. A new statement of the liberal principles of justice and political economy, Vol. 1: Rules and Order; Vol. 2: The Mirage of Social Justice; Vol. 3: The Political Order of a Free People, London.
- Hennecke, Hans Jörg (2000): Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf.
- Hinkelammert, Franz J. (1994): Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmen der modernen Gesellschaftstheorie, Luzern, Mainz.
- Honegger, Hans (1925): Volkswirtschaftliche Gedankenströmungen. Systeme und Theorien der Gegenwart besonders in Deutschland, Karlsruhe.

- Hunold, Albert (Hg.) (1953): *Wirtschaft ohne Wunder*, Erlenbach-Zürich.
- Knight, Frank H. (1934): *Economic Theory and Nationalism*, in: Ders.: *The Ethics of Competition*, New Brunswick, London, pp. 269-351.
- Lepage, Henri (1979): *Der Kapitalismus von morgen*, Frankfurt/M., New York.
- Lightner, Robert Paul (1959): *Neo-Liberalism*, Chicago.
- Lippmann, Walter (1945): *Die Gesellschaft freier Menschen*, Bern (Original: *The Good Society*, 1937).
- Machlup, Fritz (1963): *Essays on Economic Semantics*, Englewood Cliffs, N.J.
- Meier-Rust, Kathrin (1993): *Alexander Rüstow. Geschichtsdeutung und liberales Engagement*, Stuttgart.
- Mises, Ludwig von (1922): *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, Jena.
- Mises, Ludwig von (1927): *Liberalismus*, Jena.
- Mötteli, Carlo (1953): *Gewerkschaften und Wirtschaftsordnung*, in: Hunold 1953, S. 286-306.
- Naumann, Robert (1957): *Theorie und Praxis des Neoliberalismus. Das Märchen von der freien oder sozialen Marktwirtschaft*, Berlin.
- Nawroth, Egon Edgar (1961): *Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus*, Heidelberg, Löwen.
- Nell-Breuning, Oswald von (1955): *Neoliberalismus und katholische Soziallehre*, in: Patrick M. Boraman (Hg.): *Der Christ und die soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart, Köln, S. 101-122.
- Nordmann, Jürgen (1994): *Wirtschaftliche Nachkriegsplanungen in den Führungsschichten des Deutschen Reiches 1943-1945*, Marburg (unveröffentl. Examensarbeit).
- Nutzinger, Hans G. (1973): *Wirtschaftstheorie aus der Sicht der Politischen Ökonomie*, in: Winfried Vogt (Hg.): *Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie*, Frankfurt/M., S. 206-235.
- Pei, Mario (1978): *Weasel Words. The Art of Saying What You don't Mean*, New York u.a.
- Plehwe, Dieter (1998): *Ludwig Erhards D-Mark*, in: LAKS Hessen e.V. (Hg.): *50 Jahre Deutsche Mark*, Berlin, S. 16-27.
- Plehwe, Dieter (2000): *Deregulierung und transnationale Integration der Transportwirtschaft in Nordamerika*, Münster.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): *Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung*, in: PROKLA, Heft 115, S. 203-235.
- Ptak, Ralf (2000): *Ordooliberalismus – Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland*, in: Werner Goldschmidt/Dieter Klein/Klaus Steinitz (Hg.): *Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive. Beiträge zum sechzigsten Geburtstag von Herbert Schui; Heilbronn*, S. 194-212.
- Robbins, Lionel (1952): *An Essay on the Nature & Significance of Economic Science*, London.
- Röpke, Wilhelm (1937): *Die Lehre von der Wirtschaft*, Wien.
- Röpke, Wilhelm (1945): *Einführung*, in: Lippmann 1945, S. 25-33.
- Röpke, Wilhelm (1955): *Alexander Rüstow zum 8. April 1955*, in: Gottfried Eisermann (Hg.): *Wirtschaft und Kultursystem*, Erlenbach, Zürich, S. 12-22.
- Röpke, Wilhelm (1958): *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Erlenbach, Zürich, Stuttgart.
- Röpke, Wilhelm (1976): *Briefe. 1934-1966. Der innere Kompaß*, Erlenbach, Zürich.
- Roth, Karl Heinz (1995): *Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939 bis 1945)*, 1. Teil: 1939 bis 1943, in: 1999, *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Heft 4, S. 53-93.
- Rueff, Jacques (1953): *Natürliche Erklärung eines Wunders*, in: Hunold 1953, S. 204-222.
- Rüstow, Alexander (1932): *Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus*, in: Ders.: *Rede und Antwort*, Ludwigsburg 1963, S. 249-258.
- Rüstow, Alexander (1953): *Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus*, in: Hunold 1953, S. 97-108.
- Rüstow, Alexander (1961): *Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus*, in: Franz Greiß/Fritz W. Meyer (Hg.): *Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack*, Berlin, S. 61-70.
- Sykes, Alan (1997): *The Rise and Fall of British Liberalism 1776-1988*, London, New York.
- Turley, Hermann (1961): *Neoliberale Monopoltheorie und »Antimonopolismus«*. Ein Beitrag zur Aufdeckung des apologetischen Charakters des Neoliberalismus in Westdeutschland, Berlin.
- Valdés, Juan Gabriel (1993): *Die Chicago-Schule: Operation Chile*, in: *Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Nr. 17, S. 36-60.
- Valdés, Juan Gabriel (1995): *Pinochet's Economists. The Chicago School in Chile*, Cambridge, New York, Melbourne.
- Villey, Daniel (1955): *Die Marktwirtschaft im katholischen Denken*, in: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 23-69.
- Walpen, Bernhard (1996): *Die Demut des G. S. NZZ-Wirtschaftschef Gerhard Schwarz: Wie ein Ökonom zum Theologen wird*, in: *Die Wochenzeitung*, Nr. 41 vom 11. Oktober.
- Walpen, Bernhard (2000): *Organisierte neoliberale Hegemonie. Die Mont Pèlerin Society, Think-Tank des späten Kapitalismus*, in: *Die Wochenzeitung*, Nr. 14 vom 6. April.
- Yergin, Daniel/Stanislaw, Joseph (1999): *The Commanding Heights. The Battle Between Government and the Marketplace That Is Remaking the Modern World*, New York.

RAINER RILLING

Internet und politische Bildung



Rainer Rilling – Jg. 1945, seit 1999 Leiter des Bereichs Forschung und Information der Rosa Luxemburg Stiftung, Privatdozent für Soziologie an der Universität Marburg. 1983-1999 Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik«. Seit 1993/4 mehrere Internetprojekte (PeaCon, WplusP, IMD, MII, EPS, BdWi, LinksNet). Ak-tueller Arbeitsschwerpunkt: politische Soziologie der Kommunikation, insbesondere des Internets. Letzte Publikationen hierzu: *Machtfragen der Informationsgesellschaft* (hg. mit anderen), BdWi-Verlag 1999; *Politik im Internet*, Köln 1998 (mit Wolfgang Hecker). Mail: rilling@rosaluxemburgstiftung.de. Foto: Horst Eberlein.

Politik

Politik bezeichnet im Unterschied zur Privatsphäre den öffentlichen Raum, in dem diskursiv oder gewaltsam unterschiedliche individuelle und gesellschaftliche Interessen ausgefochten werden. Politische Institutionen und Normensysteme dienen dazu, verbindliche Regeln, Werte und Steuerungsleistungen für die Gesellschaft autoritativ über Entscheidungen zu organisieren – Regeln, die angesichts der ungleichen Verteilung von Macht, Autorität und Reichtum in der Gesellschaft zugleich Formen der Herrschaftssicherung sind. Kommunikation ist eine den Menschen als gesellschaftliches Wesen auszeichnende Eigenschaft. Jede Kommunikation hat eine Dimension von Macht – nicht aber von politischer Macht. Handeln und Kommunikation werden erst dann politisch, wenn es um die Regelung der öffentlichen, also allen gemeinsamen Angelegenheiten durch Macht geht, um öffentliche Rechtfertigung, Begründung, Zustimmung, Ablehnung. Macht kann bestehen in der Durchsetzung eines Willens, in der Kontrolle über Situationen, Akteure und Kontexte, in der Öffnung oder Schließung von Optionen und Handlungskorridoren. Macht legt fest – das ist ihre Funktion. Mit ihrer Entstehung, Begründung und Durchsetzung sind unvermeidlich je besondere Interessen verknüpft. Daher operiert jede solche Aktivität, die politisch ist, mit Unterscheidungen zwischen Gegnern und Genossen, Freund und Feind, Mitstreitern und Kontrahenten. Die Politik spiegelt solche Widersprüche (Unterscheidungen) wider und bringt sie hervor. Die Akteure des politischen Feldes differenzieren sich danach, welche Unterscheidungen sie treffen, was also ihr Alleinstellungsmerkmal ist, wie sie auf unterscheidbare, je besondere Weise allgemeine Angelegenheiten verhandeln. Die moderne Demokratie schließlich als eine Organisationsform der politischen, öffentlichen Gewalt beruht auf der Gleichheitsannahme, wonach alle Menschen in gewissem Maß gleich sind und deshalb alle in gewissem Maß als politisch gleiche behandelt werden sollten sowie auf den Prinzipien der Volkssouveränität und des Relativismus, das heißt der Mandatierung auf Zeit und dem Verzicht auf Wahrheitsanspruch.¹ Aus der Gleichheitsannahme ergibt sich, dass demokratisches politisches Handeln mit den Präferenzen der Mehrheit korrespondieren muss.

Politische Bildung

Wenn Macht nicht alles, aber das Wesentliche von Politik ist, dann muss demokratisch-sozialistische politische Bildung die Individuen in den Stand versetzen, lernend Macht zu erkennen und mit ihr in ihrem

eigenen Interesse in der Zielperspektive eines demokratischen Sozialismus umzugehen. Sie wirft von unten einen Blick auf die Macht. Mündigkeit als Zielsetzung der politischen Bildung, wie sie oft in der links- oder liberaldemokratischen Tradition des Redens über politische Bildung genannt wird, hat hier ihren zentralen Gehalt. Der Begriff des Empowerment (»Er-Mächtigung«) fasst, was Sinn einer demokratisch-sozialistischer politischen Bildung sein sollte, in einem einzigen leider unübersetzbar gewordenen Begriff zusammen.

Politische Bildung und Internet

Da auch Massenmedien immer substantielle Macht kommunikativ zuteilen und sie auch wieder entziehen, müssen diese selbst ebenfalls Gegenstand solcher Bildungsprozesse sein.² Das Internet ist daher in zweifacher Weise von Bedeutung für die politische Bildung: als Gegenstand (Bildung über Medien³), vor allem aber (wie andere Medien auch) als Mittel für politische Bildungsprozesse (Bildung mit Medien⁴).

Als Gegenstand von Bildungsprozessen geht es vor allem darum, an dieses Massenmedium dieselben Fragen zu stellen wie an die »alten« Medien: Wem gehört es (Politische Ökonomie der Netze), wer nutzt es (Exklusion und Inklusion), was liefert es (Content)? Die Frage geht aber auch auf die Technik: welche politischen Handlungskonfigurationen werden durch die Software präferiert oder festgelegt – oder, um mit einem Beispiel von Lessig zu sprechen: wenn es bei AOL nur Chat-Rooms für höchstens 23 TeilnehmerInnen gibt, wie soll dann eine gemeinsame massenkommunikative Öffentlichkeit und die damit verbundene Möglichkeit einer kollektiven politischen Willensbildung entstehen?⁵

Als Bildungsmedium muss das Internet dem klassischen Kanon zentraler Anforderungen des Bildungs- beziehungsweise Lernprozesses genügen: Subjektorientierung, Handlungsorientierung, Problemorientierung, Einführung in Kontroversen, Konfliktorientierung, Eröffnung unterschiedlicher Perspektiven, Arbeit mit exemplarischen Fällen, Autonomie, Methoden-, Zukunfts- und Wissenschaftsorientierung. Bei der Nutzung des Internets als Bildungsmedium sind wesentliche Stichworte: Wie kann es Kompetenz und Orientierung vermitteln helfen? Welche Rolle spielt es als Lehr- und vor allem als Lernmedium? Wie ist netzgestützte Mediendidaktik als Element von Medienpädagogik (Frage nach dem »wie«) zu entwickeln? Wie wird Medienkompetenz für dieses neue Massenmedium entwickelt (Frage nach dem »was«)? Welche Veränderung der Lernorte beziehungsweise des Bildungssettings insgesamt geht mit dem Aufstieg des Internets einher?

Als Massenmedium das Internet auf seine Informationsfunktion zu reduzieren, greift bei weitem zu kurz, zumal es leicht fällt, diese dann auch noch mit gepflegter kulturkritischer Attitüde zu denunzieren (»Die neuen Medien haben nur Datenschutz und Splitter anzubieten«⁶ – Hans Magnus Enzensberger). Auch für das Internet gilt, dass es die drei Funktionen hat, die auch andere Massenmedien realisieren: Sie setzen Themen und fokussieren die öffentliche Meinung auf sie (Agenda-Funktion); sie erzählen Geschichten und transportieren so Wertungen und Handlungsorientierungen (narrative Funktion); sie erzeugen Nähe und Aufmerksamkeit (Zoom-Funktion)⁷. Während die erstgenannten Funktionen primär durch Printmedien und Fernsehen

1 Frank Deppe.: *Fin de Siècle*, Köln 1997, S. 128; M. Saward: *Democratic Theory and Indices of Democratization*, in: D. Beetham (ed.): *Defining and Measuring Democracy*, London 1994 S. 6ff.

2 Thilo Harth: *Das Internet als Herausforderung politischer Bildung*. Wochenschau Verlag Schwalbach 2000 (Diss. Kaiserslautern 1999). Hier ist ein Kommentar unumgänglich: Harths bislang singuläre Studie ist nur offline als teures Printprodukt zugänglich, also als Dementi der eigenen Message.

3 Interessanterweise sind es fast ausschließlich die Stiftungen der Medien selbst und die parteinahen bzw. staatlichen Stiftungen, die intensiv Veranstaltungen zum Zusammenhang von Politik und Medien abhalten. Bislang beeindruckten hier aber nur die Bertelsmann-Stiftung und die hessische Grünen-Stiftung (HGDÖ).

4 Die Akzentuierung der »authentischen Kommunikation in Veranstaltungen« als einer der »großen traditionellen Stärken der politischen Bildungsarbeit« sollte daher nicht »gegenüber (Herv. R. R.) den audiovisuellen Medien« bzw. den Netzmedien, sondern mit ihnen geschehen! (Dieter Schlönvoigt: *Konzeptionelle Überlegungen zu einer PDS-nahen politischen Bildung*, in: *UTOPIE kreativ* 111 (März 2000), S. 239. Bei der Arbeit mit dem Medium Internet beeindruckten nur die Landeszentralen für politische Bildung in Baden-Württemberg, Brandenburg und Hessen.

5 »You have all heard of America Online ... you should visit AOL, and try to start a riot. Try to rally AOL subscribers to some political cause ... There are places you can go – chat rooms for example – but only 23 people can be in a chat room at anyone time ... So the option for a revolutionary on AOL is to race around these 23 person chat rooms ... AOL has solved the problem of protest by architecting its space to eliminate public spaces, or places where many people can gather ... There is no place for public protest on AOL, but you aren't likely to notice it. AOL has been architected to keep protest down ... On AOL, the system knows who you are ... it knows your purchasing habits, it knows what places you have visited; it knows who you email; it knows how often you check your email; it knows where you chat, and with whom you chat; in principle, it knows what you say in your »private chat« rooms. The Internet, originally, was different.«
Lawrence Lessig: *Cyberspace's Constitution* 10.2.00, Berlin
<http://cyber.law.harvard.edu/works/lessig/AmAc1.pdf>.

6 Der Spiegel 2/2000.

7 Clemens Knobloch: *Moralisierung und Sachzwang. Politische Kommunikation in der Massendemokratie*, Duisburg 1998.

8 Die bildungs- und wissenschaftspolitischen Implikationen dieses revolutionären Vorgangs hat Krysmanski in der *Telerosa Vorstudie* / (Münster 2000) skizziert. Sie können für die Entwicklung der politischen Bildung nicht unterschätzt werden.

realisiert werden, ist das Internet auf dem Weg zu einem Medium, das Authentizität und Nachprüfbarkeit realisieren kann. Der Aufstieg des Informationskanals Phönix zeigt, wie groß die Bedeutung dieses Gesichtspunkts geworden ist. Medien- und Bildungspolitik mit dem Internet zu machen heißt nicht nur, die Besonderheiten dieses Mediums zu beherrschen (also Multimedialität, Ausnutzung der Informationstiefe beziehungsweise Speicherkapazität, interaktive Deliberation, Aktualität); es gilt auch die Chance zur authentischen Information und damit Vertrauensbildung zu nutzen, weshalb die Entwicklung des demokratischen Potentials dieses Massenmediums zugleich ein entscheidendes Mittel seiner Verbreitung ist. Wer sich in einem Medium wiederfindet, nutzt es.

Lernort Internet

Das Internet ist in einer pädagogischen Definition ein Medienverbund mit dem Potenzial, neue Bildungssettings zu ermöglichen und an der »Gestaltung von Lernumgebungen« (D. Schlönvoigt) mitzuwirken. Mit den Computernetzen entstehen neue Lernorte außerhalb der traditionellen Bildungsinstitutionen, die eine neue Unabhängigkeit des Lernens von Ort und Zeitpunkt auszeichnen.⁸ Das meint konkret:

Durch das Internet ist nichts dazugekommen – nichts an Menge oder Qualität oder bislang geheimgehaltenen Informationen. Was zuvor geheim war, ist geheim geblieben. Neu ist die Zugänglichkeit zu bereits Bekanntem. Aufgrund der neuartigen Zugänglichkeit (globale Reichweite; geringe Kosten; Individualisierbarkeit) und praktisch unbegrenzter Speicherkapazität gibt es eine völlig neuartige Informationstiefe und damit Verfügbarkeit von Lehr- und Lernmaterialien und die Möglichkeit, die Modularisierung von Bildungsbausteinen zum Beispiel durch die Strukturierung von Sachverhalten durch Setzung von Hyperlinks intensiv zu betreiben;

- neues Verhältnis von Nähe und Ferne beim Lernen (die alte Zeit- und Ortsgleichheit von Lehren und Lernen verschwindet, die ohnehin keineswegs immer – vgl. das Institut der Vorlesungen! – Nähe und subjektbezogene Betreuung garantierte; sie kann durch Fern-Kontakte [Interaktivität] ersetzt werden);

- durch die digitale technische Basis sind verschiedene Modi der Informationspräsentation (Hören, Sehen, Lesen, Inter-Agieren – Multimedialität) nutzbar;

- neue Flexibilität des Lernens (zeitliche Flexibilität, Flexibilität hinsichtlich der Lehrmethode und des Lehrmaterials [Wahlmöglichkeiten], Individualisierung);

- die durch das Internet erleichterte Interaktivität ist ein zentraler Modus aktiven Lernens (cognitive Mapping), also politischer Bildung.

Eine virtuelle Lernumgebung ermöglicht somit vor allem eine freie Zeiteinteilung, ein sehr weitgehendes Angebot an Lernmaterial, die Erreichbarkeit aller Dozenten und Mitwirkenden und die Nutzung unterschiedlicher Textarten beziehungsweise Medien.

Internet: Nutzungsprobleme

Die Nutzungspraxis im Netz zerfällt sehr deutlich in zwei Aktivitätsmuster: Das traditionelle »Surfen«, das in erster Linie auf Unterhaltung und Entspannung zielt, nimmt an Bedeutung ab, dominiert aber

noch (»Spaßfalle«). Nutzwertorientierte Aktivitäten, die zum Beispiel auf Informationsbeschaffung zu Alltagsfragen (Nachrichten, Fahrpläne usw.), technische Fragen des Mediums selbst oder auf berufliche Fragen zielen, nehmen deutlich zu. Beide Muster sind grundsätzlich verschieden von professionell angeregtem, konzentriertem, problemorientiertem, strukturiertem Lernen. Da die Zugangsschwellen zum Medium ständig sinken und die Navigationsprogramme (Browser) immer intuitiver werden, kann das Medium zunehmend mit geringerer Lernanstrengung und wenig Medienkompetenz genutzt werden. Die entscheidende Medienkompetenz wird nun die Fähigkeit zur sinnhaften Selektion, wobei der Sinn der Daten (Informationen, Wissen) nicht aus diesen selbst, sondern aus der Situation der NutzerInnen kommt. Da Medien »Erfahrungsgüter (sind), deren Nutzen man erst erkennen kann, wenn man sie selbst gebraucht« (Kubicek), wird politische Bildung auf beide dominierende Aktivitätsmuster zurückgreifen müssen – und können.

Virtuelle Lernwelten müssen so zum Beispiel durch Multicodierung (zum Beispiel Vermittlung derselben Information durch Bild, Ton und Text) und offene Aufgabenstellungen zur kreativen Materialrecherche im Informationsraum oder eigenständiger Netzpräsentation den Entspannungsaspekt aufgreifen und zugleich durch differenzierten Text Einsatz die speziellen Möglichkeiten der netzgestützten Bildung ausnutzen.⁹ Und einerseits müssen die klassischen Grundoperationen des Lernens hier vorkommen (fragen, antworten, [selbst-] kontrollieren, überprüfen, zweifeln usw.), andererseits ist es notwendig, Bildungsprozesse nicht als Aufbereitung »fertiger« Inhalte anzusehen, sondern als ergebniserzeugende und -modifizierende, interaktive und offene Prozesse auf der Grundlage einer »low-culture-Technology«.¹⁰

Kanonische Inhalte (Skripte, Lehrmodule usw.), evaluative Inhalte (Ergänzungen und Kritik solcher Materialien), bewegliche Inhalte (Recherchen) sowie diskursive Inhalte (Diskussions- und Präsentationsräume) können über ein komplexes Medium organisiert werden, ein Vorgang, der über die anderen Medien (Print, Film, Audio) nur gleichzeitig und teilweise organisiert werden kann.

Medienkompetenz, hier also die Fähigkeit, in einem dichten, ungeheuer dispersen und faktisch unbegrenzten Informationsraum zu navigieren, sich zu orientieren und Sinnverknüpfungen herzustellen, wird hier fundamental wichtig – und eine solche Gestaltung dieses Raums, dass er nutzbar wird. Die Gestaltung des Informationsraums Internet vollzieht sich gegenwärtig freilich nicht nach Maßgaben der Beförderung von Erkenntnis, Beurteilungs- oder Handlungsfähigkeit, sondern ganz simpel und überwältigend nach Maßgabe erwerbswirtschaftlicher, zunehmend auch nur noch einzelwirtschaftlich ansetzender Kriterien. Nur ein Beispiel: Die zwei zentralen Orientierungsmedien im Dickicht der einen Milliarde Webseiten, nämlich Verzeichnisse und Suchmaschinen, sind nahezu allesamt aufs schärfste um Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit konkurrierende Businessprojekte, die gewerblich mit Orientierungswissen handeln, das sich im Raum des Profit- und Konsumwissens bewegt. Immerhin: noch hält eine respektable Menge von non-profit und öffentlichen Anbietern dagegen. Doch das ändert nichts an dem Grundtatbestand, dass das heutige Individuum selbst Wahrnehmungs- und Erkenntnisapparate entwickeln muss, um die

9 B. Koring (TU Chemnitz) verweist darauf, dass das Internet auf besonders günstige Weise das Operieren mit den zwei für die Wissenschaft wie die politische Bildung zentralen Textgattungen der Primär- und der Sekundärliteratur ermöglicht: Hyperlinks ermöglichen den Zugang zu Primärliteratur (Klassiker, Zitate, Forschungsergebnisse usw.) und zur Sekundärliteratur, welche erstere in einen aktuellen interpretatorischen Kontext stellt. Das Netz bietet also hinsichtlich des Zugangs zu Primärliteratur und der Aufbereitung aktueller Bezüge der Sekundärliteratur besonders gute Möglichkeiten. Auch in anderer Sichtweise ist das Internet ein spannendes Medium für die politische Bildung: bei der Herstellung von Zusammenhängen zwischen neuen Informationen und dem Vorwissen des Lernenden (elaborative Prozesse) und bei der Reduktion großer Informationsmengen auf das Wesentliche (reduktive Prozesse) [D. Schlönvoigt].

10 Siehe Telelearning mit Rosa, Vorstudie 1, Münster 2000, S. 7.

neuen selbstgeschaffenen Cyber- und Hyper- und Speicherräume entdecken, kartieren, topologisieren und begreifen zu können – im öffentlichen Raum.

Telelearning als Medium der politischen Bildung

Die Nutzung des Mediums Internet durch die Akteure des politischen Mainstreams kam erst 1996/8 in Gang und ist weiterhin sehr beschränkt, wie zahlreiche Studien zeigen. Diese Verspätung gilt erst recht für die Einrichtungen der politischen Bildung. Misst man ihre Aktivitäten an der seit 1998 rapide zunehmenden Virtualisierung des Bildungswesens, dann ist der Rückstand geradezu dramatisch.¹¹ Gegenüber der aktuellen privatförmigen Großindustrialisierung des Bildungswesens ist die gegenwärtige Netzunterstützung politischer Bildungsprozesse vollständig peripher; aktuelle Umstellungen auf das Internet sind zudem nicht selten Resultat haushaltspolitischer und nicht pädagogischer und politischer Kalküle. Die Nutzung der bereitgestellten Angebote ist im übrigen ebensowenig bekannt wie die wirkliche Nutzung der umfangreichen Printmaterialien zur politischen Bildung. Das traditionelle Image der Unmodernität, Langeweile oder gar Propaganda wird durch diesen Zustand befestigt. Die Marginalität reflektiert sicherlich auch ein Ressourcenproblem und die verbreitete Abstinenz der Träger politischer Bildung vom System der Massenmedien. Dazu kommt, dass Telelearning weiterhin mit Aufwendungen verknüpft ist, die nur bei entsprechenden Gratifikationen (Zertifikaten usw.) gemacht werden, die im Feld der politischen Erwachsenenbildung kaum gegeben sind. Auch deshalb erfolgt die Einbindung des Netzes in die Prozesse politischer Bildung nur schrittweise, indem

- die bei der politischen Bildung genutzten Medien (beginnend mit Veranstaltungen) sukzessiv auch netzgestützt eingesetzt werden;
- das Internet beziehungsweise die elektronische Kommunikation als eigenständiges, singuläres neues Medium im Bildungsprozess genutzt wird (zum Beispiel überregionale oder auch transnationale Onlineseminare);
- das Medium selbst angeeignet wird und insbesondere in seiner Qualität als Massenmedium selbstreflexiv gehandhabt, also selbst zum Thema gemacht wird.

Internet und Demokratie

Politische Bildung, für die Machtentstehung, -verteilung und -ausübung ein zentrales Thema ist, kommt an der Demokratiefrage nicht vorbei. Das Netz ermöglicht Abruf und Bereitstellung von Informationen, Kommunikation beziehungsweise Deliberation, Kooperation und Organisierung, endlich eine Neukonfiguration politischer Entscheidungsprozesse. Zum Thema Macht gehört jedoch vorweg auch, die Macht des Mediums selbst und ihre Voraussetzungen zu bedenken. Die demokratiepolitisch primäre Frage ist: Trägt das Internet dazu bei, die vorhandene Ungleichheit in der politischen Teilhabe zu verringern – oder wird sie durch das neue Medium vergrößert? Dies hängt ab von Ressourcen (Zeit, Geld, technische und sprachliche Kenntnisse, soziale Netzwerke), Motivationen (in erster Linie an der Computernutzung) und Möglichkeiten (Kosten, Zugang, Sprache, Qualifikation). Theorien der Mobilisierung (mobilization) sehen vor allem mit

11 Am 9. April wurde die Gründung einer neuen Firma mit dem Namen »Fathom.com« bekannt gegeben; Gesellschafter sind die Columbia University, die New York Public Library, die British Library, das National Museum of Natural History der Smithsonian Institution, die London School of Economics and Political Science sowie die Cambridge University Press. Avisiert ist ein Börsengang. Angeboten werden über die Website der Internetfirma ca. zehntausend Kurse. Siehe FAZ vom 10.4.00.

Verweis auf neue technische Möglichkeiten eine Demokratisierung der Demokratie durch Egalisierung der Teilhabe am politischen Prozess, Theorien der Verstärkung (reinforcement) gehen von einer Vertiefung der vorhandenen Partizipationsungleichheit aus (democratic divide). Es geht also um Ungleichheit, um die digitale Spaltung und ihre Folgen. Die zweite Frage ist: Welche Rolle spielt das explizit Politische überhaupt im Informationsraum, wie sind politische Akteure präsent und werden politische Angebote genutzt? Ist also »die« Politik »am Netz« – und wird dies überhaupt wahrgenommen? Wie verteilt sich die Aufmerksamkeit im Informationsraum? Geht es um mehr als politisches Marketing? Was hat Interaktivität mit Demokratie zu tun – also auch mit Macht? Die dritte Frage schließlich: Ist das Medium Internet »nur« geeignet zur politischen Deliberation oder ist es auch ein Medium der Entscheidung, spielt es eine Rolle bei der politischen Legitimation durch Wahlen? Communicare heißt zunächst: »gemeinsam machen«, »teilen«, »mit-teilen«. Wird also durch das Internet auch der operative Kern politischer Macht – die politische Entscheidung – geteilt, also vergemeinschaftet?

Digital Divide

Unstrittig ist, dass das Internet weiterhin ein Medium ist, das in vielerlei Hinsicht durch ganz außerordentliche Ungleichheiten ausgezeichnet ist. Umstritten dagegen ist, ob die Ausbreitung des Netzes mit einer Verringerung dieser Ungleichheiten einhergeht.

Das Internet ist im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte zu einer globalen Großtechnologie geworden, die in den Industrieländern konzentriert ist und deren technisches und politisches Zentrum in den USA liegt. Die Nationen, welche die höchste Dichte an Transport, Energie und Telekommunikationsumsätzen haben, führen auch in der Internetnutzung: »Der Grad der Internetaktivität in einem Land, gemessen an der Zahl der Hosts, Domänen und Webseiten, ist streng korreliert mit dem Reichtum (hier: Pro-Kopf-Einkommen – RR.) sowie den Infrastrukturen für Energie, Kommunikation und Transport. Die Korrelationen zu Straßen, Bahn und Bevölkerungsdichte sind weit schwächer.«¹² In den 29 OECD-Staaten liegen 97 Prozent der Internet-Hosts,¹³ 92 Prozent des Weltmarktes der Produktion und Konsumtion von Computer Hardware, Software und Diensten sowie 86 Prozent aller InternetnutzerInnen. Weltweit lag die Zahl der InternetnutzerInnen 1995 bei ca. 26 Millionen Menschen, im Frühjahr 2000 sind es ca. 275 Millionen, also fünf Prozent der Weltbevölkerung.¹⁴ Davon lebt fast die Hälfte (136 Millionen) in den USA und Kanada, dagegen in Afrika südlich der Sahara 2,5 Millionen, also etwa ein Prozent aller NutzerInnen. Fast zwei Drittel der weltweiten Onlinecommunity leben in nur fünf Ländern: USA, Japan, England, Kanada und die BRD. Am Ende des 20. Jahrhunderts war ein Fünftel der EuropäerInnen online und rund die Hälfte aller Nordamerikaner und Skandinavier. In Schweden allein haben mehr Menschen Zugang zum Internet als in Afrika. Globale Ungleichheit geht einher mit starken Unterschieden auch innerhalb dieser Gruppe: 61 von hundert US-AmerikanerInnen besaßen 1999 einen PC, 32 von hundert Deutschen, 14 von hundert Spaniern. In der EU hatten Ende der neunziger Jahre in Schweden, Dänemark und Finnland fast zwei Drittel der Bevölkerung Netzzugang, in den mediterranen Staaten

12 Eric Arnun, Sergio Conti: Internet Deployment Worldwide: The New Superhighway Follows the Old Wires, Rails, and Roads, INET 1998 http://www.isoc.org/inet2000/cdproceedings/inet98/5c/5c_5.htm. Siehe auch Eszter Hargittai: Holes in the Net: The Internet and International Stratification, INET 1998. http://130.75.2.13/inet98_proc/5d/5d_1.htm. Ansonsten verweise ich global auf die hervorragenden Analysen von Uwe Afemann (Universität Osnabrück), s. <http://www.rz.uni-osnabrueck.de/Beratung/Ansprechpartner/Afemann/index.htm>.

13 Hosts sind Computer, die über eine eigene Adressierung mit dem Internet verbunden sind.

14 Vgl. www.nua.ie/surveys/how_many_online/index.html.

15 Pippa Norris: *The Worldwide Digital Divide: Information Poverty, the Internet and Development*, Harvard 2000; *The Digital Divide*, März 2000 (Draft), <http://www.Pippanorris.com>.

16 Matthew Zook: *The Geography of the Internet project Berkeley 2000*, http://socrates.berkeley.edu/%7Ezook/domain_names/index.html; *Internet Metrics: Using Hosts and Domain Counts to Map the Internet Globally Berkeley 2000*, http://socrates.berkeley.edu/%7Ezook/pubs/International_Internet_Metrics-Zook.pdf; *Old Hierarchies or New Networks of Centrality? The Global Geography of the Internet Content Market Berkeley 2000*. http://socrates.berkeley.edu/%7Ezook/pubs/Global_Internet_Geography-Zook.pdf; *The Web of Production. The Economic Geography of Commercial Internet Content Production in the United States. Berkeley 2000*, http://socrates.berkeley.edu/%7Ezook/pubs/Web_of_Production-Zook.pdf; *The Web of Production. The Organization of Production on the Internet Berkeley 1998*, <http://socrates.berkeley.edu/%7Ezook/pubs/acsp1998.html>.

17 Im September 1999 lagen 72,6 % aller Hosts in den USA und Kanada, 15,7 % in Europa, 8,6 % in Asien und im pazifischen Raum, 1,1 % in Lateinamerika und 0,3 % in Afrika, s. Gregory C. Staple (Hg.): *Telegeography 2000*, Washington 1999, S. 122.

18 Zook, *Old Hierarchies*, S. 8, 11.

19 Staple, *Telegeography*, S. 106 sowie S. P. Gorman,

nur ein Zehntel. Die monatlichen Zugangskosten liegen in Australien bei 24 Dollar, in der Türkei dagegen bei 65 Dollar oder in Mexiko bei 94 Dollar.¹⁵

Zwar wächst die Zahl der an das Internet angeschlossenen Computer ununterbrochen (1981: 312, Frühjahr 2000: mehr als 72 Millionen), aber die Verteilung der Anbindung an das Netz und damit der Chance, an der Bereitstellung von Inhalten für das neue Medium (content production) teilzuhaben, ist in hohem Maße ungleich. Über die Hälfte der Internetdomänen entfallen auf die USA, zugleich sind dort fast alle Domänen »generic top-level domains« (gTLDs, zum Beispiel com, net, org), während in der BRD und in England, die folgen, die Mehrheit der Domänen »country code top-level domains« (ccTLDs – also zum Beispiel .de oder .uk) sind.¹⁶ Allein in New York gibt es mehr Internet-Hosts als in Afrika und in Frankreich gibt es fast ebensoviel Hosts wie in ganz Lateinamerika und in der Karibik zusammengenommen. In Finnland und in den USA entfallen 123 beziehungsweise 120 Internet Hosts auf 1000 Einwohner, in der BRD 26, in der Türkei drei.¹⁷ Die Bereitstellung von Inhalten für das Netz ist überdurchschnittlich auf Städte konzentriert: Während 1996 12,9 Prozent der Weltbevölkerung in den 500 größten Städten lebte, sind dort gegenwärtig 63,7 Prozent der Internetdomänen der Welt zu finden; allein 17,5 Prozent dieser Domänen sind in den fünf größten Städten der Welt angemeldet. Mit Ausnahme von London, Toronto und Tokio liegen die »top twenty« der Städte mit den meisten Internetdomänen in den USA.¹⁸

Auch ein Blick auf den Datenverkehr zeigt eine krasse Konzentration: Rund die Hälfte des weltweiten Netzverkehrs fließt durch Nordkalifornien. Der globale Datenverkehr wird von wenigen Unternehmen kontrolliert, wobei die Konzentration hier noch ausgeprägter ist als im globalen Telefonverkehr, der zu sechzig Prozent von nur zwanzig Telefongesellschaften abgewickelt wird. Gegenwärtig kontrollieren die zehn größten Internetprovider siebzig Prozent des internationalen Datenverkehrs, wobei diese Unternehmen entweder US-amerikanisch sind (AT&T/IBM, Global One/Spring, GTE/BBN, MCI World Com/UUNet, PSINet) oder enge Verbindungen zu US-Konzernen haben (Cable&Wireless, Teleglobe).¹⁹ Nach dem Top-50-Ranking des Backbone-Traffics war 1998 die meistbefahrene Datenautobahn jene von den USA nach Kanada: vier Mrd. Minuten Traffic-Flow; erst auf Platz 5 folgt die Route USA-BRD; in der Gegenrichtung flossen nur 395 Millionen Minuten.²⁰ Der Datenstrom, der von Frankreich über die USA verläuft, ist halb so groß wie der gesamte französische Datenumsatz. Zwar sind mittlerweile fast alle Länder Afrikas am Netz – aber bis auf Südafrika können sie untereinander nur über ein drittes nichtafrikanisches Industrieland eine Internetverbindung realisieren. Das Internet ist nicht global, sondern USA-zentriert, ein Stern mit den USA in seinem Zentrum (Cukier).

Endlich zeigt auch das soziale Profil der NutzerInnen dieses Mediums eine starke Differenzierung. Im Frühjahr 1999 waren 44 Prozent der Manager in Europa online, aber nur 15 Prozent der Handarbeiter und zehn Prozent der Arbeitslosen sowie acht Prozent der Heimarbeiter. Nur fünf Prozent derjenigen, welche in Europa die Schule mit 15 Jahren verließen, sind online – dagegen ein Drittel jener, die eine höhere Schulbildung haben (zwanzig Jahre Ausbildung und mehr).²¹

Ein Internetanschluss ist in den USA bei städtischen Haushalten mit einem Einkommen von mindestens 75 000 Dollar zwanzig Mal eher wahrscheinlich als bei ländlichen Haushalten auf der niedrigsten Einkommensstufe. Dieser Abstand wuchs zwischen 1997 und 1999.²² In Europa sind im obersten Einkommensviertel dreimal so viel Menschen online wie in dem unteren Einkommensviertel.²³ Weiße Haushalte in den USA haben zwei- bis dreimal eher einen Internetzugang als schwarze oder hispanische Haushalte. Auch dieser Abstand wuchs zwischen 1997 und 1999.²⁴ Nach der Eurobarometer-Analyse von 1999 ist fast ein Drittel der jüngeren Europäer online, aber nur drei Prozent der über 65jährigen. Endlich gilt ungebrochen, dass Englisch – American English – die Lingua Franca des Netzes ist: eine Analyse von über einer Milliarde Webseiten ergab Ende der neunziger Jahre, dass 87 Prozent aller Dokumente in Englisch vorlagen.²⁵

Auch in der Bundesrepublik Deutschland sind große soziale Unterschiede unverkennbar. Anfang 2000 nutzten 23 Prozent der Deutschen das Internet – also über 16 Millionen Menschen –, das sind immerhin bereits 32 Prozent der deutschen Männer, aber nur 16 Prozent der Frauen, wobei der Anteil der Frauen offenbar kontinuierlich steigt. Zwölf Prozent der deutschen NetznutzerInnen sind Arbeiter, 32 Prozent Angestellte, 33 Prozent Beamte, 41 Prozent Selbständige – ein deutlicher Bias zugunsten der Mittelklasse und Oberschichten.²⁶ Zudem konzentriert sich die Netznutzung auf den erwerbstätigen Teil der Bevölkerung: nur 4,1 Prozent der NutzerInnen sind nicht berufstätig (17,5 Prozent der Bevölkerung²⁷). Netznutzung ist auch in der Bundesrepublik eine Aktivität, die überdurchschnittlich bei jüngeren Jahrgängen liegt: Rund die Hälfte der NetznutzerInnen gehört zur Altersgruppe der 14- bis 29jährigen; über fünf Millionen waren über vierzig Jahre alt (aber nur drei Prozent der 60- bis 69jährigen, deren Anteil an der Bevölkerung bei 16 Prozent liegt). Endlich gilt weiterhin, dass Onlineaktivitäten mit steigender Qualifikation zunehmen: 44 Prozent der deutschen NetznutzerInnen haben Abitur, 18 Prozent (BRD: zehn Prozent) einen Studiumsabschluss, 19 Prozent einen mittleren Abschluss und acht Prozent (BRD: 45 Prozent) einen Hauptschulabschluss.²⁸ Keine aktuellen Angaben liegen zur Einkommensstruktur der NetznutzerInnen vor; vor einigen Jahren hatten 28,5 Prozent der NetznutzerInnen ein Haushaltsnettoeinkommen von 6 000 DM und mehr (Bevölkerung: 14,4 Prozent); 31 Prozent hatten Aktien (Bevölkerung: zwanzig Prozent) und 24 Prozent besaßen Fondseigentum (Bevölkerung: 16 Prozent).²⁹

Zwar ist die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Internets außerordentlich hoch; eine grundsätzliche Veränderung der sozialen und ökonomischen Kennziffern der globalen Kommunikationsordnung ist jedoch nur in einigen Fällen erkennbar, zum Beispiel auf der Nutzungsseite am kontinuierlichen Wachstum des Anteils der Frauen oder auf Seiten der regionalen Verteilung die Entstehung sekundärer globaler Knotenpunkte des Datenverkehrs in Europa und Ostasien jenseits der bisherigen US-Zentrierung. Insgesamt sprechen die wenigen Daten jedoch für Norris Einschätzung: »... the global information gap is likely to widen the North-South divide«. Absehbar ist zugleich, dass die Verringerung der sozialen Unterschiede bei der Netznutzung immer stärker konterkariert wird dadurch, dass Zugänge zu Diensten,

E. J. Malecki: The networks of the Internet: an analysis of provider networks in the USA, in: Telecommunications Policy 2 / 2000, S. 113-134.

20 c't 9/00 S. 213.

21 Eurobarometer 1999.

22 S. Americans falling through the Net, <http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/digitaldivide/> und die Studie Falling Through the Net. Defining the Digital Divide, Washington 1999, <http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/fttn99/contents.html>.

23 Pippa Norris: Who surfs Café Europe? Virtual Democracy in the U.S. and Western Europe, September 1999 <http://www.ksg.harvard.edu/people/pnorris/acrobat/apsa99.pdf>.

24 Falling Through the Net, III.

25 Norris, Worldwide Digital Divide.

26 Die Woche 28.4.00.

27 W3B-Studie, Fittkau & Maaß, 1998.

28 Die Woche 28.4.00.

29 W3B-Studie, Internet-Trak – Germany – Studie 1997.

Bandbreiten usw. massiv über den Preismechanismus sozial differenziert werden.

Political Divide

Welche Rolle spielt das explizit Politische überhaupt im Informationsraum, wie sind politische Akteure präsent und werden politische Angebote genutzt? Die Antwort ist ernüchternd: Politik spielt nur eine sehr kleine Rolle im großen Informationsraum, sowohl auf der Seite der Angebote als auch auf der Seite der Nachfrage.

Nur einige Hundert der weit über 100 000 Mailinglisten und Newsgroups befassen sich explizit mit »Politik« und dass die Zahl politischer Web-Angebote in der Bundesrepublik dank der Ausweitung der Webpräsenz staatlicher Stellen mittlerweile einigermaßen vierstellig geworden ist, ändert nichts daran, dass der Anteil politischer Sites in der Bundesrepublik bei gut einem halben Prozent liegen dürfte.

Im Informationsraum sind die Zentralindikatoren für Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit Zugriffe und Links. Aufschluss über das inhaltliche Angebot können weiter die Zuordnung der Domännennamen geben, die meistgesuchten Begriffe in Suchmaschinen und der Charakter der am meisten besuchten Sites. Entsprechend der Verteilung der Domänen sind gegenwärtig rund 85 Prozent der Websites kommerziell. Rund die Hälfte des globalen Internetangebots ist über Suchmaschinen zugänglich. In einer Analyse für das globale Webangebot für das Jahr 1999 kommt der politische Bereich unter den zehn populärsten Themen nicht vor; in einer Studie, die sich auf eine Teilmenge – die nicht-kommerziellen Webinformationen – konzentrierte, steht das Stichwort »government« an vorletzter Stelle. Die – wenig aussagekräftigen und dispersen – Angaben zu den Stichworten, die in Suchmaschinen eingegeben werden vermerken, dass Sex, Musik und Unterhaltung die am meisten eingegebenen Suchbegriffe sind.³⁰

Die Zugriffe sind mittlerweile hochkonzentriert – achtzig Prozent des gesamten Netzverkehrs geht durch nur 15 000 (0,5 Prozent) der weltweit 3,4 Millionen Websites (September 99); die ersten sieben Sites ziehen zwanzig Prozent aller Pageviews an sich [Yahoo, Microsoft, Excite, eBay, CMGI (Altavista), Disney (Go.com) und AOL], die Top Tausend 55 Prozent.³¹ Nur sechs der hundert Top-Websites sind außerhalb der USA lokalisiert.³² Auf Yahoo verwiesen im November 1998 1,35 Millionen Links, auf Microsoft 1,44 Millionen und auf Netscape 1,14 Millionen AOL-Netscape, Yahoo-Geocities sowie Microsoft, Lycos und Infoseek ist es gelungen, bis zu einem Drittel und mehr ihrer NutzerInnen dauerhaft an sich zu binden: sie sind zu den Zentralorten der faulen Internetsnutzer geworden. Global dominieren kommerzielle Websites (.com). In den Ranglisten verbreiteter Spezialverzeichnisse, die Häufigkeiten der Zugriffe auf Netzangebote dokumentieren, kommen politische Angebote nicht vor. Politik wird (bestenfalls) mitgelesen bei der Nutzung der allgemeinen Netzangebote etablierter Medien (*CNN, Time, FOCUS, Stern, SPIEGEL, Welt* usw.), nur die zentralstaatlichen politischen Netzangebote (Bundestag/Bundesregierung oder Weißes Haus / US-House) haben mittlerweile wenigstens ansatzweise vergleichbare Nutzungsziffern. Die Angebote anderer staatlicher Stellen und politischer Organisationen werden demgegenüber weit aus weniger wahrgenommen. Eine Analyse des Pew Research Center

30 Ahron Kellerman: It's not only what you inform – it's also where you do it: The Location of Production, Consumption and Contents of Web Information, New York 2000, <http://urban.nyu.edu/research/location/index.htm>.

31 Alexa Research 4 Q. / 99 v.1.2.00.

32 OECD, Internet Infrastructure Indicators, Nov. 1998.

(Telefonbefragung 3 184 US-Erwachsene 1998/9) ergab, dass nur elf Prozent der US-InternetnutzerInnen jemals eine politische Äußerung in Mailinglisten oder Diskussionsgruppen getan haben. Jene, die das Netz zu Informationszwecken nutzen, interessieren sich kaum für Politik (unter zehn Items Platz 9, Oktober 1998, Pew). 85 Prozent der NetznutzerInnen nutzten das Medium während der US-Wahlen 1998 nicht für die politische Informationsbeschaffung, nur 28 Prozent hatten jemals eine spezifisch politische Website aufgesucht, 15 Prozent eine Mail zu politischen Fragen versandt; dabei sind »Newbies« deutlich weniger politisch interessiert.³³ Eine Befragung von 1 007 erwachsenen US-Amerikanern ergab im Dezember 1998, dass eine/r von vier das Netz aus Anlaß der Novemberwahlen zum Abruf politischer Informationen nutzte; dies galt vor allem für Männer, Personen unter 55 Jahren, mit Einkommen von mindestens 35 000 Dollar, Weiße und Personen mit einem Collegeabschluss. Ähnliches gilt für Europa: Die Eurobarometer-Studie von 1997 ergab, dass unter zwölf vorgegebenen Netznutzungssitemen die Mitwirkung an politischen Prozessen am geringsten Interesse fand.³⁴ Dabei haben die wenigen Untersuchungen ergeben, dass jene, die ohnehin politisch interessiert sind und vergleichsweise intensiv bereits die klassischen Medien für ihre politische Meinungsbildung nutzten, nun auch das Internet als aktuelles oder vertiefendes Zusatzmedium nutzen. Wer schon bisher nicht auf politische Informationen aus war, nutzt auch das Internet nicht – oder nicht für solche Zwecke.

Eine Zusammenstellung der Anzahl der Verweise auf gut vierzig von insgesamt über 600 bundesdeutsche politische Sites, die in eine Link-Recherche mittels der Suchmaschinen AltaVista und Infoseek (3. Juni 1998)³⁵ einbezogenen wurden zeigt, dass rund ein Dutzend politischer Sites sich zentral positioniert hat und der Deutsche Bundestag im Verweisfeld Politik mittlerweile die erste Stelle einnimmt. In dieser Spitzengruppe der 43 Websites, die im politischen Verweisraum eine hohe Aufmerksamkeitschance hatten, waren 41 (!) Netzangebote etablierter größerer Institutionen, Organisationen, Verbände und Parteien. Auf der anderen Seite gab es Hunderte kleinerer politischer Sites, die aus dem politischen Verweisfeld herausfielen und kaum eine faktische Chance hatten, gefunden, gesehen und zur Kenntnis genommen zu werden. Damit hatte sich eine deutliche Veränderung gegenüber 1996 ergeben, als eine ähnliche Recherche noch eine signifikant größere Rolle und Sichtbarkeit kleinerer Projekte ergab – soviel zum Thema der Egalité im Netz. Es gibt also eine Angebotsmacht in Sachen politischer Information und Dokumentation auf dem Internet, die eine hohe Aufmerksamkeit auf sich zieht. Social Divide und political Divide gehen zusammen.

»This is the new Democracy and Microsoft Office is at the heart of it« Diese Werbeanzeige der Firma Microsoft aus dem Jahr 1998 ist nicht mehr aktuell – mittlerweile hat das Schlagwort von der New Economy die Marketingverheißung der Internetdemokratie gründlich abgelöst. In der New Economy ist von Gleichheit oder Gerechtigkeit und von Macht nicht mehr die Rede. Linke Politische Bildung als Bildung des Politischen dagegen wird hiervon reden müssen – hartnäckig.

33 Pew Research Center: Online Newcomers More Middle-Brow, Less Work-Oriented, (1998), <http://www.people-press.org/tech98sum.htm>.

34 Norris, Who Surfs Café Europe?

35 Rainer Rilling: Standing in the middle of nowhere – where do you want to go today? (1998) <http://www.bdwi.org/bibliothek/rilling10.htm>; ders., Politische Netzkommunikation und Entscheidung, <http://www.bdwi.org/bibliothek.html>, Loccum 1997; ders.: Elektronische Kommunikations- und Informationsnetze – Chancen und Aufgaben für die politische Bildung, in: Forschungsinstitut für Arbeiterbildung (Hg.): Jahrbuch Arbeit * Bildung * Kultur, Bd. 17, Bochum 1999 S. 69ff. <http://www.ruhr-uni-bochum.de/fiab/public/jabtxt/j17a7.pdf>.

MICHAEL FELDER

Verwaltungsmodernisierung, die Transformation von Staatlichkeit und die neue Sozialdemokratie



Michael Felder – Jg. 1964, Studium der Politikwissenschaft in Freiburg und Marburg, zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Forschungsprojekt: Bürokratisierung durch Europäisierung? an der GMU/GHDU Duisburg. Foto: privat.

1 Vgl. Michel Aglietta: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulations-
theorie auf dem Prüfstand, Hamburg 2000.

2 Vgl. Michel Albert, Joachim Bischoff, Mario Caneidas u. a.: Ein neuer Akkumulationstyp? Vom Manager- zum Aktionärskapitalismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2000.

3 Mario Caneidas: Der Neoliberalismus als neue Entwicklungsweise des Kapitalismus, in: Ebenda, S. 20-37.

Die »Krise des Fordismus« und der Eintritt in eine Phase gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Transformation gilt schon seit längerem als eine der Grundannahmen linker Gegenwartsdiagnosen. Die Frage, ob sich nach Jahrzehnten krisenhafter Umbrüche bereits ein neues Entwicklungsmodell (als Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise) etabliert hat, wird dagegen immer noch kontrovers diskutiert. Umstritten ist nicht nur, ob sich bereits ein neues »Akkumulationsregime der Vermögensbesitzer«¹ herausgebildet hat, es ist vor allem das Wiedererstarken einer programmatisch »erneuerten« Sozialdemokratie, das zu unterschiedlichen politischen Periodisierungen führt.² Offensichtlich haben wir es nicht nur mit dem Problem der Charakterisierung einer postfordistischen Gesellschaftsformation, sondern zugleich mit Fragen von Kontinuität und Diskontinuität in neoliberalen und neu-sozialdemokratischen Politikprojekten sowie mit der Form der Verankerung dieser politischen Projekte in einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung zu tun.

Zunächst fällt vor allem die Widersprüchlichkeit neuer sozialdemokratischer Strategien ins Auge. Begriffskombinationen wie »sozialdemokratischer«³, »compensatory«⁴ oder »kommunitaristischer«⁵ Neoliberalismus verweisen auf das Spannungsverhältnis zwischen neoliberaler Angebotsagenda und politischer Re-Regulierung – und vernachlässigen dabei oft den eigenständigen Beitrag der »Sozialdemokratie der dritten Wege« bei der Herausbildung postfordistischer Strukturen.

Zwar kann zwischen strukturellen Veränderungen und deren Überlagerung durch politische Projekte nicht trennscharf unterschieden werden, dies sollte jedoch nicht dazu verführen, Strukturen auf Akteursstrategien zu reduzieren. Gerade die Debatte über Globalisierung verdeutlicht, daß die Kritik der dominierenden Form neoliberaler Globalisierung nur politische Wirksamkeit erlangen kann, wenn die veränderten ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen selbst als Tatsache in Rechnung gestellt werden. Eine von den methodologischen Prämissen regulationstheoretischer Arbeiten geleitete Untersuchung, die sich vor allem für die Erforschung sozialer Vermittlungen interessiert, vermag unter anderem das Zusammenwirken neuer politischer Projekte und veränderter Formen von Staatlichkeit genauer zu erfassen und damit dem Geheimnis der »pensée unique« ein Stück weit auf die Spur zu kommen. Die strukturellen Veränderungen von Staatlichkeit und die

Politikkonzepte der »neuen Mitte« verstärken sich wechselseitig und forcieren Tendenzen zur Erosion des politischen Raumes. Es sind die veränderten organisatorischen Strukturen, innerhalb derer Entscheidungen getroffen werden, die das eigentlich Politische immer weniger zum Gegenstand politischer Entscheidungen werden lassen und die auf die Notwendigkeit einer gegenhegemonialen Strategie zur Erhaltung alter und Eröffnung neuer politischer Handlungsräume verweisen.

Die *Transformation von Staatlichkeit* ist einer der zentralen Knotenpunkte dieser Entwicklung. Die Erosion fordristischer, wohlfahrtsstaatlicher Strukturen seit Mitte der siebziger Jahre hat inzwischen ein Stadium erreicht, in dem zugleich neue Reproduktionsmuster deutlicher hervortreten. Mit Begriffen wie »competition state«⁶, »nationaler Wettbewerbsstaat«⁷ oder »schumpeterianisches Workfare-Regime«⁸ lassen sich die postfordistischen Konturen inzwischen präziser beschreiben, und zwar auch hinsichtlich ihrer politisch-institutionellen Ausformungen. Es entsteht nicht nur ein neuer Typus von Staat, in historischer Analogie zum Übergang vom Rechts- zum Wohlfahrtsstaat, gegenwärtige Transformationsprozesse stellen vielmehr konstitutive Grundlagen von (National)Staatlichkeit in Frage und erfordern deshalb zugleich neue (staats)theoretische Zugänge. Die Konturen einer neuen Form von Staatlichkeit basieren auf einem entterritorialisierten Kontext staatlichen Handelns (Internationalisierung und Europäisierung des Staates), neuen Formen der Artikulation von Politik und Ökonomie (Ökonomisierung staatlichen Handelns), auf veränderten Interventionsformen (Governance) sowie einer neuen organisatorischen Grundlage (ökonomisch modularisiertes Organisationsregime) staatlichen Handelns.⁹

Zugleich haben wir es mit tiefgreifenden politischen Zäsuren zu tun. Die Erosion der klassischen Unterscheidung von »rechts« und »links«, die in der Vergangenheit zwar vielfach behauptet, jedoch stets durch die realen (Klassen)Kämpfe relativiert wurde, gewinnt eine neue Qualität. Dem Ende der Systemkonkurrenz folgten die Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Modellen des Kapitalismus (neo-amerikanisches Modell versus Rheinischer Kapitalismus) und schließlich das Postulat eines Dritten Weges, der jenseits von rechts und links eine entpolitisierte gesellschaftliche Entwicklungsdynamik in Gang setzen soll. Die Spielregeln dieser schönen neuen Welt formuliert die Bertelsmann-Stiftung folgendermaßen: »Systemkonkurrenz findet nicht mehr zwischen westlicher Demokratie und östlicher Diktatur und innerhalb dieser Blöcke statt, sondern ökonomische, politische und kulturelle Einzel- und Systemleistungen befinden sich in einem weltweiten Ringen um Exzellenz und Behauptung. Wer oder was sich nicht verändert, anpaßt, innovativ voranschreitet, ist schnell veraltet und wird von Neuem, Besserm verdrängt.«¹⁰ Unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungsoptionen stehen nicht mehr in Gänze zur Wahl, statt dessen findet ein Wettbewerb zwischen Einzelleistungen statt, und zwar nicht mehr anhand politischer, sondern ökonomischer Kriterien. Das Benchmarking von Politik mutiert zum Selbstverständnis einer politischen Klasse, die Politik nur noch in ökonomischen Kriterien zu denken vermag.¹¹

4 Magnus Ryner: Neoliberal Globalization and the Crisis of Swedish Social Democracy, in: *Economic and Industrial Democracy*, 1/1999, p. 39-79.

5 Hans-Jürgen Bieling: Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, in: *Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)*, Nr. 20, Marburg 2000.

6 Phillip G. Cerny: *The Changing Architecture of Politics. Structure, Agency, and the Future of the State*, London; Newbury Park; New Delhi 1990.

7 Joachim Hirsch: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin, Amsterdam 1995.

8 Bob Jessop: *Die Zukunft des Nationalstaats – Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa*, in: Steffen Becker, Thomas Sablowski, Wilhelm Schumm (Hg.): *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Berlin; Hamburg 1997, S. 50-95.

9 Vgl. Michael Felder: *Die Transformation von Staatlichkeit. Europäisierung und Bürokratisierung in der Organisationsgesellschaft*, Opladen 2000.

10 Bertelsmann-Stiftung: *Wege zur Erneuerung der Demokratie, Roundtable mit Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog, Thesenpapier*, 15. September 1997, S. 2.

11 Keiner propagiert das derart prägnant wie Bodo Hombach: »Gemeint sein muß, daß in Zukunft keine Lösung, kein Instrument staatlichen Handelns mehr unökonomisch sein darf. Ökonomisches Denken ist das Überlebenstraining für das nächste Jahrhundert« (Bodo Hombach: *Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte*, München 1998, S. 52). Zum Benchmarking vgl. Stefan Tidow: *Benchmarking als Leitidee. Zum Verlust des Politischen in der europäischen Perspektive*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/1999, S. 301-309.

12 Vgl. Donald Sassoon: *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London 1997.

13 Vgl. Thomas Ellwein: *Das Dilemma der Verwaltung. Verwaltungsstruktur und Verwaltungsreformen in Deutschland*, Mannheim, Leipzig, Wien 1994.

14 Vgl. Dieter Grunow, Hellmut Wollmann (Hg.): *Lokale Verwaltungsreform in Aktion: Fortschritte und Fallstricke*, Basel, Boston, Berlin 1998; Michael Felder: *Vom »muddling through« zurück zum »eisernen Käfig«? Aktuelle Strategien der Verwaltungsmodernisierung*, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 34 (Juni 1998), S. 91-109.

Diese Verschiebung auf der Ebene der politischen Diskurse findet eine Entsprechung in der *Krise der politischen Linken*, die sich erstens nicht mehr allein in einem gesellschaftlichen Einflußverlust, sondern grundsätzlich als Krise politischer Handlungsfähigkeit artikuliert und die zweitens in einer von den USA dominierten und nicht mehr in Frage gestellten Hegemonialordnung zum Ausdruck kommt. Die Bedeutung der Strategien der neuen Mitte ist vor allem darin zu sehen, daß sie sich zwar einerseits als eine Fortsetzung des neoliberalen Projektes – als Neoliberalismus mit anderen Mitteln – interpretieren lassen, zugleich zielen sie auf eine neue Form der Vergesellschaftung. Eine Interpretation der neuen Sozialdemokratie als »Neo-Revisionismus«¹² greift deswegen zu kurz, sie ignoriert sowohl die qualitativ neuen Elemente in den politischen Strategien, als auch die veränderten strukturellen Bedingungen – allen voran der zunehmenden Schließung politischer Räume.

Im folgenden soll die Parallelität zwischen strukturellen Veränderungen von Staatlichkeit, wie sie sich in den aktuellen Strategien der Verwaltungsmodernisierung zeigen, und den Politikkonzepten der neuen Sozialdemokratie herausgearbeitet werden. Die Gemeinsamkeit besteht in neuen Formen der Vergesellschaftung und Entdifferenzierungsprozessen, die die Grundlage für neue Herrschaftsmechanismen bilden. Die Wahlverwandtschaft zwischen den Strategien des Dritten Weges und der Verwaltungsmodernisierung verweisen auf einen neuen Typus von Vergesellschaftung, der bisherige linke Politikstrategien in Frage stellt.

Ein breiter Verwaltungsmodernisierungskonsens im Schatten der Öffentlichkeit

Wie ein Buschfeuer verbreiteten sich die Strategien des »New Public Management« seit Anfang der neunziger Jahren in der Bundesrepublik. Überraschend ist diese Entwicklung vor allem deswegen, weil alle Überblicksdarstellungen der Verwaltungsentwicklung das Moment der Kontinuität als zentrales Merkmal herausstellen. Diese Einsicht brachte der Verwaltungsrechtler *Otto Mayer* auf die Formel: »Verfassung vergeht – Verwaltung besteht«. Und in der Tat läßt sich eine Kontinuität der Grundstrukturen der deutschen Verwaltung seit 1815 feststellen.¹³ Trotz aller politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verwerfungen erweist sich die Verwaltung als resistent gegenüber Veränderungen, ein Wandel vollzieht sich allenfalls durch langfristige Anpassungsprozesse. Bisherige Bemühungen um eine Verwaltungsreform mußten diesem Umstand Rechnung tragen, wenn sie nicht als kontinuierliche Strategien entworfen wurden, liefen die Bestrebungen ins Leere.

Gegenwärtig jedoch scheint sich ein grundlegender Bruch in der Verwaltungsentwicklung abzuzeichnen. Der Modernisierungsdiskurs hat sich flächendeckend ausgebreitet, es ist gar die Rede von Verwaltungsrevolutionen.¹⁴ Der Siegeszug von »lean«, der in der Wirtschaft begann und dann den Staat (als »lean-administration«) eroberte, scheint inzwischen in der Zivilgesellschaft angekommen zu sein. Allein schon die Popularisierung des Leitbildes »lean« und seine Zirkulation in unterschiedlichsten Bereichen (von »lean-management« über »soft-drinks« bis zu »lean education«) machen darauf

aufmerksam, daß wir es nicht mit »technischen« und praktisch-pragmatischen Fragen nach einer »sinnvollen« Organisation zu tun haben, sondern mit hegemonialen Prozessen, also mit politischen Strategien, die auf eine Neuordnung von Gesellschaft zielen und hierzu neue Deutungsmuster institutionalisieren.

Die Verwaltungsmodernisierung kann aus dieser Perspektive in einen engen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Umbruchprozessen und politischen Projekten gestellt werden. Der Kontext der Analyse verschiebt sich dadurch von einer Betrachtung der Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Bemühungen um Verwaltungsreform hin zu einer Untersuchung der sich gegenwärtig vollziehenden politischen Zäsuren und der sich herausbildenden neuen Formen der Vergesellschaftung. An Hand der Verwaltungsmodernisierung lassen sich die Schnittstellen zwischen strukturellen Veränderungen von Staatlichkeit, hegemonialen Verschiebungen nach dem Scheitern neoliberaler Politikprojekte und den Strategien einer »neuen« Sozialdemokratie erfassen. Dabei werden exemplarisch Verschiebungen zwischen Staat und Gesellschaft und zwischen Politik und Ökonomie deutlich.

Ein Blick auf die politischen Akteure läßt zunächst eine lagerübergreifende Einigkeit zwischen Parteien und Gewerkschaften hinsichtlich der prinzipiellen Notwendigkeit einer Verwaltungsreform erkennen. Zu einer rechts-links Polarisierung kommt es vielfach im Verlauf der Umbauprozesse, wenn Kostenreduzierung und Privatisierung hinter der Fassade von Modernität und Effizienz durchscheinen. Auf den Reformbaustellen vor Ort werden einzelne Aspekte der Verwaltungsmodernisierung vermehrt kritisiert. Aber nur schwer kann der grundsätzliche Modernisierungskonsens wieder politisiert und der eingeschlagene Entwicklungsweg verlassen werden. Verwaltungsmodernisierung vollzieht sich gegenwärtig abseits öffentlicher Aufmerksamkeit, allenfalls der Glaube an die Reformversprechen mag inzwischen verloren gegangen sein. Unterschiedliche Positionen lassen sich in vierfacher Hinsicht ausmachen.

Die *neoliberalen Protagonisten*¹⁵ betrachten den Prozeß der Verwaltungsmodernisierung als ein unverrichtetes Projekt, dessen Vollendung bedarf – nachdem sich mancherorts Widerstände und vor allem Apathie breit machten – einer Rückkehr zu den Ursprüngen und einer Forcierung des Tempos der Veränderung. Die Kritik an der mangelnden Konsequenz, mit der Verwaltungsmodernisierung betrieben wurde, und die Forderung nach mehr Privatisierung und Wettbewerb gehen hier Hand in Hand.

Die *Modernisierer der neuen Mitte*¹⁶ widersprechen dem. Verwaltungsmodernisierung ist nach ihrem Verständnis nicht in erster Linie Privatisierung. Im Gegenteil, sie kann erst unter den von der neuen Sozialdemokratie geschaffenen ordnungspolitischen Bedingungen ihre Wirksamkeit entfalten. Verwaltungsmodernisierung wird primär als Binnenmodernisierung verstanden, die nicht auf den Abbau des Staates, sondern auf den Umbau zum aktivierenden Staat zielt. Die Effizienzsteigerung im Inneren – als Voraussetzung für neue Handlungsfähigkeit – geht mit einer Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft einher. In der individualistischen Terminologie der Vertreter der neuen Mitte ausgedrückt: »Es geht um eine

15 Als Orientierungspunkt für diese Position gilt immer noch die Konzeption der »alten« Bundesregierung unter Helmut Kohl. Vgl. Sachverständigenrat Schlanker Staat: Abschlußbericht, Bonn 1997.

16 Vgl. Bundesregierung: Moderner Staat – Moderne Verwaltung – Leitbild und Programm der Bundesregierung, Kabinettsbeschluß vom 1. Dezember 1999.

17 Wolfgang Clement: Durch innovative Politik zu gerechterer Teilhabe. Rede anlässlich des »Forums Grundwerte: Gerechtigkeit« der SPD in Berlin, am 26. April 2000.

18 Vgl. als eine der wenigen auch empirisch gesättigten Studien: Dieter Grunow, Vera Grunow-Lutter: Der öffentliche Gesundheitsdienst im Modernisierungsprozeß, München 2000.

19 Vgl. Leo Kißler, Jörg Bogumil, Elke Wiechmann: Das kleine Rathaus. Kundenorientierung und Produktivitätssteigerung durch den Bürgerladen Hagen, Baden-Baden 1994.

Neubestimmung des Verhältnisses von Rechten und Pflichten«. Zur Disposition gestellt wird damit die klassische Vorstellung von Solidarität, indem eine produktivistische Rekonstruktion von Gerechtigkeit angestrebt wird.¹⁷

Die (*wissenschaftlichen*) *Skeptiker*¹⁸ betrachten Verwaltungsmodernisierung vor allem als eine Modeerscheinung. Sie verweisen auf die Kontinuität der Instrumente im Vergleich zu früheren Phasen der Verwaltungsmodernisierung und bezweifeln, daß der forcierte Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente zu den versprochenen Ergebnissen führt. New Public Management ist für sie alter Wein in neuen Schläuchen. Vor allem in der praktischen Umsetzung degenerieren die Konzepte zu altbekannten Sparstrategien. Unter dem Deckmantel der Modernisierung wird vielfach traditionelles cut-back-Management betrieben.

Und schließlich bleiben da noch die *chronischen Beteiligungsoptimisten*¹⁹. Auch für sie ist die Verwaltungsmodernisierung in ihrer bestehenden Form keine Herzensangelegenheit. Sie versuchen jedoch, die Gunst der Stunde zu nutzen und die Veränderungsdynamik für eigene Reformprojekte auszunutzen.

Die bisherigen Debatten über Verwaltungsreform bieten hierzu ein reichhaltiges Repertoire: Von Bürgerbeteiligung und Bürgernähe über Nachhaltigkeit und Mitarbeiterbeteiligung bis hin zu neuen organisatorischen Lösungen wie Bürgerämtern. Verwaltungsmodernisierung wird nicht pauschal verurteilt, kritisiert wird allenfalls die ökonomistische Verengung, die durch partielle Reformvorschläge wenn schon nicht überwunden, so doch zumindest relativiert werden soll.

Gegenüber diesen Positionen wird hier der Aspekt *Diskontinuität und Transformation* zum Ausgangspunkt der Argumentation gewählt. Gemeinsam mit den Skeptikern wird bezweifelt, daß die Reformversprechen der Verwaltungsmodernisierung eingelöst werden können, zugleich muß jedoch von tiefgreifenden Strukturveränderungen ausgegangen werden, die sich hinsichtlich der Herausbildung einer neuen Form von Staatlichkeit und in Hinblick auf politische Zäsuren feststellen lassen. Erst aus dieser Perspektive kann die Debatte um Verwaltungsmodernisierung repolitisiert und der zunehmenden Ökonomisierung des Verwaltungshandelns entgegengewirkt werden.

Das Projekt Verwaltungsmodernisierung

Um zu verstehen, warum es in der Bundesrepublik zu tiefgreifenden Veränderungen in der Verwaltungsentwicklung gekommen ist, muß zunächst kurz auf den oben bereits erwähnten »Siegzug« des New Public Managements eingegangen werden. Seit den achtziger Jahren ist in einer zunehmenden Anzahl von Ländern mit angelsächsischer Staats- und Verwaltungstradition eine Modernisierung der Verwaltung in Gang gesetzt worden, die unter dem Etikett »New Public Management« (NPM) zusammengefaßt wurde. NPM zielt dabei auf eine Revolutionierung des traditionellen Verwaltungsverständnisses. Die Ideen hierfür wurden durch die Think-Tanks der *New Right*, vor allem dem *Institute of Economic Affairs* (IEA), dem *Adam Smith Institute*, verbreitet.

Zwei unterschiedliche konzeptionelle Anknüpfungspunkte lassen sich ausmachen.²⁰ Zum einen propagieren *Public Choice Theorien* neue Grenzziehungen zwischen Markt und Staat und die Schaffung wettbewerblicher Strukturen im öffentlichen Sektor. Unter dem Schlagwort »*Managerialismus*« werden zum anderen unterschiedliche Managementkonzepte aus dem Bereich der Privatwirtschaft gefaßt, die nun auf den öffentlichen Sektor übertragen werden. Die Orientierung am methodologischen Individualismus und am *homo oeconomicus* verengt die Perspektive auf Nutzenmaximierung und individuelle Ziele, kollektives Handeln und die Prozesse der sozialen Ordnung werden kategorial ausgeblendet. Dadurch wird nicht nur eine begrenzte Sichtweise auf staatliches Handeln erzeugt, die sich in den konkreten Konzepten niederschlägt, zugleich bilden sich soziale und kognitive Strukturen eines Gesellschaftsmodells in Form neuer Rationalitätskriterien heraus, die die Grundlagen für jene Formen symbolischer Herrschaft bilden, durch die der Kult des Produktivismus und Individualismus geprägt sind und die unter anderem von *Pierre Bourdieu* mit seiner Kritik am »Modell Tietmeyer« entlarvt wurden.²¹

Die Welle des New Public Management erreichte die Bundesrepublik in den neunziger Jahren. Erst unter den Bedingungen der Finanzkrise der Kommunen waren die Bedingungen dafür gegeben, daß das *Neue Steuerungsmodell* der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) seinen Siegeszug antreten konnte.²² Während zunächst die Kommunen in einigen ausgewählten (eher randständigen) Bereichen Erfahrungen sammelten, werden inzwischen auf allen Verwaltungsebenen und sogar bis in den »Dritten Sektor« hinein betriebswirtschaftliche Instrumente eingesetzt. Den Modernisierern ist es dabei gleichgültig, ob es sich um das KFZ-Zulassungswesen, Krankenhäuser, Bauantragsverfahren oder aber um Universitäten und Schulen handelt. Die magische Stärke der ökonomischen Kennziffern besteht – so die Protagonisten – gerade darin, daß sie durch Abstraktion von inhaltlichen Kriterien überall zugleich das Wunder vollbringen können, eine Kostensenkung mit einer Qualitätssteigerung zu verbinden.

Die Etablierung eines betriebswirtschaftlichen Instrumentariums, der Aufbau einer Konzernstruktur, die Einführung eines Kontraktmanagements und die Schaffung von Wettbewerbsbedingungen bilden die Einzelbausteine, die in ihrem Zusammenwirken jenen Dogmatismus der Ökonomie produzieren, der zu gesellschaftlichen Entdifferenzierungsprozessen führt.

Den Grundgedanken des *Neuen Steuerungsmodells* bildet der Austausch von bisher bestehenden rechtlichen Formen der Regulierung durch eine Steuerung über ökonomische Indikatoren. Die *Etablierung eines betriebswirtschaftlichen Instrumentariums* vollzieht sich dabei meist durch die Definition von Produkten als erstem Schritt zur Einführung einer integrierten Kosten- und Leistungsrechnung.

Damit das ökonomische Steuerungsinstrumentarium seine Wirksamkeit erlangen kann, bedarf es einer organisatorischen Umgestaltung. Die klassischen Querschnittsämter, die bisher die zentralen Ressourcen verwalteten, müssen aufgelöst werden, die bisherige Verwaltungsorganisation muß sich dem Leitbild einer *Konzernstruktur*

20 Vgl. Thomas Gering: Die Theorie hinter der Verwaltungsmodernisierung. Neue Institutionenökonomie und Netzwerkanalyse im Vergleich, in: SVP, 1/1999.

21 Vgl. Pierre Bourdieu: Warnung vor dem Modell Tietmeyer, in: Die Zeit vom 1. November 1996.

22 Vgl. KGSt: Wege zum Dienstleistungsunternehmen Kommunalverwaltung. Fallstudie Tilburg, Bericht Nr. 19/1992; Dies.: Das Neue Steuerungsmodell. Begründung, Konturen, Umsetzung, Bericht Nr. 5/1993.

annähern, um eine »dezentrale Ressourcenverantwortung« sicherzustellen. Die gängige Interpretation dieses Prozesses als Dezentralisierung ist insofern irreführend, da zugleich Controllingssysteme und ein Berichtswesen geschaffen werden müssen, um die Qualität der Produkte sicherzustellen. Die mit dem Abbau traditioneller Steuerungsinstrumente verbundene Dezentralisierung wird hier teilweise durch die Einführung neuer Steuerungsinstanzen wieder rückgängig gemacht.

Das *Kontraktmanagement* stellt die Art und Weise dar, wie gesteuert werden soll – durch vertragliche Vereinbarungen zwischen Politik und Verwaltungsführung sowie zwischen einzelnen Verwaltungseinheiten. Auf der Grundlage des zur Verfügung stehenden Budgets werden Entscheidungen über politische Prioritäten auf der Grundlage von Produktbeschreibungen getroffen, die den Ausgangspunkt für neue Verträge zwischen einzelnen Verwaltungseinheiten bilden. Ökonomische Transparenz bildet das Ziel, für das nach dem Muster von »principal-agent-Beziehungen« gestaltete Vertragswerk. Die bisher bestehenden zahlreichen Verflechtungen zwischen Politik und Verwaltung sollen nach einem klaren Muster der Arbeitsteilung, bei der die Politik (mit Hilfe ökonomischer Indikatoren) steuert und die Verwaltung (unpolitisch, orientiert an professionellen ökonomischen Standards) produziert.

Diese Formen der Binnenökonomisierung der Verwaltung müssen schließlich verknüpft werden mit einem dynamischen Element – dem *Wettbewerb*. Das Schlagwort hierfür lautet: »management by competition«. »Eine unternehmensähnliche, dezentrale Führungs- und Organisationsstruktur und ein funktionierendes Instrumentarium der Outputsteuerung gewährleisten allein noch nicht, daß das Dienstleistungsunternehmen Kommunalverwaltung seine volle Leistung auch tatsächlich erbringt. Die neue Struktur muß jetzt »unter Strom gesetzt werden«. Das Mittel hierzu ist der Wettbewerb.«²³ In Bereichen, in denen die Verwaltung in einem echten Wettbewerb mit privaten und gemeinnützigen Anbietern steht, können direkte Vergleiche vorgenommen und eine Strategie des outsourcing betrieben werden.

In einer Vielzahl von Fällen zeichnen sich die kommunalen Leistungen jedoch durch ihren Monopolcharakter aus, so daß auf Wettbewerbs-surrogate wie interkommunale Leistungsvergleiche zurückgegriffen werden muß. Als weitere Strategie der Anbindung an den Markt lassen sich hier auch die »public private partnerships« (PPP)²⁴ nennen, durch die Unternehmen ihre originären Kompetenzen in die kommunale Aufgabenerledigung einbringen sollen. Um diese Kernbestandteile des NSM werden altbekannte Konzepte aus früheren Debatten zur Verwaltungsreform (Technikeinsatz, Personalentwicklung, Partizipation, Bürgernähe etc.)²⁵ gruppiert, die über den zentralen Dreh- und Angelpunkt der Konzeption, die Steuerung über Budgets, miteinander verknüpft werden sollen. Gerade hierauf setzen die chronischen Beteiligungsoptimisten. Die emphatische Betonung der Offenheit der Entwicklungsprozesse blendet jedoch das systemische Zusammenwirken der ökonomischen Bausteine aus und läßt die Frage nach Widersprüchen zwischen unterschiedlichen Modernitätsverständnissen²⁶ unbeantwortet.

23 KGSt, Das neue Steuerungsmodell ..., a.a.O., S. 22.

24 Vgl. Dietrich Budäus, Gernold Grüning: Public Private Partnership – Konzeptionen und Probleme eines Instruments zur Verwaltungsreform aus Sicht der Public Choice-Theorie, in: Dietrich Budäus, Peter Eichhorn (Hg.): Public Private Partnership. Neue Formen öffentlicher Aufgabenerfüllung, Baden-Baden 1997, S. 25-66.

25 Vgl. als Überblick: Hans Brinckmann: Strategien für eine effektivere und effizientere Verwaltung, in: Frieder Naschold, Marga Pröhl (Hg.): Produktivität öffentlicher Dienstleistungen, Bd. 1: Dokumentation eines wissenschaftlichen Diskurses zum Produktivitätsbegriff, Gütersloh 1994, S. 167-242.

26 Vgl. Hildegard Pamme: »Global denken, lokal handeln« im »Dienstleistungsunternehmen Stadt«, in: Hubert Heinelt, Eberhard Mühlich (Hg.): Lokale »Agenda 21«-Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse, Opladen (im Erscheinen).

In der Praxis reduziert sich NSM vielfach auf seine ökonomischen Kernbestandteile und selbst eine Zuordnung von realen Kosten zu den einzelnen Produkten gelingt in den wenigsten Fällen. Empirische Untersuchungen bestätigen das Mißtrauen der Skeptiker, massive Implementationsprobleme begrenzen die Verwaltungsmodernisierung auf die Einführung eines betriebswirtschaftlichen Instrumentariums und auf Kostenersparnis. Gleichwohl scheint der Siegeszug ungebrochen und immer mehr zeigen sich die strukturellen Veränderungen, die damit einher gehen.

Verwaltungsmodernisierung als Entdifferenzierung

Die Auswirkungen der Verwaltungsmodernisierung sind als Prozesse der Entdifferenzierung zu charakterisieren. Sie bilden die Grundlagen für neue Grenzziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, sie verschieben das Verhältnis zwischen Zwang und Konsens und können von daher als neue Macht- und Herrschaftsstrukturen interpretiert werden.²⁷

So läßt sich erstens eine *Entdifferenzierung zwischen Verwaltungshandeln und gesellschaftlichen Problemlagen* feststellen. Die ökonomischen Kennziffern als Indikator für den gesellschaftlichen Bedarf an Verwaltungsleistungen und als internes Steuerungsmedium der Verwaltung reduzieren die Komplexität gesellschaftlicher Problemlagen und ignorieren die sie prägenden Kausalbeziehungen. Der politische Charakter staatlicher Aufgaben wird durch die Verwendung von ökonomischen Indikatorsystemen vernichtet, staatliches Handeln wird auf eine ökonomisierte Verwaltungstechnik reduziert.

Zweitens läßt sich eine *Entdifferenzierung des politischen Prozesses* feststellen. Die unter wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen entstandenen (vielfältigen) Beziehungen zwischen Politik und Verwaltung, im Spannungsfeld von Kontrolle und politischer Verantwortlichkeit, werden durch neue Formen der Arbeitsteilung zerstört. Der Versuch einer Entflechtung führt nicht nur zu einer Entpolitisierung des Verwaltungshandelns, sondern auch zu einer Ökonomisierung des politischen Handelns. Da klare Grenzziehungen nicht mehr möglich sind, bedient sich die Politik der scheinbar neutralen Kriterien einer ökonomisierten Verwaltung.

Eine dritte Form der Entdifferenzierung ergibt sich durch die *Neugestaltung der Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Interessen und der Verwaltung*. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die ökonomisierte Verwaltung durch die neu entstandenen internen Entdifferenzierungsprozesse zugleich die Anzahl der Schnittstellen mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld begrenzt, indem nur noch als anschlussfähig gilt, was in der neuen ökonomischen Sprache der Verwaltung formuliert wird. Die Verwaltung kappt dabei nicht nur bisherige Verbindungslinien zu ihrer Umwelt, sie wirkt vielmehr aktiv auf die (zivil)gesellschaftlichen Strukturen ein, indem sie beispielsweise die Organisationen des »Dritten Sektors« zu Umgestaltungen nach betriebswirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten zwingt.

Alle drei Formen der Entdifferenzierung durch Ökonomisierung lassen sich als strukturelle Auswirkungen der aktuellen Strategien der Verwaltungsmodernisierung charakterisieren, die nicht nur zu

27 Vgl. Michael Felder: Die Transformation von Staatlichkeit ..., a.a.O.

einem Abbau alter (rechtlicher) Grenzziehungen führen, sondern zugleich mit neuen Formen einer herrschaftlichen Grenzziehung verbunden sind. Bürokratisierung, im Sinne von Herrschaft durch Organisation, erweist sich somit – entgegen den Versprechen der Protagonisten des NPM – als herausragendes Merkmal des Verwaltungsumbaus und läßt die repressiven Züge des »aktivierenden Staates« deutlich hervortreten.

Die Transformation von Staatlichkeit durch neue Formen der Mediation zwischen Politik und Ökonomie

Verwaltungsmodernisierung kann also nicht als ein unpolitischer, lediglich an den objektiven Kriterien verbesserter Effizienz orientierter Prozeß verstanden werden. Sie muß vielmehr im Kontext der Herausbildung neuer Formen der Artikulation von Politik und Ökonomie interpretiert werden. Die damit vollzogenen grundlegenden Verschiebungen zwischen beiden Bereichen zeigten sich in den achtziger Jahren zunächst in den neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungsstrategien. Genauere Analysen der Privatisierungsprozesse zeigten, daß der attestierte Rückzug des Staates zugleich mit neuen Formen der Regulierung verbunden ist.²⁸ Privatisierung und Deregulierung führen also nicht zum Abschied vom Staat, sondern zur Herausbildung neuer Aufgabenbereiche, die mit dem Begriff des »Regulierungsstaates« umschrieben wurden.²⁹ Die Herausbildung neuer Formen der Artikulation von Politik und Ökonomie beschränkt sich jedoch nicht auf neue Grenzziehungen zwischen Staat und Markt, staatliches Handeln ist vielmehr selbst einem tiefgreifenden Wandel unterworfen.

Regulationstheoretische Arbeiten analysieren diese Zäsur vor allem aus der Perspektive des Zusammenspiels veränderter ökonomischer Bedingungen und deren institutioneller Einbettung, indem sie von einem umfassenden Wandel der Beziehungen zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus ausgehen.³⁰

Aus diesem Blickwinkel treten die vielschichtigen Aspekte der Veränderung von Staatlichkeit und deren Einbettung in eine neue Form der Vergesellschaftung klarer hervor. Konkret wird die Dynamik der Beziehungen zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise an der veränderten Funktion des *Lohnes* und der *Währung* verdeutlicht. Im Mittelpunkt der fordistischen Konstellation stand einerseits die Rolle des Lohnes als Quelle der nationalen Nachfrage und andererseits die Rolle der nationalen Währung als Instrument einer keynesianischen Finanz- und Haushaltspolitik. Im Übergang zum Postfordismus wird der Lohn dagegen primär aus der Perspektive internationaler Produktionskosten und das Geld in seiner Funktion als Währung (in bezug auf andere Währungen) wahrgenommen. Der darin zum Ausdruck kommenden Umkehrung der primären und sekundären Widersprüche entspricht der Paradigmenwechsel beim zentralen Staatsprojekt: der workfaristischen Unterordnung der Sozial- unter die Wirtschaftspolitik.

Diese *konkreten Formen der Vermittlung zwischen Politik und Ökonomie* lassen sich für den Prozeß der Vergesellschaftung folgendermaßen verallgemeinern:³¹ Die Austauschbeziehungen zwischen

28 Vgl. Edgar Grande: Privatisierung und Regulierung aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Christoph Gusy (Hg.): Privatisierung von Staatsaufgaben: Kriterien – Grenzen – Folgen, Baden-Baden 1998, S. 37-56.

29 Vgl. Giandomenico Majone (Ed.): *Regulating Europe*, London, New York 1996.

30 Vgl. Bob Jessop: Die Erfahrungen mit New Labour – Eine Politik für den Postfordismus?, in: Christoph Görg, Roland Roth (Hg.): *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*, Münster 1998, S. 71-94.

31 Vgl. Michael Felder: *Die Transformation von Staatlichkeit ...*, a.a.O.

der Ordnung des Politischen und der Ordnung des Ökonomischen sind einem umfassenden Wandel unterworfen³², der in einer neuen Ideologie des historischen Blocks, »dem liberalen Produktivismus«³³, seinen Ausdruck findet. Die bisher bestehende Trennung zwischen Politik und Ökonomie wird durchbrochen und an ihre Stelle tritt der »kategorisch gewordene technisch-ökonomische Imperativ«³⁴, der im Gegensatz zur wohlfahrtsstaatlichen Inklusionsideologie keiner gesellschaftlichen Rechtfertigung mehr bedarf. Der Markt wird vielmehr zum allgemeinen regulierenden und organisierenden Prinzip.

Die neuen Formen der Artikulation von Politik und Ökonomie reichen also über Grenzverschiebungen zwischen Markt und Staat hinaus, die Topographie des Sozialen wird in Gänze durch ökonomische Abstraktions-, Bedeutungs- und Bewertungsmuster geprägt. Durch Entdifferenzierungsprozesse werden die gesellschaftlichen Problemlagen von ihren kausalen Zusammenhängen getrennt und es wird eine *neue strategische Selektivität* von Staatlichkeit hergestellt.

Die neuen Mediationsformen lassen sich für staatliches Handeln auf drei unterschiedlichen Ebenen darstellen:

Erstens: Der Siegeszug des Neoliberalismus seit den achtziger Jahren und die inzwischen erfolgte Verinnerlichung angebotsorientierter Prämissen, bis weit ins sozialdemokratische Spektrum hinein, schaffen strukturelle Begrenzungen der Reichweite von Politik. Die Umverteilung von Reichtum als strategische Aufgabe wird aus dem Spektrum staatlichen Handelns prinzipiell ausgeschlossen. Makroökonomische Strategien treten allenfalls in der Form eines angebotsorientierten Keynesianismus in Erscheinung.³⁵

Zweitens: Während die Einwirkungsmöglichkeiten der Politik auf die Ökonomie systematisch begrenzt werden, findet in umgekehrter Richtung eine Ausweitung der Definitionsmacht ökonomischer Kriterien auf die Politik statt, was sich anhand der Neuausrichtung der Staatsprojekte nachweisen läßt. Es wird eine veränderte Zielhierarchie zwischen den einzelnen Politikbereichen hergestellt, durch die die wettbewerbsorientierten Elemente gestärkt und die wohlfahrtsstaatlichen Aufgabenprofile geschwächt werden. Entscheidender aber noch sind die Modifikationen innerhalb der einzelnen Politikfelder, in denen politische und soziale Zielkriterien durch ökonomische ersetzt werden. Die neuen Formen der Artikulation von Politik und Ökonomie erscheinen aus dieser Perspektive als eine *Strategie der Ökonomisierung*, die auf die umfassende Ausrichtung aller individuellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhaltensweisen und Handlungen auf ökonomische Kalküle geprägt ist.³⁶ Die dem Staat dabei zufallende Rolle geht weit über die Funktion eines (unabhängigen) Regulierers hinaus. Er ist vielmehr ein aktivierender Staat, dessen Aufgaben zunehmend nicht mehr in politischen, sondern in ökonomischen Kategorien beschrieben werden, als Förderer zur Rentabilitätssteigerung, als Auftraggeber und Kunde, als Steuerentlaster zur Kostensenkung sowie als Privatisierer und Deregulierer zur Beseitigung von Investitionshemmnissen. Die Problemdefinition, die Politikformulierung und die Implementation sind gleichermaßen durch die neuen Formen der Mediation zwischen Politik und Ökonomie geprägt.

32 Vgl. Bruno Théret: To have or to Be: On the Problem of the Interaction between State and Economy and its »Solidarist« Mode of Regulation, in: *Economy and Society*, 1/1994, pp. 1-46.

33 Alain Lipietz: Demokratie nach dem Fordismus, in: *Das Argument*, Nr. 189 (1991), S. 677-694.

34 Ebenda, S. 683.

35 Vgl. Paul Teague: Reshaping Employment Regimes in Europe: Policy Shifts Alongside Boundary Change, in: *Journal of Public Policy*, 1/1999, pp. 33-62.

36 Vgl. Frank Pilz: *Der Steuerungs- und Wohlfahrtsstaat Deutschland. Politikgestaltung versus Fiskalisierung und Ökonomisierung*, Opladen 1998, S. 15.

Drittens: Die neuen Formen der Artikulation von Politik und Ökonomie können schließlich auch bei der internen Organisation des Staates und bei den Interventionsformen analysiert werden. Der Übergang von primär rechtlich normierten hierarchischen Eingriffen, die auf den Ergebnissen des formalen demokratischen Prozesses basieren, zu den neuen Governance-Formen, die die Grenzen zwischen Politikformulierung und Implementation verschwimmen lassen, eröffnen den Blick auf die konkreten Mechanismen, mit denen die neuen Formen der Interaktion von Politik und Ökonomie hergestellt werden. Die funktional spezialisierten Verhandlungssysteme, die auf Problemlösen und nicht auf Interessensausgleich ausgerichtet sind, schaffen jene entpolitisierten Räume, in denen – vielfach vermittelt über technokratische Problemlösungsphilosophien – die ökonomische Logik zum Durchbruch kommt und die politische Perspektive verdrängt wird. In diesem Kontext sind auch gerade die aktuellen Strategien der Verwaltungsmodernisierung anzusiedeln. Während die neuen Governance-Formen die Grundlage für die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität administrativen Handelns bilden, sorgen die Entdifferenzierungsprozesse im Zuge der Verwaltungsmodernisierung für eine neue Form der Reduktion von Komplexität. Ökonomisierung ist damit nicht nur hegemonial in der staatlichen Aufgabenbestimmung angelegt, sie wird durch die Verwaltungsmodernisierung zugleich organisatorisch verfestigt in eine neue Form von Staatlichkeit eingeschrieben.

Das Verschwinden des Citoyen: sozialdemokratische Politikprojekte und neue Formen der Vergesellschaftung

Die anhand der Ökonomisierungsthese beschriebenen neuen Formen von Staatlichkeit und darin eingeschlossen die Strategien der Verwaltungsmodernisierung besitzen eine größere Affinität zum Projekt einer neuen Mitte als zu herkömmlichen neoliberalen Politikkonzepten. Die Strategien des Dritten Weges sind in mehrfacher Hinsicht eine Antwort auf die in den neunziger Jahren manifest gewordene Krise des Neoliberalismus. Neoliberale Politikprojekte waren von Anfang an durch zwei Widersprüche gekennzeichnet.

Erstens konnte die Rolle des Staates nur negativ bestimmt werden. Zwischen dem Konzept des Minimalstaates und der faktisch weiterhin bestehenden zentralen Bedeutung staatlichen Handelns für ökonomische Prozesse, wie sie sich in den achtziger und neunziger Jahren vor allem in einem gestiegenen Stellenwert der Industriepolitik zeigten³⁷, existierte von daher schon immer ein Widerspruch.

Zweitens wurde vom Neoliberalismus die Marktfähigkeit der Individuen zwar als wesentliche Voraussetzung für eine Dynamisierung der verkrusteten gesellschaftlichen Strukturen und die Schaffung der Gesellschaft der Individuen gesehen, sie wurde jedoch nicht politisch bearbeitet und sichergestellt.

Beide Problembereiche werden von der neuen Sozialdemokratie aufgegriffen. Mit dem »aktivierenden Staat« wird eine Aufgabenbeschreibung staatlichen Handelns vorgenommen, die zwar die Umverteilung als Mittel der Politik ausschließt, im Rahmen eines wettbewerbsorientierten Korporatismus ist das Agieren des Staates jedoch auf die Bildung von (regionalen, lokalen, nationalen oder

37 Vgl. Michael Felder: Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung. Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Nr. 1, Marburg 1992.

sektoriellen) Erfolgsgemeinschaften ausgerichtet. *Externalisierung von sozialer und ökonomischer Heterogenität* ist das neue Mittel zum Zwecke der Gemeinschaftsbildung. Die gegenwärtig opportun gewordene Beschwörung von Gerechtigkeit stellt dabei lediglich das modernisierte Äquivalent für den bisherigen Katalog konservativer Tugenden dar. Sie werden nicht politisch handlungsleitend, sondern sie sind integraler Bestandteil der »great moving nowhere show«³⁸. Die Strategien der Vergesellschaftung vollziehen sich nicht gegen, sondern durch und mit dem Markt. An die Stelle der De-Kommodifizierung von Individuen tritt die Schaffung von »Chancengleichheit für Kommodifizierung«³⁹. Die neue Sozialdemokratie bleibt damit nicht nur innerhalb der ethischen Vorstellungswelt des Neoliberalismus gefangen, das »unternehmerische Selbst«⁴⁰ wird nun zum politischen Projekt und zum Dauerauftrag eines auf Sozialtechnologie spezialisierten Weiterbildungssektors. Der citoyen und der öffentliche Raum werden dagegen zum Opfer der Dynamik der Märkte, also jener Kräfte, die die »radikale Mitte« produktiv nutzen und über deren Risikopotentiale (Kapitalismuskritik!) sie nicht mehr reflektieren wollen. Die Vorstellung vom »aktivierenden Staat«, die politische Inszenierung des *homo oeconomicus* und die Ökonomisierung administrativen Handelns gehen Hand in Hand. Politische Macht droht damit einem Aggregatzustand entgegenzutreiben, der sich nicht mehr repolitisieren läßt.⁴¹

Die kommunitaristische Sozialdemokratie ist also sicherlich mehr als der ideologische Kitt für ein traditionelles neoliberales Gesellschaftsprojekt. Sie zielt auf eine neue Form der Vergesellschaftung. Die neoliberale Strategie einer Ausdehnung der ökonomischen Form auf das Soziale gewinnt erst im Rahmen der Politikprojekte der neuen Mitte ihre entscheidenden Erfolgsvoraussetzungen, indem marktformige Handlungssysteme für staatliche Institutionen und Individuen zur Verfügung gestellt werden und sich »Herrschafts- und Selbsttechnologien«⁴² miteinander verknüpfen können.

Die Fallstricke einer solchen Politik liegen auf der Hand. Die Strategie der Externalisierung von Heterogenität stößt an Grenzen und bedarf neuer Ausgleichsmechanismen. Gedeih und Verderb des ganzen Projektes sind darüber hinaus noch enger an die Dynamik der Kapitalakkumulation gekoppelt. Die potentielle Krisenhaftigkeit kapitalistischer Entwicklung könnte so zur Fußangel der neuen Sozialdemokratie werden.

Trotz aller Ökonomisierungsprozesse bleibt die Herausbildung eines neuen gesellschaftlichen Entwicklungsmodells an die sozialen Auseinandersetzungen gebunden. Für linke Politik haben sich die Handlungsbedingungen tiefgreifend verändert.⁴³ Sie muß sich auf die Erhaltung bestehender und Bildung neuer politischer Handlungsräume konzentrieren. Die Auseinandersetzung mit der Verwaltungsmodernisierung darf sich nicht auf die Themen der – weiterhin fortbestehenden – neoliberalen politischen Agenda beschränken. Die bloße Kritik an Sparpolitik, Privatisierung und Deregulierung wird den neuen Bedingungen ebensowenig gerecht wie die partiellen Erweiterungen der Modernisierungsstrategien durch die chronischen Beteiligungsoptimisten. Gleichermäßen verfehlt ist eine Vorgehensweise, die die neuen Konzepte nur verhindern will. Das Scheitern

38 Vgl. Stuart Hall: Bewegung ohne Ziel. »The great moving nowhere show«, in: Stuart Hall, Eric Hobsbawm, Martin Jacques u. a.: Tod des Neoliberalismus – Es lebe die Sozialdemokratie?, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 1/1999, S. 22-40.

39 Vgl. Wolfgang Streeck: Competitive Solidarity: Rethinking the »European Social Model«, in: MPIfG Working Paper, 99/8, Köln.

40 Vgl. Peter Wagner: Soziologie der Moderne. Freiheit und Disziplin, Frankfurt/M., New York 1995.

41 Vgl. Wolfgang Fach: Die Sehnen der Macht. Zur Physiognomik des »schlanken Staates«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1997, S. 222-231.

42 Vgl. Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann, Thomas Lemke: Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M. 2000.

43 Dies vor allem wegen einer zunehmenden Europäisierung und Internationalisierung. Vgl. Michael Felder, Stefan Tidow, Günther Wolfswinkler: Jenseits von Eurooptimismus und -pessimismus. Integrations- und europäische Politik vor neuen Herausforderungen, EU-Kritik Discussion Paper, No. 4 (Oktober 1999) (<http://staff-www.uni-marburg.de/~feg/doc/eukrit4.pdf>).

wäre hier genauso wie bei der Einführung neuer Informationstechnologien in die öffentliche Verwaltung in den achtziger Jahren vorprogrammiert.

Linke Strategien müssen auf eine Modernisierungsagenda jenseits der Ökonomisierungsstrategien zielen und zunächst den politischen Charakter der Umbaumaßnahmen verdeutlichen. Das Aufbrechen der modernistischen Begriffswelt des NPM und die Infragestellung des Anscheins von »Sachverstand«, »unpolitischem Managementwissen« oder schlicht »gesundem Menschenverstand« sind hierfür der erste Schritt. Produktbeschreibungen, Konzepte der Qualitätssicherung, Schulprogramme, MitarbeiterInnengespräche, Ausgliederung usw. müssen begründungspflichtig werden. Zu fragen ist: wer was, warum und mit welchen Mitteln tun will. Der alleinige Verweis auf das Bauprojekt einer schönen neuen Verwaltung kann nicht akzeptiert werden, ebensowenig wie die Leerformel vom modernen öffentlichen Sektor oder die populistischen Vorwürfe gegenüber den bestehenden Strukturen (»System organisierter Unverantwortlichkeit«). Es sind gerade die dahinter stehenden Modernitätsvorstellungen, die politisch diskutiert werden müssen. Positive Anknüpfungspunkte ergeben sich durch eine einfache Umkehrung der stattfindenden Entdifferenzierungsprozesse. Verwaltungsreformen müssen sich durch die Bezugnahme auf konkrete gesellschaftliche Problembereiche, die Einbeziehung der Politik und die Herstellung politischer Verantwortlichkeit (Politisierung der »Sparzwänge«) sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und (zivil)gesellschaftlichen Akteuren auszeichnen.

STEPHAN GRIGAT UND FLORIAN MARKL

Postfaschistische Normalität in Österreich und der Siegeszug der FPÖ

Im Oktober 1999 hat die FPÖ unter Jörg Haider 27,2 Prozent der Stimmen bei den österreichischen Nationalratswahlen erhalten und in der Folge mit der konservativen Volkspartei eine Koalition gebildet. Dieser Erfolg ist nur vor dem Hintergrund der Besonderheiten der österreichischen Geschichte und Gesellschaft zu verstehen. Besonders wichtig erscheint es uns, darauf hinzuweisen, daß es sich bei *beiden* nun an der Regierung befindlichen Parteien um Nachfolgeorganisationen faschistischer Bewegungen handelt. Deshalb wird zunächst auf den Austrofaschismus und kurz auf den Nationalsozialismus in Österreich eingegangen, um daran anschließend die postfaschistische Normalität der österreichischen Gesellschaft nach 1945, aus der heraus Haider erwachsen ist, zu skizzieren. Im Anschluß daran versuchen wir, die aktuellen Entwicklungen theoretisch einzuordnen.

Über weite Strecken bleiben die vorgestellten Ausführungen jedoch überblicksartig und cursorisch. Sie erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und liefern keine fertige Analyse, sondern wollen lediglich einige Anregungen für weitere, nach wie vor notwendige Diskussionen geben.

Austrofaschismus

Zweifellos ist Österreich so wie die BRD ein postfaschistisches Land, doch ist die postfaschistische Normalität der österreichischen Gesellschaft nicht einfach die gleiche wie in der BRD. Bei Österreich nach 1945 handelt es sich um eine doppelt postfaschistische Gesellschaft – oder genauer: sowohl um eine postfaschistische, als auch um eine postnationalsozialistische Gesellschaft.

»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«¹ Wie Rudolf Burger bereits in den achtziger Jahren richtig bemerkte, hat sich diesen oft zitierten und nur selten verstandenen Satz *Max Horkheimers* wohl kaum jemand so zu Herzen genommen und danach gehandelt wie die Österreicher. Sie haben von beidem nicht gesprochen.² Während eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus jedoch schon allein deshalb nicht vollkommen umgangen werden konnte, weil man sich selbst auch als Opfer darstellen wollte, ist über die Zeit des sogenannten Austrofaschismus ein Mantel des Schweigens gebreitet worden, der alljährlich nur am 12. Februar etwas gelüftet wird. An diesem Datum wird hoch offiziell der bürgerkriegsähnlichen Kämpfe gedacht, in denen Bundesheer und Heimwehren im Jahre 1934 mit militärischen Mitteln der organisierten Arbeiterbewegung ein Ende setzten. Doch diese Gedenkveranstaltungen



Stephan Grigat – Jg. 1971, Mag. phil., Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, promoviert an der FU Berlin, letzte Veröffentlichung: *Die Kritik der Politik, das Elend der Politikwissenschaft und der Staatsfetisch in der marxistischen Theorie*, in: Bruhn, Joachim u. a. (Hg.): *Kritik der Politik. Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag*. Freiburg 2000. Foto: privat.

1 Max Horkheimer: *Die Juden und Europa*, in: Dubiel, Helmut, Alfons Söllner (Hg.): *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 1984, S. 33.

2 Vgl. Rudolf Burger: *Einführung*, in: *Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte* (Hg.): *Faschismus in Österreich und international*, Wien 1982, S. 11.

dienen nicht dazu, daß man sich eines wichtigen Schrittes im Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus erinnert. Beschworen wird mit dem Hinweis auf die Wirrnisse der dreißiger Jahre vielmehr die nationale Einheit Österreichs: Keinesfalls sollen die politischen Auseinandersetzungen jemals wieder die Form des Jahres 1934 annehmen – darin sind sich alle einig, gleich ob Christlichsoziale oder Sozialdemokraten.

Über das, was sich zwischen 1934 und 1938 in Österreich zugetragen hat, nämlich die Herausbildung eines von den Christlichsozialen getragenen Faschismus, lange bevor die Nazis letztlich die Macht übernahmen, wird nicht gesprochen. Das ist beiden großen politischen Lagern durchaus recht. Die Sozialdemokraten waschen ihre Hände in Unschuld, schließlich seien sie schon 1934 ausgeschaltet worden und hätten schon allein deshalb gegen die Nazis keinerlei Widerstand leisten können. Von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wird der Austrofaschismus dagegen als groß angelegtes Widerstandsprojekt gegen Deutschland verklärt.

Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre vertraten die bürgerlichen Parteien, allen voran die Christlichsozialen, die Position, daß eine Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme nur unter Ausschaltung des Parlamentarismus und der organisierten Arbeiterbewegung möglich sei. Unterstützung erhielten sie in erster Linie durch die Heimwehren. Dabei handelte es sich um bewaffnete Gruppierungen, die – ähnlich den Freikorps in Deutschland – nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gegründet wurden, um die neu entstandene Republik Deutsch-Österreich gegen deren Feinde zu verteidigen. Diese Feinde waren in einzelnen Bundesländern wie Kärnten und der Steiermark zunächst ausländische Armeen, die das Staatsgebiet bedrohten. Nach Abwendung der »äußeren« Gefahr wurden die Heimwehren allerdings nicht entwaffnet und aufgelöst, denn wichtiger wurde alsbald der Kampf gegen einen anderen Feind: den vermeintlichen Bolschewismus und dessen Inkarnation im »roten Wien« – kurz: der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Innerhalb der Heimwehren gab es von Beginn an zumindest zwei unterschiedliche politische Strömungen. Einerseits verstand sich der Großteil der Heimwehren zunächst als »Kettenhund« der bürgerlichen Parteien und hier vor allem der Christlichsozialen. Andererseits gab es aber auch, etwa in der Steiermark oder in Tirol, einen starken deutsch-nationalen Flügel, der vor allem mit rechtsextremen bewaffneten bayerischen Verbänden gute Kontakte pflegte. Als ideologische Klammer diente in erster Linie ein hochgradig antisemitisch angereicherter Antimarxismus. Die soziale Basis der meisten Heimwehrmitglieder war die bäuerliche Bevölkerung, bei der Führungsriege handelte es sich hauptsächlich um Akademiker und ehemalige Aristokraten.³

Gegen Ende der zwanziger Jahre zeigten sich die Heimwehren zunehmend unzufrieden mit ihrer Funktion als bürgerlicher Kettenhund. Sie entwickelten eigene politische Vorstellungen, die sich vielfach am Vorbild des faschistischen Italien orientierten.

Obwohl die Heimwehren spätestens ab Anfang der dreißiger Jahre ein klar faschistisches Programm vertraten, erfüllten sie bei der Konstituierung des Austrofaschismus ab 1933 trotz allem nur die Funktion, die Herrschaft der Christlichsozialen Partei zu sichern. Dies



Florian Markl – Jg. 1975, studiert Politikwissenschaft in Wien. Foto: privat.

3 Vgl. zur Entwicklung der Heimwehren F. L. Carsten: Faschismus in Österreich, München 1978 sowie Bruce F. Pauley: Nazis and Heimwehr Fascists: The Struggle for Supremacy in Austria, 1918-1938, in: Stein, Uge- luik Larsen u. a. (Hg.): Who were the fascists?, Bergen 1980, S. 226-256.

zeigte sich vor allem bei der militärischen Ausschaltung der Sozialdemokratie in den Februarkämpfen 1934.

Die teilweise prominenten Positionen von Heimwehrmitgliedern in der austrofaschistischen Regierung dürfen nicht darüber hinweg täuschen, daß deren vorübergehende Integration einerseits bloß die fragile Basis des Regimes verbreitern sollte und andererseits vor allem außenpolitisch motiviert war. Der Austrofaschismus konnte sich nur am Leben erhalten, solange das faschistische Italien für Österreich die Rolle einer Schutzmacht gegen Deutschland übernahm. Als diese Schutzmachtfunktion durch die Annäherung von Deutschland und Italien ab 1936 wegfiel, wurden auch die nun nicht mehr protegierten Heimwehrrepräsentanten sukzessive aus der Regierung entfernt und die Wehren selbst letztlich als eigenständige Organisationen aufgelöst. Deren Rolle innerhalb des Regimes nahmen fortan die »Nationalen«, also die österreichischen Nazis, ein.⁴

Sowohl im nationalsozialistischen Deutschland als auch im faschistischen Italien gab es mit der NSDAP beziehungsweise der Partito Nazionale Fascista Massenbewegungen, die zunächst an der Errichtung und später an der Festigung des Faschismus an der Macht entscheidend beteiligt waren.⁵ Die 1934 per Gesetz zur österreichischen Monopolpartei erklärte Vaterländische Front hatte im Vergleich zu den beiden genannten Parteien einen anderen Charakter, denn »(s)ie war nicht der organisatorische Ausdruck einer Bewegung, sondern der Versuch, über ein von oben eingesetztes organisatorisches Konstrukt die Verschmelzung der traditionellen bürgerlichen Parteien zu erreichen«⁶.

Die ideologische Ausrichtung des Austrofaschismus brachte Bundeskanzler *Dollfuß* in einer programmatischen Rede im September 1933 so auf den Punkt: »Die Zeit des kapitalistischen Systems, die Zeit kapitalistisch-liberalistischer Wirtschaftsordnung ist vorüber, die Zeit marxistischer, materialistischer Volksverführung ist gewesen! Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei! Wir lehnen Gleichschalterei und Terror ab, wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker, autoritärer Führung.«⁷

Das Mittel zur Beseitigung der »materialistischen Volksverführung« – also des Klassenkampfes – sollte der Aufbau einer berufsständischen Wirtschaftsordnung sein. Die gesamte Gesellschaft sollte letztlich in sieben Berufsständen organisiert werden. Innerhalb eines solchen Berufsstandes sollten Klassenkonflikte beseitigt werden, indem Arbeiter und Unternehmer gemeinsam die Aufgabe zugedacht war, die Interessen der jeweiligen Wirtschaftsparte zu organisieren und zu vertreten.

Der Umbau der Wirtschaft sollte in drei Etappen erfolgen. In einem ersten Schritt sollten die Arbeitnehmerinteressen im neu gegründeten Gewerkschaftsbund gebündelt werden, freilich nicht ohne die oppositionellen Teile der Gewerkschaften völlig zu entmachten und die Gewerkschaftsführung zu einem willigen Instrument zur Durchsetzung der Herrschaftsinteressen des neuen Regimes zu machen. Der zweite Schritt sollte die Organisation der Unternehmer in den jeweiligen Unternehmerbünden beinhalten. Bei diesen beiden Etappen handelte es sich nur um vorbereitende Maßnahmen. Erst in einem dritten und letzten Schritt sollten die Interessen der Arbeitnehmer und die der

4 Vgl. zur inneren Entwicklung des Austrofaschismus Gerhard Botz: *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1945*, München 1983, S. 234ff.

5 Vgl. Wolfgang Wippermann: *Europäischer Faschismus im Vergleich 1922-1982*, Frankfurt/M. 1983.

6 Ebenda, S. 97.

7 Zit. nach Klaus Berchtold (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, Wien 1967, S. 430ff.

8 Neustädter-Stürmer, Verhandlungsschrift des Staatesrates, zit. nach Emmerich Tälös, Walter Manoschek: Politische Struktur des Austrofaschismus (1934-1938), in: Tälös, Emmerich, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): »Austrofaschismus«. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, Wien 1984, S. 75-119 (hier S. 90).

9 Daß ausgerechnet in diesen zwei Sparten die angestrebte Versöhnung der Klasseninteressen umgesetzt werden konnte, ist nicht verwunderlich. Im Falle des öffentlichen Dienstes handelte es sich nur mit Einschränkungen um einen tatsächlichen Berufsstand, da hier nur unselbständige Erwerbstätige und somit keine Unternehmer erfaßt wurden. Der Berufsstand Land- und Forstwirtschaft wies bereits vor der Zeit des Austrofaschismus für die Errichtung der angestrebten Ordnung günstige soziale Voraussetzungen auf. Die sozialen Beziehungen zeichneten sich durch geringe Konfliktintensität und patriarchale Strukturen aus. Dies wird auch dadurch verdeutlicht, daß die Land- und Forstwirtschaft jener wirtschaftliche Bereich war, aus dem sich rund 70 Prozent der Mitglieder der Heimwehren rekrutierten. Der agrarische Bereich bildete damit bereits vor der Etablierung des neuen Regimes einen wesentlichen Teil der sozialen Basis des Faschismus in Österreich. Vgl. Gerhard Botz: Soziale »Basis« und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich, in: Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte: Faschismus in Österreich und international, a.a.O., S. 20ff.

Arbeitgeber in einem »Berufsstand« zusammengefaßt werden. Den Austrofaschisten war durchaus klar, daß der Klassenkampf nicht einfach per Dekret aus der Welt geschafft werden konnte. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Begründung für das geschilderte schrittweise Vorgehen. Der damalige Sozialminister, ein prominentes Heimwehrmitglied, erläuterte, es sei politisch unmöglich, den Arbeitern schon frühzeitig ihre eigene Organisationsform zu nehmen und sie mit den Unternehmern gleich in einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenzuführen. Dies sei nicht machbar, weil der jahrzehntelange Klassenkampf eine enorm große Kluft zwischen den nun nicht mehr so genannten Klassen geschaffen habe. »Hier muß das Vertrauen zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeberschaft Schritt für Schritt, Tag für Tag und Arbeit für Arbeit entstehen, bis es möglich wird, wirklich ein innerlich geschlossenes Ganzes zu haben.«⁸

Der angestrebte berufsständische Aufbau hatte vor allem propagandistischen Wert. Von den angestrebten sieben Berufsständen konnten lediglich zwei eingerichtet werden (Land- und Forstwirtschaft sowie öffentlicher Dienst).⁹

Für das Verständnis der aktuellen Situation in Österreich sind aber nicht nur die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der politischen Ahnen der ÖVP von Interesse, sondern vor allem auch die besondere Tradition des Antisemitismus in Österreich. Insgesamt kann der Austrofaschismus nicht als antisemitisches Regime bezeichnet werden. Zwar kamen viele der Regierungsmitglieder aus den klar antisemitischen Heimwehren oder der Christlichsozialen Partei, doch wurde als Regierungspolitik eine Linie vertreten, die man vielleicht als »taktischen Nicht-Antisemitismus« bezeichnen könnte.

Der Austrofaschismus war dem eigenen Selbstverständnis nach ein Gegenentwurf zum Nationalsozialismus.¹⁰ Dieser Abgrenzungsversuch, der zunächst auch die Abgrenzung von den einheimischen Nazis beinhaltete, führte in die paradoxe Situation, daß ein von Antisemiten getragenes Regime keine antisemitische Politik verfolgte. Anlässlich der Diskussion einer letztlich nicht erlassenen antisemitischen Gesetzesvorlage 1936, in der Juden und Jüdinnen der Zugang zu bestimmten Berufen verwehrt werden sollte, läßt sich diese Strategie verdeutlichen. Die Austrofaschisten hatten einfach Angst, mit derartigen Gesetzen die Geschäfte der Nazis zu verrichten. Der taktische Nicht-Antisemitismus der Regierung hatte jedoch keinerlei Einfluß auf den nach wie vor grassierenden Antisemitismus weiter Bevölkerungsschichten.

Nationalsozialismus in Österreich

Österreich (und hier vor allem Wien) spielte innerhalb des Dritten Reiches eine Vorreiterrolle bei der Durchsetzung antisemitischer Verfolgung. In *Saul Friedländers* Studie über »Das Dritte Reich und die Juden« wird unter anderem dargestellt, wie die jüdischen Gemeinden in Deutschland auf die »Machtergreifung« durch die Nazis 1933 reagierten. Er betont, daß die Juden und Jüdinnen noch einige Zeit lang glaubten, sie würden – wengleich unter schlechteren Bedingungen als zuvor – in Deutschland bleiben und leben können. »Trotz aller Schwierigkeiten war die Zukunft des jüdischen Lebens in Deutschland noch nicht unwiderruflich bedroht.«¹¹

Ganz anders war die Lage der jüdischen Bevölkerung in Österreich. Sie befand sich ab März 1938 in einer Situation, die selbst innerhalb des Deutschen Reiches beispiellos war. Die Juden und Jüdinnen wurden jedoch »... nicht Opfer einer von außen kommenden Politik. Jene Ausschreitungen und Raubzüge, die bisher in Deutschland unvorstellbar gewesen waren und nunmehr das ganz besondere Ambiente des nazistischen Wiens ausmachten, setzten nicht erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, sondern bereits in der Nacht davor ein.«¹²

Der ungezügelter antisemitische Terror veranlaßte selbst die neuen Machthaber, mäßigend auf die aufgepeitschte Bevölkerung einzuwirken. Zwei Tage nach dem Einmarsch deutscher Truppen wurden die wilden Ausschreitungen und unkoordinierten Enteignungen untersagt. Am 17. März 1938 drohte *Reinhard Heydrich* gar damit, die Gestapo gegen die ostmärkischen Parteigenossen einzusetzen, um die vollkommen »undisziplinierten« Übergriffe zu unterbinden.¹³ An deren Stelle trat nunmehr die staatlich organisierte »Entjudung« der Gesellschaft. Die jüdische Gemeinde konnte zwar noch nicht wissen, daß die Politik des Regimes in der Massenvernichtung enden würde, doch ihr wurde sofort klar, daß es für sie in dem Land keine Zukunft geben konnte.

Innerhalb weniger Monate wurde durchgesetzt, was in den sechs Jahren der Nazi-Herrschaft in Deutschland nicht annähernd gelungen war. Die Enteignungen jüdischen Besitzes wurden mit der Politik einer wirtschaftlichen Rationalisierung verbunden, auf deren Basis das »Wirtschaftswunder« der Zweiten Republik überhaupt erst möglich wurde. Binnen kürzester Zeit wurden die Juden und Jüdinnen vollkommen aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Die von Adolf Eichmann eingerichtete *Zentralstelle für jüdische Auswanderung* organisierte die massenhafte Vertreibung.¹⁴

Die besondere Situation der jüdischen Bevölkerung Österreichs verdeutlicht der Historiker *Doron Rabinovici* an Hand des Novemberpogroms. Während die Ereignisse in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 für die jüdischen Gemeinden im »Altreich« eine einschneidende Wende bedeuteten, unterschieden sie sich in Österreich nur quantitativ von den Geschehnissen der vorangegangenen Monate. Bereits im Oktober wurden in Wiener Synagogen die Fenster zer schlagen, Gebetshäuser zerstört und der große Tempel im 2. Bezirk angezündet. »Auf den Punkt gebracht ließe sich sagen: Während im März 1938 der »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte, wurde mit dem Novemberpogrom 1938 der Anschluß des »Altreichs« an die »ostmärkische Judenpolitik« vollzogen. Die vorhergehenden Ausschreitungen in Wien mögen erklären, warum das Novemberpogrom dort brutaler als in vielen anderen Städten ablief. (...) Der antisemitische Mob hatte die Gewalttaten schon eingeübt.«¹⁵

Diese »ostmärkische Judenpolitik« war in den Augen der nationalsozialistischen Behörden dermaßen effektiv und erfolgreich, daß die österreichischen »Experten« gewissermaßen zu »shooting stars« der deutschen Vernichtungspolitik wurden. In Berlin und Prag wurden nach dem Wiener Vorbild ebenfalls »Zentralstellen für jüdische Auswanderung« eingerichtet. Nach Beginn des Krieges schwärmten die österreichischen »Experten« im ganzen besetzten Teil Europas aus,

10 Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und dem Austrofascismus bestand im ausgeprägt religiösen (katholischen) Charakter des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes, das deshalb auch des öfteren als »Klerikalfaschismus« bezeichnet wird.

11 Saul Friedländer: *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 2000, S. 73.

12 Doron Rabinovici: *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt/M. 2000, S. 57.

13 Vgl. Hans Safrian: *Eichmann und seine Gehilfen*, Frankfurt/M. 1995, S. 31.

14 Vgl. Ebenda, S. 36ff.

15 Ebenda, S. 124.

16 Vgl. zu den Karrieren dieser »Experten« z. B. Götz Aly, Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt/M. 1995, S. 43ff.

um an entscheidenden Stellen ihre »positiven« Erfahrungen aus Wien umzusetzen.¹⁶

Transformation in eine Opfergemeinschaft

Österreich ist jenes Land, in dem es die Bevölkerung in Tateinheit mit der Regierung geschafft hat, die ehemalige Gemeinschaft raubender und mordender Volksgenossen nach 1945 gleichzeitig hinter sich zu lassen *und* in die postfaschistische Demokratie hinüberzuretten, indem man sich erfolgreich als *Opfergemeinschaft* gerierte. Die Österreicher waren damit die ersten Täter, die zu Opfern mutierten. Was in Deutschland in verstärktem Ausmaß seit der (Wieder)Vereinigung beobachtet werden kann, nämlich die Transformation der NS-Gefolgschaft in Opfer von alliierter Bombenterror etc., ist in Österreich – und zwar mit einer sehr viel konsequenteren Begründung – seit 1945 Realität. Die Österreicher waren in der Selbstsicht nicht Täter, aber auch nicht einfach nur Opfer der alliierten Kriegshandlungen, sondern die Österreicher waren in ihrer Selbstdefinition schlicht und einfach Opfer der Nazis.

Mit der Verklärung Österreichs zum ersten Opfer des Nationalsozialismus ging eine Ausbürgerung des Antisemitismus einher. Gemäß offizieller Lesart war alles Übel mit den deutschen Truppen über Österreich hereingebrochen. Das eindrucksvollste Dokument dieser Haltung ist die österreichische Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945. Zur Legitimation des neuen Österreich wurde angeführt, »... daß die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft (einer) völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals voraussehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat«¹⁷.

Während eine Thematisierung der österreichischen antisemitischen Tradition nach außen hin nicht stattfand, wurde im Inneren nahtlos an eben diese Tradition angeschlossen. »Jene freilich, die nur aus Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten, wider innere Überzeugung und ohne an den Verbrechen der Faschisten teilzuhaben, mitgegangen sind, sollen in die Gemeinschaft des Volkes zurückkehren und haben somit nichts zu befürchten.«¹⁸ Mit Leopold Kunschak wurde die österreichische Unabhängigkeitserklärung von einem der wüstesten christlichsozialen antisemitischen Hetzer der Zwischenkriegszeit unterzeichnet. Kunschak, der sich noch im Dezember 1945 auf einer Massenkundgebung rühmte, er sei schon immer Antisemit gewesen, wurde zum ersten Präsidenten des Nationalrats gewählt und wird heute noch als einer der Gründerväter der Zweiten Republik verehrt.¹⁹

Max Horkheimer notierte Mitte der sechziger Jahre: »Das Schuldbekenntnis der Deutschen nach der Niederlage des Nationalsozialismus 1945 war ein famoses Verfahren, das völkische Gemeinschaftsempfinden in die Nachkriegsperiode hinüberzuretten. Das Wir zu bewahren war die Hauptsache.«²⁰ In Österreich gab es dieses von Horkheimer treffend eingeschätzte Schuldbekenntnis bis in die neunziger

17 Zit. nach Josef Haslinger: Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich, Frankfurt/M. 1995, S. 60.

18 Zit. nach ebenda, S. 61.

19 Vgl. Bruce F. Pauley: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, S. 400.

20 Max Horkheimer: Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt/M. 1991, S. 404.

Jahre überhaupt nicht. Das Wir-Gefühl aus der NS-Volksgemeinschaft, zementiert durch den gemeinsam begangenen Massenmord an Juden und Jüdinnen und durch den Vernichtungskrieg im Osten, mußte dort anders hinübergerettet, also in die postfaschistische Demokratie integriert und für sie bewahrt werden – eben durch die Uminterpretation der Tätergemeinschaft in ein Opferkollektiv.

Das beinahe fröhlich zur Schau gestellte Selbstmitleid läßt für die wahren Opfer der mordenden Volksgemeinschaft keinen Platz. Wird das kollektiv begangene Verbrechen dennoch einmal öffentlich thematisiert, wie im Zuge der Verhandlungen über Entschädigungszahlungen oder die Rückgabe sogenannten arisierten Eigentums, so setzt beinahe reflexartig jene »... Reaktionsform des nach außen Schlagens, sich ins Recht Setzens ...«²¹ ein, die von Adorno bereits in den fünfziger Jahren als wesentlicher Bestandteil der Schuldabwehr analysiert wurde, und es wird das gesamte Repertoire an Argumentationsmustern jenes spezifisch österreichisch-deutschen sekundären Antisemitismus aktiviert, das in Deutschland aus der Mahnmahl-Diskussion oder der Walser-Debatte bekannt ist.²²

Im politischen Tagesgeschäft der Zweiten Republik blieb offener Antisemitismus dennoch eher die Ausnahme, wengleich er bei einzelnen Anlässen immer wieder die Tabuisierung an der Oberfläche durchbrach.²³ Der Antisemitismus existiert hauptsächlich als eine Art gemeinsamer Fundus, auf den durch Anspielungen Bezug genommen werden kann, ohne deshalb Gefahr laufen zu müssen, als Antisemit bezeichnet zu werden.

Was die österreichische von der deutschen Post-Shoah-Normalität grundlegend unterscheidet, ist die Existenz einer Medienlandschaft, in der einerseits die größte Tageszeitung immer wieder offen rassistische und antisemitische Artikel publiziert. In der *Kronen Zeitung*, die gemessen am Verhältnis der Leserschaft zur Gesamtbevölkerung die größte Tageszeitung der Welt ist und von rund vierzig Prozent der Österreicher gelesen wird, finden sich fast täglich Artikel, die beispielsweise in der *Bild-Zeitung* so nicht erscheinen könnten und in Deutschland in solcher Häufigkeit und Konsequenz wohl nur in deklariert rechtsextremen Hetzblättern zu finden sind. Dies hat für die politischen Diskussionen in Österreich nicht zuletzt deshalb so unangenehme Auswirkungen, weil es andererseits so etwas wie eine (links)liberale mediale Öffentlichkeit kaum gibt.

Nationalismus der Zweiten Republik

Im Gegenzug zur Erklärung »immerwährenden Neutralität«, die vor allem von der Sowjetunion gefordert wurde, ließen sich die Sieger des Zweiten Weltkriegs darauf ein, die Lüge, daß die Österreicher keine Täter, sondern die ersten Opfer des nationalsozialistischen Expansionsstrebens gewesen seien, in den Rang einer geschichtlichen Tatsache zu erheben. Diese milde Behandlung der Österreicher und Österreicherinnen haben diese den Alliierten jedoch keineswegs gedankt. Noch vor der Entlassung in die neutrale Selbständigkeit versuchte die österreichische Führung den derzeit schwachen Österreich-Nationalismus gegen die bis 1955 im Lande befindlichen alliierten Truppen zu kultivieren. Gemäß dieser Entstehungsgeschichte des staatstragenden Nationalismus der Zweiten Republik wird heute noch

21 Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr, in: Ders.: Soziologische Schriften II. Gesammelte Schriften, Bd. 9.2, Frankfurt/M. 1997, S. 175.

22 Vgl. Micha Brumlik, Hajo Funke, Lars Rensmann: Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000 sowie zum Begriff des sekundären Antisemitismus Lars Rensmann: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin, Hamburg 1998, S. 231ff.

23 Vgl. Leopold Spira: Feindbild »Jud«. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich, Wien, München 1981; Barbara Kaindl-Widhalm: Demokraten wider Willen? Autoritäre Tendenzen und Antisemitismus in der 2. Republik, Wien 1990, S. 190ff.; Bruce F. Pauley: Eine Geschichte ..., a.a.O., S. 363ff. sowie die verstreuten Hinweise bei Heinz P. Wassermann: »Zuviel Vergangenheit tut nicht gut!« Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der Zweiten Republik, Innsbruck, Wien, München 2000.

gerne davon gesprochen, daß die Zeit der Besetzung in Österreich 17 Jahre gedauert habe. Man orientierte sich also um, nämlich auf ›österreichisch‹ anstatt auf ›großdeutsch‹. Diese Politik wurde von den eben noch vom Nationalsozialismus begeisterten Volksgenossen zwar augenzwinkernd als notwendig akzeptiert, dennoch dauerte es ziemlich lange, bis aus dem großdeutschen Wahn dauerhaft eine halbwegs ›normale‹ austro-nationalistische Verrücktheit wurde.

Der Austrofaschismus kann für sich das fragwürdige Verdienst in Anspruch nehmen, die »Konsolidierung der fragilen ›nationalen‹ Identität Österreichs«²⁴ eingeleitet zu haben. Dementsprechend gelten die Austrofaschisten bei vielen Österreichern auch nicht in erster Linie als Faschisten, die den Nazis den Weg bereiteten und ihnen die Zerschlagung der Arbeiterbewegung größtenteils abgenommen haben²⁵, sondern als österreichische Patrioten, die Österreich vor dem deutschen Zugriff retten wollten. Um diese Einschätzung zu dokumentieren, hat die ÖVP bis heute das Bild von *Dollfuß* in ihren Parlamentsräumen hängen und *Andreas Khol*, langjähriger Klubobmann der Schwesterpartei der CDU, gehört zu den glühendsten Verteidigern des klerikal-faschistischen Diktators.

Während die ÖVP also nie Probleme mit einem positiven Bezug auf Österreich hatte, tat sich ihr heutiger Koalitionspartner lange schwer. Bis in die neunziger Jahre hinein war die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) eine deutsch-nationale Partei. Erst Mitte der neunziger Jahre hat sie sich davon gelöst und statt dessen einen aggressiven Österreich-Nationalismus forciert.

Sozialpartnerschaft

Die Rettung des Wir-Gefühls, von der *Horkheimer* sprach, erfolgte in Österreich aber nicht nur durch die Transformation vom Täter- zum Opferkollektiv, sondern wurde zusätzlich durch ein konsequent antiliberalistisches Wirtschafts- und Politikmodell nach 1945 untermauert. Das groß-deutsche, stolze, auf Expansion getrimmte Wir-Gefühl der NS-Zeit wurde nach 1945 durch das auch für den Austrofaschismus bereits charakteristische, auf Abwehr äußerer Einflüsse gerichtete, stets etwas beleidigt und grantelnd daherkommende »Mir san mir« ersetzt. Zugleich entstand mit den Großparteien Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und ÖVP, die jahrzehntelang Politik und Gesellschaft dominiert haben, ein Paradebeispiel für das, was *Johannes Agnoli* als »plurale Fassung einer Einheitspartei«²⁶ treffend charakterisiert hat. In Österreich herrschte nach 1945 eine – Österreich auch durchaus von Deutschland abhebende – postfaschistische Intimität, in die bald auch das sogenannte dritte Lager, also die Nazis, eingebunden waren. Die Grundlegung der großkoalitionären Stimmung nach 1945 hat *Ruth Beckermann* pointiert beschrieben: »Die Sozialisten verzichteten auf den Klassenkampf und die Konservativen auf öffentliche Dollfuß-Verehrung. Auf die Juden verzichteten sie alle.«²⁷

Der großen Koalition entspricht die neben dem Parlamentarismus existierende und agierende österreichische Sozialpartnerschaft, also ein besonders stark ausgeprägter Korporatismus, der bis heute dafür sorgt, daß sich das Kapital in Österreich mit Streiks kaum herum-schlagen muß. Bereits 1946 konstituierte sich im Sozialministerium die Zentrallohnkommission, auf die im wesentlichen die Befugnisse

24 Siegfried Mattl: Modernisierung und Anti-Modernismus im österreichischen »Ständestaat«, in: Österreichische Gesellschaft für kritische Geographie (Hg.): Auf in die Moderne! Österreich vom Faschismus bis zum EU-Beitritt, Wien 1996, S. 85.

25 Daß die Austrofaschisten mit ihren Maßnahmen objektiv zur Vorbereitung der NS-Herrschaft beigetragen haben, heißt nicht, daß das auch immer subjektiv intendiert war. Wichtige Fraktionen und Personen der Austrofaschisten hofften zumindest bis zum endgültigen Bündnis zwischen Mussolini und Hitler 1936 darauf, sich durch eine starke Bindung an Italien dem Einfluß und der Vereinnahmung durch das nationalsozialistische Deutschland entziehen zu können.

26 Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg i. Br. 1990, S. 53.

27 Ruth Beckermann: Unzugehörig. Österreicher und Juden nach 1945, Wien 1989, S. 69.

des NS-Treuhänders der Arbeit übergangen, womit der Grundstein zur modifizierten Fortführung der Ideologie »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« gelegt war. Die materielle Grundlage für die Sozialpartnerschaft wurde allerdings bereits in der NS-Zeit geschaffen.

Nach der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich kam es zu grundlegenden Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, die die Entwicklung des postfaschistischen Österreichs prägten und teilweise erst ermöglichten. War Österreich vor 1938 ein Land, dessen Wirtschaftsstruktur im wesentlichen aus Kleinbetrieben und Landwirtschaft bestand, entwickelte es sich nach den sieben Jahren seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich zu einem gut strukturierten Kleinland mit einigen zukunftsächtigen industriellen Betrieben.²⁸ Diese neu entstandenen Industrien (etwa die VOEST in Linz – die vormaligen Hermann-Göring-Werke) bildeten das Kernstück der verstaatlichten Industrie, ohne die die Nachkriegssozialpartnerschaft in dieser Form nicht hätte existieren können.

Ein zentraler Aspekt der nationalsozialistischen Modernisierungsbestrebungen im wirtschaftlichen Bereich war der Einsatz von Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen. Spätestens seit dem Überfall auf die Sowjetunion war die weitere Expansion der österreichischen Wirtschaft auf die Zwangsrekrutierung von ausländischen Arbeitskräften und den Einsatz von Arbeitskräften aus den Konzentrationslagern angewiesen. Diese Zwangsarbeiter haben die Grundsteine für die postfaschistische Entwicklung nach 1945 gelegt.²⁹

»Wird der Faschismus auf die formalisierte Barbarei von ›totalitärer Herrschaft‹, ›Eroberung‹, ›Ausrottung‹ ... reduziert, so erübrigt sich jede Diskussion darüber, was zum Beispiel am westdeutschen Programm der sozialen Symmetrie oder an der Politik der französischen *planification* generell technokratisch und was speziell faschistisch-korporative Züge aufweist.«³⁰ Diese Diskussion wäre in jedem Fall zu führen, und vermutlich würde sich so auch einer der zentralen Unterschiede von korporatistischen Modellen in den Nachfolgestaaten des Nationalsozialismus einerseits und beispielsweise Schweden oder Holland andererseits zeigen. Selbstverständlich ist auch in letztgenannten Ländern der Korporatismus nicht einfach nur technokratisch-demokratische Verwaltungsmöglichkeit, sondern hat in Ansätzen ebenfalls den faschistischen Sozialpakt zum Vorbild oder zumindest zum Vorläufer. In Deutschland und in Österreich ist er aber immer auch ein Behältnis für die verflozene Gemeinschaft der Volksgenossen. Die Sozialpartnerschaft ist eine Konstruktion, die nicht nur ein harmonisches Verhältnis von Arbeit, Kapital und Staat herstellt und so die Gesellschaft versucht zu homogenisieren und zu formieren, sondern auch ein nationales Dach, unter dem der der Demokratie angeblich so widersprechende Antisemitismus und Rassismus ebenso fortgeführt wird und prächtig gedeiht wie der negative, nämlich nationale Kollektivismus.

Seit geraumer Zeit wird sowohl in Österreich als auch in der BRD zur Vorgeschichte der Sozialpartnerschaft geforscht. Es wurde nach Vorläufern im 18. Jahrhundert, strukturellen Voraussetzungen im 19. Jahrhundert, ersten korporatistischen Versuchen in der Ersten Republik und – bei linken Historikern oder Politikwissenschaftlern – im Austrofaschismus gesucht.³¹ Über den Nationalsozialismus wird in

28 Lange Zeit war es umstritten, ob die österreichische Wirtschaft durch den Krieg nicht vielleicht doch eher unter dem Anschluß gelitten habe. Es hat sich jedoch die Einschätzung durchgesetzt, daß das NS-Regime die Grundlagen für die Entwicklung nach 1945 geschaffen hat (vgl. Felix Butschek: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Wien 1978; Hans Kernbauer, Fritz Weber: Österreichs Wirtschaft 1938 – 1945, in: Tàlos, Emmerich u. a. (Hg.): NS-Herrschaft 1938 – 1945, Wien 1988; Norbert Schausberger: Der Strukturwandel des ökonomischen Systems 1938 – 1945, in: Rudolf G. Ardel, Hans Hautmann (Hg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990; Harald Walser: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit, Bregenz 1989).

29 Vgl. Florian Freund, Bertrand Perz: Industrialisierung durch Zwangsarbeit, in: Tàlos, Emmerich u. a. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich ..., a.a.O.

30 Johannes Agnoli: Faschismus ohne Revision, Freiburg i.Br. 1997, S. 28f.

31 Vgl. Emmerich Tàlos: Entwicklung, Kontinuität und Wandel der Sozialpartnerschaft, in: Emmerich Tàlos (Hg.): Kontinuität und Wandel eines Modells, Wien 1993, S. 15; Ders.: Sozialpartnerschaft: Zur Entwicklung und Entwicklungsdynamik kooperativ-konzentrierter Politik in Österreich, in: Peter Gerlich u. a. (Hg.): Sozialpartnerschaft in der Krise, Wien, Köln, Graz 1985, S. 55; Anton Pelinka: Modellfall Österreich? Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpartnerschaft, Wien 1981, S. 107.

32 Eine der seltenen Ausnahmen stellt eine Darstellung aus dogmatisch-partei-kommunistischer Sicht dar, in der nicht nur auf Parallelen der Sozialpartnerschaft mit der christlichen Soziallehre und dem Austrofaschismus, sondern auch mit »dem Nazimythos von der ›Volksgemeinschaft« hingewiesen wurde (vgl. Ernst Wimmer: Sozialpartnerschaft aus marxistischer Sicht, Wien 1979, S. 8).

33 Emmerich Tàlos: Entwicklung, Kontinuität und Wandel ..., a.a.O., S. 14; Olaf Scheider: Sozialisierung oder Sozialpartnerschaft. Österreich und Deutschland nach der Stunde Null des Jahres 1945, Stuttgart 1991, S. 7f.; Anton Pelinka: Modellfall Österreich ..., a.a.O., S. 2.

34 Vgl. Anton Pelinka: Modellfall Österreich ..., a.a.O., S. 106.

35 Vgl. Olaf Scheider: Sozialisierung oder Sozialpartnerschaft ..., a.a.O., S. 1 und 8.

36 Vgl. grundsätzlich Willy Huhn: Etatismus – Kriegsozialismus – Nationalsozialismus in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie, in: Neue Kritik, Nr. 55/56, 1970, S. 647ff. Wenn partielle Übereinstimmungen zwischen verschiedenen Ideologien konstatiert werden, heißt das nicht, daß sie gleichzusetzen sind, sondern lediglich, daß in bestimmten Punkten Gemeinsamkeiten existieren.

diesem Zusammenhang in der Regel jedoch kaum ein Wort verloren.³² Der Korporatismus nach 1945 gilt als Fortführung erster Annäherungsversuche der gesellschaftlichen Lager und der politischen Parteien in den ersten Jahren der Ersten Republik. Der Austrofaschismus wird zwar als struktureller Vorläufer betrachtet, aber es wird zu Recht betont, daß es hier keine allseitige Zustimmung von Staat, Bürgertum und Proletariat gab, sondern daß es sich um eine verordnete Sozialpartnerschaft handelte.³³

Der große Unterschied zwischen faschistischem Korporatismus und Sozialpartnerschaft nach 1945 wird gerade in der Freiwilligkeit ausgemacht, also in der Tatsache, daß sich Kapital und Arbeit ohne Zwang zueinander und mit dem Staat in ein harmonisches Verhältnis setzen.³⁴ Genau hier wird aber übersehen, daß der Austrofaschismus und vor allem der Nationalsozialismus die Verhältnisse offenbar gerade *dahingehend* modifiziert haben, daß alle maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen von sich aus der zumindest partiellen Fortsetzung eines faschistischen Projekts, nämlich der umstandslosen Verpflichtung aller auf das Allgemeinwohl, zustimmen. Was den Unterschied zum Faschismus ausmachen soll, bestätigt hier gerade sein Nachwirken.

Dazu paßt auch, daß als weiterer Unterschied in der Literatur gerne angeführt wird, daß der faschistische Korporatismus auf einer entsprechenden Ideologie beruhte, während die postfaschistische Sozialpartnerschaft am Anfang eher aus der *Praxis* der unmittelbaren Nachkriegszeit entstand, ohne daß alle Beteiligten eine korporatistische Ideologie auf ihre Fahnen geschrieben hätten.³⁵ Das theoretische Konzept wie die praktische Umsetzung der Verpflichtung aller auf das Allgemeinwohl war demnach allen Beteiligten dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie auch ohne konzeptionelle Vorgaben bei einem korporatistischen Modell landeten.

Zentral für eine sozialpartnerschaftliche Orientierung war die zunehmende ›Verstaatlichung der Arbeiterbewegung‹, die sie, in Form etatistischer Parteien als Vertreterinnen der schaffenden Menschen einerseits und des Staatswohls andererseits auftretend, nahezu zwangsläufig zumindest in die Nähe faschistischer Gemeinwohlkonzeptionen brachte. Österreichische Politologen und Politologinnen gehen in der Regel davon aus, daß sich die Sozialpartnerschaft unterschiedlichen Traditionen zuordnen läßt, nämlich einer faschistischen, verkörpert etwa in *Othmar Spann*, und einer sozialdemokratischen, verkörpert in *Otto Bauer* oder auch *Karl Renner*. Dabei wird aber übersehen, daß dies nur deswegen möglich ist, weil man hier auf eine der zumindest partiellen Übereinstimmungen genuin faschistischer und rechts-sozialdemokratischer Grundsätze stößt – dem gnadenlosen Staatsfetischismus sowie die ihm inhärente Bindung von Interessen an die Allgemeinheit, die Beschränkung jedes partikularen Bedürfnisses durch die Bedürfnisse des übermächtigen Gewaltmonopolisten.³⁶

Unabhängig von all dem ist die Sozialpartnerschaft einerseits durchaus Ausdruck der relativen Stärke der österreichischen Arbeiterbewegung, da sie ihr umfangreiche Mitspracherechte in vielen, nicht nur unmittelbar wirtschafts- oder sozialpolitischen Bereichen sichert. Andererseits spielt sie eine zentrale Rolle bei der Transformation der österreichischen Gesellschaft von einem Teil der großdeutschen Volksgemeinschaft hin zu einer österreichischen Opfergemeinschaft.

In dieser Gemeinschaft sorgen sich Staat, Kapital und Arbeit kollektiv um das Wohlergehen ihrer Nation. Da die staatliche Gewalt der Garant der Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital ist, wurde der Staat zumindest bis zu den ernsthafteren Krisenerscheinungen seit Anfang der neunziger Jahre auch als zuverlässiger Garant der materiellen Versorgung des gesamten Staatsvolkes akzeptiert. Die Sozialpartnerschaft stiftet so eine besondere Form von unterwürfigem Staatsbürgerbewußtsein.

Dieses ›österreichische Bewußtsein‹ überbietet in seiner prinzipiellen Verpflichtung jeglicher partikularer Interessen auf das Wohl der angeblich im politischen Souverän verkörperten Allgemeinheit vielleicht sogar noch die aggressive Untertanenmentalität der Deutschen und ihre Anbetung einer übergeordneten, auf Werten beruhenden »freiheitlich demokratische Grundordnung« – ein Konzept, das in dieser Form in Österreich nicht bekannt ist, auch wenn einzelne Politiker immer mal wieder von einem imaginären »Verfassungsbogen« reden. In bezug auf die BRD ist es nicht zuletzt angesichts der Notstandsgesetzgebung völlig richtig, davon zu sprechen, daß der faschistische Ausnahmezustand in die demokratische Normalität integriert wurde, Politik als permanenter Notzustand betrieben wird, und daß dadurch ein System aktiver Krisenprävention installiert wurde.³⁷ In Österreich gibt es Notstandsgesetze in dieser Form nicht, was aber seinen einfachen Grund darin hat, daß die »Sublimierung des Klassenkampfes durch die Sozialpartnerschaft«, wie *Bruno Kreisky* das einmal genannt hat³⁸, derart geglückt ist, daß Notstandsszenarien jeglicher Art ohnehin kaum vorstellbar sind.

Mit der Etablierung der blau-schwarzen Koalition ist die Orientierung am Gemeinwohl konsequenterweise auch im Regierungsprogramm festgehalten worden. Darin heißt es lapidar: »Es gibt keinen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit.« Der Bereich »Arbeit«, der zuvor zum Sozialministerium gehörte, wurde ins Wirtschaftsministerium verlagert. Kanzler *Schüssel* betrachtet dies als eine der wichtigsten Errungenschaften der neuen Regierung und brachte in seiner ›Rede zur Lage der Nation‹ am 15. Mai sein Entzücken darüber zum Ausdruck. »Endlich, zum ersten Mal, ein Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, nicht einen Arbeitgeberminister und einen Gewerkschaftsminister, sondern einer, der Sorge trägt, daß das Ganze im Vordergrund steht und nicht Detailinteressen.«³⁹

Lange bevor es zur augenblicklichen Koalition kam, wurde in den siebziger Jahren mittels einer kreditfinanzierten Wirtschafts- und Sozialpolitik jenes materielle Substrat geschaffen, das dem Austropatriotismus gegenüber der Deutschümelei in großen Bevölkerungskreisen endgültig zum Durchbruch verhalf. Der sogenannte Austrokeynesianismus unter *Kreisky*, der zum Teil sehr unkeynesianische Elemente wie eine Hartwährungspolitik inklusive einer fixen Anbindung des Schillings an die D-Mark im Jahr 1976 enthielt⁴⁰, lieferte die Grundlage dafür, daß heute die meisten Österreicher und Österreicherinnen die Geschichte der Zweiten Republik als »Erfolgsstory« betrachten und sich auch *Jörg Haider* genötigt sah, nicht mehr die Abschaffung der Zweiten Republik zugunsten einer Dritten, sondern nur mehr die radikale Reformierung der eben doch erfolgreichen Zweiten Republik zu fordern.

37 Vgl. Clemens Nachtmann: Die postfaschistische Demokratie in der Krise, in: Dokumentation der Beiträge zum antinationalen und antideutschen Aktionswochenende am 6./7. Mai 1995, S. 26.

38 Zit. nach Hans Margulies, Ulrike Moser, Susi Rosner-Valter: Der verwaltete Klassenkampf – Gewerkschaften in Österreich, in: Marion F. Hellmann u.a. (Hg.): Europäische Gewerkschaften, Berlin 1980, S. 102.

39 Wolfgang Schüssel: Rede zur Lage der Nation, 16. August 2000 (<http://www.oevp.at/schue/re-den/index.asp>).

40 Vgl. Franz Delapina: Was kommt nach der Modernisierung? Überlegungen zum Strukturwandel in Österreich, in: Österreichische Gesellschaft für kritische Geographie (Hg.): Auf in die Moderne! Österreich ..., a. a. O., S. 243.

Haider als Kritiker der Sozialpartnerschaft

Aber seit Beginn der neunziger Jahre ist die Republik nicht mehr gar so erfolgreich bei der Alimentierung ihres Staatsvolks, und daher kommt auch der Korporatismus zunehmend in Verruf. Angegriffen wird er jedoch nicht mehr, wie teilweise noch in den fünfziger Jahren, von kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeitern⁴¹, sondern von der FPÖ und von der ÖVP, die diese Sozialpartnerschaft jahrzehntelang mit getragen haben. »Noch immer gibt es innere Besatzungsmächte – innere Besatzungsmächte, die wir nicht so leicht los werden mit einer Unterschrift oder mit einer großen Versammlung. Das sind die Bequemlichkeit, die Mutlosigkeit, die Entscheidungsscheue, aber auch die Gier, der Egoismus, der Konsumismus, der Kampf um die ›wohl-erworbenen Rechte‹ – all dies sind innere Besatzungsmächte, von denen wir frei werden sollten.«⁴² Die neue Regierung will das gemeinschaftsstiftende der Sozialpartnerschaft beibehalten, ihr materielles Substrat hingegen, die relativ komfortable Alimentierung der abhängig Beschäftigten, überwinden.

Wenn *Jörg Haider* nicht gerade gegen Ausländer und Ausländerinnen netzt, ist eines seiner Lieblingsthemen die Kritik an der österreichischen Sozialpartnerschaft. Die demokratisierten Nazis von der FPÖ profitieren nahezu zwangsläufig von der Krise des Austrokeynesianismus, die das im bürgerlichen Subjekt angelegte Potential von Rassismus und Antisemitismus immer offener zutage fördert. Im prosperierenden Fordismus waren Volk und von der SPÖ dominierter Staat als erfolgreiche Wertproduktionsgemeinschaft vereint. Nun scheint es für das wert- und staatsfetischistische Subjekt so, als würde die Sozialdemokratie aus purer Gemeinheit oder im vorauseilenden Gehorsam gegenüber nicht dingfest zu machenden internationalen Machtzentren ihre korporatistischen Versprechen zugunsten eines Neoliberalismus verraten. Die Subjekte können die eigene Vergesellschaftung mittels der Verwertung des Werts nicht begreifen und müssen sich daher permanent dunkle Mächte halluzinieren, die für alles und jedes verantwortlich gemacht werden. Das öffnet der schizophrenen Propaganda der Freiheitlichen Tür und Tor.

Schizophren ist diese Propaganda insofern, als *Haider* sich einerseits als konsequenter Kritiker des Kammernstaats, des roten Filzes, der Packelei, leistungsfeindlicher Sozialleistungen, kurz: der Sozialpartnerschaft und aller ihrer Folgen geriert, sich andererseits aber als Anwalt der angeblich von der Sozialdemokratie im Einklang mit der internationalen Finanzmafia betrogenen Arbeitskraftbehälter aufspielt. In *Haider* erwächst so aus der postfaschistischen Normalität ein modernisierter und demokratisierter Führertyp, der vermutlich tatsächlich nicht weiß, wie er also konsequente Deregulierung der Gesellschaft *und* Schutz der eingeborenen Deklassierten oder von Deklassierung bedrohten unter einen Hut bringen möchte.

Die ökonomische Unterfütterung der Volksgemeinschaft mittels sprunghaft gesteigerter Staatsnachfrage, wie im Nationalsozialismus vorexerziert, scheint heute nicht mehr möglich.⁴³ Angesagt ist die von anderen Parteien bereits betriebene sogenannte Verschlangung des Staates. Die Freiheitlichen wollen das durchaus konsequent fortsetzen und sind insofern auch in diesem Fall nur die Vollender der postfaschistisch-demokratischen Entwicklung der Zweiten Republik.

41 Vgl. Emmerich Tälös: Entwicklung, Kontinuität und Wandel ..., a.a.O., S. 20.

42 Wolfgang Schüssel: Rede zur Lage der Nation ..., a.a.O.

43 Vgl. Gerhard Scheit: Der Führertyp der demokratischen Volksgemeinschaft, in: Weg und Ziel, Nr. 4, 1998, S. 29.

Und dennoch sind sie mehr als einfach nur die Speerspitze der ökonomischen Liberalisierung und Deregulierung, als die sie von traditions-marxistischen Gruppierungen innerhalb der österreichischen Protestbewegung gegen die schwarz-blaue Regierung permanent kritisiert werden. Nicht unbeträchtliche Teile bei den Freiheitlichen fordern vielmehr vehement die Einführung von Schutzzöllen und andere gar nicht liberale Beschränkungen im Waren- und Personenverkehr.

Die Freiheitlichen vereinen hier einen Widerspruch, der aus der Krise des Austrokeynesianismus entsteht. Galt der korporatistische Staat des Austrokeynesianismus als Sachwalter und Anwalt der ehrlichen Arbeit und des auf das Gemeinwohl verpflichteten Kapitals, so gilt er den meisten Warenmonaden heute als Räuber an der ehrlichen Arbeit und zugleich zunehmend als asozialer Vertreter des vagabundierenden Finanzkapitals. Seit Beginn der neunziger Jahre hat sich eine Gemeinschaft von Wählenden herausgebildet, die sich permanent betrogen wähnen. Die einen, die an der Mehrwertproduktion nach wie vor in nicht unbeträchtlichem Ausmaß profitieren, mißtrauen dem Staat, weil er die Pauper überhaupt noch mittels Transferleistungen versorgt, die anderen, die zunehmender Verelendung ausgesetzt sind, sehen sich hingegen verraten, weil der Staat diese Transferleistungen permanent zusammenkürzt.⁴⁴

Diese Gemeinschaft spaltet sich zum Teil parteipolitisch auf, in *Haider* und den Freiheitlichen ist sie jedoch vereint. Die unterschiedlichen Klientel finden sich alle in *Haider* wieder, der in seiner beachtlichen, auch in Kleidungsfragen stets demonstrierten Wandlungsfähigkeit sowohl unerträgliche gemeinschaftliche Wärme und bedrohliche Herzlichkeit für sorgengeplagte Menschen ausstrahlt, als auch zur Leitfigur für die erfolgreichen, kaltschnäuzigen, neureichen Hedonisten werden konnte. Als solcherart hedonistisch-asketischer, modernistisch-anachronistischer Führtyp könnte er durchaus Modellcharakter haben.

Trotz dieser potentiellen Vorbildrolle, trotz aller Ähnlichkeiten zwischen Politikern wie *Haider* und beispielsweise *Tony Blair* und trotz der Übereinstimmungen von sozialdemokratischer und freiheitlicher Migrationsverwaltung ist die FPÖ nicht einfach eine demokratische Partei wie andere auch. Sie ist auch nicht einfach gleichzusetzen mit den mehr oder weniger offen faschistischen Parteien in anderen Ländern, in denen der Nationalsozialismus als Besatzungsmacht und nicht wie in Österreich und Deutschland als demokratisch legitimierte Volkserhebung aufgetreten ist. So sehr der Rassismus und Nationalismus eines *Haider* jenem von sämtlichen westeuropäischen demokratischen Normalstaatsrassisten und Nationalisten ähnelt, ist immer zu berücksichtigen, daß *Haider* ein Politiker in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft ist. Und nur in solch einer Gesellschaft kann beispielsweise der mit sämtlichen Motiven des sekundären Antisemitismus arbeitende Antisemitismus *Haiders* und anderer FPÖler in seiner aktuellen Form funktionieren.

Demokratischer Faschismus

In den Flugblättern und Kommentaren aus dem Umfeld der österreichischen Protestbewegung gegen die blau-schwarze Regierung werden die unterschiedlichsten Einschätzungen zu dem angeboten,

44 Vgl. Uli Krug: Der regionale Wettbewerbsstaat. Europa am Ende des Keynesianismus, in: *Bahamas*, Nr. 24, 1997, S. 16.

was die FPÖ oder *Jörg Haider* eigentlich seien. Einige können sich noch nicht ganz entscheiden und sehen in *Haider* mal einen Linken und mal einen Austrofaschisten. Andere bemühen die historische Parallele und verkünden kurz und bündig »Haider ist Hitler«. Wieder andere wollen Wörter wie Faschismus und Nationalsozialismus gar nicht mehr in den Mund nehmen, wenn sie über *Haider* und die FPÖ reden, sondern sehen im neuen Führer nur mehr ein Produkt der post-modernen Zersetzung der Demokratie.

Man soll sich offensichtlich entscheiden. Ist *Haider* nun Demokrat oder Faschist? Seine Anhänger beteuern natürlich ersteres, während die meisten seiner Gegner – nicht zuletzt aufgrund ihres nahezu grenzenlos idealistischen Demokratiebegriffs – auf letzterem beharren. Niemand scheint auf die Idee zu kommen, daß er beides zugleich, Demokrat und Faschist, sein könnte und daß gerade darin seine Gefährlichkeit besteht.⁴⁵

45 Vgl. Gerhard Scheit: *Der Führertyp ...*, a.a.O., S. 27.

Eine modernisierte Organisation einer Gesellschaft in faschistischer Tradition bedarf heute nicht mehr zwangsläufig der Abschaffung der Demokratie. Demokratie und Faschismus sind vor allem in den post-faschistischen Gesellschaften kein sich zwangsläufig ausschließendes Paar von Gegensätzen.

46 Ebenda, S. 30.

Haider »weckt, organisiert und beschleunigt die Selbsttätigkeit«⁴⁶, die Rassismus und Volksgemeinschaft heute erfordern. »Im Unterschied zur alten nationalsozialistischen Rhetorik mit ihrem endlosen Redeschwall und ihrem beschwörenden Tonfall genügen Haider stets einige spitze Bemerkungen und eindeutige Anspielungen«⁴⁷, um bei den Angesprochenen die rassistische, antisemitische und nationalistische Eigenaktivität in Gang zu setzen. Die Österreicher werden so motiviert, den Fetisch von Kapital und Nation selbständig weiterzudenken und ganz von selbst, eigenverantwortlich und selbstbestimmt, den Faschismus in die Demokratie einzusenken.

47 Ebenda.

Von solch einer Option eines demokratischen Faschismus hat der Schriftsteller *Michael Scharang* schon in den achtziger Jahren, fast noch unbeeindruckt von der FPÖ, gesprochen.⁴⁸ Der Begriff wird hier aber dennoch nur als vorläufiger Arbeitsbegriff verwendet, der noch näherer Explikationen bedarf. Zum einen beinhaltet er das Problem, daß der unabdingbare, mal explizite, mal implizite Bezugspunkt *Haider*s, der Nationalsozialismus, zugunsten des Faschismusbegriffs verschwindet. Zum anderen hat er den unschätzbaren Vorteil, daß er, auch ohne daß der Begriff für eine konsistente Theorie steht – jenes Paradox zu fassen versucht, das *Haider* und die FPÖ insofern darstellen, als jeder merkt oder merken könnte, daß es falsch ist, *Haider* nur einen Faschisten oder *nur* einen Demokraten zu nennen.

48 Vgl. Michael Scharang: *Die Demolierung Österreichs oder der Weg in den demokratischen Faschismus*, in: konkret, 1986, Nr. 10.

Der demokratische Faschismus bricht mit der historischen Form des faschistischen Verhältnisses von Bürgern beziehungsweise Volksgenossen und Staat. Während der traditionelle faschistische Staat der absolute Souverän ist, der seine Macht aus dem Bündnis mit seinen Bürgern in Abgrenzung gegen äußere und innere Feinde gewinnt, erscheint im demokratischen Faschismus zusehends der starke Staat selber als Feind. Dennoch ist das nicht einfach eine Parallele zum Liberalismus. Denn das Individuum im demokratischen Faschismus wird nicht einfach als freier und gleicher Bürger, als Bourgeois, der seinen Geschäften nachgeht, begriffen, sondern als Ministaat, der weiß was

richtig ist und der daher auch dem Gesamtstaat reinreden kann, wenn dieser womöglich beginnt, gegen das ›gesunde Volksempfinden‹ zu agieren. Der Faschismus ist keineswegs nur als antidemokratischer Monsterstaat denkbar, sondern er kann als populistische Bewegung »auch im anti-etatistischen Gewand auftauchen, nicht um die Herrschaft selber in Frage zu stellen, sondern um ihre institutionelle Mäßigung abzuschütteln«. Der Führer dieser populistischen Bewegung ist *Haider*, ein Führer dieser individuellen Ministaaten, die Verbindung von ihnen mit dem zu verschlankenden Gesamtstaat.

Das heißt jedoch nicht, daß *Haider* darauf verzichten will, die autoritären Instrumentarien der österreichischen Demokratie gegen politische Gegner zu verwenden oder gegebenenfalls deren weiteren Ausbau zu fordern. So forderte *Haider* kürzlich im Hinblick auf Auslandsreisen des SPÖ-Vorsitzenden *Gusenbauer*, daß Politiker, die, wie er es nannte, Österreich öffentlich in Verruf bringen würden, mit dem Verlust ihrer Mandate oder selbst mit Gefängnis bestraft werden sollten. Es könne ja nicht angehen, daß *Gusenbauer* »mit Feinden Österreichs« zusammen Sekt trinke. Justizminister *Böhmendorfer* nannte *Haiders* Gedanken über die Kriminalisierung von Oppositionspolitikern einen »verfolgungswerten Vorschlag«⁴⁹, und auch FPÖ-Klubobmann *Peter Westenthaler* konnte dem einiges abgewinnen. »Man muß sich schon einmal darüber klar werden, daß die diversesten Ausfälle von *Gusenbauer* und Co. gegen unsere Republik ungeahndet bleiben. Man muß sich die Frage stellen, ob sich ein Politiker nicht strafbar macht, wenn er gegen Österreich auftritt. (...) ... es gibt ja schon den Tatbestand des Hochverrats.«⁵⁰

Der FPÖ-Chef verkörpert den Führertypus einer neuen Form von Demokratie und einer neuen Form von Volksgemeinschaft. Er ist der Protagonist einer spezifischen Form der postfaschistischen Demokratie, der Repräsentant der demokratischen Volksgemeinschaft.⁵¹ Zentrales Moment der demokratischen Volksgemeinschaft ist die potenzierte Verinnerlichung und Subjektivierung von Zwang und Herrschaft, von Ausgrenzungswille und Ausgrenzungserduldung.

Ist diese Verinnerlichung nahezu vollständig vollzogen, so ist die adäquate faschistische Herrschaftsform die direkte Demokratie. Es ist kein Zufall, daß die Freiheitlichen und nicht wie noch in den achtziger Jahren die Grünen, heute die vehementesten Protagonisten von Plebisziten, von Volksbegehren und Volksentscheiden sind. Es scheint so, als ob die Demokratie mit *Haider* endgültig zu sich selbst käme und zugleich ihren historischen Widerpart, den Faschismus, integriert.

Auch wenn es noch deutliche, unübersehbare Unterschiede zwischen den plebiszitären Vorstellungen der FPÖ und traditionell linken basis- oder gar rätendemokratischen Vorstellungen gibt, kann die Demokratiebegeisterung eines *Haider* nicht einfach als Wiederbelebung alter faschistischer Vorstellungen, die auf die Absegnung vorgegebener Entscheidungen zielen, oder als reine Taktik abgetan werden. Sie sollte Anlaß für eine erneute Diskussion über das Verhältnis von Faschismus und Demokratie vor allem in den postnationalsozialistischen Gesellschaften sein.

49 Vgl. Hans Rauscher: Der Justizminister an *Haiders* Seite, in: Standard, 19. Mai 2000.

50 Zit. nach News, 20/2000.

51 Vgl. Gerhard Scheit: Der Führertyp ..., a.a.O., S. 27ff.; Ders.: Demokratischer Rassismus, Outsourcing des 01*00 Staats. Thesen zum Verhältnis zwischen Nation und Bande, in: *krisis*, Nr. 23, 2000, S. 47ff.

RAIMUND FELD

Frankreich, Frankreich: Die rosa-rot-grüne Regierung der »pluralen Linken« drei Jahre nach dem Regierungsantritt



Raimund Feld – Jg. 1954; studierte Französisch und Sozialkunde in Frankfurt/M. und Straßburg, arbeitet nach Referendariat und diversen Jobs derzeit in Brüssel als Übersetzer. Der Autor bedankt sich bei B. Becker, J. M. Becker, E. Gauthier, B. Hofmann und der Redaktion von »UTOPIE kreativ« für Hinweise zu seinem Text. Foto: privat.

1 Insofern ist es meines Erachtens durchaus gerechtfertigt, von einem »Eigentor« zu sprechen – auch wenn im nachhinein geltend gemacht werden kann, daß (wieder einmal) von einer linken Regierung eine Modernisierung des französischen Kapitalismus durchgeführt wurde, zu der die Rechte nicht fähig war.

2 Dies führte nicht nur zu einer Aufsplitterung der Rechtsstimmen, sondern

Die Parlamentswahlen 1997: Ein Eigentor des Staatspräsidenten
Als der französische Staatspräsident Jacques Chirac am 21. April 1997 von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machte, die Nationalversammlung – die erste und wichtigere Kammer des französischen Parlaments – aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, deutete vieles darauf hin, daß damit die absolute Mehrheit der Rechtsparteien RPR (*Rassemblement pour la République*) und UDF (*Union pour la Démocratie Française*) bis zum Jahr 2002 festgeschrieben würde (vgl. Lasserre 1997: 72)¹. Aber es sollte ganz anders kommen: Nach dem ersten Wahlgang, in dem in den einzelnen Wahlkreisen eine absolute Mehrheit erforderlich ist, war bereits abzusehen, daß es keinen Durchmarsch der klassischen Rechten geben würde. Der zweite brachte dann Gewißheit: Nicht zuletzt aufgrund der Kandidaten und Kandidatinnen der Rechtsaußenpartei *Front National* (FN), die in 134 Wahlkreisen auch im zweiten Wahlgang angetreten konnten und sich diesmal nicht zugunsten der »klassischen« Rechten zurückzogen², errangen die Vertreterinnen und Vertreter der »pluralen« Linken – im wesentlichen bestehend aus Sozialdemokraten (PS: *Parti Socialiste* und Verbündete; 241 Abgeordnete, 1. Wahlgang: 25,5 Prozent), Kommunisten (PCF: *Parti Communiste Français*, 37 Abgeordnete, 1. Wahlgang: 9,9 Prozent) und Grünen (*Les Verts*, 8 Abgeordnete, 1. Wahlgang: 3,6 Prozent) – die Mehrheit in 319 Wahlkreisen und damit in der Nationalversammlung.³ Regierungschef wurde der PS-Politiker *Lionel Jospin*. Er bildete eine Regierung, der Vertreter aller Strömungen der »pluralen« Linken angehörten. Ansonsten zeichnete sie sich dadurch aus, daß der Frauenanteil für französische Verhältnisse außerordentlich hoch war (5 der 14 Ministerposten – ohne Premier – wurden mit Frauen besetzt). Zwar wurde die Regierung inzwischen einige Male umgebildet, überstand die ersten drei Jahre ihrer Amtszeit jedoch ohne auch nur annäherungsweise bestandsgefährdende Krisen. Dies gilt auch für das Verhältnis der vertretenen Gruppierungen zueinander: Die sporadischen Divergenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten (FKP) hatten keine Auswirkungen auf die Regierungsarbeit, und auch die Grünen fügten sich – wenn auch nach der für sie recht erfolgreichen Europawahl des Jahres 1999 etwas grollend – in die Rolle des Juniorpartners, dem die Spielregeln bis ins einzelne vom Regisseur *Jospin* vorgeschrieben werden. Im folgenden werden – neben einem Überblick über die wichtigsten Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung – kurz die wichtigsten Maßnahmen und

Beschlüsse der Linksregierung vorgestellt und die Entwicklung der an ihr beteiligten Parteien skizziert.

Die Ausgangslage: Das neue Frankreich

Wie nun war dieser für viele überraschende Wahlausgang zu erklären? Den wichtigsten Faktor – neben der bereits erwähnten Tatsache, daß die extreme Rechte ihre Kandidatinnen und Kandidaten nicht zurückzog – bildet wohl die Ernüchterung über die seit dem Amtsantritt von Präsident *Chirac* im Jahr 1995 geführte Politik.⁴ Ihm war es im Wahlkampf gelungen, sich als Wortführer eines sozialen Gaullismus zu präsentieren, der insbesondere die »neue soziale Frage« thematisierte. Damit hatte er auch Erfolg bei Wählergruppen erzielt, die traditionell eher den Linksparteien zuneigten (vgl. Christadler/Uterwedde 1999: 631; Mossuz-Lavau 1998: 170, 231). Nur einige Monate nach seiner Wahl – im Oktober 1995 – kam das Dementi. Es wurde deutlich, daß die Regierung unter RPR-Premierminister *Alain Juppé* einen rigiden Sparkurs zu fahren beabsichtigte. Das anschließend von ihr vorgelegte Maßnahmenpaket unter anderem zur Sanierung der Sozialversicherung löste dann eine Welle sozialer Konflikte aus, wie sie Frankreich seit Jahren nicht mehr gekannt hatte. Vor allem die Streiks im öffentlichen Sektor erregten auch international Aufsehen.

Als Besonderheit war zu vermerken, daß die Bevölkerung dem Arbeitskampf der in den Medien häufig als »Privilegierte« bezeichneten Angestellten und Beamten des staatlichen Sektors trotz der weitreichenden Auswirkungen auf das Alltagsleben im großen und ganzen positiv gegenüberstand. Dieses nicht auf den Dezember 1995 beschränkte Phänomen wird häufig als eine Art »Stellvertreterstreik« (*grève par procuration*) gedeutet: Eine Gruppe der Bevölkerung bringt stellvertretend die an sich verbreitete Unzufriedenheit zum Ausdruck und findet daher Verständnis und Unterstützung auch bei denen, die zunächst die negativen Folgen zu tragen haben.

Das Wiederaufleben sozialer Bewegungen, zu dem es in der Folgezeit auch im Zusammenhang mit anderen Fragen wie Asylrecht, Arbeitslosigkeit usw. kommen sollte, erfolgte in einem Land, das seit dem Amtsantritt von *François Mitterrand* als erstem sozialdemokratischen Präsidenten der V. Republik einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen hat. Frankreich hat sich »modernisiert« und »globalisiert«, und zwar sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf gesellschaftlichem Gebiet.

Im Bereich der Wirtschaft läßt sich Globalisierung sowohl als stärkere Internationalisierung des französischen Kapitalismus als auch im Sinne einer Modernisierung konstatieren. Zum einen haben fast alle großen Unternehmen versucht, sich Standbeine außerhalb von Frankreich zu schaffen, zum anderen haben ausländische Anleger massiv in französische Aktien investiert (vgl. Desportes/Mauduit 1999: 36ff.). Damit wurde der in den achtziger Jahren unternommene Versuch, den Aktienbesitz durch die Bildung sogenannter harter Kerne von einheimischen Großaktionären im Lande zu halten, zunichte gemacht. Infolgedessen erhöhte sich deutlich der Zwang zur Ausrichtung an den (kurzfristigen) Rentabilitätserwartungen insbesondere angloamerikanischer Fonds.

trug vermutlich auch zu einer umfassenderen Mobilisierung »skeptischer« Linker bei (vgl. Mossuz-Lavau 1998: 39ff., 113f.).

3 Wegen der nicht immer eindeutigen Zuordnung einzelner Kandidaten und selbst Listen können die genannten Ergebnisse leicht von anderen Darstellungen abweichen. Vor der Sitzungsperiode 2000/2001 zählten die Fraktionen des Regierungslagers 254 (Sozialdemokraten), 35 (Kommunisten) bzw. 29 (RCV: *Radical, citoyen, vert*; Grüne und kleinere Linkskräfte) von insgesamt 575 Abgeordneten (AFP, 30. September 2000).

4 Die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger sank 1996 um 1,3 Prozent (vgl. *Le Monde* vom 19. Dezember 1997).

5 Der Anteil der unbefristeten Arbeitsverträge ist von 1975 bis zum Ende der neunziger Jahre von 80 Prozent auf 65 Prozent zurückgegangen; bei 70 Prozent der Jugendlichen erfolgt der Eintritt ins Erwerbsleben über einen Zeitvertrag (vgl. Tournier 1999: 125).

6 Die Zahl der »Arbeitnehmer« in diesem Bereich nahm auch in der jüngsten Vergangenheit stark zu: von 330 000 im Jahr 1997 auf 413 000 im Folgejahr und 447 000 im Jahr 1999 (vgl. Uterwedde 2000: 110).

7 Errechnet anhand der Angaben zum Bruttoinlandsprodukt (zu konstanten Preisen und Wechselkursen) auf der Website der OECD (www.oecd.org/std/gdp.htm). Für das Jahr 2000 wird derzeit ein Wachstum von knapp 3 Prozent prognostiziert (vgl. *Alternatives Economiques* 165, Oktober 2000: 10).

8 Darüber hinaus wäre noch auf die Listen der Jagd- und Angelfreunde zu verweisen, die bei einigen Wahlen regional beachtliche Erfolge erzielten.

Gleichzeitig wurden die verbleibenden Produktionsstätten wie auch die Dienstleistungsbetriebe »modernisiert«. Diese Modernisierung kam zum einen in der Abwendung von der autoritär geprägten Unternehmenskultur hin zu »partizipativen« Managementtechniken – in der Regel an den Gewerkschaften vorbei – zum Ausdruck (vgl. Daley 1999: 183ff.). Darüber hinaus fanden unterschiedliche Varianten der Beteiligung am Gewinn des Unternehmens sowie die Individualisierung von Arbeitsverträgen große Verbreitung. Einen anderen Weg, der gerade bei Beibehaltung (oder sogar Einführung) repetitiver Arbeitsformen gern beschritten wurde, stellte die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse dar. Hier ist vor allem eine starke Zunahme befristeter Verträge feststellbar.⁵ Ergänzt wird dieses Bild durch die Tatsache, daß Zeitarbeitsfirmen mittlerweile zu den Unternehmen mit den meisten Beschäftigten zählen ...⁶

Die Wirtschaft ist nach Jahren der Stagnation seit 1997 in eine Wachstumsphase eingetreten. Begünstigt durch fallende Zinsen wurde 1997 ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent (gegenüber 1,1 Prozent im Vorjahr) erzielt. Ein Jahr später waren es dann 3,1 Prozent, im Jahr 1999 immerhin 2,9 Prozent⁷. Parallel hierzu nahm die Arbeitslosigkeit kontinuierlich ab – fürwahr keine schlechte Ausgangsbasis für eine Regierung ...

Die politische Entwicklung seit dem Wahlsieg der Linken

Auf der Ebene des politischen Systems waren die wichtigsten Veränderungen der jüngeren Vergangenheit der sich seit Mitte der achtziger Jahre vollziehende Vormarsch der extremen Rechten sowie die »Krise der politischen Repräsentation« (Schild 1999b: 339), die sich darin äußerte, daß die Zahl der Wähler, die einer der traditionell größten und bei den Wahlen zwei Blöcke bildenden Parteien (PCF, PS, UDF und RPR) ihre Stimme gaben, seit Ende der achtziger Jahre deutlich zurückgegangen ist.⁸ Die unerwartete Niederlage der »klassischen« Rechten bei den Wahlen zur Nationalversammlung hat eine tiefgreifende Krise der Rechtsparteien eingeleitet. Sie wurde dadurch verschärft, daß bei den Regionalwahlen im März 1998 nicht nur die erhofften Verluste der Linken ausblieben, sondern auch tiefliegende Divergenzen in der »klassischen« Rechten offenkundig wurden, als sich einige ihrer Repräsentanten allem Druck zum Trotz, der bis hinauf von Präsident *Chirac* auf sie ausgeübt wurde, mit den Stimmen der »Nationalen Front« zu Präsidenten der Regionen wählen ließen.

Diese – inzwischen nicht zuletzt aufgrund von Protestaktionen, an denen sich außer der »politischen« Linken auch viele Künstler, Intellektuelle und parteipolitisch ungebundene Personen beteiligten, weitgehend korrigierte – »Verirrung« einiger Politiker war symptomatisch dafür, daß in der französischen Rechten alte Gewißheiten nicht mehr viel zählen und in ihren politischen Organisationen starke zentrifugale Kräfte wirken (vgl. Schild 1999b: 338). Die Gaullisten erlebten über die Frage der Europapolitik beziehungsweise darüber, wie weit eine Übertragung von Souveränitätsrechten gehen dürfe, eine Rechtsabsplattung. Das Mitte-Rechts-Bündnis UDF machte ebenfalls eine Spaltung durch; sein Fortbestehen ist zweifelhafter denn je.

Aber auch der FN wurde nach einem scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch, der etwa fünfzehn Jahre dauerte, von einer Krise heimgesucht, die ihn voraussichtlich für längere Zeit zu einer Statistenrolle in der französischen Politik verurteilen wird. Noch stärker als in der »klassischen« Rechten ging es hier um eine Auseinandersetzung, die an zwei Personen festgemacht werden konnte: *Jean-Marie Le Pen* als historische Figur des FN auf der einen und sein scheinbar designierter Nachfolger *Bruno Mégret* auf der anderen Seite. Schon seit einiger Zeit war deutlich, daß *Mégret* einen an italienischen Verhältnissen angelehnten politischen Kurs bevorzugte, der die Partei zu einer »modernen« politischen Kraft machen sollte, die zu Koalitionen mit der »klassischen« Rechten fähig war. *Le Pen* hingegen blieb ein Populist, dem politische Respektabilität wenig bedeutete, wenn dafür Abstriche gemacht werden mußten – und sei es nur in Form einer rhetorischen Mäßigung.

Schließlich ist auch der Unternehmerverband – keine politische Partei, aber doch eine relevante politische Kraft, die nicht gerade der Linken zuzuordnen ist – in eine Phase der Neuorientierung eingetreten, wie nicht zuletzt seine Umbenennung deutlich macht. Er firmiert jetzt als MEDEF (*Mouvement des entreprises de France*), und diese dynamischere Bezeichnung – »Bewegung« statt »Dachverband« – soll wohl Aufbruchsstimmung signalisieren. Dies äußert sich vor allem in einer Offensive zur Neudefinition von sozialer Sicherheit – möglichst am Staat vorbei (vgl. Bensaïd 1998: 88f.). Hierfür müssen dann die Gewerkschaften gewonnen werden, was in Anbetracht von deren Schwäche und Zersplitterung gewisse Erfolge, aber keinen Sieg auf der ganzen Linie verspricht. Im Mittelpunkt der Diskussion steht derzeit die Reform der Arbeitslosenversicherung, bei der insbesondere die Einführung von Zwangsmaßnahmen (Verlust von Unterstützung) zwischen MEDEF, CFDT (*Confédération Démocratique du Travail*) und CFTC (*Confédération Française des Travailleurs Chrétiens*) auf der einen und CGT (*Confédération Générale du Travail*), FO (*Force Ouvrière*) und CGC (*Confédération Générale des Cadres*) auf der anderen Seite strittig ist. Die Regierung hat bislang den Gegnern den Rücken gestärkt und dem Text von MEDEF/CFDT/CGC die erforderliche Anerkennung verweigert.⁹

Die Politik der Regierungskoalition

Im folgenden werden – nach Politikbereichen getrennt – die wichtigsten Maßnahmen vorgestellt, die von der Regierung bisher verabschiedet wurden. Die dabei unvermeidliche Auswahl soll einen kritischen, aber einigermaßen repräsentativen Überblick über die Zwischenbilanz ermöglichen.¹⁰ Der Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen, die ähnlich auch außerhalb Frankreichs intensiv diskutiert werden. Dieses Kriterium erklärt die Auslassung beispielsweise der Korsika-Frage, die immerhin zum Rücktritt des Innenministers führte.

Im Bereich der *Wirtschaftspolitik* wurde insbesondere versucht, die angestrebte Haushaltskonsolidierung mit einer vorsichtigen Umverteilungspolitik zu kombinieren. Dank der günstigen Wirtschaftsentwicklung können sich die Ergebnisse aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht sehen lassen. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Arbeitslosigkeit, der

9 Die grundsätzliche Notwendigkeit einer Reform steht außer Zweifel: Derzeit erhalten nur 41 Prozent der Arbeitslosen Versicherungsleistungen (vgl. Beilage zu *Alternatives Economiques*, Juni 2000: 5).

10 Es werden jene Maßnahmen berücksichtigt, in denen nach einer unlängst durchgeführten Umfrage (IFOP 2000) die Politik der Jospin-Regierung am deutlichsten zum Ausdruck kommt.

Inflationswerte und der Leistungsbilanzsalden für den Zeitraum von 1997 bis 2000 (Schätzungen) macht deutlich, daß Frankreich Deutschland mittlerweile in allen Bereichen überholt hat beziehungsweise im Begriff ist, dies zu tun (vgl. Uterwedde 2000: 99). Gleichzeitig wurden durch die steuerliche Entlastung von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen einige soziale Korrekturen vorgenommen; unter anderem wurde die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt abgesenkt (vgl. Uterwedde 2000: 100f.). Aber auch die Unternehmen haben wenig Grund zur Klage: Die Erhöhung der Ertragssteuern im Jahr 1997 war von vornherein befristet und ist mittlerweile aufgehoben, und jüngere Maßnahmen bringen auch ihnen eine beträchtliche Entlastung (vgl. Uterwedde 2000: 102).

Mit einem Kalauer ließe sich sagen: *Privatisierungen* gibt es nicht (mehr). Sie wurden durch »Kapitalöffnungen« ersetzt. Die Realität ist weniger euphemistisch – und weniger einheitlich.

Angetreten war die Linksregierung mit einem Ansatz, der die Beibehaltung der unter *Mitterrand* gültigen Maxime des »Ni-ni« beinhaltete: weder (weitere) Nationalisierungen noch Privatisierungen. Schon bald wurde diese Haltung jedoch aufgeweicht. Besonders interessant ist die Entwicklung im Bereich Infrastruktur und Verkehr, für den ein kommunistischer Minister zuständig ist. Mit der Fluggesellschaft Air France fiel ein »traditionelles« Staatsunternehmen direkt in sein Ressort; ein anderes – die französische Telekom – berührte es. Was die Telekom angeht, so dauerte es kein halbes Jahr, bis die Privatisierung eingeleitet wurde: Am 5. September 1997 kündigte *Lionel Jospin* den Börsengang (bei dem ein Drittel der Anteile veräußert werden sollte) an, sechs Worten später wurde er durchgeführt. Bei Air France dauerte es etwas länger. Im Februar 1998 beschloß die Regierung, den Anteil des Staates schrittweise auf 53 Prozent zu verringern. Ernsthafte Spannungen zwischen den Koalitionspartnern aufgrund dieses Beschlusses blieben aus. Auch Minister *Jean-Claude Gayssot* (FKP), der bei Amtsantritt erklärt hatte, er werde »nicht der Minister der Privatisierung und der Deregulierung« (*L'Humanité* vom 10. Juni 1997) sein, verhält sich diskret.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der verbreiteten Überzeugung zu sehen, daß kein Weg daran vorbei führt, »den Unternehmen die erforderliche Kapitalausstattung für ihre weitere Entwicklung und Beweglichkeit für ihre internationalen Strategien zu geben« (vgl. Uterwedde 1999: 213). Ergebnis: »Von den vier Privatisierungswellen der vergangenen dreizehn Jahre war die letzte die umfassendste« (Haby 1999: 151). Im Bankensektor ist die Privatisierung praktisch abgeschlossen, wobei die vom Staat ausgeglichenen Verluste des *Crédit Lyonnais* (über 100 Mrd. Francs) öffentliches Eigentum in diesem Bereich wohl längerfristig diskreditiert haben. Ansonsten handelt es sich um Betriebe, die in der Regel derzeit nur niedrige Gewinne erwirtschaften. Eine Privatisierung im Schnellgang ist daher unmöglich. Entsprechendes gilt für die französische Bahn, obwohl hier aufgrund von Liberalisierungsvorgaben auf EU-Ebene interessante Entwicklungen zu erwarten sind. Entsprechendes gilt auch für die Post, wobei Frankreich auf europäischer Ebene in diesen Bereichen wie auch auf dem Elektrizitätssektor zu den »Bremsern« des Liberalisierungsprozesses gehört (vgl. Uterwedde 1999: 222f.).

Im Herbst 1999 wurde die Regierung – anscheinend recht unvorbereitet – mit einem Aspekt des »neuen« Kapitalismus konfrontiert, der ihr einiges Kopfzerbrechen bereiten sollte. Der Reifenhersteller Michelin führte eine Variante des von Renault im belgischen Vilvoorde inszenierten Stücks »erfolgreiches Unternehmen schließt Produktionsstätte« auf – diesmal aber im »eigenen« Land. Zwar wurde keine Betriebsstilllegung angekündigt, sondern »nur« der Abbau von 7 500 Arbeitsplätzen – gleichzeitig wurde aber mitgeteilt, daß die Gewinne steil angestiegen sind. Breite Teile der Öffentlichkeit reagierten – wie auch beim Bekanntwerden der aufgrund von »stock options« enorm gestiegen Einkommen von Topmanagern – empört, und die Regierung, deren Chef zunächst zu verstehen gab, daß dies kein Politikum sei, sah sich angesichts dieser Reaktion veranlaßt, ein Gesetz über die Regulierung anzukündigen. Der Entwurf liegt mittlerweile vor, beschränkt sich aber im wesentlichen auf eine verbesserte Information der Beschäftigten bei Übernahmen. Die nach den Ankündigungen von vielen erwartete (Re)-Regulierung des Arbeitsrechts blieb aus – eine Parallele zu der angekündigten Sondersteuer für Firmen mit einem übermäßig hohen Anteil von Beschäftigten mit Zeitverträgen oder Beschäftigten von Zeitarbeitsfirmen, die nie eingeführt wurde. Innerhalb weniger Monate wurde aus der geplanten Steuer eine an die Sozialpartner gerichtete Aufforderung, Verhandlungen über eine Lösung aufzunehmen (vgl. Desportes/Mauduit 1999: 71f.).

Im Bereich der *Sozialpolitik* verfolgt die Linksregierung das (nicht nur) aus deutscher Sicht vielleicht aufsehenerregendste Projekt: die Einführung der 35-Stunden-Woche per Gesetz. Damit wurde die Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Anfang der achtziger Jahre bei 39 Wochenstunden stecken geblieben war, wieder aufgegriffen. Vorhergegangen waren ein vergeblicher Kampf gegen immer weiter steigende Arbeitslosenzahlen durch verschiedene Regierungen und mehrere staatliche Regelungen, als deren letzte das Gesetz »de Robien« recht erfolgreich war. Anders als in diesem Gesetz beschränkte sich die Linksregierung nicht darauf, Anreize für die Verkürzung der Arbeitszeit vorzusehen, sondern erließ zwei Gesetze (»Aubry I« und »Aubry II«), die einen Übergang zur 35-Stunden-Woche zwingend vorschrieben. In »Aubry I« (13. Juni 1998) wurde die Zielsetzung vorgegeben, die 35-Stunden-Woche in zwei Schritten generell einzuführen, und zwar ab dem 1. Januar 2000 für Betriebe mit mehr als zwanzig Beschäftigten und ab dem 1. Januar 2002 für die übrigen. Für eine schnellere Einführung der Arbeitszeitverkürzung auf dem Verhandlungsweg wurden Anreize vor allem in Form niedrigerer Sozialabgaben vorgesehen. Ende 1999 waren etwa 2,7 Millionen Beschäftigte in den Genuß dieser kürzeren Arbeitszeit gekommen. Für gut die Hälfte von ihnen gab es staatliche Mittel¹¹. »Aubry II« enthält die Regelungen für die Sektoren und Betriebe, in denen bislang keine Regelung vereinbart wurde. Auch dieses Gesetz sieht finanzielle Anreize vor. Der Schwerpunkt liegt weiter auf niedrigeren Sozialabgaben; allerdings ist diesmal eine deutliche Staffelung der staatlichen Zahlungen vorgesehen, die die Niedriglohngruppen begünstigt. Andere Bestimmungen betreffen die Definition der Arbeitszeit – bei der insbesondere die Möglichkeit

11 Vgl. Gubian 2000, passim – diese Darstellung dient als Grundlage für diesen Abschnitt. Weitere aktuelle Informationen auf der Website des Ministeriums (auch deutsch: www.35h.travail.gouv.fr).

geboten wird, sie auf größere Zeiträume (Monat, Jahr) umzurechnen –, die Bewertung der Überstunden, die Garantie eines monatlichen Mindestlohns unabhängig von der im jeweiligen Monat effektiv gearbeiteten Zeit und die (höheren) Angestellten.

Es ist selbstverständlich noch zu früh für eine Bewertung der Maßnahmen und ihrer tatsächlichen Umsetzung. Derzeit sieht es so aus, als ob die Unternehmen trotz aller Proteste und Argumente gegen diese »archaische« staatliche Regelung einen Weg finden würden beziehungsweise gefunden hätten, mit dieser Regelung gut zu leben, wobei die Möglichkeit der Umrechnung auf längere Zeiträume intensiv genutzt wird, um längere Lauf- beziehungsweise Öffnungszeiten einzuführen. Es könnte also sein, daß die Regelung dazu beiträgt, einen Teil der bisher vor allem mit Zeitverträgen erreichten Flexibilität innerbetrieblich zu verwirklichen. Dies würde dann zu einem Anstieg der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse führen, vor allem wohl in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Der insgesamt erzielte Beschäftigungseffekt ist natürlich strittig; die Schaffung von 100 000 bis 150 000 Arbeitsplätzen scheint aber plausibel (vgl. Clerc 2000).

Einen anderen Aspekt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bildet die Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche. Die umfassendste Initiative war die Schaffung von »Jugendarbeitsplätzen« (*emplois jeunes*) aufgrund eines Gesetzes vom 16. Oktober 1997. Die Jugendarbeitslosigkeit lag seit 1994 über 25 Prozent¹² – obwohl inzwischen nicht weniger als die Hälfte der Altersgruppe zwischen 16 und 25 Jahren eine (Hoch)Schulbildung absolviert. Erschwerend kommt hinzu, daß diese Altersgruppe von der 1988 eingeführten Existenzgeldregelung (*RMI: revenu minimum d'insertion*) ausgeschlossen ist. Es gab also allen Grund für Maßnahmen.

Die Regierung verabschiedete denn auch im Oktober 1997 ein Sonderprogramm, »mit dem im öffentlichen Bereich und bei gemeinnützigen Verbänden und Institutionen in den nächsten fünf Jahren stufenweise 350 000 Arbeitsplätze für Jugendliche neu geschaffen werden sollen« (Neumann 1998: 6). Die Innovation dieses Sonderprogramms besteht vor allem darin, daß es auf bisher nicht befriedigte soziale Bedürfnisse abstellt und versucht, »Beschäftigungsfelder zu schaffen, die nicht die bekannten Nachteile des zweiten oder dritten Arbeitsmarkts – wie Dauerabhängigkeit von staatlicher Förderung, Verschiebung von Problemgruppen in Warteschleifen usw. – aufweisen« (Neumann 1998: 8). Ob dieser Versuch aber gelingt, wird sich erst nach Ablauf des Fünfjahreszeitraums sagen lassen, in dem eine Finanzierung durch das Programm möglich ist. Vorerst ist lediglich deutlich, daß das Programm angenommen wurde und die Jugendarbeitslosigkeit stark zurückgegangen ist.

Wie bereits erwähnt, wurde mit dem Amtsantritt von Premier *Jospin* ein Zeichen für eine deutliche »Feminisierung« der französischen Politik gesetzt, die sich bislang im internationalen Vergleich unter anderem durch einen äußerst niedrigen Anteil weiblicher Abgeordneter (unter zehn Prozent in der Nationalversammlung – vgl. Christadler/Uterwedde 1999: 630) auszeichnete. Die Regierung hat es aber nicht bei der Hoffnung auf die Beispielwirkung belassen und ein Gesetz verabschiedet, das die Parteien seit dem 6. Juni 2000 zur

12 Vgl. Neumann 1998: 3f. – diese Veröffentlichung bietet einen guten Überblick über frühere Maßnahmen, die Lage bei Antritt der Regierung und das Sonderprogramm.

Quotierung verpflichtet. Ein Frauenanteil von mindestens 40 Prozent (die möglichen Verzerrungen aufgrund der Listenplätze wurden auf zehn Prozent beschränkt) ist für die Zukunft gesichert. Interessanterweise wurde dieses Gesetz fast einstimmig angenommen – nur eine Abgeordnete einer Mitte-Rechts-Partei stimmte dagegen.

Damit ergab sich in bezug auf das Abstimmungsergebnis eine exakte Wiederholung des Ablaufs bei der anderen »großen« gesellschaftspolitischen Reform dieser Legislaturperiode. Dabei handelt es sich um den »PACS« (*Pacte civil de solidarité*), mit dem nicht-eheliche Lebensgemeinschaften einen eigenständigen rechtlichen Status erhalten und eine Gütergemeinschaft begründen. Diese Reform war zunächst äußerst umstritten. Die erste Abstimmung in der Nationalversammlung scheiterte sogar daran, daß zahlreiche Abgeordnete der Linken, die den PACS immerhin vorgeschlagen hatte, kalte Füße bekamen und nicht erschienen. Im zweiten Durchgang wurde das Gesetz dann – bei einer Gegenstimme – beschlossen. Dem PACS war ein durchschlagender Erfolg beschieden. »Die Zahl von Pacs-Verträgen, mit denen das Justizministerium gerechnet hatte (10 000 im Jahr), war in kürzester Zeit übertroffen. Nach drei Monaten hatten schon 27.944 Paare einen Pacs geschlossen« (Hénard 2000)¹³.

In Frankreich wurde traditionell das Krankheitsrisiko über eine Versicherung der Erwerbstätigen abgedeckt. Mit den zahlreichen Arbeitslosen, die keine Leistungen bezogen, und der – oft mit Armut gekoppelten – Vielzahl neuer Lebensformen gab es immer mehr Personen, die faktisch keine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen konnten. Diesem Zustand hat die Regierung durch die Einführung der allgemeinen medizinischen Abdeckung (CMU: *couverture médicale universelle*) ein Ende gemacht. Seit dem 1. Januar 2000 können alle Personen ab einem Alter von 16 Jahren, deren Einkünfte unter 3 500 FF im Monat liegen, aufgrund dieser Reform medizinische Leistungen in Anspruch nehmen, ohne die ansonsten übliche Selbstbeteiligung tragen zu müssen.

Im Bereich der *Außenpolitik* blieben nennenswerte Initiativen aus. Dennoch soll kurz auf einen hierzu gehörenden Aspekt eingegangen werden. Die Europapolitik stellte nämlich einen potentiell gefährlichen Stolperstein für die Regierungskoalition dar. Vor allem die Kommunisten nehmen – zumindest, was die programmatischen Äußerungen angeht – eine Position ein, die sich von der der Sozialdemokraten und erst recht von der tatsächlich geführten Politik (vgl. Bensaïd 1998: 18) deutlich unterscheidet. Bis jetzt blieben ernsthafte Auseinandersetzungen über ihre Ausgestaltung jedoch aus, nicht zuletzt deshalb, weil es sich nicht um eine Regierungskoalition im eigentlichen Sinn handelt. Abweichendes Abstimmungsverhalten in nicht in der Regierungsvereinbarung geregelten Bereichen – hierzu gehört die Europapolitik – wird toleriert. In der Praxis kommt es in diesen Fällen zu einer »Koalition der Mitte«, in der sich Sozialdemokraten und Mitte-Rechts-Parteien zusammenfinden.

Von seiten der Sozialdemokraten war insbesondere die Schaffung einer europäischen »Wirtschaftsregierung« als Gegengewicht zu den Befugnissen der Europäischen Zentralbank gefordert und darauf gedrängt worden, das »soziale Europa« vor allem durch die Schaffung

13 Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß das Wort »Paare« hier möglicherweise irreführend ist. Auch zusammenlebende Geschwister können »pacsen«.

einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik voranzubringen. In bezug auf erstere zeigte sich die erdrückende Mehrheit der sozialdemokratisch (mit)regierten Länder wenig empfänglich (vgl. Uterwedde 2000: 118f.). Was die Beschäftigungspolitik angeht, so wurden tatsächlich diesem Bereich gewidmete Gipfel zu einer festen Einrichtung – auch wenn die Ausrichtung möglicherweise nicht den ursprünglichen Intentionen entsprach.

14 Was die Mitgliederzahl angeht, ist die FKP weiterhin die Nummer eins, auch wenn die Sozialdemokraten möglicherweise einen Teil der in den neunziger Jahren erlittenen Verluste (1989: 204 000 Mitglieder; 1997: 112 000) inzwischen wieder ausgleichen konnten (vgl. Stephan 2000: 164, die in bezug auf frühere Entwicklungen auf eine klientelistische Motivation verweist).

15 Diese Argumentationsfigur hatte auch schon *Jospins* – seinerzeit noch oft wegen seiner sozialdemokratischen Neigungen angegriffener – Vorgänger *Michel Rocard* benutzt (vgl. Rocard 1991).

16 PS (F): 22 Prozent (1994: 14,5), Labour (UK): 28 Prozent (1994: 42,7), SPD: 30,7 Prozent (1994: 32,2).

17 Die Wählerschaft scheint sich eher der linken Mitte zuzurechnen (vgl. Mossuz-Lavau 1998: 123f.).

Die französische Sozialdemokratie – vor oder nach Bad Godesberg?

Die nach dem Wahlergebnis¹⁴ größte Partei der französischen Linken wird hier – abweichend von ihrer offiziellen Bezeichnung – als »sozialdemokratisch« eingestuft. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Das Wort »sozialdemokratisch« wurde (und wird) auch innerhalb der PS von weiten Kreisen als anrühlich empfunden, und es ist kein Zufall, daß eine unlängst veröffentlichte Sammlung programmatischer Texte des Premierministers den Titel »Der moderne Sozialismus« trägt und der umfangreichste Beitrag »Der französische Sozialismus und die europäische Sozialdemokratie« überschrieben ist (*Jospin 2000 – Hervorhebung RF.*)¹⁵. Entsprechend führte das Schröder/Blair-Papier nicht nur wegen der darin zum Ausdruck kommenden Achse London/Berlin zu einigen Irritationen in der französischen Sozialdemokratie. Parteiintern wurde sogar vermutet, daß seine liberalen Aspekte bei den Europawahlen im Juni mehrere Prozentpunkte gekostet haben könnten – wobei umgekehrt darauf verwiesen werden konnte, daß die »orthodoxere« Politik à la *Jospin* im Gegensatz zu der von *Blair* und *Schröder* von den Wählern bei den Europawahlen keinen Denkkzettel erhielt.¹⁶ Nun sind aber Sprachregelungen eine Sache und die tatsächliche Politik oft eine andere – und die nichtkommunistische französische Linke ist in dieser Hinsicht von jeher besonders hervorgetreten. Im Dezember 1991 schließlich gab sich die Partei auf einem Sonderparteitag ein neues Programm, in dem sie auch offiziell vom Bruch mit dem Kapitalismus als Zielvorstellung Abstand nahm. Insofern dürfte es zumindest für eine deutschsprachige Publikation irreführend sein, von einer »sozialistischen« Partei zu sprechen.

Dafür sprechen auch die Ergebnisse jüngerer Untersuchungen zu den Wählern beziehungsweise den Mitgliedern. Das Bild, das sie zeichnen, ist das einer Partei mit gut verdienenden, sozial abgesicherten und über ein großes Bildungskapital verfügenden Mitgliedern, die sich je zur Hälfte der Linken beziehungsweise der linken Mitte zu rechnen; zwei Drittel sind älter als 50 Jahre (vgl. Subileau 1999)¹⁷.

Interessant ist schließlich, daß das eng mit der Person von *Lionel Jospin* verbundene integrale Image der Sozialdemokraten die bisherigen Skandale weitgehend unbeschadet überstanden zu haben scheint. Die Partei befand sich diesbezüglich Anfang der neunziger Jahre an einem Tiefpunkt. Heute wird die gerichtliche Verfolgung des früheren Außenministers *Roland Dumas* anscheinend als Altlast abgebucht. Die Verurteilung des engen *Jospin*-Beraters *Jean-Christophe Cambadélis* wegen seiner Beteiligung an unlauteren Finanzgeschäften einer parteinahen Studentenorganisation und der – ebenfalls damit zusammenhängende – Rücktritt des mit *Lionel Jospin* befreundeten Wirtschafts- und Finanzministers *Dominique Strauss-*

Kahn (»DSK«), scheinen keine Flecken auf der weißen Weste der Partei beziehungsweise des Premiers zu hinterlassen.¹⁸ Im Sommer 2000 kam es jedoch im Zusammenhang mit den Protesten gegen die steigenden Öl- und Benzinpreise zu einem deutlichen Rückgang seiner Popularität. Auch die kurz danach bekannt gewordene Tatsache, daß »DSK« eine strafrechtlich relevante Videokassette in seinem Besitz hatte, ohne sie der Justiz zu übergeben, dürfte trotz der umgehend eingeleiteten Distanzierung der sozialdemokratischen Spitzenpolitiker von ihrem Parteifreund, der noch vor kurzer Zeit in einer Veröffentlichung der parteinahen Jean-Jaurès-Stiftung Überlegungen zum »Sozialismus der Zukunft« vorgestellt hatte, ohne dabei seine gut honorierten und auch anderweitig verschwiegenen Beraterverträge zu erwähnen, einen schalen Nachgeschmack in bezug auf die von *Jospin* verkörperte ethisch einwandfreie Sozialdemokratie hinterlassen ...

Die »mutierten« Kommunisten – nur Gartenzwerge Jospins?

Die französischen Kommunisten nehmen seit 1997 als einer von vielen Juniorpartnern an der Regierung teil. Der Zahl und Bedeutung der besetzten Ministerposten nach sind sie jedoch eindeutig die Nummer zwei hinter den Sozialdemokraten, die die FKP für eine linke Mehrheit brauchen. Damit stellt sich die – vor dem Hintergrund der durch harte und langjährige Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gekennzeichneten Vorgeschichte des Regierungsbündnisses (vgl. Feld 1998: Kap. 2 und 5) – äußerst legitime Frage nach den Gründen ihrer Regierungsteilnahme und ihren Ergebnissen. In bezug auf die Gründe wird vor allem angeführt, daß es der Partei nicht möglich war, sich einer Alternative zur Politik der Rechten zu verweigern¹⁹. Zum anderen sei es wichtig, Positionen zu besetzen, die für eine linke Politik genutzt werden könnten. Ein Blick auf die Entwicklung im Ressort des kommunistischen Ministers *Jean-Claude Gayssot* gibt Aufschluß über den Handlungsspielraum.

Die Kommunisten befinden sich seit mehreren Jahren in einem Prozeß des Umbruchs. Dessen Beginn kann in etwa auf den Rücktritt des langjährigen Generalsekretärs *Georges Marchais* und das Jahr 1994 datiert werden. Unter seinem Nachfolger *Robert Hue* trat die Partei in eine Phase der »Mutation« ein, die ihren vorläufigen Höhepunkt auf dem 30. Parteitag erreichte, der im März 2000 in Martigues stattgefunden hat.

Der Name der Partei wurde beibehalten; ansonsten hat sich vieles geändert. Die Partei versucht sich an einem Balanceakt zwischen Regierungsbeteiligung, Festhalten am transformatorischen Anspruch und interner Neuorientierung, dessen Gelingen alles andere als selbstverständlich ist. Selbst wenn es gelingt, das kommunistische Schiff zwischen der Scylla der Sozialdemokratie und der Charybdis des Trotzismus hindurchzusteuern, ist wegen der unterschiedlichen Auffassungen der Besatzung noch keineswegs ausgemacht, ob es seine Reise fortsetzen kann.

Zunächst jedoch nimmt die FKP an der Regierungsarbeit teil und verfolgt damit das Ziel, politische Kräfteverhältnisse herzustellen, die eine Veränderung der Gesellschaft und ihre Befreiung vom

18 Bei einer Umfrage zur Bilanz *Jospins* drei Jahre nach seinem Amtsantritt urteilten 72 Prozent der Befragten, daß die Bezeichnung »ehrlich« »recht gut« auf *Jospin* paßt (1997: 75 Prozent). Die größte Abweichung ergab sich bei der Zunahme (von 34 auf 46 Prozent) derjenigen, die ihn für »zu autoritär« halten (IFOP 2000).

19 Ähnlich argumentieren auch trotzkistische Autoren: »Niemand, der sich für links hält, kann sich ein Scheitern der heutigen Mehrheit wünschen« (Bensaïd 1998: 16).

20 In dem vom Parteitag mit 80,3 Prozent der Stimmen angenommenen Text (30. Parteitag, Text 5: Die strategische Orientierung der Kommunistischen Partei), der hier und im folgenden wiedergegeben wird, ist dies die einzige Erwähnung des Worts »Kapitalismus«, von dem Adjektiv in »kapitalistische Globalisierung« einmal abgesehen.

21 Von dort stammt auch die für die Überschrift genutzte Charakterisierung des Generalsekretärs als »Jospins Gartenzwerg« (Amar 1999: 244).

22 Schwachpunkt dieser Studie ist die geringe Zahl der Antworten, unter der vermutlich die Repräsentativität gelitten hat.

23 Das gilt auch für die jüngste Vergangenheit. Die FKP bezifferte vor 20 Jahren ihre Mitgliedschaft auf etwa 700 000, Ende 1996 auf 270 000, Ende 1998 auf 210 000 und im Sommer 2000 auf 187 000 (vgl. Platone/Ranger 2000; L'Humanité vom 19. Juli 2000).

24 Die Mitgliederzahl hat sich bislang immer im vierstelligen Bereich bewegt (vgl. Hangen 2000: 259).

Kapitalismus²⁰ ermöglichen. Als Mittel hierzu werden angegeben: die Verknüpfung der »Arbeit in der Mehrheit, in der Regierung, im Parlament und allen Machtknoten mit der Aktivität in den gesellschaftlichen Bewegungen« (L'Humanité vom 27. März 2000). Die Arbeit in der Regierung soll dieser ein ausgeprägteres linkes Profil geben. Die – im ursprünglichen Text enthaltene – ausdrückliche Ablehnung des sozialdemokratischen Ziels der Verwaltung und kosmetischen Korrektur des Kapitalismus wurde durch folgende Formulierung ersetzt: »Wir weigern uns, die kapitalistische Globalisierung als unüberschreitbaren Horizont der Menschheit anzusehen und ihre Exzesse geringfügig zu regulieren« (L'Humanité, vom 27. März 2000).

Was die außerparlamentarischen Aktivitäten angeht, so wird insbesondere auf die Demonstration vom 16. Oktober 1999 verwiesen. Die FKP hatte damals die – politisch heikle – Initiative zu einer Demonstration gegen soziale Ungerechtigkeit ergriffen, die sich nicht gegen die Regierung richten sollte. Es gelang ihr, ein breites Spektrum an politischen und gesellschaftlichen Kräften für die Teilnahme zu gewinnen und mehrere Zehntausend Menschen auf die Straße zu bringen. Diese Demonstration blieb allerdings ein einmaliges Ereignis; die Gespräche über eine Fortsetzung der Initiative verliefen im Sande.

Hierzu mag beigetragen haben, daß die – vor allem – trotzistischen (vgl. Pingaud 2000: 120ff.) Kräfte auf der Linken, die jahrelang nur ein Schattendasein gefristet hatten, sich in der letzten Zeit zunehmender Popularität erfreuen können und bei den Europawahlen des Jahres 1999 erstmals Abgeordnete in das Europaparlament schicken konnten. Diese Gruppen konkurrieren mit der FKP vor allem um eine sozial schwache Wählerschaft (vgl. Pingaud 2000: 10), und dieses Konkurrenzverhältnis begünstigt eine intensive und/oder längerfristige Zusammenarbeit in keiner Weise.

Ein Problem der »Mutation« der FKP ist denn auch die durch die Mitarbeit in der Regierung geöffnete »rechte« Flanke, wie einige Formulierungen des zitierten Strategiepapiers und die Initiative zur Demonstration am 16. Oktober 1999 nahelegen. Parteiintern hat sich inzwischen eine vor allem in Nordfrankreich, eine der Hochburgen der FKP, stark vertretene »Linksopposition« herausgebildet, die die von ihr diagnostizierte »Sozialdemokratisierung« der FKP strikt ablehnt.²¹

Das Gewicht der unterschiedlichen Gruppierungen läßt sich annäherungsweise bestimmen: Bei den Gegnern des Wandels dürfte es sich um ungefähr 20 Prozent der Mitglieder handeln, während der Rest ihn zu etwa gleichen Teilen als positiv oder als nicht ausreichend ansieht (vgl. Platone/Ranger 2000: Tabelle 12)²². Interessant bei der – schrumpfenden²³ – Mitgliedschaft sind im übrigen das in den letzten zwanzig Jahren deutlich gestiegene Durchschnittsalter von jetzt 48,5 Jahren, das mit einer deutlichen Überrepräsentation in der Altersgruppe von 35 bis 64 einhergeht, der verhältnismäßig hohe Anteil von Frauen, die Konzentration in wenigen Ballungsräumen und die Verschiebung von Arbeitern zu Angestellten, die vorwiegend im Staatssektor beschäftigt sind (vgl. Platone/Ranger 2000).

Die Grünen – vom Statisten zum Protagonisten dank Dany?

Von sechsstelligen Mitgliederzahlen kann die Partei, die das kleinste Kontingent der rosa-rot-grünen Koalition stellt, nur träumen²⁴. Die

grünen Farben vertritt seit dem Regierungsantritt vor allem *Dominique Voynet* als Umweltministerin. Sie gehört zu dem Flügel der französischen Umweltbewegung, der sich Mitte der neunziger Jahre für eine Beteiligung der Partei »Die Grünen« (*Les Verts*) an einer Linksregierung entschieden hat, nachdem es lange so aussah, als würde das Selbstverständnis als »weder rechts noch links« die grünen Gruppierungen auf nationaler Ebene zu einer politischen Schattenexistenz verdammen.²⁵

Auch weiterhin ist keineswegs sicher, daß die grüne Partei ihre Existenz auf Dauer sichern kann, zumal die Regierungsbeteiligung bislang kaum sichtbare Erfolge erbracht hat. Am ehesten können diesbezüglich die Stilllegung von »Superphénix« und die Einstellung des Projekts Rhein-Rhône-Kanal ins Feld geführt werden. Einiges spricht aber dafür, daß diese Maßnahmen auf jeden Fall erfolglos wären (vgl. Sainthey 2000: 435). Ansonsten ist die umweltpolitische Bilanz der Regierung *Jospin* bislang eher als mager zu bezeichnen; nennenswerte Initiativen sind auf diesem Gebiet ausgeblieben.

Nicht zuletzt deshalb hat ein Teil der »Linken« die Partei verlassen. Dem steht gegenüber, daß ihr die auch in Frankreich nach dem Verhältniswahlrecht ausgerichtete Wahl zum Europäischen Parlament (Spitzenkandidat: *Daniel Cohn-Bendit*) einen beachtlichen Erfolg bescherte. Mit knapp zehn Prozent überflügelte sie die FKP um etwa drei Prozent. Im Anschluß an diese Wahl wurden innerhalb der Grünen, die ihre Wählerschaft mittlerweile »auf nahezu alle Schichten und Statusgruppen der französischen Gesellschaft« (Hangen 2000: 260) ausdehnen konnten, Stimmen laut, die vermuteten, daß hier die (dritte) Neugeburt der Linken stattfinde. Darüber hinaus wurden Ansprüche auf eine Vergrößerung ihres Gewichts in der Regierung angemeldet. Aber auch deren Nichterfüllung hat bisher nicht zu ernsthaften Konflikten geführt.

Die Gewerkschaften

Der Versuch einer Bestandsaufnahme im Gewerkschaftsbereich ist ein heikles Unterfangen. Ein mögliches Vorgehen besteht darin, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß angesichts eines unter zehn Prozent gesunkenen Organisationsgrads eine weitergehende Beschäftigung mit dieser »sozialen Bewegung« überflüssig ist. Dem steht gegenüber, daß die Gewerkschaften in einigen Bereichen weiterhin eine sehr viel stärkere Stellung haben und generell in der Lage sind, Aktionen zu initiieren oder zu organisieren, die sehr viel mehr Durchschlagskraft haben, als der bloße Organisationsgrad vermuten läßt. Auch der Prozentsatz der durch Tarifverträge abgedeckten Beschäftigten liegt sehr viel höher.

Sicher ist, daß auch in diesem Bereich ein Umbruch stattfindet. Lange Zeit war die französische Landschaft durch ein Nebeneinander von drei großen Dachverbänden (von »rechts« nach »links«: FO, CFDT, CGT) gekennzeichnet, das durch einen kleineren konfessionellen Dachverband (CFTC), eine Angestelltengewerkschaft (CGC) und einen Dachverband für das Bildungswesen (FEN – *Fédération de l'Education Nationale*) komplettiert wurde. In diese Situation ist im letzten Jahrzehnt sehr viel Bewegung gekommen: Die FEN ist gegenüber der 1993 aus einer Abspaltung von der FEN entstandenen

25 Dies war in gewisser Weise durchaus beabsichtigt. Die Ablehnung der Dichotomie von rechts und links wurde nämlich ergänzt durch eine Verweigerungshaltung gegenüber traditionellen politischen Strukturen und die Weigerung, die Trennung von Politik und »Leben« zu akzeptieren (vgl. Sainthey 2000: 227ff.).

FSU (*Fédération syndicale unitaire*) ins Hintertreffen geraten. Die CFDT hat – außer in »archaischen« Sektoren wie dem Speditionsgewerbe – Abstand vom Klassenkampf genommen und sich zu einer recht modernisierungsfreudigen Gewerkschaft entwickelt (vgl. Aparicio et al. 1999). Schließlich sind Gruppierungen wie SUD (*Solidarité, Unité, Démocratie*) entstanden, die sich nicht nur durch große Basisnähe, sondern auch durch die Beteiligung an sozialen Bewegungen in traditionell gewerkschaftsfernen Bereichen auszeichnen. Die im internationalen Vergleich auffälligste Entwicklung ist aber zweifellos der Mitgliederschwund, der den französischen Organisationsgrad zu einem der niedrigsten der OECD-Länder hat werden lassen. Das bedeutet unter anderem, daß die Gewerkschaften immer mehr unter Druck geraten, der finanziellen Mittel wegen in paritätischen Gremien wie der Arbeitslosenversicherung mitzuarbeiten – vermutlich einer der materiellen Gründe für den Wandel der CFDT.

Bewegung auf der Linken, Hegemonie in der Mitte

Die trotz des Konfliktpotentials weitgehend reibungslose Zusammenarbeit der Regierung wird sich in der Zeit bis zu den nächsten wichtigen Wahlen²⁶ noch an einigen Fragen bewähren müssen. Absehbar sind die folgenden Diskussionsthemen: die Ausgestaltung der – lange vor den Auseinandersetzungen um eine Kompensation der höheren Kraftstoff- und Heizölpreise – für Anfang 2001 geplanten Ökosteuer auf Energie sowie, damit zusammenhängend, die Zukunft der Atompolitik; die Gestaltung des Rentensystems (Stellenwert der privaten Altersvorsorge); die (weitere) Privatisierung von Staatsbetrieben, insbesondere im Hinblick auf die dort starke Verankerung der FKP; das Wahlrecht (Einführung von Elementen des Verhältniswahlrechts bei allen Wahlen); die Art und Weise der Nutzung der größer werdenden Haushaltsspielräume (konjunkturbedingte Mehreinnahmen, Mobilfunklizenzen).

Es ist keineswegs sicher, daß eines dieser Themen tatsächlich strittig wird, obwohl jedes einzelne für mindestens eine Komponente der Regierungsmehrheit einen großen Stellenwert haben dürfte. Sollte die Zusammenarbeit jedoch weiterhin so störungsfrei verlaufen wie bisher, ist damit zu rechnen, daß das, was als »linke Linke« (*gauche de la gauche*) bezeichnet wird, in Zukunft noch stärker hervortreten wird. Darunter fällt eine bunte Palette von Gruppen und Initiativen, die vor allem eins gemeinsam haben: Die Ähnlichkeit der Politik der derzeitigen Regierung mit der ihrer Vorgängerin geht ihnen zu weit²⁷. Der daraus entstehende Unmut kristallisierte zum einen in öffentlichen Protesten wie dem gegen die Einwanderungspolitik: Trotz entsprechender Ankündigungen etwa im Wahlprogramm der Sozialdemokraten (vgl. Bensaïd 1998: 169) wurden die unter dem RPR-Innenminister *Pasqua* 1993 erlassenen restriktiven Gesetze, die kurz vor dem Regierungsantritt der Linksregierung durch das nach dem damaligen Innenminister benannte Debré-Gesetz zur Einwanderung trotz aller Proteste verschärft worden waren, nicht vollständig zurückgenommen. Zum anderen erklärt das für viele unzulänglich ausgeprägte linke Profil der Regierung wohl das überraschend gute

26 Auf die Kommunalwahlen 2001 folgt normalerweise ein »Superwahljahr«: Die Nationalversammlung wird in der Regel alle fünf Jahre gewählt; die Präsidenten wurden für sieben Jahre gewählt. Ein Volksentscheid im September 2000 erbrachte eine große Mehrheit – allerdings bei einer Wahlbeteiligung von nur etwa 30 Prozent – für die Verkürzung der Amtszeit auf fünf Jahre.

27 Mit dieser Definition über die Abgrenzung von der Regierungspolitik ist auch eine zentrale Schwäche der »linken Linken« benannt: Ein gemeinsames Projekt – und sei es nur in Ansätzen – fehlt.

Wahlergebnis von zwei alteingesessenen trotzkistischen Formationen bei den Europawahlen im Juni 1999.

In diesem Zusammenhang ist auch auf Initiativen wie den Appell »Für die Einberufung von Generalständen der sozialen Bewegungen in Europa«²⁸, der eng mit dem Namen des bekannten Soziologen *Pierre Bourdieu* verknüpft ist, zu verweisen. Weiter wären zu nennen: die Bewegung der Arbeitslosen, die ihren (vorläufigen?) Höhepunkt im Winter 1997/98 erreichte, die organisatorisch mit ihr verknüpften europäischen Märsche gegen die Arbeitslosigkeit, und der mit dem Namen *José Bové* verbundene Kampf gegen den »Fraß« (malbouffe), der seinen wichtigsten Protagonisten zu einem Emblem des Protests gegen die Welthandelsorganisation (WTO) werden ließ. Der Prozeß gegen *Bové* am 30. Juni machte die Gerichtsstadt Millau zum französischen Gegenstück von Seattle.

Weniger spektakulär, aber deshalb nicht weniger erfolgreich ist die von *Le Monde Diplomatique* ausgehende Initiative ATTAC, die auf die Wiedergewinnung gestalterischer Spielräume durch die Besteuerung von Finanztransaktionen zielt und bereits wenige Monate nach ihrer Entstehung 9000 Mitglieder, davon 130 unter den Abgeordneten der Nationalversammlung, zählte (vgl. Pingaud 2000: 94).

Neben diesen Initiativen läßt sich ein Wiederaufleben der linken Debatte feststellen, beispielsweise anhand der Vielzahl von Veröffentlichungen im Bereich der Erneuerung des Marxismus (*Jacques Texier*, *Antoine Artous*, *Jacques Bidet*) oder der Kritik des Marktabsolutismus – hier reicht die Spanne vom Publikumserfolg »Alternatives Economiques« (monatliche Auflage ca. 100 000) und dem internationalen Bestseller von *Viviane Forrester* bis hin zu schwerwichtigen Bänden wie dem von *Luc Boltanski* und *Eve Chiapello*²⁹. Ebenso symptomatisch ist aber, daß ein Titel wie *Eric Hobsbawms* »Das Jahrhundert der Extreme« so wenig in die französische geistige Landschaft paßte, daß seine französische Übersetzung erst 1999 erschien – und zwar in Belgien.

Das, was als »Einheitsdenken« (pensée unique) bezeichnet wurde, bestimmt weiterhin den Konsens der französischen Elite(n). Dieser Begriff hat in Analysen der französischen Politik und Gesellschaft in den letzten Jahren einen herausragenden Stellenwert bekommen. Er bezeichnet eine – um es in Anlehnung an *Bourdieu* auszudrücken – auch räumliche Zusammenballung von wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Kapital in einer weitgehend homogenen Gruppe: Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sowie Meinungsmacher, die zum großen Teil dieselben (oder sehr ähnliche) Ausbildungsstätten durchlaufen haben, dasselbe Weltbild teilen und Zugang zu denselben (Top)Jobs in Unternehmen und/oder Ministerien haben (vgl. Bock 2000: 396ff.). Weder drei Jahre Linksregierung noch die Gruppen und Initiativen der »linken Linken« haben diesen Elitenkonsens wirklich erschüttern können.

Was die Linksregierung angeht, so steht ihre Politik vermutlich durchaus im Einklang mit den Erwartungen der Mehrheit ihrer Wählerinnen und Wähler. Dabei handelt es sich im übrigen um eine Minderheit, denn »die Linke hat heute keine gesellschaftliche Mehrheit in Frankreich: 42 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen bei der Parlamentswahl 1997 und 38,5 Prozent bei dieser Europawahl (1999

28 Vgl. www.raisons.org – diese Site hat ebenso wie die von ATTAC (www.attac.org) und die von Espaces Marx (www.international.org/EspMarx/Reseau) ein deutschsprachiges Angebot.

29 Eine »Leseprobe« aus diesem Werk wurde im April 2000 in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« veröffentlicht.

30 »Bei Anwendung des Verhältniswahlrechts hätte sie (die Linke – RF.) statt 310 nur 256 Abgeordnete gehabt« (Bensaïd 1998: 14).

31 Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang, daß sich das französische Finanzministerium genötigt sah, eine umfangreiche Studie über die Besteuerung von Kapitalbewegungen durchzuführen – die zur Erkenntnis führte, daß eine solche Steuer nicht machbar sei (vgl. Chavagneux 2000).

32 Dieser Prozentsatz liegt bei den Anhängern aller Parteien über 70 Prozent (vgl. L'Humanité vom 28. Juni 2000).

– RF.) verdeutlichen dies« (Schild 1999a: 6)³⁰. Die »linke Linke« hingegen hat zwar möglicherweise einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß der Marktabsolutismus seine Vormachtstellung zu großen Teilen eingebüßt hat – Vorstellungen von einer gesellschaftlichen Alternative konnte sie aber kaum im allgemeinen Bewußtsein verankern³¹. Nach einer Umfrage vom Juni 2000 ist »Gleichheit« für nicht weniger als 69 Prozent der Befragten ein zukunftsweisender Wert. Ein exakt identischer Prozentsatz ist aber davon überzeugt, daß die Ungleichheit in Frankreich in den nächsten Jahren zunehmen wird – und das, obwohl 80 Prozent der Meinung zuneigen, daß die Ungleichheit bekämpft werden kann, wenn die Regierung das will.³²

Literatur

- Amar 1999 – C. Amar: Les nouveaux communistes. Voyage au coeur du PCF, Paris.
- Aparicio et al. 1999 – J.-C. Aparicio, M. Pernet, D. Torquéo: La CFDT au péril du libéral-syndicalisme, Paris.
- Bensaïd 1998 – D. Bensaïd: Lionel, qu'as-tu fait de notre victoire?, Paris.
- Bock 1999 – H. M. Bock: Republikanischer Elitismus und technokratische Herrschaft. Zu einigen Merkmalen der politischen Elite im gegenwärtigen Frankreich, in: Christadler/Uterwedde 1999, S. 383-403.
- Christadler/Uterwedde 1999 – M. Christadler, H. Uterwedde (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Opladen.
- Chavagneux 2000 – C. Chavagneux: Quand Bercy juge la taxe Tobin, in: Alternatives Économiques, N° 185 (Oktober 2000), S. 70-73.
- Clerc 2000 – D. Clerc: Les 35 heures boostent l'emploi, in: Alternatives Économiques, N° 181 (Mai 2000), S. 10-11.
- Daley 1999 – A. Daley: The Hollowing Out of French Unions. Politics and Industrial Relations After 1981, in: A. Martin, G. Ross (Hrsg.): The Brave New World of European Labor. European Trade Unions at the Millenium, New York, Oxford, pp. 167-216.
- Desportes/Mauduit 1999 – G. Desportes, L. Mauduit: La gauche imaginaire et le nouveau capitalisme, Paris.
- Feld 1998 – R. Feld: Linksunion und Kommunisten in Frankreich. 1972-1977, Köln.
- Gubian 2000 – A. Gubian: Les 35 heures et l'emploi: d'une loi Aubry à l'autre, in: La Documentation française, Regards sur l'actualité, N° 259 (März 2000), S. 3-26.
- Haby 1999 – R. Haby: La vie publique en France. Août 1998 – juillet 1999, Paris.
- Hangen 2000 – C. Hangen: Les Verts, in: Ruß 2000, S. 243-265.
- Hénard 2000 – J. Hénard: Die neue Lust an der Revolution, in: Die Zeit, Nr. 26 (21. Juni 2000).
- IFOP 2000 – Le bilan de Lionel Jospin, 3 ans après son arrivée à Matignon, in: Le Journal du Dimanche (28. Mai 2000).
- Jospin 2000 – L. Jospin: Le socialisme moderne, Paris: Les notes de la Fondation Jean-Jaurès, N° 15.
- Lasserre 1997 – R. Lasserre, J. Schild, H. Uterwedde: Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Opladen.
- Mossuz-Lavau 1998 – J. Mossuz-Lavau: Que veut la gauche plurielle?, Paris.
- Neumann 1998 – W. Neumann: Neue Wege aus der Beschäftigungskrise? Frankreichs Versuch, die Jugendarbeitslosigkeit zu halbieren (Aktuelle Frankreich Analysen Nr. 13), Ludwigsburg.
- Pingaud 2000 – D. Pingaud: La gauche de la gauche, Paris.
- Platoné/Ranger 2000 – F. Platone, J. Ranger: Les adhérents du Parti communiste français en 1997, in: Les cahiers du CEVIPOF, N° 27 (März 2000): www.cevipof.msh-paris.fr/publications/cahier27.htm.
- Rocard 1991 – M. Rocard: De toekomst van de sociaal-demokratie, in: De Morgen (21. November 1991).
- Ruß 2000 – S. Ruß et al. (Hrsg.): Parteien in Frankreich: Kontinuität und Wandel in der V. Republik, Opladen.
- Sainteny 2000 – G. Sainteny: L'introuvable écologisme français?, Paris.
- Schild 1999a – J. Schild: Frankreich nach den Europawahlen – Parteienlandschaft in Bewegung (Aktuelle Frankreich Analysen Nr. 14), Ludwigsburg.
- Schild 1999b – J. Schild: Parteien, Parteiensystem und politische Konfliktlinien im Wandel, in: Christadler/Uterwedde 1999, S. 326-347.
- Stephan 2000 – I. Stephan: Die Parti Socialiste (PS), in: Ruß 2000, S. 147-171
- Subileau 1999 – F. Subileau, C. Ysmal, H. Rey: Les adhérents socialistes en 1998, in: Les cahiers du CEVIPOF, N° 23 (Mai 1999): www.cevipof.msh-paris.fr/publications/ps.html.
- Tournier 1999 – E. Tournier: Economie et société françaises depuis 1973, Paris.
- Uterwedde 1999 – H. Uterwedde: Abschied vom französischen Modell? Staat und Wirtschaft im Wandel, in: Christadler/Uterwedde 1999, S. 201-227.
- Uterwedde 2000 – H. Uterwedde: Linker Pragmatismus. Die Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten seit 1997, in: E. Hein, A. Truger (Hrsg.): Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Europa, Marburg, S. 89-123.

ROBERT KURZ

Versuch, das Problem an der Wurzel zu packen. Im Gespräch mit Stefan Amzoll

STEFAN AMZOLL:

Sie sind 1943 in Nürnberg geboren, also noch während des Krieges, in der Stadt der Reichsparteitage. Raub- und Rassenkrieg, Massenhysterie, schon dies markiert dunkelste Flecken. »Schwarzbuch des Kapitalismus«, so der Titel Ihrer jüngsten Publikation (Eichborn Verlag 1999), ein für mich außergewöhnliches Werk. Bevor wir einige Aspekte des Buches berühren, die Frage, aus welchem Familienzusammenhang Sie kommen.

ROBERT KURZ:

Ich komme aus einem sozialdemokratisch-gewerkschaftlich orientierten Elternhaus und wuchs in einer Großfamilie auf, wir waren insgesamt sieben Personen. Für mich als Kind waren auch die Großeltern wichtig, besonders der Großvater, der Maschinenschlosser war und in der Gewerkschaft aktiv. Und da weiß ich zum Beispiel noch, wie der Großvater als alter Mann vor dem Fernseher gewettert hat gegen den Vietnamkrieg. Das war für mich in vieler Hinsicht so eine Kindheitsprägung. Dann habe ich am humanistischen Gymnasium Abitur gemacht. Das, was man als Gymnasiast an Demokratievorstellungen mitkriegt, wurde mir dort anerzogen. Ich habe damals auch eine Schülerzeitung gemacht, keine oppositionelle, dazu war vieles noch zu unklar. Ich habe auch Gedichte geschrieben.

STEFAN AMZOLL: Und erste nachhaltige außerfamiliäre Erfahrung?

ROBERT KURZ: Das war die Bundeswehr. Da bin ich dann zum Pazifisten geworden. Die Bundeswehr empfand ich als so grauenhaft, daß ich da so ein bißchen gestört habe. Ich wurde irgendwann aus dem Verkehr gezogen, durfte nicht mehr am politischen Unterricht teilnehmen und habe dann pazifistische Propaganda ans schwarze Brett gehängt und dergleichen mehr. Das wurde mir übel vermerkt. Dann habe ich den Offizierslehrgang verweigert und ähnliche Dinge. Ich wurde als Gefreiter entlassen. Und nachträglich habe ich noch verweigert, damit ich die Ersatzübungen nicht mitmachen mußte.

STEFAN AMZOLL: Wurden Sie darum Teilnehmer der Ostermärsche?

ROBERT KURZ: Ja. Auf Ostermärschen habe ich auch Kommunisten kennengelernt, Leute aus der Gruppe Arbeiterpolitik, alten Linken sagt das vielleicht noch etwas: KPO unter Heinrich Brandler, er war in den zwanziger Jahren kurze Zeit KP-Vorsitzender und ist aus der KPD oppositionell rausgegangen. Ich habe, wenn ich bei denen zu Hause war, immer die MEW, die blauen Bände, stehen sehen. Danach ging es eigentlich ziemlich schnell, weil das rückgekoppelt war

Stefan Amzoll – Jg. 1943; studierte von 1968 bis 1972 Theater- und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin. Er arbeitete im Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR als wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1977 als Musikredakteur und Redaktionsleiter Ernste Musik bei Radio DDR II. Promovierte 1987 über kulturelle Aspekte des Rundfunks der Weimarer Republik. Nach der Wende Chefredakteur des Kulturprogramms Radio DDR II, übernahm er 1990 die Programmleitung von Deutschlandsender Kultur. Ende 1991 durch Einrichtungsschef Mühlfnz und ZDF-Intendant Stolte vom Dienst suspendiert. Danach einige Monate arbeitslos. Seit 1992 als freier Publizist tätig. Von Stefan Amzoll in UTOPIE kreativ u.a. Gespräch mit Hans-Eckardt Wenzel »Was war dieses Jahrhundert eigentlich?« in Heft 81/82 Juli/August 1997); in Heft 91/92 (Mai/Juni 1998) »Ich ist kein anderer. Hanns Eisler und die DDR – Eine Montage«; in Heft 97/98 (November/Dezember 1998) Gespräch mit Thomas J. Richter »... Erotik findet links statt«, in Heft 109/110 (November/Dezember 1999) Gespräch mit Friedrich Schenker »Musik zum pazifistischen Gebrauch« und in Heft 115/116 (Mai/Juni 2000) mit Steffen Mensching, Hans-Eckardt Wenzel »Abschied«.

einerseits mit gewerkschaftlicher Jugendarbeit in der IG Metall und marxistischer Orientierung, andererseits mit dem Schwall der Studentenbewegung; und der hat mich richtig fortgewirbelt.

STEFAN AMZOLL: Wo haben Sie damals studiert?

ROBERT KURZ: Ich habe in Erlangen/Nürnberg studiert. Das mit dem Studium war so: Bis kurz vor einer Doktorarbeit, die ich zu schreiben anfing (Thema: Zur historischen Schülerbewegung in Deutschland und Österreich), habe ich meine Scheine alle gemacht, habe aber nicht auf eine akademische Karriere hin studiert, sondern das Studium war ungeheuer stark bewegungsgeprägt. Ich bin richtig aufgegangen in der Studentenbewegung.

STEFAN AMZOLL: Was war da zu tun?

ROBERT KURZ: Wir haben zum Beispiel Betriebszeitungen gemacht, einen Verband Nordbayrische Schülerbasisgruppen gegründet; und da waren wir vollauf beschäftigt. Das Studium war eher nebenher.

STEFAN AMZOLL: Welche Fächer studierten Sie?

ROBERT KURZ: Philosophie, Pädagogik und Politische Wissenschaft. Von vorn herein brotlose Fächer. Nachdem ich besagtes Promotionsprojekt fallengelassen hatte, war ich LKW-Fahrer, habe Kleinlastwagen gefahren, danach sieben Jahre lang Taxifahrer – typischer Philosophenberuf. Und ich übte noch einen Nebenjob bei einer lokalen Tageszeitung aus, im technischen Bereich, einen Teilzeitjob. Der ist mir geblieben, das ist immerhin eine gewisse Absicherung. Ansonsten bin ich immer mehr eine freischwebende Existenz geworden. Auf eigene Rechnung, hauptberuflich, Bewegungsagitor.

STEFAN AMZOLL: Wann hörte dieser freischwebende Zustand auf?

ROBERT KURZ: Mitte der siebziger Jahre, nach diesem Durchlauf '68 und folgende. Und da habe ich mich dann mit ein paar Leuten zusammengenommen mit dem Impuls, jetzt eine kritische, theoretische Aufarbeitung zu machen. Wir sind aus den Proletgruppen, K-Gruppen, rote Zelle hießen die, rausgegangen und haben gesagt: die Theorie hat einen eigenen Stellenwert, wir können diesen manisch-depressiven Zustand von Bewegungskonjunkturen nicht blind weitermachen, die Theorie darf nicht nur für legitimatorische Zwecke verwendet werden, sondern muß einen eigenen Beitrag leisten. Und da sind wir im Laufe der achtziger Jahre immer mehr auf das Problem gekommen, daß der Marxismus eine Leiche im Keller hat, nämlich die Kritik der Warenform, der abstrakten Arbeit, der Geldform, welche zu flächendeckenden Systemen nur durch das Kapitalverhältnis werden konnten.

STEFAN AMZOLL: Auf der Fläche des Hundertmarkscheins in DDR-Währung war der Kopf von Karl Marx drauf.

ROBERT KURZ: Das machte eigentlich schon klar, daß etwas nicht stimmen kann, daß mit einem Kernpunkt der Marxschen Kapitalismuskritik einerseits so kritiklos verfahren, er andererseits ins Philosophische, Esoterische abgeschoben wurde. Marx sagt ganz klar, eine Gesellschaft, die auf dem Wert beruht, das sei Kapitalismus. Und in der Kritik des Gothaer Programms formuliert er es noch klarer: schon die erste Stufe, der Eintritt in den Sozialismus, ist die

Aufhebung der Warenform. Das waren Schlüsselerkenntnisse. Und vor diesem Hintergrund haben wir dann angefangen, die sogenannte Sowjetökonomie aufzuarbeiten. Die der UdSSR und im weiteren Sinne des gesamten real existierenden Sozialismus, inklusive der nationalen Befreiungsbewegungen, wo ja immer die Sowjetökonomie, der Staatssozialismus ein gewisses Vorbild waren. Und wir haben versucht, das Ganze nicht bloß einer philologischen Kritik zu unterziehen, sondern eben auch historisch einzuordnen.

STEFAN AMZOLL: Daß das eine eigene Geschichte hat, ist in Ihrem Buch »Der Kollaps der Modernisierung« von 1991 dargestellt worden.

ROBERT KURZ: Ja, aber die Geschichte hat einen langen Vorlauf. Es hat ungefähr zehn Jahre gedauert, bis wir dazu durchgestoßen sind, dieses System als ein System nachholender Modernisierung zu sehen, als ein System nachholender Inwertsetzung, nachholenden Hineinkommens in diese Form, die eigentlich aufzuheben wäre. Das war für uns ein Zugang, der in breiteren linken Kreisen auch bekannt ist als Wertkritik, als Kritik des warenproduzierenden Systems, wo für uns die durchaus verschiedenen, aber letztlich auf gleicher qualitativer Grundlage beruhenden Formen des westlichen Konkurrenzkapitalismus und des östlichen Staatskapitalismus auf einen Nenner zu bringen waren.

STEFAN AMZOLL: Der Ansatz war Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre aufgefallen. Vor allem durch das Buch »Kollaps der Modernisierung«. Waren Sie da aus Ihrer, wie Sie sagen, Katakombenexistenz heraus?

ROBERT KURZ: Das kann man sagen. Die Linken waren ja, auch die radikalen Linken, reihenweise in die Knie gegangen, auch die DKP-Akademiker. Ich habe noch eine schöne Sammlung daheim mit Aussagen, von der »Wirtschaftswoche« bis zu den einschlägigen linken Gazetten, die zeigen, wie bedingungslos kapituliert wurde. Da ist die radikale Kehrtwende sehr aufgefallen, das Umdrehen des Spießes.

STEFAN AMZOLL: Zu den Begriffen abstrakte Arbeit und Warenform. Die Warenform hat ja selber eine Geschichte. Marx hat sie exemplifiziert. Mich würde interessieren: Was lag historisch davor, bevor diese Kategorien flächendeckend griffen? Das »Schwarzbuch« ist ja ein historisches Buch.

ROBERT KURZ: Ich sehe grundsätzlich ein Problem, daß man die Marxsche Theorie nicht als ein monolithisches, geschlossenes Ganzes nehmen kann, sondern daß da zwei Stränge wirksam sind: Der eine ist das liberale Erbe. Marx ist ein Dissident des Liberalismus wie alle linken Intellektuellen seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Und dieses liberale Erbe ist die Tradition, die sich dann innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Kategorien bewegt hat, wo abstrakte Arbeit, Wert, Ware, Geld und Markt, Staat, Demokratie ein kategorialer Zusammenhang sind, in dem man sich bewegt, der quasi neutral oder überhistorisch erscheint oder zumindest als etwas, das nicht in Frage gestellt werden kann, oder vielleicht erst in ferner Zukunft. Dieser Strang verkörpert im Denken von Marx nicht die Aufhebung der Wertform, sondern die Kritik des Mehrwerts. Eduard Bernstein und viele andere konnten nur in diesen Wertkategorien denken und

sind auch nie aus dieser Identität herausgekommen. Der zweite Strang ist der Marx, der mit diesem Denken des Arbeiterbewegungsmarxismus überhaupt nicht kompatibel ist.

STEFAN AMZOLL: Worauf bezieht sich dieser andere, dieser »esoterische« Marx, dieser Radikalkritiker der kapitalistischen politischen Ökonomie?

ROBERT KURZ: Er bezieht sich in seiner Kritik zum Beispiel auch auf die Arbeit als Abstraktum. Man kann durchaus bei ihm, wenn man philologisch vorgeht, Aussagen finden, wo er sagt: die Arbeit als solche ist das entmenschende Prinzip, das müsse aufgehoben, abgeschafft werden. Das steht nicht nur in den Frühschriften. Marx sagt, hinter dem Rücken der Beteiligten finde etwas statt, stelle sich etwas her, und das sei nicht nur die Summe der Einzelhandlungen, sondern das sei ein eigener objektivierter Zusammenhang, der den Individuen gegenübertritt als fremde Macht. Das ist eben jene Fetischform der Wertverwertung, das Geld auf sich selbst zurückgekoppelt als Selbstzweck, als eine gesellschaftliche Maschine, als ein »automatisches Subjekt«; dies ein Ausdruck von Marx.

STEFAN AMZOLL: Und da ist dann die historische Frage, wie das überhaupt in die Welt gekommen ist?

ROBERT KURZ: Das teilt sich auch wieder auf. Einerseits hat Marx diesen liberalen Fortschrittsbegriff – er verlängert den des Liberalismus und der Aufklärungsphilosophie: die Menschheit entwickelt sich linear-fortschrittlich von quasi tierischen Anfängen über eine aufsteigende Linie bis zum Kapitalismus, zum modernen warenproduzierenden System als Krönung der Menschheitsgeschichte, und dann geht's nicht mehr weiter. Marx verlängert das dann nochmal, auch in dem Gedankengang der aufsteigenden, linearen Fortschrittsentwicklung, so daß der Kapitalismus in der Betrachtungsweise sozusagen eine notwendige Durchgangsstufe ist. Und da, wo er noch nicht entwickelt ist, da muß er dann eben entwickelt werden, auch, wenn man schon weiß, daß er dann selber wieder aufzuheben ist.

STEFAN AMZOLL: Mit dem inhärenten Potential des Kapitalismus, das, einmal dialektisch aufgesprengt, dann zum Sozialismus führen würde.

ROBERT KURZ: Genau. Obwohl Marx da offene Stellen läßt. Zum Beispiel bei der Debatte mit Vera I. Sassulitsch und den Volkstümmlern, wo er sagt, es müßte nicht unbedingt sein, daß überall diese lineare Entwicklung vor sich gehe, man könne vielleicht auch in der Verknüpfung von westlicher Arbeiterbewegung und russischen bäuerlichen Selbstverwaltungsvorstellungen etwas zusammenbringen, was es dann nicht notwendig macht, den Durchlauf mechanisch einfach zu wiederholen. Oder wenn man sich sein Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation anschaut, dann hört sich das auch nicht nach notwendiger Entwicklung an, sondern da kommt richtig auch die Wut aus dem Bauch, nämlich wenn er grauenhafte Vorgänge skizziert, die Teil der Vorgeschichte für die angeblich notwendige kapitalistische Produktionsweise sind. Da tun sich Widersprüche auf.

STEFAN AMZOLL: Die Frage stellt sich, wie eine differenzierte geschichtliche »Entwicklungslogik« auszusehen hätte beziehungsweise zu definieren wäre.

ROBERT KURZ: Es ist einfach nicht geklärt, wie das jetzt in eine geschichtsphilosophische Logik zu rücken wäre, wie man das jetzt anders aufziehen könnte. Momentan würde ich das erstmal offen lassen. Auf jeden Fall wäre schon der Gedanke da, daß es diese lineare Fortschrittslogik so nicht gibt, daß diese eiserne Notwendigkeit des Kapitalismus so nicht besteht.

STEFAN AMZOLL: Diese Linearität, denke ich, wurde von Hegel und von Marx, der jenen, wie geschrieben steht, vom Kopf auf die Füße gestellt habe, ja gar nicht so sehr strapaziert, sondern vielmehr die Dialektik einer widersprüchlichen Bewegung akzentuiert. Und da ist ja der Satz grundsätzlich, daß jedes Ding seinen Gegensatz in sich habe, mit ihm schwanger gehe. Bei Ihrem Buch, zumindest im zweiten Teil, vermißt man diese Dimension etwas. Sie geben eine klare Negativbilanz des Kapitalismus, während gegenteilige Momente, nicht mißzuverstehen als »positive« oder »harmonistische« Kehrseiten, kaum entwickelt sind.

ROBERT KURZ: Das Buch setzt ein mit dem Übergang vom Absolutismus zum Liberalismus und zur ersten industriellen Revolution. Das wäre auch noch ein eigenes Thema; ich habe als Extraprojekt auch vor, diese Vorgeschichte für sich noch einmal aufzurollen. Und da ist die Grundthese die, daß es nicht einfach die Ausdehnung von Handelsbeziehungen und von Warenproduktion war, sondern daß der eigentliche »take off« die politische Ökonomie der Feuerwaffen war.

STEFAN AMZOLL: Was hat diese Militärökonomie gebracht, diese militärische Revolution der Neuzeit?

ROBERT KURZ: Sie hat etwas völlig Neues in die Gesellschaft gebracht. Sie hat Umwälzungen nach sich gezogen, die tief ins Ökonomische und Soziale hineingereicht haben, und sie hat diesen Geldhunger, diese Unterwerfung der Gesellschaft unter die Abstraktion des Geldes überhaupt erst auf den Weg gebracht. Die praktischen Konsequenzen einer politischen Ökonomie der Feuerwaffen waren schon bald mit den agrarischen Gesellschaftsverhältnissen nicht mehr vereinbar. Zentralisation und Auspressung der Gesellschaft mußten ja in Gang gehalten und die dazugehörigen, für die damalige Zeit ungeheuren Apparate aufrecht erhalten werden. Dazu dienten stehende Heere, Rüstungsproduktion, später Rüstungsindustrie. Vorher hatte dieser Komplex keinen eigenen ökonomischen Stellenwert. Nun aber kommt dieser im großen Maßstab zum Zuge, wo die Logik von $G - W - G'$ (Geld – Ware – Mehrgeld), in der das Geld selbst auf sich rückgekoppelt wird, jenes »automatische Subjekt« wird, das die ganze Gesellschaft ergreift. Etwas, was vorher nur in der Zirkulation präsent war. Damit kann übrigens auch erklärt werden, warum Marx nie von Kapitalismus, sondern immer von kapitalistischer Produktionsweise spricht. Weil für ihn, und das ist ja auch richtig so, die Kapitalform als Geldform, auf sich selbst bezogen, auch schon vorher existiert hat, wenn auch völlig marginal, eben in der Zirkulation, als das Kaufmannskapital und das zinstragende Kapital.

STEFAN AMZOLL: Was ja auch häufig zu gewissen Friktionen geführt hat, wenn man an die Schuldenkrisen im Altertum denkt.

ROBERT KURZ: Ja, aber sie haben nie die Produktionsweise als solche ergriffen. Sie sind immer in der Zirkulation verblieben.

STEFAN AMZOLL: Also erstmals ergreift diese Logik die Produktionsweise der Gesellschaft selber.

ROBERT KURZ: Ja, und zwar die gesamte Produktion und Reproduktion des Lebens. Zuerst, wie gesagt, mit dem »take off« der frühmodernen Militärökonomie, dann durch die, so könnte man das beschreiben, Entstehung eines Systems, das mit den Interessen der Urheber dieser dynastischen Militärökonomie so weit kollidiert, daß jenes dem Geldhunger der Militärregimes entsprungene Verwertungssystem »hinter dem Rücken« zu einem verselbständigten Prozeß wird. Ein Prozeß, der den Absolutismus schließlich selber in die Luft sprengt und den Liberalismus hervorbringt.

STEFAN AMZOLL: Worin Freiheit formuliert wird als ein Sichbewegen in diesen Systemkategorien.

ROBERT KURZ: Das ist die Paradoxie. Die taucht da auch auf. Von daher kommt ja auch eine ideologische Entwicklung in Gang, die den traditionellen Sozialismus hervorgebracht hat.

STEFAN AMZOLL: Sie versuchen in Ihrem Buch aus diesem Kategoriensystem gleichsam »auszusteigen«.

ROBERT KURZ: Ja.

STEFAN AMZOLL: Sowohl dem kapitalismuskonformen als auch dem Arbeiterbewegten.

ROBERT KURZ: Wobei das kategorial identisch ist.

STEFAN AMZOLL: Mich würde zunächst interessieren, was bei Ihnen die Grundüberlegung ist für diesen Quasi-Ausstieg, auch, welche Risiken Sie sehen, wenn man das konsequent betreibt. Daran knüpft sich die Frage, ob man wissenschaftsmethodisch nicht eine Doppelstrategie entwickeln müßte: einerseits der immanenten Widersprüchlichkeit der Geschichte immanent zu folgen, auch, um zu verhindern, daß die praktisch-realen Bewegungsformen aus dem Blick treten, und andererseits von außen an die geschichtliche Realbewegung treten, mit neuen Kategorien, die es gestatten, die Sachverhalte fremd und darum genauer erkennbar zu machen.

ROBERT KURZ: Dieses »von außen« ist natürlich nur ein virtuelles. Es ist im Grunde die kritische Betrachtung der eigenen Reproduktionsform, auch Bewußtseinsform. Wir sind ja alle sozialisiert in diesen Kategorien. Und das ganze gesellschaftliche Leben bewegt sich darin.

STEFAN AMZOLL: Was aber ist die Grundfrage, auch methodisch, von der Vorgehensweise her?

ROBERT KURZ: Ich denke, dieses Paradigma, daß man diese immanente Widersprüchlichkeit, diese in sich selbst widersprüchliche Bewegungsform des Kapitals positiv nimmt, greift nicht mehr. Positiv meint, im Sinn eines Klassenstandpunkts, im Sinn eines bestimmten Standpunkts innerhalb dieses Systems. Das ist ja der Klassenstandpunkt, die Klasse ist ja konstituiert vom Kapital, durch das Kapital.

STEFAN AMZOLL: Sie sagen, dieses Paradigma sei nun überflüssig geworden. Wenn überhaupt, welches gilt statt dessen und wie ließe es sich beschreiben?

ROBERT KURZ: Das ist die andere Seite des Zugangs in meinem Buch, nämlich die Entwicklung der inneren Krisenpotenz, der inneren Selbstwidersprüchlichkeit des Systems. Einerseits, daß es auf der Vernetzung menschlicher Energien beruht, der Verwandlung menschlicher Energie in Geld, andererseits, daß es den menschlichen Faktor aus dem Produktionsprozeß sukzessive durch Verwissenschaftlichung und Anwendung von Technologie herauslöst. Das ist das, was Marx in den »Grundrissen« sehr klar schon entwickelt hat, und wo ich eben zu zeigen versuche, daß in der dritten industriellen Revolution genau die innere Grenze, die Marx eigentlich schon prognostiziert hat, dieses Selbstwiderspruchs erreicht wird, wo keine weitere Entwicklung mehr stattfindet, wo das System keinen Spielraum mehr hat, diesen Widerspruch noch einmal weiter zu produzieren, wo es nur noch diesen Selbstwiderspruch ausagieren kann.

STEFAN AMZOLL: Das wirft die Frage auf: Ist es denn überhaupt noch möglich, zu agieren, sowohl immanent sich zu wehren als auch grundsätzlich andere Formen von Gesellschaft ins Auge zu fassen?

ROBERT KURZ: Ich denke, beides ist durchaus nach wie vor möglich, aber eben nur noch negativ, negativ in dem Sinne, daß der Kapitalismus an sich schon und gerade da, wo er seine innere Grenze erreicht hat, unaufhörlich Leiden, Brüche, Widersprüche, Katastrophen erzeugt, die entweder emanzipatorisch ausgetragen werden, das heißt mit einer neuen, weitergehenden Zielsetzung, nämlich mit der Aufhebung dieses Systems selber im Blick. Und dann durchaus auch rückgekoppelt auf immanente Kämpfe, immanent jetzt nicht mehr im Sinne eines positiven Standpunkts innerhalb des Systems, sondern der Abwehr von Zumutungen, dem Nichtmitmachen, dem Sich-Verweigern von Zumutungen, sozusagen der bewußten Verantwortungslosigkeit gegenüber diesem System. Der positive Standpunkt, also die Möglichkeit, eine Position noch positiv besetzen zu können, der wird dann obsolet.

STEFAN AMZOLL: Diese Konstruktion der Negativität kommt ja vor allem von der Kritischen Theorie her. Adorno sah sich angesichts der katastrophalen Erschütterungen, die das Ganze unwahr gemacht hätten, genötigt, alle Positivität abzuwerfen. In Marcuses »Der eindimensionale Mensch« begegnet ähnliches.

ROBERT KURZ: Sie haben das im Blick gehabt, aber sie haben es nicht ausgeführt. Man kann es durchaus so sagen: Ich beziehe mich eben nicht nur auf Marx, sondern auch auf die Kritische Theorie. Das war für mich in der Tat eine weitere Entwicklungsstufe, wo dieses Setzen auf den immanenten Klassenstandpunkt und der Gedanke, diese innere Dynamik noch weiter treiben zu können, verworfen wurde. Nur endete das nicht in der kategorischen oder kategorialen Kritik, sondern es blieb sozusagen in der Schwebel.

STEFAN AMZOLL: Alle Kritik lief leer im Gehäuse der Hörigkeit.

ROBERT KURZ: Sicher, man kann das auch anders herum formulieren: diese immanenten Gegenbewegungen sind zu ihrem Ziel gekommen. Sie haben das, was ihnen ursprünglich verweigert worden ist, nämlich die Teilhabe, bekommen. Sie sind in die Falle der Teilhabe gelaufen. So könnten wir das vom heutigen Standpunkt aus formulieren.

STEFAN AMZOLL: Von heute aus, wo Arbeiterbewegungen im großen Stil wie weggeblasen erscheinen?

ROBERT KURZ: Das geht viel weiter zurück. Das fängt schon an mit der Geburt der modernen Arbeiterbewegung in der bürgerlichen Revolution von 1848, seit sich Arbeiterparteien und Gewerkschaften gründeten, wo die Perspektive gegenüber den Rebellionen gegen das System, die sich nicht zur Arbeiterklasse machen lassen wollten, längst abgetan war und die neuen Bewegungen schon von der Fabriksdisziplin, der Disziplinierung der abstrakten Arbeit ergriffen waren. Und dazu gehörte unter anderem die Einbeziehung dieser unterständischen Massen in die staatsbürgerlichen Formen. Zum Beispiel im Kampf um das Wahlrecht, im Kampf um Rechte schlechthin. Die Falle besteht schon darin, daß etwa das Versammlungsrecht – jedenfalls unter diesen Bedingungen, wo das System schon weit fortgeschritten war und auch im Bewußtsein sich objektiviert hatte, vor allem im Bewußtsein der Lohnarbeiter selber – scheinbar selbstverständlich war, um sich eben immanent bewegen zu können als Rechtssubjekt. Es ist eben auch eine Falle. Denn indem ich mich nicht einfach versammle, wenn ich ein Anliegen habe, sondern eine Instanz anerkenne, die mir erst das Recht geben muß, daß ich mich versammeln darf, dann habe ich eigentlich schon akzeptiert, daß ich überhaupt nur meine Angelegenheit formulieren darf im Rahmen dessen, was diese Instanz, die mir das Recht gibt oder nicht, hervorgebracht hat. Das ist schon der Prozeß der kritischen Integration. Integration nicht in dem Sinn, als hätte das auch was ganz anderes sein können, sondern es war ja auch der eigene Impetus, nämlich voll anerkanntes Subjekt zu werden, aber Subjekt in diesem System der Wertverwertung. Im Grunde lief hierüber die Akzeptanz der Lohnarbeit als Voraussetzung des Lebens überhaupt.

STEFAN AMZOLL: Es gab andererseits keine nennenswerten Alternativen dazu. Wie hätte man da aussteigen können?

ROBERT KURZ: Ich wollte vergangene Schlachten nicht noch einmal schlagen, und ich habe auch keinen Grund, der historischen Arbeiterklasse irgendetwas vorzuwerfen. Ich denke, man kann das nicht in die Kategorien von richtig oder falsch bringen, sondern man kann natürlich sagen: Handeln und Denken findet immer unter bestimmten Bedingungen statt. Und nun im nachhinein auf einer Entwicklungshöhe, wie sie Ende des 20. Jahrhunderts erreicht ist, wo der Kapitalismus in die dritte industrielle Revolution eingetreten ist und seinen Widerspruch zuspitzt, scheint es mir nötig, diese ganze Geschichte noch einmal neu aufzurollen, mit anderen Augen zu betrachten und dabei etwas festzustellen, was radikale Kritik beinhaltet, aber deswegen nicht ein subjektives Abqualifizieren dieser Arbeiterbewegung bedeutet. Jetzt kommt es darauf an, das Ganze anders in den Blick zu nehmen, radikaler, konsequenter, kategorial kritisch. Und dabei ordnet man dann logischerweise auch die historische Arbeiterbewegung in das ein, was aus dieser Sicht dann auch real war. Das ist dann aber keine Kritik im dem Sinne: Die hätte auch was ganz anderes machen können, oder: das waren alles Idioten oder dergleichen, sondern es ist nur die Einordnung von einem anderen Standpunkt aus, der natürlich auch nur eingenommen werden kann, weil dieses System sich entsprechend weiter entwickelt hat und neue Dimensionen von Negativität, von Krise erreicht hat.

STEFAN AMZOLL: Die Frage nach historisch denkbaren Alternativen ist gleichwohl angebracht. Hat es denn überhaupt Entscheidungsvarianten gegeben im 18./19. Jahrhundert, als der Kapitalismus durchschlug in Europa und Nordamerika? Entscheidungsvarianten für eine Arbeiterbewegung, die auf einem bestimmten historischen Stand partiell handlungsbereit, revolutionsbereit gewesen war, etwa zur Zeit der europäischen Revolutionen 1848/49?

ROBERT KURZ: So möchte ich die Frage nicht stellen. Ich finde, die Frage ist so falsch gestellt. Denn es geht nicht darum, eine vergangene Situation nochmal sozusagen anders durchspielen zu wollen. Wenn, dann müßte man da wahrscheinlich sogar wesentlich weiter zurückgehen, in die Perioden der ursprünglichsten Konstitutionsgeschichte des Systems, der frühmodernen Militärstaaten, vom Bauernkrieg angefangen, wo es ja Gegenbewegungen gegeben hat. Das kam nicht aus einer akuten Verelendung heraus, sondern es war die Rebellion dagegen, daß bestimmte Rechte und Möglichkeiten weggenommen worden sind. Daß ein Leben, das eben gerade nicht aus Elend bestanden hat, erst ins Elend getrieben wurde durch die Abpressung von Geld. Daß zum Beispiel Naturalabgaben nicht nur erhöht wurden, sondern in Geldabgaben verwandelt worden sind, wo man überhaupt nicht mehr agieren konnte in dem Rahmen, in dem man das gewohnt war, sondern wo man plötzlich auf den Markt gehen mußte um jeden Preis. Was sie früher produzierten, konnten sie noch selber konsumieren. Jetzt konnten sie plötzlich keine Eier mehr essen, kein Rindfleisch mehr essen, das Fleisch wurde zum Luxusgut ausgerechnet bei den Produzenten, was vorher unvorstellbar war, weil sie das alles auf den Markt schaffen und verkaufen mußten, um diese ungeheure Abschöpfung, die da in Gang gekommen war, überhaupt bewältigen zu können. Und dagegen lehnte man sich auf.

STEFAN AMZOLL: Nehmen wir den Punkt 1848, als Marx und Engels das Manifest entwarfen, eine Schrift, die bekanntlich immer noch einen beträchtlichen Aktualitätswert hat. Ein geschichtlicher Punkt war offenbar erreicht, wo die hellsten, kritischsten Köpfe klarlegten, daß es mit jenem sinnlosen Produzieren von Mehrwert um des Mehrwerts willen jenseits menschlicher Maßstäbe ein Ende haben müsse, daß ein solches System geschichtlich von der Bühne müsse. Im Manifest war das der Hauptansatz.

ROBERT KURZ: Ich sehe das nicht ganz so. Sondern ich denke eher, daß die andere Weichenstellung von heutiger Warte auch im 15. oder 16. Jahrhunderts hätte sein können, eine Weichenstellung, die dieses Ingangsetzen der Verwertungsmaschine in der Keimform zerstört hätte. Das war noch eine Bewegung von Menschen, die sich nicht zur Arbeiterklasse machen lassen wollten. Ich will da nicht so sehr den Konjunktiv ausmalen, was alles hätte sein können, sondern nur sagen: Die eigentlich andere Weichenstellung, die nicht unmittelbar zu einer Emanzipation geführt hätte, sondern einfach erstmal diese kapitalistische Maschine verhindert hätte, wobei man die weitere Entwicklung dann offen lassen muß, die liegt im 16. oder 17. Jahrhundert. Da waren die entscheidenden Weichenstellungen.

STEFAN AMZOLL: Und die späteren Rebellionen und Revolutionen, die »Lokomotiven der Geschichte«?

ROBERT KURZ: Die späteren Rebellionen, die Ludditenbewegung in England zum Beispiel, hatten ja, soweit man das weiß, gar kein eigenes Ideensystem mehr. Das war schon mehr eine aus der Not geborene, mehr als in den Bauernkriegen, wo man schon drin war oder hineingezwungen worden ist. Die wurden ja zusammengeschossen, da blieb nichts übrig. Und dann kam der große Lag, ungefähr zwischen 1820 und 1848. Die eigentliche Gründungsgeschichte der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften fand ja erst ab 1850, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, statt. Überraschend spät, auch in den entwickeltsten Kernländern. Und da, denke ich, daß 1848 noch der letzte Nachklang der Sozialbewegungen war. Der Weberaufstand 1844 gehört noch in den Kontext der gesellschaftlichen Konfrontation mit den dynastischen, schon morschen Regimes des Absolutismus, während die Keimformen der modernen Arbeiterbewegung dann ja schon die Abkömmlinge des Liberalismus waren.

STEFAN AMZOLL: Sie haben sie polemisch genannt die »liberale Sonntagsschule«. Ist das nicht ein bißchen ungerecht? Diese Arbeiterbewegung, wenn auch schon verankert im System, schrieb immerhin radikale Veränderung auf ihre Fahne. Und: Verankerungen lassen sich lösen. Analyse, Theorie, Programmatik, all das fehlte den Sozialbewegungen völlig, weswegen sie ja häufig genug ihren Gegnern ins Messer liefen. Sie beschreiben das.

ROBERT KURZ: Aber, und das ist eben die Doppelbödigkeit oder die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklung mit Programmatiken, mit Theorien, aber mit solchen, die bereits dieses System nicht grundsätzlich kritisieren, sondern es vorausgesetzt haben. Es war der Versuch einer Formulierung von Ideen und Programmen bereits auf dem Boden dieses warenproduzierenden Systems. Der einzige, der da durchgestoßen ist, aber eben auch auf widersprüchliche Weise, das war ja Marx.

STEFAN AMZOLL: Der selbe Reformismus, der bis heute die systemergebene Linke zermürbt?

ROBERT KURZ: Man kann's im weitesten Sinne so nennen. Selbst die Revolutionsideen waren in der Form eine Verlängerung der bürgerlichen Revolution in sozialistische Kategorien. Die Uridee der bürgerlichen Moderne, auch des Liberalismus selber, der Leviathan bei Hobbes, der Staat, der Apparat, diese Uridee hat Karl Kautsky ganz platt einfach sozialistisch umformuliert: der Leviathan als Generalunternehmer, wenn's der sozialistische Leviathan ist, dann ist er ein guter. Diese Abtrennung vom Liberalismus war das Aufgreifen des absolutistischen Moments in sozialistischen Formulierungen.

STEFAN AMZOLL: Und im Kommunistischen Manifest?

ROBERT KURZ: Das ist auch doppelbödig. Ich hab es vor einiger Zeit nochmal gelesen und war richtig erschrocken. Da sind ja die Formulierungen letztlich genau drin, die vom Arbeitsgesamtzuchthaus. Es ist das, was Adorno einmal dem Marx gegenüber geäußert hat, daß ein Moment seiner Ideen tatsächlich auf ein Arbeitsgesamtzuchthaus hinausläuft. Nirgendwo ist das so präzise formuliert. Die Armeen der Arbeit, die zu organisieren sind. Gerade diese militärischen Metaphern, die haben ja das ganze System nie verlassen. Das geht bis zurück auf die militärökonomischen Ursprünge.

STEFAN AMZOLL: Der ökonomische Prozeß verlangte eine Disziplinierung unerbittlich ab, und die wurde positiv gewertet. Das ist ja von Bebel und Liebknecht, später Kautzki immer wieder hervorgehoben worden. Arbeitsdisziplin und Kampfdisziplin – das bildete eine Einheit.

ROBERT KURZ: Ich habe ausführlich Zitate gebracht, wo es dann schlimm wird, extrem schlimm. Zum Beispiel, wenn der Antimilitarist Bebel im Reichstag auf die Verwunderung des Kriegsministers, daß die sozialdemokratischen Soldaten so diszipliniert seien, nicht etwa empört reagiert, sondern stolz verkündet: das ist die Schule der Fabrik und der Partei. Das paßt zusammen.

STEFAN AMZOLL: Ausführlich thematisieren Sie im »Schwarzbuch« die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, den Krieg selber und dessen Folgen, skizzieren den Prozeß der Arbeiterbewegung seit 1918 und die Rolle der KPD – bis heute umstrittene Themenfelder. Mein Eindruck: Manches scheint hier weggeblendet zu sein, so als wäre Geschichte vom Ende her geschrieben worden. Vor dem Hintergrund der Lichtgestalt Rosa Luxemburgs, unzweifelhaft war sie das, fällt die ganze frühe kommunistische Konstitutions- und Entfaltungsgeschichte eigentlich hinten runter. Wenn die KPD Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre deklassierte Kleinbürger und Arbeitslose mobilisierte, so gehörten allemal Intellektuelle, Künstler dazu: Brecht, Piscator, Eisler, Bloch, Wolf, Seghers, Heartfield, Busch, Becher, selbst Benjamin, dem Adorno vergeblich den revolutionären Marxismus auszureden versuchte. Geriet der Antikapitalismus der Gesamtbewegung tatsächlich so marginal, so unfundiert, wie Sie sagen?

ROBERT KURZ: Wir müßten das jetzt auseinanderhalten. Erster Weltkrieg, die Pseudorevolution 1918 mit der minoritären Gruppe um Rosa Luxemburg und die Geschichte der zwanziger Jahre mit der Massenarbeitslosigkeit, der Rolle der KP und dem Sieg des Nationalsozialismus. Für mich war das wichtigste die Charakterisierung des Ersten Weltkriegs nicht bloß als ein Ereignis, als Krieg, sondern als einen Strukturbruch in der Gesellschaft und als einen wesentlichen Einschnitt, die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«. Aber eben gleichzeitig als wesentliches Demokratisierungsphänomen, und zwar negativ, im Sinn der Gleichmachung des Menschenmaterials in den Schützengräben, wo erstmals im großen Maßstab die ständischen Schranken eingerissen wurden. Auch die Staatsbürgerlichkeit war Resultat des Ersten Weltkriegs gleichermaßen wie das allgemeine und gleiche Wahlrecht und das Frauenwahlrecht. Diese Gleichheit habe ich formuliert als die negative Gleichheit des Menschenmaterials in diesem Systemzusammenhang. Und in den gehört auch die Einbeziehung der sozialistischen Parteien als regierungsfähig, als mitregierungsfähig, als verantwortungsfähig, was ihnen vorher nicht zugestanden war. Alles das pflasterte den Weg dieses Schlachtfestes. Das Menschenschlachthaus war der Eintritt der Sozialdemokratie in die bürgerliche Welt, und das Menschenschlachthaus war die Demokratisierung der Massen. Das ist für das gängige linke Bewußtsein oder bürgerlich-kritische, demokratische Bewußtsein natürlich ein Schlag ins Gesicht.

STEFAN AMZOLL: Ist auch so beabsichtigt?

ROBERT KURZ: Sicher ist das beabsichtigt. Denn wenn man sich anschaut, was wirklich passiert ist, wie der erste Schritt in die moderne Massendemokratie genau im Ersten Weltkrieg erfolgt ist, und ohne diesen genau alles das nicht möglich gewesen wäre, was dann die moderne Demokratie des 20. Jahrhunderts hervorgebracht hat, dann, denke ich – und ich hoffe auch, das so unmißverständlich dargestellt zu haben –, wird einiges klar über den Charakter dieser demokratischen Ideologie und Realität.

STEFAN AMZOLL: Und seit 1917/1918 an? Die Zweifel Rosa Luxemburgs, die Rolle der KPD?

ROBERT KURZ: Diese Gruppe war eine winzige Minderheit. Es war eine Randströmung, die einzige. Und Rosa Luxemburg war ja auch eine Lichtgestalt im Sinne eines theoretischen Kopfes. Sie ist als einzige an die Fragestellungen überhaupt herangekommen, die damals virulent waren, sowohl krisentheoretisch als auch ihr Begriff von der Selbsttätigkeit der Massen, der Abwehr dieser Systemform usw.

STEFAN AMZOLL: Und dann noch den Schädel eingeschlagen zu kriegen.

ROBERT KURZ: Aber sie war der theoretische Kopf, der am ehesten dazu fähig gewesen wäre, die Reaktion des Gesamtsystems unter Einschluß der großen Mehrheitssozialdemokratie und ihrer Eliten, ihres Apparats zu benennen. Und ist ja dann auch buchstäblich zertreten worden. Und was dann übrig blieb, der Organisationszusammenhang, das lief dann – die Brandler-Leute haben das, denke ich, zu Recht kritisiert – auf die Verwandlung der Kommunistischen Parteien und speziell der KPD in einen Vorposten, in eine Agentur der Sowjetunion hinaus. Als eigenständige Kraft war die KPD nicht mehr entscheidend handlungs- und auch denkfähig. Also die Geschichte der Kommunistischen Parteien der zwanziger Jahre ist ja genau dieser Prozeß, dieses Problem, worin sich auch Objektives spiegelt, nämlich, daß die Systemüberwindung in diesen Begriffen und Programmen, wie sie die Kommunistischen Parteien, angelehnt an die Ergebnisse der Oktoberrevolution, formuliert haben, einfach nicht zu diesen westlichen Gesellschaftssystemen gepaßt hat.

STEFAN AMZOLL: Das war das Problem, wie soll man Felder besetzen, auch nationale Felder, ein Problem sowohl in den zwanziger Jahren, als die Nazibewegung hochkam, als auch heute.

ROBERT KURZ: Die Nation ist kein neutrales Feld, das man links besetzen könnte, sondern eine kapitalistische Realkategorie und gleichzeitig ein genuin rechtes ideologisches Muster. Man wird dann rechts. Aber noch zur Massenbewegung der KPD. Aus soziologischen Untersuchungen geht eindeutig hervor, daß diese Massenbasis aus Arbeitslosen, Deklassierten bestand, während die noch in Lohn und Brot befindlichen Facharbeiter und Techniker wenn überhaupt sozialdemokratisch orientiert geblieben sind.

STEFAN AMZOLL: Unleugbar. Aber nicht unbedeutenden Zulauf hatte sie überdies aus Kreisen von Intellektuellen, Kulturleuten, Künstlern aller Sparten, ein Ganzteil davon organisiert in Bündeln, junge Wissenschaftler, Philosophen wie Korsch, Kuczynski, Benjamin, Sternberg, Bloch usw. Fast alle späteren Exilanten nach West wie Ost hatten mehr oder minder einen kommunistischen Hintergrund. Das waren Tausende. Man muß fragen, warum das so war.

ROBERT KURZ: Wobei man sagen muß: Das war ja eine Riege von Linksintellektuellen, die literarische Kompetenz hatten, aber wenige Theoretiker waren unter ihnen, wenn man von Korsch einmal abieht.

STEFAN AMZOLL: Und Bloch, Lukacs?

ROBERT KURZ: Lukacs wurden ja auch gleich die Ohren gestutzt. Das sind einige wenige, während das Gros dieser Linksintellektuellen mehr literarische Intelligenz war. Und an den Universitäten, der Intelligenzia im allgemeinen, unter Einschluß der technischen Intelligenz, haben die ja kein Bein auf dem Boden gehabt. Nicht aus ihrer Schuld heraus, sondern das war die deutsche Geschichte, wo die Antisemiten führend waren, und die Nazis haben da ihre Bataillone gehabt, gerade im akademischen Bereich.

STEFAN AMZOLL: Es geht um den nötigen Respekt vor den historischen Fakten. Nicht daß Sie dazugehören, im Gegenteil, aber heutzutage ist ja jede Schluderei, jede Reduzierung, jede Verharmlosung oder Aufbauschung erlaubt. Jeder tüncht sich sein eigenes Geschichtsbild zurecht.

ROBERT KURZ: Mir geht es darum, auf diese ganze Geschichte einen neuen Blick zu werfen. Da bleibt es nicht aus, daß die Darstellung in mancher Hinsicht ungerecht wirkt, schon weil sie von der Gewohnheit abweicht. An der Rolle Rosa Luxemburgs habe ich versucht, dieses andere Moment zu zeichnen.

STEFAN AMZOLL: Die wehrhafte Demokratie tritt in solchen Momenten auf den Plan, die bis heute den Revolver locker in der Tasche hat.

ROBERT KURZ: Für mich ist zugleich wichtig, die Weimarer Republik wesentlich anders zu erfassen, nicht so, als wäre da die Wiege der deutschen Demokratie gewesen, und jetzt würde Deutschland wieder diese Demokratie verkörpern. Das zeugt von Begriffslosigkeit. Man muß klipp und klar sagen: Die Weimarer Demokratie hat es überhaupt nicht verdient, abgefeiert zu werden, die hat sich von vorn herein schon selber zerstört gehabt, denn die Menschenopfer Liebknecht und Luxemburg waren schon in ihre Grundmauern eingemauert. Und eine Linke, die das nicht mehr sieht, die macht zwar ihre Gedenkveranstaltungen, aber sie steht auf dem Boden dessen, wodurch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umgebracht worden sind.

STEFAN AMZOLL: Sie schreiben, aus dem Schoß der Demokratie kam das braune Monstrum.

ROBERT KURZ: Es kam nicht vom Himmel, es war nichts Außerirdisches, es war nichts aus einer grundsätzlich anderen Tradition, sondern das geht zurück bis auf die demokratische Tradition der 48er Revolution, der Wagner und Co. Der Antisemitismus war Bestandteil der nationaldemokratischen Bewegungen. Dieses Auseinander-Dividieren-Wollen, als wäre die Revolution 1848 ein Versprechen gewesen, und dann wären irgendwann die schlimmen Nazis gekommen und hätten die schöne Weimarer Republik kaputtgemacht, die endlich versucht hätte, die schönen Ideen von 1848 zu verwirklichen, dieses Auseinander-Dividieren-Wollen ist Geschichtsklitterung.

STEFAN AMZOLL: Nachholende Modernisierung ist Zentralbegriff bei Ihnen, schon im »Kollaps der Modernisierung«, jetzt – geschichtlich weitergreifend – im »Schwarzbuch«. In dessen zweiten Teil kommt eine starke kommunismuskritische Haltung rein. Sie sehen in der Modernisierungsgeschichte der UdSSR eine späte Kopie kapitalistischer Charaktere, so als wären die Entwicklungen ökonomisch und sozial identisch gelaufen, nur eben zeitverschoben. Was berechtigt dazu? Die DDR war anfangs überwiegend ein Agrarstaat. Vorgänge der Privatisierung und Rückübertragung, der Deindustrialisierung, der Rücktransformation Ostdeutschlands als Ganzes scheinen dem eher zu widersprechen.

ROBERT KURZ: Zunächst muß man sagen, die DDR ist ein Sonderfall, vielleicht auch noch die Tschechoslowakei. Denn der Begriff der nachholenden Modernisierung bezieht sich ja auf den Ursprung dieser staatssozialistischen Systeme des 20. Jahrhunderts, und der liegt natürlich vom Kapitalismus aus gesehen in der relativ unterentwickelten Peripherie. Deshalb: Nicht zufällig haben diese Ideen zündend in diesen Ländern gewirkt, in Rußland, in China, in den ehemaligen Kolonien, wenn auch in verschiedener Art und Weise, in verschiedenen Formen. Und da, denke ich, kann man das sehr gut zeigen unter dem Aspekt nachholender Modernisierung. Das waren eben tatsächlich Entwicklungsregime. Sie hatten das Problem, sich einerseits mit Marxscher Theorie zu legitimieren, andererseits gerade bürgerliche Formen überhaupt erst auf den Weg zu bringen, also das warenproduzierende System, die Arbeitsverhältnisse mit Arbeitsverträgen, die Lohnarbeit der Form nach und dergleichen mehr. Das war ja auch so eine merkwürdige Gespensterdebatte in der Linken: Warum muß es auch im Sozialismus Warenproduktion geben? Wo schon im Ansatz das schlechte Gewissen durchschimmerte.

STEFAN AMZOLL: Im arbeitsteiligen Zusammenhang, in dem es in hochstrukturierten Gesellschaften abstrakte Arbeit wahrscheinlich immer geben wird. In der DDR suchte man Brücken in der Arbeitsteilung zu schlagen durch Wissen über Struktur und Sinn der Produktionssysteme. Das verfiel ja dann und wurde immer ungläubwürdiger, als Stagnation und Krise durchschlugen (wenn etwa wertvolle Waren zu Dumpingpreisen in Richtung Westen gingen, um Kredite termingemäß zurückzuzahlen).

ROBERT KURZ: Marx hat gezeigt, daß es schon in der Geschichte hochstrukturierte funktionsteilige Gesellschaften ohne Warenproduktion und damit ohne abstrakte Arbeit gegeben hat, und erst recht in einer postkapitalistischen Produktionsweise in neuer, höher entwickelter Weise geben wird. Ich denke, hochgradige Funktionsteilung und abstrakte Arbeit in eins zu setzen, hieße letzten Endes, die Produktivkräfte mit ihrer kapitalistischen Form in eins zu setzen. Das war ja der Widerspruch im sogenannten Realsozialismus, bewußte gesellschaftliche Planung und Regulation der Ressourcen in ontologisierten kapitalistischen Formkategorien bewerkstelligen zu wollen. Daran mußten die Systeme letztlich scheitern, exekutiert durch die Anbindung an den Weltmarkt, nämlich durch den Verfall der terms of trade, der Außenhandelserlöse: Man mußte immer mehr eigene Waren für immer weniger fremde Waren hergeben, was in die Schuldenfalle führte. Ursprünglich hatte dieses zum Scheitern verurteilte System seinen relativen Sinn eben nur unter dem Aspekt nach-

holender Modernisierung in Rußland. Ich würde die Oktoberrevolution als die Französische Revolution des Osten eher sehen. Während in Ländern wie der DDR, und vor allem in der DDR, das ein Zwangsimport war, der aufgepfropft worden ist, aber nicht aus Jux und Toleranz der Sowjetunion, weil die das unbedingt wollte, sondern als Resultat des Zweiten Weltkriegs, im Grunde genommen als Resultat der Katastrophe des Nationalsozialismus, seiner Weltaggression.

STEFAN AMZOLL: Die Re-Industrialisierung nach sowjetischem Vorbild setzte ja erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein.

ROBERT KURZ: Ja, aber in der Hinsicht spielt das keine Rolle. Das hat natürlich für die Entwicklungsproblematik der DDR sehr wohl eine Rolle gespielt, daß sie plötzlich abgeschnitten war vom Ruhrgebiet, daß sie ein eigenes Industriesystem aus dem Boden stampfen mußte, daß auch die Braunkohleförderung her mußte usw. Aber darum geht's mir jetzt nicht, sondern um den Entwicklungsgrad der Gesellschaft, auf den eine Form aufgepfropft wurde, die überhaupt nur erklärbar ist aus einem ganz anderen Kontext. Das ist ein ganz anderer Zusammenhang, wo eine historische Ungleichzeitigkeit plötzlich auf die fortgeschrittene soziale und ökonomische Form selber noch einmal draufgepfropft wurde.

STEFAN AMZOLL: Es ist merkwürdig, daß die frühe CDU-Programmatik (zum Beispiel im Ahlener Programm 1945) Vorstellungen wie die Sozialisierung der Schlüsselindustrie mit verankert. Die Schulfrage ging da noch in Richtung Großindustrie, die ja tatsächlich immense Verbrechen unterstützt hat. Und es ginge nicht, folgerte man vernünftigerweise, dieses Grundsystem bruchlos fortzusetzen.

ROBERT KURZ: Das wurde im Westen abgewürgt, sowohl innerhalb der CDU als auch von den Westmächten, den Alliierten. Und im Osten? Dort konnte sich das jedenfalls nicht eigenständig entwickeln, sondern es mußte ja nach der Pfeife dieser Form tanzen, die aus der Sowjetunion übernommen worden ist.

STEFAN AMZOLL: Sie meinen die Bodenreform, die Begründung des Volkseigentums, die Bildung von Agrargenossenschaften, mit Gründung der DDR die Konstituierung des Staatssozialismus?

ROBERT KURZ: Ja, ich meine damit, daß es sich hier um keine wirkliche sozial-materielle Aneignung der Ressourcen durch die selbstorganisierten Gesellschaftsmitglieder handelte, sondern – bedingt durch die staatsapparative Form ebenso wie durch die Warenform – um einen rein formalen Akt, dem seine Unwahrhaftigkeit anzusehen war. Hinsichtlich der wirklich wichtigen Entscheidungsprozesse waren die Produzenten qua »Volkseigentum« kaum mehr beteiligt als die mittelalterlichen Bauern am Kirchengrundbesitz qua Mitgliedschaft in der Christenheit. Übrigens hätte daran auch eine weitgehende »Demokratisierung« der staatsbürokratischen Strukturen nichts grundsätzliches geändert, denn die eigentlichen Entscheidungszwänge wurden ja zunehmend durch die Scheinobjektivität der Warenform und Weltmarktvermittlung vorgegeben, ablesbar an den quälenden »ökonomischen Reformen« mit immer größeren Zugeständnissen an Konkurrenz, verselbständigte Eigenbewegung des Geldes usw. längst vor dem Zusammenbruch.

STEFAN AMZOLL: Vielleicht wieder eine falsche Fragestellung, aber ein Rätssystem, gezimmert von oben oder von unten oder von unten-oben, hätte im Nachkriegsdeutschland keinerlei Chance gehabt. In Heiner Müllers »Die Bauern« versucht ein Genossenschaftler, auf dem Rücken schwere Symbole preußisch-deutscher Erblast mit-schleppend, die Freitreppe hinauf in die Zukunft zu schreiten. Er bricht zusammen.

ROBERT KURZ: Hier sind wir wieder bei dem Punkt, daß es ja um eine kritische Neubewertung geht, nicht um die unmögliche Verbesserung der Vergangenheit. Trotzdem läßt sich vielleicht sagen, daß damals zwar nicht der große Sprung aus dem warenproduzierenden System und aus der deutschen Geschichte hinaus möglich war, aber eine andere Weichenstellung innerhalb der gegebenen Konstellation durchaus nicht unmöglich, zum Beispiel eine größere Distanz zum Westen in der BRD, verbunden mit einer Abwehr der Remilitarisierung, wie auch eine andere innere Orientierung der DDR, etwa durch eine kritischere Haltung zur preußischen Tradition und durch die institutionalisierte Verarbeitung von Erfahrungen mit größerer »Öffnung nach unten«. Selbst scheinbar kleine alternative Entscheidungen hätten in einem halben Jahrhundert weiterer Entwicklung auch zu einer anderen Konstellation heute geführt. Aber es fehlte eben damals so etwas wie eine eigenständige Entwicklung, selbst vom Bewußtseinsstand unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg aus.

STEFAN AMZOLL: Welche Resultate dieser Vorgang des Aufpfropfens und nun nochmaligen Aufpfropfens zeitigte, liegt ja nun zutage.

ROBERT KURZ: Ich will das ja gar nicht leugnen, und das habe ich auch schon in früheren Büchern gesagt: Die Leute in Ostdeutschland sind mit der Wende vom Regen in die Traufe gekommen. Die DDR hat sich ja immer mehr zum Negativen entwickelt, die Zustände sind immer schlimmer geworden. Und 1989 hat sich die übergroße Mehrheit eingebildet, sie käme jetzt ins Konsumparadies. Nun hat Ostdeutschland mit die höchste Arbeitslosenrate in Europa, Deindustrialisierung im großen Stil hatte statt, es gibt sogar Verelendungstendenzen, etwas, was man bestimmt nicht erwartet hatte. Daran muß man verschiedene Fragen stellen, zum Beispiel nach dem Untergang des Staatssozialismus. Man kann es nicht, denke ich, daran messen, daß man sagt, es gab empirisch Lebensformen, Daseinsweisen, die noch relativ besser waren, als wir sie jetzt haben, nachdem wir eben in den Westen eingemeindet worden sind. Sondern man muß fragen, warum ist das untergegangen. Und meine These ist: Dieser Staatssozialismus ist untergegangen, weil er sich an den kapitalistischen Kategorien hat messen lassen. Warum sollte er sonst untergegangen sein? Hätte er sich an anderen Kategorien gemessen, hätte er auch anders ausgesehen, hätte er auch auf der stofflich-materiellen, sozialen Ebene, auch auf der Ebene der gesellschaftlichen Formen Alternativen entwickeln müssen. Konnte er aber nicht, weil er aus diesem System nachholender Modernisierung nicht rauskam. Das geht bis hin zur Nachahmung westlicher Konsumprodukte, zur Nachahmung des Individualverkehrs, eben bloß in einer mickrigeren Variante. Und die Menschen im Osten, speziell natürlich an der Frontlinie in der DDR, haben ziemlich bewußt immer nur das relativ Mickrigere wahrgenommen in bezug auf den Westen. Warum konnte der Sozialismus denn seinen Leuten nicht bewußt machen,

welche Vorteile – einmal auf die platte Formel gebracht – sie dafür zum Beispiel haben, daß sie nicht der Arbeitshetze unterworfen sind wie im Westen, daß sie in der Fabrik, in der abstrakten Arbeit, viel größere Spielräume hätten, daß sie vielleicht nicht den BMW haben können, sich dafür aber nicht blöd schuften müssen?

STEFAN AMZOLL: Dazu – ich spekuliere – hätte es im RGW-Bereich sowohl andere Strukturen geben als ökonomisch halbwegs ausgeglichen zugehen müssen.

ROBERT KURZ: Es gab überhaupt keine offene Debatte darüber, und die hätte auch nur stattfinden können, indem man selber schon im Grunde genommen das ganze System in Frage stellt, nicht orientiert am Westen, sondern orientiert an einer viel radikaleren Abkehr vom Westen. Und das ist eben nicht geschehen und konnte sich unter den gegebenen Bedingungen auch gar nicht entfalten. Daß diese Leistungshetze nicht in dem Maße stattfand, das war ja nicht die bewußte Alternative, sondern eher eine unfreiwillige Nebenwirkung. Man kann das eigentlich nur erklären erstens mit dem Verhältnis nachholender Modernisierung an der Peripherie, zweitens dem Import nach Deutschland und drittens der Entstehung von Substrukturen im Rahmen eines Staates als Generalunternehmer, was aber so nicht gewollt war. Vielleicht hätte man es doch lieber gehabt, daß die Leute sich für den Sozialismus aufopferten, statt das genau anders herum zu drehen und zu sagen: Sozialismus heißt gerade, daß man nicht so blödsinnig fleißig sein muß für irgendwelche abstrakten Zwecke, sondern vielmehr auch Muße haben kann.

STEFAN AMZOLL: Auch, weil die Leute – was ja zumeist bestritten wird – dazu reif wären, und die Produktivkräfte, sobald sie sinnvoll verwendet würden, diesen Überschuß ermöglichen?

ROBERT KURZ: Andererseits: Die Menschen sind heute nicht fleißiger als früher. Trotzdem hat sich gerade durch massenhafte Beseitigung von Arbeit der Arbeitszwang erhöht. Sie sprechen von dem Manager, der sich glücklich wähnt, daß er sich 18 Stunden am Tag Körper und Geist wund schuften darf. Oder nehmen wir den kreativen, dynamischen Jungdesigner, der monatelang an dem Modell eines Werbespots sitzt, bis er die einfachste, kommerziell erfolgreichste Lösung gefunden hat, während er dabei so gut wie kein Hirnschmalz verausgaben mußte. Dem gegenüber steht die Erfahrung einer relativen Faulheit im Sozialismus, wenn auch keiner bewußten, sondern einer Faulheit auf Grund struktureller Unzulänglichkeiten. Diese Faulheit war subjektiv keine schlechte Geschichte.

STEFAN AMZOLL: Kurz nach der Wende sagte ein Publizist, die neuen Arbeitslosen in der DDR sollten diese freie Zeit zur Selbstbesinnung nutzen und sich freudig ausruhen von diesen öden Rhythmen der Arbeiterei. Das klingt zynisch, scheint aber was dran zu sein. Oder?

ROBERT KURZ: Ich glaube nicht, daß ein Arbeitsloser unter kapitalistischen Bedingungen allzu viel Muße hat. Der wird gehetzt und ist unter ständiger Anspannung, und das ist das Gegenteil von Muße.

STEFAN AMZOLL: 1990 traktierte man die Ost-Arbeitslosen, die erste Welle lief da an, aus guten Gründen keineswegs so wie heute.

ROBERT KURZ: Trotzdem, ich denke, man sollte die ganze Sozialismusgeschichte nicht so zu verarbeiten suchen, daß man unvermittelt empirische Vergleiche anstellt, ohne die Bedingungen zu bedenken. Man kann nicht sagen, an diesem Staatssozialismus war noch etwas relativ besser, weil nicht so viele arbeitslos waren und man mehr Muße hatte, sondern man muß fragen, warum hatte man mehr Muße. Nicht, weil das offiziell in der Gesellschaft als Selbstbewußtsein entwickelt war, sondern, wie gesagt, eher die unfreiwillige Nebenwirkung bestimmter Strukturdefizite und gleichzeitig aber auch die Bedingung für den Zusammenbruch.

STEFAN AMZOLL: Nach der Katastrophe des Hitlerkrieges wären, denke ich, konsequent antikapitalistische Alternativen in Ost wie West mit Sicherheit ins Leere gelaufen. Mehrheiten gab es hierfür ohnehin nicht, konnte es auch nicht geben. Und wenn doch, fraglich, ob solche dann überhaupt gewollt worden wären. Von keiner bestehenden Kraft des Nachkriegs wären umstürzende Handlungen zu erwarten gewesen. Geschichte also ein einziges Scheitern? War der kapitalistische Maßstab absolut nicht wegzukriegen?

ROBERT KURZ: Ich glaube, man muß hier einen Unterschied machen. Nachdem die Arbeiterbewegung schon von der Wurzel, von 1848 und ihren liberalen Ursprüngen her, in den kapitalistischen Maßstäben dachte und handelte, diese Geschichte sich schon objektiviert hatte, war es zumindest im Sinne der subjektiven Zielsetzung einer sozialen Emanzipation von den kapitalistischen Zwängen ein Scheitern; die weder theoretisch noch im Handeln bewußten kapitalistischen Maßstäbe waren nicht wegzukriegen. Aber alle Wendepunkte mußten trotzdem nicht genau so verlaufen, wie sie verlaufen sind, weder 1914 noch 1933 noch 1945 beziehungsweise 1948/49. Es war nicht determiniert, daß Hitler siegen mußte, ebensowenig mußte die durchaus nach 1945 in Ost und West vorhandene antikapitalistische Massenstimmung in genau die Entwicklung einmünden, die wir kennen. Auch innerhalb der kapitalistischen Maßstäbe war immer auch eine andere Tendenz möglich, solange sich das System noch entwickeln konnte. Das heißt, wir könnten heute, aus meiner Sicht am Ende dieser Entwicklung, auch besser vorbereitet dastehen, als es der Fall ist.

STEFAN AMZOLL: Also kein Zurück mehr, ein für allemal nicht?

ROBERT KURZ: An der Schwelle des 21. Jahrhunderts gibt es kein Zurück mehr, jetzt kann es nur noch darum gehen, an die Wurzel des Problems zu kommen. Und das ist natürlich schmerzhaft, weil, da muß man Grundsätzliches in Frage stellen. Sich messen zu lassen an den Kriterien des Kapitalismus, das muß grundsätzlich aufgegeben werden. Es geht ja nur, wenn man selber Teil davon ist, der Form nach. Und wenn ich der Form nach Teil dieses Weltsystems bin und mich darin vermitteln muß, bis zu meinen eigenen und sozialen, ökonomischen Formen hin, dann werde ich durch und durch danach gemessen. Und das geht dann schief. Für die Sowjetunion, letztlich auch für China (das ist ja nur noch dem Namen nach Sozialismus, das ist ja eigentlich Wild-West-Kapitalismus) und für große Teile der Dritten Welt muß man sagen: die nachholende Modernisierung ist gescheitert. Die DDR hingegen war schon immer in der Zwittergeschichte. Was da war, war keine nachholende Modernisierung,

sondern das war das Aufgepfropftsein eines Systems nachholender Modernisierung auf ein Land, das schon längst modernisiert war.

STEFAN AMZOLL: Ich glaube, Sie zu verstehen. Das gesamte kapitalistische Terrain zu betrachten, ist auch deshalb so problematisch, weil nach Lage der Dinge Umwälzungen nicht in Sicht sind. Ganz zu schweigen von einem Systemwechsel mit substantiellen Folgen. In dem Zusammenhang möchte ich die Frage nach den Maßstäben stellen. Sie nennen im Vorwort des »Schwarzbuchs« zwar keinen positiven Maßstab, aber Sie sagen, das, was verrottet ist am Kapitalismus, und das ist das meiste, das kann nicht der Maßstab sein. Welcher positive Maßstab wäre gleichwohl zu setzen, damit man überhaupt ein Bezugssystem hat, woran man Charakter und Geschichte des Kapitalismus messen kann?

ROBERT KURZ: Ich denke, das sind zwei Dinge im wesentlichen. Das eine ist der Anspruch, daß die Gesellschaft sich bewußt selbst verwaltet, daß sie nicht einem anonymen Systemzusammenhang ausgeliefert ist – daß an die Stelle der anonymen Konkurrenzverhältnisse, der angeblich wunderbare Wirkungen zeitigenden »unsichtbaren Hand«, die bewußte Sachenverwaltung der ökonomischen Gegenstände tritt, das heißt bewußte Beratung und Beschließung über den sinnvollen Einsatz der gemeinsamen Ressourcen. Das wäre nach Marx die Zurücknahme der abstrakten Allgemeinheit des Geldes und damit des Marktes in die Gesellschaft. Und auf der anderen Seite – das ist nur die andere Seite desselben – die Zurücknahme der abstrakten Allgemeinheit des Staates in die Gesellschaft, das heißt, daß diese Trennung von Politik und Ökonomie, die Spaltung des bürgerlichen Menschen in Bourgeois und Citoyen, aufgehoben wird. Daß ein Rätssystem von Selbstverwaltung auf allen Ebenen in der Gesellschaft entsteht, in dem die Vermittlung nicht mehr über einen Staatsapparat, der der Gesellschaft als entfremdeter, äußerlicher Apparat gegenübertritt, und nicht mehr über die Ware-Geld-Form als ein verselbständigter Systemzusammenhang dieser herausgelösten Ökonomie den Menschen gegenübertritt.

STEFAN AMZOLL: Ein Rätssystem, das, um dies einzulösen, im regionalen Maßstab da sein muß, im kontinentalen und Weltmaßstab.

ROBERT KURZ: Auf allen Ebenen.

STEFAN AMZOLL: Im Sinne eines umfassenden, komplexen Austauschs?

ROBERT KURZ: Das ist heute, um es auf die banalste Ebene zu bringen, technisch möglich. Das Internet wäre sozusagen eine Kommunikationsform, wo nicht immer alle überall anwesend sein müssen. Das war ja früher immer das Argument dagegen: unmittelbare Selbstverwaltung, wie sollen sich Millionen auf dem einen Platz versammeln. Mit dem Internet können sie das. Nur, in der kapitalistischen Form wird das Internet zur Idiotie schlechthin. Die Leute wissen ja oft gar nicht, was sie sich da überhaupt mitzuteilen haben.

STEFAN AMZOLL: Durchaus hilfreich ist etwa der rasche Zugriff zum Bestand von Bibliotheken. Die Linke hat das Internet inzwischen entdeckt. In gefährlicher Weise auch die rechtsextreme Szene. Der Weltwirtschaft hätten sich darüber neue, ungeahnte Kommunikationswege eröffnet. So wirbt man massiv dafür. Ein weites, widersprüchliches Feld, das alternative Verwendungen nicht ausschließt.

ROBERT KURZ: Ich denke, es geht nicht allein und nicht so sehr um den Zugriff auf Datenwissen aller Art, sondern vor allem um eine schwer oder gar nicht durch »vertikale« Herrschaftsinstitutionen kontrollierbare »horizontale« Kommunikation über alle Grenzen und Kontinente hinweg. Im Widerstand gegen kapitalistische Zwänge deutet sich hier die Möglichkeit eines qualitativ neuen Internationalismus oder besser einer transnationalen Bewegung an; nicht mehr ein bürokratischer und bloß diplomatischer Schein-Internationalismus von Parteispitze zu Parteispitze, sondern eine Vermittlung direkt von Individuum zu Individuum, von Gruppe zu Gruppe, von Bewegung zu Bewegung. Das setzt freilich auch ein neues antikapitalistisches Bewußtsein voraus, das nicht von selber entsteht, auch nicht durch das bloße Dasein des Internet. So wie es jetzt ist, führt es aber im ganzen in Absurditäten oder in den Versuch, einen virtuellen Kapitalismus zu kreieren. Ich denke, das wird auch nicht weit tragen.

STEFAN AMZOLL: Ein Wort noch zu dem zweiten Maßstab, der augenscheinlich mit der Qualität Mensch selbst unmittelbar zu tun hat.

ROBERT KURZ: Hier geht es tatsächlich um den Einsatz, die Verwendung der nun einmal hervorgebrachten Produktivkräfte, die wir ja nicht wegschmeißen sollen, für das, um es banal zu sagen, Wohlergehen der Produzenten selber, und nicht für einen ihnen äußeren Selbstzweck. Und das heißt natürlich erstmal, Produktivkraftentwicklung nicht einfach in immer neuen dinglichen Reichtum zu verwandeln, der auch die Gestalt von Tretminen, Autobahnen und sonstigem annimmt, sondern in mehr Muße.

STEFAN AMZOLL: Der Marxsche Satz: Die Quellen des Reichtums verwandeln sich in Quellen der Not, der wäre folglich zu lesen, daß aus Reichtum Reichtum wird.

ROBERT KURZ: Genau. Daß die Quellen des Reichtums sich auch in wirklichen Reichtum verwandeln, das heißt heute in erster Linie Erfüllung der Grundbedürfnisse für alle sechs Milliarden Menschen. Das wäre von den Ressourcen her leicht möglich, das ist technisch leicht machbar. Also die Aufhebung der Verelendung in großen Teilen der Welt und gleichzeitig die Verwandlung der Produktivkraft in Muße.

STEFAN AMZOLL: Sie sagten einmal, daß eine »dritte Kraft«, will sie wirklich etwas verändern, ein sich selbst konstituierendes Subjekt sein müsse, das unangepaßt ist, das sich unabhängig entwickelt, einen eigenen Horizont bildet. Wie ginge das vor sich?

ROBERT KURZ: Nicht in dem Sinne, daß sie als deus ex machina käme und mit der jetzigen Gesellschaft und ihren Widersprüchen gar nichts mehr zu tun hätte, sondern in dem Sinne, daß sie bloß nicht mehr positiv wurzelt in diesen Verhältnissen, wie das bei diesem Klassen- und Arbeitsstandpunkt noch war. Aus der Negativität der Verhältnisse heraus sind Kritik, Alternativen, Gegenwehr zu formulieren.

STEFAN AMZOLL: Ob die betreffenden Subjekte in maßgeblichen Strukturen verankert sind oder nicht, ob sie Einsteiger oder Aussteiger sind, abhängig oder unabhängig von ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Sind diese Fragen noch relevant?

ROBERT KURZ: Die Klassengeschichte ist ja sowieso weg, wenn man mal von dem winzigen Bruchteil der Menschen, die die wirklichen Funktionseleiten ausmachen und die größtenteils der Form nach

selber sich in Abhängigkeitsverhältnissen befinden, der Form nach wohl gemerkt, absieht. Wenn man sich die großen Kapitalgesellschaften anschaut, die sich mit dem alten Kapitalisten als Person, als personifizierbare Kraft gar nicht mehr erfassen lassen, dann sind sowieso 90 Prozent oder mehr, zumindest in den entwickelten Gesellschaften, lohnabhängig oder nur scheinselfständig. Das gilt ja auch für alle möglichen Klitschen oder für alle möglichen Übergangsformen, die wir momentan haben, diesen Zersetzungsprozeß der sozialen Verhältnisse in Richtung auf alle möglichen Formen von Elends-unternehmertum. Das ist nicht die Auflösung des Problems, sondern im Gegenteil seine Atomisierung.

STEFAN AMZOLL: Das wäre dann die vermannigfachte oder diversifizierte Stellung der Individuen in einem komplex strukturierten Produktions- und Reproduktionsprozeß – im schlimmen Fall ihr Herausfallen aus demselben.

ROBERT KURZ: Ja, eben auf Grund des ungeheuer hohen Vergesellschaftungsgrades. Insofern spielt die objektive Stellung auch nicht mehr diese besondere Rolle. Anders gesagt: Die Besonderheit im Reproduktionsprozeß spielt gegenüber seiner Allgemeinheit, die inzwischen hochgradig aggregiert ist, keine entscheidende Rolle mehr. Statt dessen ist der entscheidende Punkt, der überhaupt noch Kritik und damit Gegenwehr ermöglicht, das kritische Verhältnis zum Ganzen, gerade weil es so hochgradig aggregiert, weil es so hoch verallgemeinert ist. Und dieses kritische Verhältnis zum Ganzen läßt sich natürlich nicht nur aus der Theorie heraus formulieren (die kann da eine wichtige Katalysatorrolle spielen), sondern vor allem aus dem Leidensdruck, aus der Negativität.

STEFAN AMZOLL: Leichter gefragt als getan: Was wäre anstatt zu tun?

ROBERT KURZ: Noch einen Schritt weiter nach vorn zu gehen.

STEFAN AMZOLL: In Ihrem Buch »Der Letzte macht das Licht aus – Zur Krise von Demokratie und Marktwirtschaft« haben Sie auch Kulturprobleme angesprochen. Mit der Kultur der warenproduzierenden Moderne gehen Sie hart ins Gericht. In der zerfallenden Warengesellschaft würden die Warensjekte immer mehr verwahrlosen. »Die letzte Entfesselungsstufe der Warensjekt«, schreiben Sie, »läßt jede Form von Kultur hinter sich, weil sie keinerlei inhaltliches und qualitatives Kriterium oder Sensorium mehr besitzt.« Hier wären, sagen Sie, immerhin Veränderungen genauso unverzichtbar wie in den übrigen Bereichen. Was heißt das?

ROBERT KURZ: Das heißt, diese Maßstäbe der Kritik, der Selbstverwaltung, der alternativen Verwendung der Produktivkräfte auch nach der kulturellen Seite hin zu entwickeln. Das ist ein eigener Inhalt, in dem die Kritik an der kapitalistischen Kulturindustrie mit enthalten sein muß. Die postmoderne Entwicklung hat ja gerade da jeden Maßstab fallengelassen. Das heißt aber dann nichts anderes, als daß die Form sich gegenüber jedem Inhalt verselbständigt. Die Frage der Verkäuflichkeit ist dann die einzige und der Inhalt eigentlich völlig gleichgültig.

STEFAN AMZOLL: Eine der immer zahlreicheren Paradoxien, deren Realität ja, wie Sie wissen, nicht einfach subjektiver Dummheit oder Böswilligkeit zuzuschreiben ist, sondern der an Rührware bald

platzenden Kultur-Blackbox entspringt. Nach Adorno ist ein Entrinnen aus dem *circulus vitiosus* nicht mehr möglich. Oder vielleicht doch?

ROBERT KURZ: Es ist immer die Frage, ob Leute im kleinen Maßstab von Gruppen wie im größeren Maßstab von Bewegungen als selbständig agierende Zusammenschlüsse ein eigenes Bein auf den Boden kriegen, ob ein Zusammenhang wirklich eigenständig organisiert wird, der ja alle möglichen Formen annehmen kann, sei es kulturelle Aktivität, sei es sozialpolitische Aktivität, sei es Kulturkritikbewegung, auch Theorie übrigens. Aber wo ganz klar das Bewußtsein vorherrschend ist, daß man etwas gegen die herrschende Ordnung tun muß, und zwar auf eigene Rechnung in eigenem Zusammenhang, wo man auch eigene Potenzen entwickelt, wo man eben gerade nicht die Umsetzung im Kopf oder Hinterkopf hat, wie mache ich das verkäuflich auf dem Markt. Sondern wo man ganz bewußt Zusammenhänge schafft, die gerade nicht mehr in den Markt zurückkehren, die sich bewußt dem Markt verweigern und damit aber auch dem Staat. Bewegungen, die eigenständig sind und die sich in vielfältiger Weise vernetzen müßten, aber auch nicht bloß als einfache Nischenexistenzen, sondern als eine Kritikbewegung, die an den Leidenbrüchen ansetzt.

STEFAN AMZOLL: Sie sagen, auf keiner einzigen Ebene könnten die immanenten Konflikte der warenproduzierenden Moderne mehr emanzipativ besetzt werden. Demgegenüber seien all die Forderungen nach einer anderen Lebens- und Arbeitsweise, die Ideen der Alternativen, die Bedürfnis- und Konsumkritik, die neuen Wohn- und Erziehungsformen usw. jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus aus den siebziger und frühen achtziger Jahren keineswegs erledigt. Sie schlagen Netzwerke vor, weisen auf die Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegungen, deren verbliebene Organisationsformen und Initiativen von neuem gebündelt, konzentriert werden müßten. Sie beziehen sich in all dem freilich auf die Geschichte der alten Bundesrepublik. Sehen Sie Anknüpfungspunkte auch im Kontext von DDR-Geschichte, Wendezeit, ostdeutscher Gegenwart?

ROBERT KURZ: Das Problem, denke ich, liegt darin, daß im Westen man ganz klar sagen kann, es gab die sozialistisch-kommunistisch orientierte Bewegung oder auch die Organisationsformen der späten sechziger und siebziger Jahre als außerparlamentarische Opposition. Das war aufs gesellschaftliche Ganze gerichtet, als Kritik des Kapitalismus, war aber eben letzter Ausläufer dieses alten Arbeiterbewegungsmarxismus. Und an den neuen sozialen Bewegungen der achtziger Jahre finde ich gerade interessant dieses Moment von Selbstkonstitution, das heißt dieses Sich-nicht-mehr-Rückbeziehen auf einen positiven Standpunkt in dieser Gesellschaft. Aber gleichzeitig sind diese Bewegungen zu kritisieren, denn sie haben zu kurz gegriffen, weil sie eben nur Ein-Punkt-Bewegungen waren. Und ganz bewußt, weil sie dachten, sie müssen aus diesem obsolet, anachronistisch gewordenen Verständnis von Kapitalismuskritik herauskommen, das aber konkretistisch gewendet haben auf Ein-Punkt-Bewegungen. Und jetzt hat sich das natürlich selber wieder erschöpft. Diese Bewegungen sind längst an ihre Grenzen gestoßen. Die Aktivisten merken und wissen das auch. Da gibt's auch Diskussionen. Und jetzt steht eigentlich an, das liegt in der Luft, zurückzu-

kehren zu der gesamtgesellschaftlichen Kritik, aber in neuer Form. Man kann nicht an das Alte anknüpfen, sondern man muß wieder auf das Ganze stoßen. Man kann all die Fragen der Atomenergie, der Frauenemanzipation, der Antikriegsbewegung nicht für sich betrachten, sondern das steht in einem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang, und auf die gesellschaftliche Form muß man sich wieder kritisch zurückbeziehen.

STEFAN AMZOLL: Hierdurch die Paralyse überwinden?!

ROBERT KURZ: Ja.

STEFAN AMZOLL: Und die Reichweite dessen im Blick auf Bewegungen in der DDR, in Ostdeutschland?

ROBERT KURZ: In der DDR war das, was im Westen die alte Arbeiterbewegungskritik war, die dann obsolet geworden ist, Staatsapparat. Solche Ein-Punkt-Bewegungen konnten sich unter dieser Form gar nicht entfalten. Sie sind praktisch in den Untergrund gedrängt worden oder waren marginal geblieben. Und die Bürgerbewegung, als das ganze System morsch geworden ist, die hat sich ja nicht auf die Kritik des Ganzen orientiert. Die hätte ja einen Sprung machen müssen zu einer übergreifenden Systemkritik, die das warenproduzierende System des Staatssozialismus und des Westens in seiner inneren Identität, in dem, was beide Systeme gemeinsam haben, hätte aufrollen müssen.

STEFAN AMZOLL: Mit solchem Sprung hätte sie sich selbst überwältigt.

ROBERT KURZ: Ich habe es nach der Vereinigung polemisch so formuliert, daß die Bürgerbewegungen Ideen hatten, die ungefähr vergleichbar sind, gegen Krebs Kamillentee verschreiben zu wollen. Ungeheuer blauäugig, westorientiert, aber im Sinne von blauäugigen Demokratievorstellungen. Die wurden teils furchtbar enttäuscht, teils von einem grölenden Pöbel überrollt. Und das hat sich dann zum anderen Teil sehr schnell in die politische Klasse der Rechtsparteien integriert.

STEFAN AMZOLL: Die der Spendenempfänger und Geldgeber.

ROBERT KURZ: Ja, und insofern ist im Osten das Problem, daß man dort nicht auf irgend etwas kritisch zurückgreifen kann, oder nicht auf sehr viel.

STEFAN AMZOLL: Kennen Sie denn Leute der Wendezeit im Osten?

ROBERT KURZ: Ich kenne den Studentenpfarrer von Chemnitz Hans-Joachim Vogel. Das sind welche, die auch immer Leute um sich scharen, wo ich denke, da ist so ein Impuls auf ganz eigene Art, wo so etwas fortlebt von Dissidenz, die sich auch ganz energisch gegen die jetzigen Zustände wendet, und überhaupt das nicht blauäugig. Insofern ist es überhaupt nicht null, sondern es ist etwas vorhanden.

HANNA BEHREND

Universalismus und Differenz



Hanna Behrend – Jg. 1922; Dr. phil. habil., geboren in Wien, seit 1946 in Ost-Berlin lebend, studierte Geschichte und Anglistik und war Dozentin für englische Sprache und Literatur an der Humboldt Universität zu Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen über deutsche und englische Geschichte und Literatur, über marxistische und feministische Literaturtheorie, Literatur schwarzer Schriftstellerinnen, seit der Wende auch über ostdeutsche Probleme. Seit 1994 Herausgeberin der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«.

Universalismus, Aufklärung und Marxismus versus Differenztheorie, Partikularismus und Poststrukturalismus

Für viele Linke und speziell linke Feministinnen, die sich der Tradition des Universalismus, der Aufklärung oder des Marxismus verpflichtet fühlen, sind die poststrukturalistischen Überlegungen zu Differenz oder zum Partikularismus überflüssig oder sogar inakzeptabel. Relativistische, ahistorische und apolitische Auffassungen im Poststrukturalismus besonders zur Differenz und zum Subjekt bedienen sich – nicht anders als sich der »Marxismus-Leninismus« im Realsozialismus – nicht selten bei Marx und Engels. Dazu hat sich Rosemary Hennessy im *Argument* (2/3 1999: 279-287) kritisch geäußert. Ihre Kritik ist für den Diskurs paradigmatisch. Sie – wie viele andere auch – hält den Poststrukturalismus für inkompatibel mit der universalistischen marxistischen Tradition, weil er pauschal als eine theoretische Grundlage des neoliberalen akademischen Spätfeminismus angesehen wird.

Ich kann hier keinen historischen Abriß der poststrukturalistischen Theorie geben und verweise daher auf Chris Weedons *Feminist Practice & Poststructuralist Theory* (1987), der meines Erachtens noch immer transparentesten Darstellung der historischen Genese poststrukturalistischer Theoreme und deren Verhältnis zur feministischen Praxis. Mir geht es vielmehr darum nachzuweisen, daß sich das universalistische Erbe der Aufklärung, der klassischen Philosophie und des Marxismus mit poststrukturalistischen Vorstellungen zur Differenz und zum Subjekt verbinden läßt und diese die universalistischen Positionen präzisieren können. Dabei möchte ich herausarbeiten, daß poststrukturalistische oder postmoderne Theorieansätze keineswegs »die ideologische Konstruktion von Geschlechts- und Rassendifferenzen relativ zur Klassenspaltung« ausblenden, noch »das gesellschaftliche Sein vor allem als symbolisch und unstrukturiert sehen und ... die Auseinandersetzung mit lokalen Differenzen für den zivilisatorischen Fortschritt der Moderne halten«.

Unsere heutige Wirklichkeit: Risikoregime bei fehlenden historischen Akteurinnen und Akteuren

Die von den Feministinnen herausgestellte Erkenntnis, daß jede bisherige Klassengesellschaft gleichzeitig eine patriarchale Gesellschaft war, bedeutete das Ende von Überlegungen, die im Klassenwiderspruch den ausschließlich oder in erster Linie bestimmenden gesellschaftlichen Interessenkonflikt sahen. Geschlechterkonflikte können

vorrangig an den Klassenauseinandersetzungen beteiligt sein, die Klassenzugehörigkeit kann andererseits die Form bestimmen, in der der Geschlechterkonflikt in Erscheinung tritt. Analoges gilt auch für ethnische, religiöse, nationale und andere Konflikte: Stets spielen mehrere Konflikt- und Interessenebenen bei der Herausbildung sozialer Bewegungen und der Identität darin involvierter gesellschaftlicher Subjekte eine Rolle. Dem Bild von zwei im Kampf miteinander stehenden antagonistischen Hauptklassen der Gesellschaft, die jeweils ihre Verbündeten um sich scharen, das nur eine Facette der Entwicklung moderner menschlicher Gemeinschaften reflektiert, steht aus poststrukturalistischer Sicht der Klassenwiderspruch als Teil eines *Widerspruchsclusters* gegenüber, auf das auch Geschlechter-, ethnische, nationale, religiöse, generationsmäßige, sexuelle und andere Konflikte einwirken.

Die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung hat seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus verschiedenen Gründen erheblich zugenommen. Erstmals in der Geschichte gestattet die Entwicklung der Produktivkräfte eine so ungeheure Steigerung menschlicher Produktivität, daß die utopische Vision von Wohlstand und gutem Leben für alle Menschen auf der Welt objektiv realisierbar wird. Gleichzeitig erweisen sich aber die Produktionsverhältnisse in einem auch von Marx nur erahnten Maße als Fesseln. Sie blockieren nicht nur die neue Wohlstandspotenz. Herrschende und Beherrschte, Arm und Reich, Norden und Süden, Männer und Frauen werden in neuen Dimensionen polarisiert. Diese tiefgreifenden Veränderungen, die sich seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abzeichnen, werden von einigen Theoretikerinnen und Theoretikern als *Postfordismus* bezeichnet.

Diese Phase der patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft war von industrieller Massenproduktion, Massenkonsum, einer relativ homogenen Arbeiterklasse mit einer eigenen Kultur, dem männlich bestimmten Vollarbeitstag, Phasen relativer Vollbeschäftigung und sozialstaatlicher Fürsorge für temporär Unbeschäftigte und Arbeitsunfähige gekennzeichnet. Sie wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von einer neuen Etappe abgelöst, die Ulrich Beck das *Risikoregime der zweiten Moderne* nennt.

Diese Situation der allgemeinen Entsicherung bringt es einerseits mit sich, daß die von diesem Risikoregime Betroffenen ebenfalls äußerst unterschiedlich sind. Die eskalierende Zahl von nicht mehr nur vorübergehend Ausgegrenzten, von zu alten, nicht genügend qualifizierten, nicht genügend mobilen und flexiblen oder durch die Arbeit nach wenigen Jahren und lange vor jedem Rentenanspruch ausgebrannten Menschen ist bisher wegen eben dieser Heterogenität gerade kein Reservoir für gesellschaftliche Akteure. Soziale, Qualifikations-, Geschlechts-, nationale, ethnische, religiöse, politische und andere Differenzen, der unterschiedliche soziale Status als Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, prekär Beschäftigte, mehrfach prekär Beschäftigte, noch in hochqualifizierten gut bezahlten Positionen Tätige usw. verhindern, daß zwischen ihnen eine Interessengemeinschaft aus sozialer oder ökonomischer Übereinstimmung zustandekommt.

Dennoch haben andererseits überwältigende Mehrheiten der Weltbevölkerung ein objektives Interesse an der Umwandlung der Pro-

»In den letzten dreißig Jahren hat sich die Neue Linke in unserer überentwickelten Welt immer mehr in akademische Bereiche zurückgezogen. Infolgedessen wurden marxistisch-feministische Bemühungen, die ideologische Konstruktion von Geschlechts- und Rassendifferenzen relativ zur Klassenspaltung zu analysieren, von postmodernen, darunter auch feministischen, Identitäts- und Differenztheorien ausgeblendet. Es handelt sich um Theorien, die das gesellschaftliche Sein vor allem als symbolisch und unstrukturiert sehen und die die Auseinandersetzung mit lokalen Differenzen für den zivilisatorischen Fortschritt der Moderne halten. Die kapitalistische politische Ökonomie bleibt davon unberührt.«

Rosemary Hennessy in: *Das Argument*, 2/3 1999, S. 285.

Charakteristisch für dieses Risikoregime ist nach Beck, daß dieses Regime die Armut »dynamisiert«, ... sie wird zu einer »normalen«, immer öfter nicht mehr nur vorübergehenden Erfahrung auch der gesellschaftlichen Mitte. ... Das Risikoregime und mit ihm das hochambivalente Modell der »prekären Vollbeschäftigung« erfasst und verändert immer größere Teile der Arbeits- und Lebenswirklichkeit der Menschen. Das vollzieht sich nicht nur im Bereich der gering qualifizierten, sondern auch der hochqualifizierten Jobs. ... Endemische Unsicherheit ist das Merkmal, das die Lebenswelt und Lebensgrundlage der Mehrheit der Menschen – auch in der scheinbar wohlhabenden Mittelschicht in Zukunft kennzeichnet.« Ulrich Beck in: Berliner Journal für Soziologie, 4/99, S. 471f.

duktionsverhältnisse in solche, die eine menschen- und umweltgerechte Arbeits- und Lebensweise für alle ermöglichen, das heißt in eine, die das Risikoregime ablöst, welches die natürliche Umwelt und die Existenz großer Teile der menschlichen Gattung gefährdet.

Diese dringend gebotenen Veränderungen finden nicht statt, weil aus den genannten Gründen zur Zeit kaum geschichtliche Subjekte erkennbar sind, die sie herbeiführen könnten. Wie nach marxistischer so ist auch nach poststrukturalistischer Auffassung ohne die aktivierte Handlungspotenz von Individuen und sozialen Gruppen keine soziale Veränderung möglich. Große Teile der Betroffenen sind jedoch zur Zeit in politische Apathie verfallen, eine wachsende Zahl der potentiellen Akteurinnen und Akteure sieht in nationalistischen, rassistischen und anderen totalitären sowie fundamentalistischen Pseudoauswegen aus der Misere ihr Heil. Zu diesem politischen Niedergang haben nicht nur die Zersplitterung der Betroffenen, sondern auch das Ende der klassischen Arbeiterbewegung, die weder theoretisch noch praktisch verarbeitete Niederlage des Sozialismusexperiments und der unbefriedigende Zustand der theoretischen Reflexion der neuen »postfordistischen« Situation beigetragen.

Dies scheint mir die Ursache für die Heterogenität, Zersplitterung, Widersprüchlichkeit und sogar Inkompatibilität bestehender alternativer Projekte, Visionen, Theorien und Strategien zu sein. Ihre Zahl ist durchaus beachtlich, ihre gesellschaftsverändernde Wirkung jedoch marginal. Die Mehrzahl der sich derzeit vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungen findet daher im Interesse der Herrschenden statt und führt weiter in die Barbarei.

Poststrukturalistische Theoreme als aktuelle Verallgemeinerungen von Realitätswahrnehmungen

Theoretische Positionen sind nach meiner Auffassung Verallgemeinerungen von Realitätswahrnehmungen. Diese werden wesentlich von den Interessenlagen der Theoretikerinnen und Theoretiker, aus ihrer Klassen-, Geschlechts-, ethnischen und anderer Zugehörigkeit determiniert. Je präziser solche theoretischen Verallgemeinerungen die Interessenlage der Unterdrückten, Diskriminierten, Ausgebeuteten widerspiegeln und mit systemkritischen und emanzipatorischen Zukunftsvisionen verknüpfen, desto eher eignen sie sich als Denkwerkzeuge zur Entwicklung von politischen Strategien, die Veränderungen in deren Interesse herbeiführen könnten. Alle theoretischen Verallgemeinerungen können jedoch von Herrschaftsdiskursen verinnahmt werden. Sie sind daher insofern *alle* ambivalent. Das macht die ständige kritische Beobachtung der in der politischen Praxis vor sich gehenden sozialen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen und schnelles Reagieren darauf in der politischen Theorie und Praxis unabdingbar. Nur so kann dem ständigen Vereinnahmungsdruck seitens der Herrschenden standgehalten werden.

Was leisten nun poststrukturalistische Theoreme zur Differenz, zu Sprache und Bedeutung sowie vor allem zum Subjekt für eine aktuelle Widerstands- und Befreiungsstrategie und -praxis?

Theoretische Prämissen des Poststrukturalismus und Postmodernismus werden bestimmten Facetten des neuen, nicht mehr fordistischen patriarchalen Kapitalismus gerecht, weil der differenztheoretische

Ansatz die Heterogenität der Unterdrückten, die nun an die Stelle des relativ homogenen klassischen Proletariats getreten sind, besser widerspiegelt als der universalistische Diskurs, dessen Losungen »Alle Menschen werden Brüder« oder »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« waren. Der universalistische Gleichheitsgedanke hat – wie diese Losungen zeigen – die Schwestern beziehungsweise Proletarierinnen ausgeklammert oder bestenfalls stillschweigend als untergeordneten Teil aller Menschen mitgezählt. Dagegen bringt die poststrukturalistische Differenzauffassung vor allem Geschlecht und Ethnie, aber auch andere identitätsstiftende Merkmale zur Geltung und fordert deren Gleichbewertung. Eine emanzipatorische Strategie, die die differenten identitätsstiftenden Besonderheiten sozialer Gruppen unberücksichtigt läßt, kann die Zersplitterung der potentiellen historischen Subjekte nicht erklären, nicht bewußt machen und dadurch überwinden.

Es wird oft eingewandt, daß dort, wo Menschen über die Grenzen ihrer Herkunftskultur hinausgehend versuchen, sich für die existenziellen Menschheitsfragen zu engagieren, die »Differenz« keine Rolle spiele. Solche Einwände stammen fast immer von Angehörigen einer herrschenden Kultur; sie sind in aller Regel weiße, akademisch gebildete Mittelständlerinnen und Mittelständler, denen die Erfahrung der Zugehörigkeit zu einer Minderheits- oder untergeordneten Kultur fehlt. Die Zugehörigkeit zu einer unterdrückten Kultur mag in einer persönlichen Beziehung unter Umständen bedeutungslos sein. Die Zusammenarbeit zwischen Angehörigen herrschender und nicht herrschender Kulturen ist jedoch immer dann gefährdet, wenn Vereinnahmungs- und Delegitimierungserfahrung nicht thematisiert und bewußt überwunden wird. Hier ist der differenztheoretische Ansatz mit seinem Gleichwertigkeitspostulat unverzichtbar.

Auch in den Auseinandersetzungen zwischen Ost- und Westfrauen spielt(e) der Widerspruch von Gleichheit und Differenz eine beachtliche Rolle. Die Auffassung, die von Annedore Prengel 1990 in den vertreten wurde, hat sich in den letzten zehn Jahren immer wieder als richtig erwiesen: Sie plädiert für »die Dialektik von Gleichheit und Differenz«. Die Stärke der Gleichheitspolitik liege darin, daß sie »Ungerechtigkeit und Hierarchien bekämpft, ihre problematische Seite ist ihre Fixierung auf die herrschenden männlichen und eurozentrischen Normen und die Zerstörung aller anderen Lebensweisen im Gefolge eines auf Gleichheit reduzierten Emanzipationsweges ... Die pauschale Kritik an der Differenzstrategie ist ebenso falsch. Eine treffende Kritik muß differenzieren zwischen Verschiedenheit als Vielfalt der Lebensweisen und hierarchiebegründeter Ungleichheit« (beiträge zur feministischen theorie und praxis, 27/1990: 127f.).

Die Notwendigkeit, die Dialektik von Universalismus und poststrukturalistischen Auffassungen zu erkennen und für eine emanzipatorische Praxis zu nutzen, läßt sich auch an der poststrukturalistischen Diskurstheorie und am poststrukturalistischen Verständnis von Subjektivität, Erfahrung und gesellschaftlicher Praxis nachweisen. Aus dem sprach- und subjekttheoretischen Ansatz ergibt sich ein Verständnis von »Bedeutung als Kampfarenen, wo um die Interessen der Männer und Frauen gerungen wird« (Weedon: *Feminism, Theory and the Politics of Difference*, Oxford 1999: 102 – Übersetzung H.B.).

Dies heißt keineswegs, daß Bedeutung beliebig festgelegt werden kann und damit alle Bedeutung gleichermaßen relativ ist. Es geht vielmehr darum, den parteilichen, historisch je spezifischen und interessengeleiteten Charakter aller Theorie und Praxis in seiner transitorischen Beziehung zu Zeit und Raum zu erkennen und daraus für die politische Praxis strategische Schlußfolgerungen abzuleiten.

Die oft allzu pauschale Kritik von Poststrukturalistinnen und Poststrukturalisten am Marxismus, dem der Anspruch unterstellt wird, eine einzige objektive Wahrheit zu transportieren, übersieht, daß auch für Marx Wahrheit stets historisch und (klassen)interessengeleitet war. Der poststrukturalistischen Auffassung zufolge gibt es die verschiedenen Wahrheiten der miteinander konkurrierenden Diskurse. Ihr Status wird in der durch die bestehenden Machtverhältnisse hierarchisch strukturierten Ordnung bestimmt (vgl. Weedon 1999: 108). Diese These scheint mir keineswegs besonders weit von der marxistischen These entfernt zu sein.

Keinesfalls öffnet die Anerkennung historisch und interessenmäßig unterschiedlicher Wahrheiten einem apolitischen Relativismus zwangsläufig Tür und Tor. Vielmehr ermöglicht sie – insofern mit dem historischen Materialismus durchaus kompatibel, ja verwandt – eine präzise zeitlich-historische, lokale und soziale Verortung von Aussagen.

Auch die poststrukturalistischen Vorstellungen vom Individuum sind nur dann mit marxistischen subjekttheoretischen Vorstellungen unvereinbar, wenn diese vom Subjekt als einem stabilen, mit einem festgefügt (Klassen-)Bewußtsein ausgestatteten Wesen ausgehen. Auch moderne marxistische subjekttheoretische Überlegungen räumen identitätsstiftende Widerspruchsverarbeitung durch das Subjekt ein. Poststrukturalistische Überlegungen gehen nur insofern weiter, als sie das Individuum als an sich instabil, als sich ständig aufs neue konstruierend sehen. Es ist sowohl Ort als auch Akteur diskursiver Auseinandersetzungen um seine Identität, die sich daher immer wieder aufs neue konstituiert. Seine Handlungsmotivationen spiegeln seine widersprüchliche Verarbeitung bestehender Konflikte und Machtverhältnisse wider, zu deren Kontinuität und Festigung es ebenso beiträgt wie zu ihrer Infragestellung und Veränderung. Diese Widersprüchlichkeit ergibt sich aus dem Konflikt zwischen den objektiven Interessen des Individuums, die Diskontinuität einfordern, und seiner Verhaftung im Herrschaftsdiskurs, die das Moment der Kontinuität befördern. Widerständige oder subversive Diskurse als gesellschaftliche Optionen, die den Interessen von Unterdrückten und Ausgegrenzten entsprechen, bedürfen handelnder Subjekte, ihrer Institutionen und politischen Praxen, und damit allerdings einer relativen Stabilität, um gesellschaftliche Veränderungen auszulösen.

Das steht zwar in einem dialektischen, nicht aber in einem unlösbaren Widerspruch zur prinzipiellen Instabilität des Individuums oder zur transitären Natur der Institutionen und politischen Praxen. Weedon verweist zum Beispiel auf den Gleichberechtigungsdiskurs und gibt zu bedenken, daß dieser sich durchaus auch gegen die Interessen der Frauen auswirken könne. Nur durch die Analyse eines Diskurses *in process* kann ermittelt werden, welche Interessen durch ihn zum gegebenen Zeitpunkt tatsächlich bedient werden (vgl. Weedon 1987: 111).

»Das Gleichheitspostulat wird auf neue radikale Weise eingelöst, indem den heterogenen Lebensweisen gleiches Recht zugesprochen wird. Gleichheit ist damit Bedingung der Möglichkeit von nichthierarchischen Differenzen. ... Differenz ohne Gleichheit bedeutet gesellschaftlich Hierarchie, kulturell Entwertung, ökonomisch Ausbeutung. Gleichheit ohne Differenz bedeutet Assimilation, Anpassung, Gleichschaltung, Ausgrenzung des ›Anderen‹.«
Annedore Prengel: Thesen zu einem demokratischen Differenzbegriff, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 27/1990, S. 131; zitiert nach Hanna Behrend: Die ostdeutschen Schwestern als die neuen »Anderen«: Beziehung der Differenz zwischen sozial Ungleichen oder gleichwertige Partnerinnen?, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 54/2000.

Die Dialektik von Poststrukturalismus und universalistischer Tradition

Der Universalismus und seine Menschenrechtskonzeption legitimiert den Anspruch jedes Menschen, jeder Frau und jedes Mannes, in jedem Teil der Erde auf Leben und auf Verwirklichung aller individueller Potenzen. Er war und ist für die Befreiungskämpfe in aller Welt unverzichtbar. Ohne diesen Anspruch aber kulturell und historisch, klassen- und geschlechtsspezifisch, ethnisch, sozial, religiös, regional usw. zu untersetzen, läuft er darauf hinaus, daß das, was Menschenrecht ist, aus der Sicht des aus westlichen industriestaatlichen Zusammenhängen stammenden »weißen« Mannes definiert wird. Bisher unterdrückte und marginalisierte soziale Gruppen müssen sich daher die Definitionsmacht über Menschenrechte aneignen und ihre, den eigenen Interessen entsprechenden Ansprüche geltend machen. Da in unserer patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft das hierarchische Machtgefüge darüber entscheidet, welche Ansprüche sich durchsetzen können, wird es letzten Endes darauf ankommen, dem bestehenden Machtgefüge, das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und auf der patriarchalen Teilung von Arbeiten zur Reproduktion der Lebensmittel von Arbeiten zur Reproduktion des Lebens beruht, eine vielfältige Interessen repräsentierende Gegenmacht entgegenzustellen. Zu deren Konstituierung bedarf es theoretischer Überlegungen, die das objektive Wesen und die potentiellen Entstehungsbedingungen einer solchen Gegenmacht möglichst präzise zu definieren vermögen. Auf diese Weise tragen sie dazu bei, die in der sozialen und politischen Praxis der Unterdrückten gewonnenen Erfahrungen einzuordnen, zu bewerten und zu verallgemeinern. Der so entstandene subversive Diskurs kann zu einem wesentlichen Instrument der Herausbildung einer solchen Gegenmacht werden.

Gleichheit als Bedingung der Möglichkeit von nichthierarchischen Differenzen bedarf der marxistischen wie der poststrukturalistischen Einsichten in den parteilichen, historisch je spezifischen und interessegeleiteten Charakter aller Theorie und Praxis. Dieser gemeinsame Anspruch wird durch die poststrukturalistische Auffassung vom sozial über Diskurse immer wieder neu konstruierten Subjekt präzisiert. Seine je aktuelle Wahrheit und damit Handlungsmotivation erwächst in der Kampfarena der miteinander konkurrierenden Diskurse, »wo um die Interessen der Männer und Frauen gerungen wird« (Weedon 1999: 102). Das poststrukturalistische Subjektverständnis und die damit verbundenen Auffassungen zu Differenz, Wahrheit und Bedeutung werden der realen Situation und der Konstitution historischer Subjekte in unserer Zeit gerechter als bisherige Analysen der ideologischen Konstruktion von Geschlechts- und Rassendifferenzen relativ zur Klassenspaltung. Die poststrukturalistische Sicht auf das gesellschaftliche Sein begreift seinen pluralen und differenten, widersprüchlichen und gegenläufigen Charakter umfassender und präziser, als das in bisherigen marxistischen Analysen der Fall war. Neue strategische Ansätze für wirklich tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen sollten daher auf diese Erkenntnisse nicht verzichten.

KATINA SCHUBERT

Kein Sozialismus ohne Feminismus

oder: Warum der theoretische Ansatz der PDS zu dünn ist



Katina Schubert – Jg. 1962, gelernte Journalistin und Politikwissenschaftlerin, Referentin von Bundestagsvizepräsidentin Petra Bläss (PDS) und Sprecherin der BAG Antirassismus, Flüchtlinge und ImmigrantInnen der PDS

»Wir wenden uns an alle, die sich nicht damit abfinden wollen, daß die Gleichstellung der Geschlechter kaum noch politisch thematisiert wird.« So steht es im Schlußteil eines Leit Antrag-Entwurfs für den Cottbusser Parteitag der PDS am 14./15. Oktober. Autorinnen und Autoren: die neue Parteivorsitzende Gabi Zimmer, der neue Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Roland Claus und Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch.

Hat die PDS-Führung damit den Beweis erbracht, daß die PDS auf dem Weg zu einer feministischen Partei ist?

Wohl kaum, denn bei näherem Hinsehen, läßt sich schnell erkennen, daß feministische Theorie und Politikentwicklung auch bei der PDS kaum mehr als eine Nebenrolle spielen.

Zwar findet sich das Bekenntnis, um die »Gleichstellung der Geschlechter« kämpfen zu wollen als Fußnote oder Randbemerkung in den meisten programmatischen Schriften der PDS. Aber dabei bleibt es in der Regel.

Denn die PDS-Programmatik verharrt überwiegend in alten theoretischen Konzeptionen zur Erklärung von Gesellschaft und gesellschaftlichen Verhältnissen. Als Grundbedingung für die gesellschaftliche Entwicklung im Kapitalismus gilt der Widerspruch von Arbeit und Kapital. Andere gesellschaftliche Widersprüche und Unterdrückungsverhältnisse wie das zwischen Männern und Frauen und zwischen »Alteingesessenen«* und »Fremden« betrachten die ParteitheoretikerInnen dagegen lediglich als abgeleitete Widersprüche. Sie werden zu Nebenwidersprüchen, auch wenn es aus Gründen der political correctness heute kaum mehr jemand so ausdrückt.

Es steht außer Frage, daß die Art und Weise, wie sich die jeweiligen Unterdrückungsverhältnisse in der Bundesrepublik als hochindustrialisierter kapitalistischer Gesellschaft konstituieren, auch kapitalismusbedingt sind. Aber sie lassen sich nicht durch kapitalistische Unterdrückungsverhältnisse allein erklären.

Denn dreht man die Argumentationsfigur vom Haupt- und Nebenwiderspruch um, kann man nur folgendes schließen: Haben wir erst mal den Kapitalismus abgeschafft, sterben automatisch auch patriarchale Strukturen und der Rassismus ab. Daß das nicht zutrifft, haben uns die Wirklichkeit und die Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts anschaulich gelehrt.

In der sozialistischen DDR waren über 90 Prozent der Frauen erwerbstätig und hatten eine eigenständige soziale und ökonomische Existenzgrundlage.

* Der Begriff »Alteingesessene« steht hier für die deutschstämmige Mehrheitsgesellschaft, die sich zumindest zum Teil scharf gegen eingewanderte Minderheiten abgrenzt unabhängig davon, ob die betroffenen Angehörigen von Minderheiten deutsche oder ausländische StaatsbürgerInnen sind. Deshalb vermeide ich an dieser Stelle den Begriff »Deutsche«.

Damit war eine der wichtigsten antipatriarchalen Forderungen erfüllt, nämlich daß Frauen unabhängig von Männern sein können. Doch wer sich anschaut, wer in der DDR die Machtpositionen besetzt hielt, in der SED, in den staatlichen Institutionen und Organen, den anderen Parteien, den Gewerkschaften, in den obersten Leitungsebenen der Kombinate, wird schnell feststellen, daß es ganz überwiegend Männer waren. Für die Kindererziehung und für den Haushalt hingegen waren auch im Realsozialismus die Frauen zuständig, zusätzlich zur Berufstätigkeit. Männer wollten Macht und Einfluß nicht teilen und auf Privilegien verzichten. In einem erklärtermaßen nichtkapitalistischen System herrschten also patriarchale Strukturen. Damit war der Sozialismusversuch in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten nicht in der Lage oder nicht willens, das Patriarchat zu überwinden.

Nach dem Zusammenbruch der Systeme explodierten Rassismus und Fremdenfeindlichkeit förmlich. Gegen die ethnisch begründeten Kriege in Ex-Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion halfen und helfen 70 beziehungsweise 45 Jahre Sozialismus nichts.

Was heißt das für die Programmatik der PDS?

Will sich die PDS als moderne demokratisch sozialistische Partei weiterentwickeln, muß sie ihren theoretischen Bezugsrahmen erweitern. Sie muß ernst nehmen, daß Patriarchat und Rassismus eigenständige gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse darstellen, die sich mit der Abschaffung oder zumindest Reform und Besänftigung des Kapitalismus nicht von selbst erledigen.

Erst dann wird die PDS in der Lage sein, Politikmodelle zu entwickeln, die darauf zielen, gesellschaftliche Unterdrückung in ihrer gesamten Komplexität tendenziell zu überwinden.

Wir müssen deshalb zu einem neuen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit kommen.

Ein feministischer und sozialistischer Begriff von sozialer Gerechtigkeit als Leitmotiv sozialistischer Politik darf sich nicht allein auf die Umverteilung materieller Ressourcen beschränken. Er muß genauso auf die Gleichstellung der Geschlechter zielen, auf einen Ausgleich zwischen den Kulturen und Völkern innerhalb der Gesellschaft wie international. Und er muß sich an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen orientieren. Außerdem brauchen wir einen neuen Begriff von Gleichheit als gesellschaftlicher Norm.

Zur Zeit finden politische und gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen statt, um die sogenannte Mitte der Gesellschaft zu besetzen.

Dabei werden Begriffe und gesellschaftliche Normen, sogenannte Werte, neu definiert und bewertet.

Am Wert der Gleichheit läßt sich das ganz gut beobachten: Soziale Gleichheit gilt bei den Kämpferinnen und Kämpfern um die »Mitte« nicht mehr als gesellschaftliches Ziel. Das trifft für SPD und Grüne genauso zu wie für FDP und CDU/CSU. Statt dessen begreifen sie soziale Ungleichheit als dynamisches Element für die gesellschaftliche Entwicklung, frei nach dem Motto: Nur wer seine Unterprivilegierung hautnah spürt, bemüht sich, gesellschaftlich aufzusteigen. Der gnadenlose Konkurrenzkampf der Individuen wird dann in der Tat für gesellschaftliche Dynamik sorgen. Nur kann diese Form der

Dynamik kein erstrebenswertes Ziel von Politik sein, auch nicht von sozialdemokratischer, schon gar nicht von linker.

Dennoch braucht auch die PDS einen neuen Begriff von Gleichheit, der von der Idee Abschied nimmt, Gleichheit mit Uniformität zu beschreiben. Es gibt keine einheitlichen Lebensentwürfe mehr, der sogenannte Normalarbeitstag des männlichen, weißen Durchschnittsmenschen ist nicht mehr die allseits gültige Norm. Und das nicht nur deshalb, weil viele Menschen solche Arbeitsplätze nicht haben. Viele wollen auch eine andere Verteilung ihrer Zeit. Das hat auch mit den Umstrukturierungsprozessen in der Arbeitswelt zu tun. Die Arbeitsprozesse sowohl in der Industrie als auch im sogenannten tertiären Sektor der Dienstleistungen, der Verwaltung, der Politik haben sich so verändert, daß Arbeit immer intensiver wird. In immer kürzerer Zeit wird den Beschäftigten immer mehr abverlangt. Die Folge: Die Arbeit verläßt sie nicht mehr nach Feierabend, am Wochenende. Die Arbeit wird omnipräsent in den Köpfen und läßt wenig Raum für gesellschaftliche Aktivitäten, gleich ob in einer Familie, einer Initiative, einem Verein. Wer Zeit für ihre/seine Kinder, Freunde, Verwandte, für politische, sportliche oder karitative Aktivitäten haben will, kann sie oft nur schwer mit einem »Normal«-arbeitsverhältnis vereinbaren. Statt dessen lockt der Fernseher als Mittel zur Zerstreuung und vermeintlicher Erholung.

Zeit ist zu einem gesellschaftlichen und hoch umstrittenen Wert geworden. Das läßt sich durch die Abschaffung oder Reform des Kapitalismus nicht zurückdrehen.

Will die PDS einen zeitgemäßen Begriff von Gleichheit als gesellschaftlichen Wert besetzen, ist sie deshalb gut beraten, sich »an der feministischen Konzeption von ›Gleichheit in der Differenz‹, von Gleichheit als der Ebenbürtigkeit des Verschiedenen« zu orientieren. So formulierte es Ingrid Kurz-Scherf, Mitglied der PDS-Grundsatzkommission, auf einem Werkstattgespräch der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Gleichstellung der Geschlechter Anfang des Jahres.

Will die PDS Strahlkraft in die Gesellschaft entwickeln, die über die bereits jetzt erschlossene Wählerklientel hinaus geht, muß sie ihre Konzepte, etwa zur Arbeitszeitverkürzung, zur Grundsicherung, zur Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung, entsprechend weiterentwickeln und selbst umsetzen.

Die PDS muß einen neuen Begriff von gesellschaftlich notwendiger Arbeit entwickeln, der bezahlte und unbezahlte Arbeit erfaßt, neu bewertet und verteilt auf Männer und Frauen. Wir brauchen einen Begriff von Zeit als gesellschaftlichem Wert für Frauen und Männer. Wir benötigen ein Konzept, wie wir Arbeit und Einkommen neu verteilen können in der Gesellschaft, so daß es nicht mehr zu Diskriminierungen kommt, weder von Frauen noch von Nicht-Alteingesessenen oder Menschen mit Behinderungen.

Wenn sich die PDS entschließt, die Auseinandersetzung um die Neudefinition gesellschaftlicher Werte intensiver zu führen beziehungsweise ihr eigenes theoretisches Herangehen zu erweitern, wird sie dennoch nicht umhin kommen, weiter realpolitische, sprich alltagstaugliche Politikkonzepte zu entwickeln. Sowenig heute Arbeitslosen das Bekenntnis zu Arbeit verhilft, den Kapitalismus

Damit könnte die PDS in der eigenen Organisation anfangen. Dort wird zum Beispiel über Arbeitszeitmodelle nur rein theoretisch debattiert und nur für die offenkundig doch eher ferne Gesellschaft. Allein die Vorstellung, etwa Referentinnen und Referenten einer Fraktion könnten im Zeitalter globaler Kommunikation nur einen Teil ihrer Arbeitszeit am Büroschreibtisch erledigen und den Rest in mobilen Büros, zu Hause oder am Strand, treibt mancher Funktionärin und manchem Funktionär den Angstschweiß auf die Stirn. Wie sollen da die Beschäftigten kontrolliert werden, auch wenn sie die geforderten Arbeitsergebnisse, Ideen, Vorschläge bringen?

abschaffen zu wollen, sowenig hilft es dem von Neonazis geschundenen Flüchtling, wenn wir ihm versichern, daß wir Rassismus und Rechtsextremismus als eigenständiges gesellschaftliches Unterdrückungsverhältnis betrachten (was nichts an der Richtigkeit dieser Feststellung ändert). Und es hilft der Frau, die beim Versuch zum beruflichen Aufstieg immer wieder an die berüchtigte gläserne Decke stößt, wenig, wenn wir ihr klipp und klar versprechen, im neuen Sozialismus auch das Patriarchat mit untergehen zu lassen.

Was sie aber unterstützt, sind zum Beispiel umsetzbare Konzepte zur Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft, die verbindliche und sanktionierbare Quoten vorgeben, Frauenförderung festschreiben und die Rechte von Gleichstellungsbeauftragten erweitern.

Frauen wird es enorm helfen, wenn Gewalt gegen Frauen nicht als Privatproblem oder als Gegenstand der von den meisten »harten« Politikerinnen und Politiker ohnehin eher belächelten Frauenpolitik betrachtet wird, sondern als harter Gegenstand von Gesellschafts-, von Rechts- und Innenpolitik. Denn nirgendwo wird der patriarchale Charakter dieser Gesellschaft deutlicher, als in der immer noch viel zu hohen gesellschaftlichen Akzeptanz für Gewalt gegen Frauen.

Dem Flüchtling hilft es schon im Hier und Jetzt, wenn sie oder er nicht mehr gezwungen wird, in Sammelunterkünften zu wohnen. Denn hier sind Flüchtlinge bevorzugt Zielscheibe rassistischer und rechtsextremer Gewalt. Wir können Konzepte vorstellen, wie Flüchtlinge als Teil dieser Gesellschaft auch mitten in der Gesellschaft leben können. Dazu muß das Asylverfahrensgesetz geändert, das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft werden. Flüchtlinge dürfen nicht mehr zwangsweise auf die Gemeinden verteilt werden. Dazu wiederum müssen wir die Finanzierung des Lebensunterhalts von Flüchtlingen völlig aus der kommunalen Zuständigkeit nehmen.

Einer Migrantin und einem Migranten wäre sehr geholfen, wenn es klar definierte Ansprüche gebe, die zur Einwanderung und Niederlassung berechtigen, wenn sie nicht länger von Ermessen und Willkür der Behörden abhängig wären.

Die Liste der Vorschläge ließe sich beliebig verlängern. Und es gibt schon eine Menge realpolitischer Ansätze der PDS, die ihre potentiellen Wählerinnen und Wähler nicht auf den Sankt Nimmerleinstag vertrösten und dennoch in Opposition zum dominierenden neoliberalen Diskurs der Regierenden stehen. Diese dann noch in Einklang zu bringen mit der PDS-Politik zum Beispiel in den Ländern, in denen die Partei Regierungs- oder zumindest Tolerierungsverantwortung trägt, ist kompliziert und nicht immer zu erreichen.

Das aber darf die Partei nicht daran hindern, weiter radikale Konzepte zu entwickeln und darauf zu drängen, sie umzusetzen. Ein Beispiel: Wir müssen daran festhalten, den Paragraphen 218, der Abtreibungen unter Strafe stellt, endlich aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen, und die rot-grüne Bundesregierung entsprechend unter Druck setzen.

Feministische sozialistische Realpolitik ist immer radikal, sie ergreift Partei zugunsten der Diskriminierten in der Gesellschaft. Sie greift nach den Sternen, aber sie verspricht nicht die Wolkenkuckucksheime.

So kann die PDS auch die eigenen Ministerinnen und Minister zum Beispiel in der Landesregierung unterstützen, die nach der gegenwärtigen Rechtslage gezwungen sind, Maßnahmen zu ergreifen, die sie politisch ablehnen.

JÖRG ROESLER

Ein Gespenst verschwand in Europa



Jörg Roesler – Jg. 1940,
Prof. Dr., Berlin.
Studium der Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin;
Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte der DDR und der osteuropäischen Länder.
Foto: privat.

Uli Schöler: Ein Gespenst
verschwand in Europa. Über
Marx und die sozialistische
Idee nach dem Scheitern
des sowjetischen Staats-
sozialismus, Verlag J. H. W.
Dietz Nachfolger Bonn

»Marx ist tot, Jesus lebt!« verkündete in Wendezeiten ein damaliger Bundesminister in den Medien. Zumindest hinsichtlich Jesus hatte er unrecht. Dominierende Lehre der Nachwendezeit wurde nicht das Christentum beziehungsweise die katholische Soziallehre, sondern der Neoliberalismus, die neue Heilslehre mit weltweitem Anspruch.

Für denjenigen, der den Neoliberalismus nicht als »ultima ratio« akzeptiert, tut in dieser Situation Nachdenken not in zweierlei Richtung:

Zu unternehmen ist eine kritische beziehungsweise selbstkritische Analyse jener alternativen sozialistischen Bewegung, die am Ende des alten Jahrhunderts scheiterte. Da sie die Lehre von Marx und Engels auf ihre Fahnen geschrieben hatte, muß sich die kritische Analyse auch auf deren Werk erstrecken. Anzustellen sind ferner Überlegungen für eine gesellschaftliche Strategie für das neue Jahrhundert.

Uli Schöler, Jurist, Politikwissenschaftler und Sekretär der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD gehört zu jenen mit der neuen Zeit Unzufriedenen. Bei seinem Buch handelt es sich nicht, wie man aus dem Titel durchaus entnehmen könnte, um eine weitere der üblich gewordenen billigen Diffamierungen derjenigen gesellschaftlichen Kraft, die wesentlich das 20. Jahrhundert prägte, sondern um eine »selbstkritische Rückerinnerung, um möglicherweise darin Anknüpfungspunkte zur Überwindung einiger Irrtümer in gesellschaftsanalytischer wie politisch-strategischer Hinsicht« zu finden. Diese Aufgabe, so der Autor, »kann und darf ... nicht nur ein Feld der Auseinandersetzung für Parteipolitik und Publizistik sein. Vielmehr steckt darin eine Aufgabe, der sich die sozialwissenschaftliche Forschung begleitend in Auswertung dieser Prozesse zu stellen hat.« (S. 13)

Aus dem Ziel der wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas ergibt sich eine inhaltliche Dreiteilung von Schölers Buch in historische Darstellung des Realsozialismus, Neulektüre der Überlegungen von Karl Marx und Friedrich Engels über Funktion und Struktur der sozialistischen Ökonomie und »Versuch einer systematischen Verknüpfung beider Auswertungen mit der Fragestellung, welche Aussagekraft ›klassisch-sozialistische‹ Theorie- und Strategieansätze ... für die im 21. Jahrhundert vor uns stehenden Herausforderungen noch zu bieten haben.« (S. 18)

Aufgeteilt hat der Autor sein Buch in acht Kapitel. Das zweite ist der Geschichte der sowjetischen Wirtschaft gewidmet, wobei Schöler sich vor allem mit der Eigentumsfrage und dem Verhältnis von Plan und Markt beschäftigt. Mehr als nur skizziert sind die Wirtschaftsreformansätze der sechziger und siebziger Jahre und schließlich die

Perestrojka. Er gibt eine aufschlußreiche Zusammenfassung der Ursachen ihres Scheiterns und zum Abschluß des Kapitels verallgemeinert für die Wirtschaft des Realsozialismus überhaupt: Der Autor benennt in diesem Zusammenhang die Kompetenzlosigkeit der ökonomischen Grundeinheiten, die Dominanz von Umfangkennziffern, die Hypertrophie der Berichtsanforderungen und Kontrolle, die unzureichende Arbeitsteilung zwischen den Betrieben, die administrative Zuteilung ökonomischer Ressourcen, die extensive Ausrichtung der Produktionssteigerung, die Innovationsträgheit der Wirtschaftseinheiten und anderes mehr.

Die Kapitel 3 bis 5 des Buches sind der Bewertung der Aussagen von Marx und Engels über die sozialistische beziehungsweise kommunistische Gesellschaftsordnung gewidmet. Angesichts der Anlage seines Buches selbstverständlich ist es, daß Schöler die Meinung vertritt, Marx und Engels hätten Zukunftsvorstellungen entwickelt und sich daher durchaus auch als »wissenschaftliche Sozialisten« betätigt. Die oft zitierten Worte aus einem Engels-Interview von 1893: »Wir sind Evolutionisten, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültigen Gesetze zu diktieren«, betrachtet er als von jenen fehlinterpretiert, die Marx und Engels davon freisprechen wollen, jemals »wissenschaftliche Sozialisten« und damit für das Debakel des Realsozialismus irgendwie verantwortlich zu sein.

In seiner Analyse konzentriert sich Schöler auf Schlüsselfragen wie das Verhältnis von Marx und Engels zum Eigentum, zu möglichen Übergangsformen vom Kapitalismus zum Sozialismus, zum Verhältnis von Zentralisation und Dezentralisation, Plan und Markt, zur extensiven und intensiven erweiterten Reproduktion. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß sich die »Marxisten-Leninisten« des Realsozialismus zu recht, wenn auch etwas einseitig auf »die Klassiker« bezogen haben. Bei der Verabsolutierung des Staatseigentums hätten sie sich genau so auf Marx und Engels berufen können wie bei der Geringschätzung von Markt und der Abschaffung der Konkurrenz. Nach Schölers Auffassung haben Marx und Engels die kapitalistische Wirklichkeit zwar differenziert analysiert, aber daraus für die sozialistische Gesellschaftsordnung vereinfachte Schlußfolgerungen gezogen. Methodisch geschuldet sei dies vor allem der Anwendung der linearen Extrapolation von Kräften und Faktoren, um sie in der Perspektive in eine »Totalität« zu verwandeln.

Durch ihre auf »Überrennen, Überrumpeln, revolutionären Umsturz« ausgerichtete Sichtweise hätten sich Marx und Engels, so Schöler, den Blick auf eine Reihe von Mechanismen der alten Gesellschaft verstellt, »deren positiver Funktionszusammenhang für eine dynamische Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht verzichtbar ist: zivilgesellschaftliche Strukturen, Konkurrenzmechanismen als Antriebsmotor für Effizienzentwicklung, Marktbeziehungen als rationelle Vermittlungen zwischen den verschiedenen Ebenen von Produktion und Konsumtion«. (S. 197)

Man sollte annehmen, daß der Autor nach solcher Fundamentalkritik an den »Klassikern« deren Aussagen für weitere perspektivische Überlegungen für unbrauchbar hält. Doch Schöler ist anderer Auffassung. Das Gedankengut von Marx und Engels enthalte – verständlicherweise – auch Widersprüchliches, es sei an einigen Stellen auch

»Konkret: die Tatsache, dass das mehrwertproduzierende industrielle Kapital die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation ... in sich trägt, führt bei ihnen zu der (die Gegentendenzen ausblendenden) unhaltbaren Prognose, dass es an einem vorgestellten zukünftigen Punkt allein übrig bleibt, zur Totalität wird. Die Konkurrenz ist damit ›von selbst‹ verschwunden, der Markt gar nicht erst abgeschafft, er ›fällt einfach weg‹. Dieser Prognose einer aus der Eigendynamik der Entwicklung entspringenden Totalität entspricht es dann logischerweise, die neue Gesellschaft und Produktionsweise als eine ›Totalität‹ gesellschaftlicher Produktionseinheiten auf einem hohen Konzentrations- und Zentralisationsgrad generell zu denken.«, die es unmittelbar und einheitlich zu lenken gelte (S. 179/80).

mangelnde Kohärenz von Analyse und Prognose zu verzeichnen und Positionsbestimmungen hätten sich widersprochen. Diese Gegentendenzen im Werk von Marx und Engels hätten die »Marxisten« unterdrückt und sich auf den Hauptstrang ihres Denkens beschränkt. »Entsprechend weniger beachtet bleiben alle die Hinweise in ihrem Werk, die stärker den evolutionären Aspekt des Sich-Herausarbeitens aus einerseits überholten, aber eben auch reifen Verhältnissen betonten, gerade das ›Revolution-Machen‹ ablehnten, auf Verhältnisse setzten, die selbst ihre Lösungen hervorbrachten. Es gelte aber jetzt, sich stärker mit dessen Nebensträngen zu beschäftigen. Dieser Strang des Marx/Engelsschen Denkens beinhaltet strenggenommen das Prinzip einer evolutionären Durchsetzung eines neuen, revolutionären Prinzips.« (S. 282)

In Kapitel 6 läßt der Autor linke Sozialwissenschaftler zu Wort kommen, die während oder nach dem Ende des sowjetischen Modells Wirtschaft und Gesellschaft analysierten und das kapitalistische Akkumulationsmodell noch nicht für das letzte Wort der Geschichte halten. Schöler räumt den Auffassungen von Robert Kurz, Joachim Bischoff, Włodzimierz Brus, Hajo Riese, Diane Elson, Kurt Nemitz und Elmar Altvater genügend Platz ein, um deren Anliegen dem Leser verständlich zu machen. Mit Ausnahme von Kurz, der »soziale Massenrevolten«, die zum Sturz des Kapitalismus führen werden, voraussieht, bestehen die anderen auf evolutionären Entwicklungen aus dem heutigen Kapitalismus heraus. Der Markt sei zu regulieren statt zu beseitigen, die Pluralität des Eigentums zu sichern, ökologischen Fragen und dem Problem des »Abhängens der Entwicklungsländer« größere Aufmerksamkeit bei Zukunftsüberlegungen zu sichern.

In den Kapiteln 7 und 8 entwickelt der Autor dann seine eigenen Zukunftsvorstellungen – unter Berücksichtigung, selbstverständlich, der Überlegungen anderer Sozialwissenschaftler und von Aussagen von Marx und Engels. Schöler hält – bei expliziter Berufung auf Nemitz – gemischte Eigentumsformen für die tragfähigste Perspektive und bekennt sich zum Lenkungsprinzip der Minimalplanung. »Danach treten bei grundsätzlicher Dominanz eines nationalen Rahmenplans die Planungselemente nur insoweit in Erscheinung, als der Wettbewerb seine Aufgabe nicht erfüllt.« (S. 268)

Wie aber soll diese Neuausrichtung, die bei der augenblicklichen Vergötterung des Privateigentums und Verteufelung staatlicher Einmischung in die Wirtschaft völlig verpönte Gedankengut enthält, erreicht werden?

Schöler ist damit an einen Schwachpunkt der Zukunftsvorstellungen linker Autoren gekommen. Selten findet man bei ihnen dazu konkretere Aussagen. Doch der Autor drückt sich nicht, geht das Problem mutig an.

Schöler lädt den Leser zunächst zu einer Vorüberlegung ein: Der sozialistischen Bewegung sei am Ende des 20. Jahrhunderts sowohl das wichtigste Subjekt, die Industriearbeiterschaft, abhanden gekommen, wie auch das dominierende, unterschiedliche Interessen zusammenführende einheitliche Projekt, die Lösung der sozialen Frage. Zum Projekt: Niemand könne heute mehr verkünden, daß »sozialistische Produktionsverhältnisse« per se veränderte Geschlechterbeziehungen und ein anderes Verhalten der Menschen im Umgang mit seiner

natürlichen Lebenswelt hervorbringen würden. Niemand müsse, um letzteres zu wollen, ersteres unterstützen.

Zum Subjekt: Die Organisations- und Ausdrucksformen politischer Bewegungen des 20. Jahrhunderts waren durch Entfaltung von Massenbewegungen gekennzeichnet. Streiks, Großdemonstrationen, Aufmärsche, Kundgebungen usw. galten als die adäquate Ausdrucksform zum Vorantreiben sozialer und politischer Veränderungen. Massenorganisationen (Parteien, Gewerkschaften usw.) waren die dafür angemessene Organisationsform. Es handelte sich um Interessenorganisationen, definiert durch eine bestimmte Haltung zur sozialen Frage. Heute aber seien die Interessen vielfältiger. Schon das erkläre, warum Großorganisationen wie Kirchen oder Gewerkschaften immer mehr an Einfluß verlören. Mehr noch: Durch die Auflösung der Industriearbeiterschaft und die zunehmende Individualisierung der Menschen seien diese Formen der Bewegung nicht mehr zukunftsfähig. An ihre Stelle würden in einer Informations- und Dienstleistungsgesellschaft Netzwerke treten, Organisationen, die sich virtuell miteinander – auch weltweit – abstimmen könnten. Deren Zusammenarbeit würde weniger auf der Grundlage dieser – zum Teil sehr unterschiedlichen – Gruppeninteressen erfolgen, als aus Einsicht, daß die jeweiligen kurzfristigen Gruppeninteressen zugunsten langfristiger Entwicklungen, die zum Beispiel durch Verwirklichung ökologischer Zielstellungen das Überleben aller sicherten, zurückgestellt werden müssen. Wenn die politische und intellektuelle Linke diese heute unabweisbare Tatsache der notwendigen und sinnvollen Existenz verschiedener, nicht homogenisierbarer Projekte und Subjekte auf unterschiedlichen Feldern gesellschaftlicher Auseinandersetzung (Arbeit, Ökonomie, Ökologie, Geschlechter, Kultur, Rassen) akzeptiert, dann, so Schöler, »muss sie selbst mit daran arbeiten, dass diese unterschiedlichen Projekte und Subjekte ihre autonomen Orte und Räume der Artikulation und Interessenwahrnehmung haben.« (S. 79). Auf ein dominierendes Projekt und ein dominierendes Subjekt könne nicht mehr gesetzt werden.

Um welche linken Projekte handelt es sich aber? Schöler formuliert sie als Gegenüberstellung von Herausforderung und (Lösungs-) Prinzip. Dem sich weltweit durchsetzenden Kapitalverwertungsinteresse stellt er das Prinzip der Entschleunigung entgegen, der Herausforderung globaler ökologischer Gefährdung das Prinzip nachhaltiger Entwicklung, der Herausforderung des Informations- und Dienstzeitalters das Prinzip gleichmäßig verteilter gesellschaftlicher Arbeit, der Herausforderung der »Revolutionierung der Geschlechterbeziehungen« das Prinzip der Aufhebung des Geschlechts als gesellschaftliche Zu- und Rangordnungskategorie, der Herausforderung der internationalen Schere zwischen Arm und Reich das Prinzip der internationalen Solidarität.

Die Realisierung dieser Prinzipien will Schöler nicht mehr durch revolutionären Umsturz erreichen, sondern durch Entwicklung der Eigenpotentiale der vorhandenen Ökonomien und Gesellschaften in Richtung auf eine ökologischere, sozial gerechtere, beide Geschlechter einbeziehende Produktionsweise, die gerade nicht auf ihre Antriebskräfte für Effizienz und Neuerung, wie Konkurrenz und Eigentum darstellen, verzichtet. Die SPD wie die (west) europäische Sozialdemokratie seien auf diesem Wege schon weit vorangekommen, die

Programmatik der PDS sei dagegen angesichts der jetzigen Problemkonstellationen wenig tauglich.

Bei der vom Autor vorgeschlagenen Art des Umgangs mit der zu verändernden kapitalistischen Struktur kann Schöler sich auch auf Marx und Engels berufen – allerdings nur auf jenen die Evolution befürwortenden Nebenstrang ihres Denkens. Insofern ist Marx für Schöler nicht tot, wohl aber der Marxismus. Er will Marx und Engels weder verdammen noch vergessen. Durch das Ende des Marxismus, zurückgestutzt auf das Normalmaß großer Gelehrter, kann man, meint der Autor, sich nun daran machen, ihre Aussagen mit den Erkenntnissen anderer wissenschaftlicher Schulen zu verknüpfen und damit unbefangen über sie hinaus gehen. »Das Ziel bleibe also die ›Aufhebung‹ dieses Denkens im dreifachen (Hegelschen) Sinne: Das Hoch- und Emporheben, das Aufbewahren und sichern (Vergewissern) und das Auflösen und Überwinden.« (S. 335)

Schöler hat mit seinem Buch zweifellos eine bemerkenswerte Arbeit abgeliefert. Der Band besticht durch Seriosität der Auseinandersetzung, Logik des Denkens und Tiefgründigkeit der Analyse. Man muß des Lobes über diesen Band linken Denkens voll sein. Zwei Einwände sind meines Erachtens jedoch angebracht.

Der erste betrifft die unzureichende Berücksichtigung der Gegenseite, des neoliberalen Denkens. Es ist eben nicht nur Denken, nicht nur ökonomische oder Gesellschaftstheorie. Es ist kämpferische Ideologie, gilt als Anleitung zum Handeln (für Regierungen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände). Diese Theorie, von Mises, Hayek und Friedman in den dreißiger bis sechziger Jahren ausgearbeitet, wurde seit den siebziger Jahren materielle Gewalt, weil sie als Reagonomics und Thatcherismus usw. die Herrschenden ergriff. Die meisten Länder der Welt sind heute nicht mehr in der Lage, gegen die Gebote des Neoliberalismus, wie sie Weltbank, IWF und WTO verkünden, zu handeln. Wäre da nicht heute die Dominanz des anti-neoliberalen Prinzips der Entschleunigung gegenüber den anderen aufgeführten angesagt? Würde die Fokussierung der linken Kräfte auf dieses Prinzip nicht auch gleichzeitig die Realisierung der anderen genannten Prinzipien die Verbesserung der Situation der Menschheit voranbringen?

Sollte wirklich von vornherein auf den Versuch, im Kampf gegen den Neoliberalismus – gerade mit Hilfe der neu entstandenen Netzwerke – größere Gruppen zu mobilisieren, verzichtet werden? Wenn es der WTO auf ihrer Tagung in Seattle nicht gelang, weitere ökonomische Liberalisierungsschritte mit voraussehbaren sozial negativen Konsequenzen für die Dritte Welt zu beschließen, dann resultierte dieses Zurückweichen doch nicht aus virtuellen Protesten im Internet, sondern war Ergebnis von Demonstrationen auf den Straßen der Stadt.

Der zweite Einwand betrifft den Europazentrismus von Schölers Überlegungen. Die Reformierung des sowjetischen Modells scheiterte in Europa. In Asien gelang es China und Vietnam, die wie die osteuropäischen Volksdemokratien das sowjetische Modell übernommen hatten, es seit Ende der siebziger beziehungsweise Mitte der achtziger Jahre so zu reformieren, daß diese Staaten bald zu den »Wachstumstigern« gehörten. Die Asienkrise am Ausgang der neunziger Jahre überstanden sie besser als die meisten ihrer kapitalistischen Nachbarn. Das Faktum wäre weitergehend – auch theoretischer – Überlegung wert.

In den meisten Staaten der Dritten Welt ist auch jener Individualismus der »weißen« Nationen, den Schöler zu Recht für die Fragmentierung des gesellschaftlichen Interesses verantwortlich macht, kaum verbreitet. Massenaktionen als Bewegungsform im Kampf gegen den Neoliberalismus dürften dort nicht nur Gegenwart, sondern auch Zukunft haben.

HARRY NICK

Im Ansatz zutreffend

Die Absicht des Verfassers, im Schicksal des gescheiterten Staatssozialismus, vor dem Hintergrunde der Marxschen Theorie, Teile von Antworten aufzuspüren, »die zur Bearbeitung der vor uns liegenden unbewältigten Lebens- und Überlebensfragen auf unserem Globus von Bedeutung sein könnten«, wird in einer den Leser sehr anregenden Weise eingelöst. Hier soll nur in einer Frage zur weiteren Diskussion aufgefordert werden. Es geht um den vom Autor zu Recht so bezeichneten »Kern« der Marxschen Geschichtsphilosophie, wie sie von Marx im Vorwort zur »Kritik der Politischen Ökonomie« (MEW, Bd. 13, S. 8f.) bündig und konzentriert dargelegt wird.

Schöler löst die Marxsche Geschichtsauffassung in einen Grundwertesozialismus auf. Ihre Bedeutung bestehe im Nachweis der historischen Bedingtheit des sozialistischen Grundwerteverständnisses. Sie stehe in der Tradition der Ideen der Französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, hebe diese Ideen nicht auf im Sinne ihres Aufgebens, sondern hebe sie empor, führe sie weiter durch Einbeziehung der sozialen Lebenswirklichkeit. Er wendet sich gegen das Festhalten an der überkommenen Interessenpolitik und plädiert für die Mobilisierung von ethischen und moralischen Einsichten. Viele drängende Probleme der Gegenwart seien nur durch Mobilisierung moralischer Impulse zu bewältigen. Die soziale Frage sei nicht mehr von zentraler Bedeutung, sie sei nur eine unter mehreren. Es gäbe nicht mehr ein singuläres Projekt und ein singuläres historisches Subjekt, sondern eine Vielzahl von Projekten und Subjekten.

Meines Erachtens ist vieles von dem im Ansatz zutreffend, von Schöler aber gedanklich »zu weit« geführt. In der Tat muß sozialistische Bewegung Menschheitsfragen, die allgemeinen Menschenrechte im Auge haben. Insofern steht Marx in der Tradition der Aufklärung, der Ideen der Französischen Revolution. Aber er steht auch im Gegensatz zu ihr. Und auch die Gegensätzlichkeit der Marxschen emanzipatorischen Idee zur bürgerlichen Aufklärung lag in der Logik des abendländischen humanistischen Denkens. In der Geschichte der europäischen Kultur und Zivilisation hat es, so Romain Rolland im Roman »Johann Christof«, mehrere große Anläufe gegeben, das Menschengeschlecht zu läutern, eine dem Menschen wirklich würdige Art des Umgangs miteinander zu erreichen. Dies war erstens das Christentum mit seinen moralisch-ethischen Postulaten von Gerechtigkeit und Nächstenliebe; und zweitens die auf die Kräfte der menschlichen Vernunft setzende bürgerliche Aufklärung. So unbestreitbar die tiefe Wirkung beider auf die europäische Kultur, auf den

Harry Nick – Jg., 1932,
Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler,
Berlin.

Uli Schöler: Ein Gespenst
verschwand in Europa. Über
Marx und die sozialistische
Idee nach dem Scheitern
des sowjetischen Staats-
sozialismus, Verlag J. H. W.
Dietz Nachfolger Bonn
1999, 367 S. (48 DM).

menschlichen Fortschritt auch gewesen ist, nicht weniger bestreitbar ist, daß sie die von ihnen verkündeten Ideale auch nicht annähernd erreicht haben. Die fundamentale Folgerung hieraus war die Marxsche Idee: Wenn der Appell an die menschliche Moral, an den menschlichen Verstand allein nicht zu einer humanistischen solidarischen Gesellschaft führe, bleibe nur noch eine Möglichkeit: nämlich die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse menschlich zu bilden.

Und dies bedeutete, die Ursachen von sozialer Not in der sozialen Wirklichkeit, in den ökonomischen Interessen vor allem, zu suchen. Dies steht für Marx in der Tat nicht im Gegensatz zu Moralität und Vernunft, sondern bezeichnet Wege, wie eine vernünftig eingerichtete Gesellschaft zu erreichen sei, in welcher der Mensch mit anderen Menschen in wahrhaft menschlichen Verhältnissen leben könne.

Recht hat Schöler damit, daß die eindimensionale Polarität von »Kapital und Arbeit«, »Bourgeoisie und Proletariat«, die zudem auch den Zeitverhältnissen geschuldet war – Marx lebte und wirkte in der Zeit des aufstrebenden Industrialismus –, heutige Problemlagen nicht zureichend zu deuten vermag. Sozialistische Politik sollte in der Tat aufhören, dem weitgehend verloren gegangenen historischen Subjekt »Arbeiterklasse« nachzutruern, sondern in der Vielfalt von Projekten und Subjekten auch neue Chancen für die Verwirklichung ihrer Ziele sehen.

Recht hat er auch darin, daß ethische Einstellungen an Bedeutung gewinnen. Aber im Gegensatz zu sozialen Interessen? Oder sind ethische Einstellungen nicht auch Vermittlungen von sozialen Interessen? Ist nicht schon aktive Teilnahme an Arbeitskämpfen ohne ethische Interessenvermittlung undenkbar? Wahr ist, daß diese Vermittlungen in vielen Fällen heute weiter reichen als es Lohnkämpfe sind. Die Wahrnehmung von Interessen der noch nicht Geborenen ist nur über die ethische Dimension möglich. Aber es ist Interessenwahrnehmung; Wahrnehmung auch des eigenen Interesses daran, daß es den Kindern und Kindeskindern wohlgehen möge.

Die Analyse von Interessenlagen, vornehmlich der ökonomischen Interessen, bleibt meines Erachtens ein zu bewahrendes Marxsches Erbe. Daß neben die vordergründig sozialen Interessen viele andere treten, ist meines Erachtens vornehmlich ein Ausdruck dafür, daß die Interessenstrukturen und ihre Verkleidungen in der Gesellschaft komplizierter, vielfältiger werden. Wobei natürlich nicht alle Interessen und die meisten nicht vollständig auf ökonomisches Interesse zurückführbar sind. Die Handlungen des Menschen allein aus seinen sozialen Interessen zu erklären, ihn schlechthin als »homo economicus« zu verstehen, muß zu Verengungen, unrichtigen Folgerungen führen, die heute verhängnisvoller sein können als zu früheren Zeiten.

In den Interessenstrukturen finden sich gemeinsame Interessen von Individuen in unterschiedlicher Aggregation, darunter auch Interessen des »Kapitals«, der »Lohnabhängigen« usf. Der Autor hält es theoretisch durchaus für denkbar, »dass die profitgetriebene (kapitalistische) Steuerung durch gesellschaftliche Regulierungen und Entscheidungen so weit zurückgedrängt wird, dass erstere die Dominanz verliert, zugleich aber gleichwohl in grösserem Umfang Privateigentum fortexistiert«. Das trifft natürlich auf die Interessen des Kapitals, aller Gesellschaftsmitglieder in ihrer Gesamtheit.

Es gehe nicht nur um soziale Interessen, sondern auch um ökologische u.a.? Gewiß; oft aber stehen hinter ökologischen Interessen Interessen sozialer Art; letzten Endes sind ökologische Interessen auch »wohl verstandene« soziale Interessen, das Interesse am »guten Leben«, das letztlich nur das gute Leben aller sein kann. Wenn zum Beispiel, quer zum Kapital-Arbeit-Verhältnis, Unternehmer und Beschäftigte auf der einen Seite und ökologisch Bewegte auf der anderen Seite sich gegenüberstehen, sind hinter der Interessenidentität der ersteren eben auch soziale, ökonomische Interessen zu vermuten; es handelt sich dann nicht einfach um ein ökologisches (Des)interesse quer zum sozialen Interesse.

CLEMENS BURRICHTER

Demokratischer Sozialismus

Meine Überlegungen konzentrieren sich auf das Schlußkapitel von Uli Schöler, in dem er Anregungen zur Weiterentwicklung der Theorie des demokratischen Sozialismus für das 21. Jahrhundert gibt, und zwar auf das, was ich darin vermisste.

Zunächst aber: Bei der Lektüre des Buches von Uli Schöler hatte ich ein zweites Buch im Hinterkopf, das aus einer gleichen Orientierung heraus angelegt ist – den Kommentar von Dieter Klein, Michael Brie und anderen zur Programmatik der PDS, der 1997 erschienen war. (Inzwischen ist ein weiteres Buch dieser Art unter Leitung und von Dieter Klein herausgekommen, das ich in die folgende Betrachtung noch nicht mit einbeziehen konnte: *ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil*, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Karl Dietz Verlag Berlin 2000). Wer sich mit der Idee des demokratischen Sozialismus beschäftigt, sollte beide Bücher ins Auge fassen. Es gibt meines Erachtens gewisse Analogien zwischen diesen zwei sehr kenntnisreichen und diskussionswürdigen Studien. Als Beobachter dieser Szene habe ich mir erlaubt, in meinem Bekanntenkreis eine kleine Umfrage zu starten, wer denn überhaupt mehr als die Titel beider Bücher zur Kenntnis genommen hat, und das Ergebnis war bedrückend: Da liegen zwei exzellente Offerten vor, die zu einer perspektivischen Diskussion materialreich anregen – und die Diskussion dazu findet nicht statt. Es hat wohl etwas mit der gegenwärtigen Situation der Linken zu tun, daß ihre Diskussion sich weitgehend in tagespolitischen und innerparteilichen Auseinandersetzungen erschöpft und an den Grundlagen vorbei argumentiert. Deshalb ist es erfreulich, daß diese heutige Diskussion so eine große Resonanz gefunden hat: Es sind wohl an die 100 Gäste hier im Saal.

Beide Studien sind systematisch und sehr stark historisch angelegt. Man kann von beiden sagen, daß sie von den Frühsozialisten über Marx und Engels bis in die Gegenwart hinein den Versuch machen, den roten Faden der Entwicklung und Diskussion des demokratischen Sozialismus aufzuspüren, um diesen auf eine interessante Art und Weise weiterzuführen. Diese Historisierung des Themas ist zweifellos notwendig. Aus meiner Sicht kommt dabei allerdings – etwas unvorsichtig gesagt – der formationstheoretische Aspekt zu kurz. Wenn ich das richtig sehe, dann ist die Formationstheorie der Versuch, den historischen Aggregatzustand einer bestimmten Epoche in der gesellschaftlichen Entwicklung auf den Begriff zu bringen. Die Imperialismustheorie zum Beispiel war ein solcher

Clemens Burrichter – Jg. 1932, Prof. Dr., Soziologe, Studium der Soziologie, Philosophie und Psychologie in Münster und an der TU Berlin, 1975-1993 Direktor des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg. Publikationen und laufende Forschungen zur Wissenschaftsentwicklung in der DDR und den sozialistischen Ländern. In der UTOPIE kreativ (mit Gerd-Rüdiger Stephan): *Zur Theorie einer Analyse der Wissenschaftsentwicklung in der DDR*, H. 73/74, Dezember 1996.

Der Beitrag gründet auf Ausführungen im Rahmen einer vom Bildungsverein »Helle Panke«, Berlin, am 20. März 2000 durchgeführten Diskussion zum Buch von Uli Schöler: »Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger Bonn 1999, an der U. Schöler wegen Krankheit nicht teilnehmen konnte.

Versuch. Ich will jetzt nicht über diese Theorie diskutieren, aber diese Überlegungen fehlen mir in beiden Büchern.

Es sollte gefragt werden: In welcher Epoche, in welcher Situation leben wir heute? Wir sollten darüber nachdenken und diskutieren, ob wir nicht inzwischen in einer neuen und anderen Formation leben, und zwar in der des Neoliberalismus, der sich gegenüber dem Imperialismus qualitativ unterscheidet. Wir sind in diese neue neoliberale Epoche nicht nur deswegen hineingeraten, weil dem imperialistischen Kapitalismus die realsozialistische Herausforderung abhanden gekommen ist. Das wird immer wieder von allen möglichen Seiten thematisiert und ist zweifellos richtig. Aber der entscheidende Punkt dabei ist, daß der Kapitalismus die Herausforderungen und die völlig neuen Möglichkeiten der Technologien zu nutzen gewußt hat. Er hat auf die Probleme und Möglichkeiten der Postmoderne, also der Technologiesgesellschaft, in einer raffinierten Art und Weise reagiert und nutzt diese nun in dem heute praktizierten neoliberalen Stil. Die Linke hat dagegen (nicht nur in Deutschland, nehmen Sie das Blair-Schröder-Papier), und das scheint mir die Tragik zu sein, diesen völlig neuen technologisch-gesellschaftlichen Herausforderungen mit industriegesellschaftlichen Strategien beizukommen versucht. Das scheint mir der Punkt zu sein, über den wir mit Uli Schöler, Dieter Klein u.a. diskutieren sollten, weil er uns mit einer fundamentalen theoretischen Fragestellung konfrontiert. Bei der Suche nach der sozialistischen Idee und ihrer theoretischen Begründung im 21. Jahrhundert geht es aus meiner Sicht um eine Theorie des demokratischen Sozialismus unter den Bedingungen der heutigen tatsächlichen Lebensverhältnisse der Technologiesgesellschaft, und diese unterscheiden sich von denen der Industriegesellschaft gravierend.

Dabei können und sollten wir, da stimme ich sowohl mit der Gruppe um Dieter Klein wie mit Uli Schöler überein, auf die von Marx entwickelte und konsequent angewandte Methodologie der historisch-dialektischen Wirklichkeitsanalyse und -aneignung nicht nur nicht verzichten, sondern sie als dringend notwendig nehmen. Aber diese Methodologie hat immer zugleich einen normativen Input gehabt, nämlich die drei Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität – und das ist die prinzipielle Grundposition des demokratischen Sozialismus.

Nach meiner Auffassung war die Methodologie der historisch-dialektischen Analyse unter Berücksichtigung der Grundprinzipien des demokratischen Sozialismus letztlich der Ansatzpunkt von Marx und Engels, um zu einer Sozialismustheorie der Industriegesellschaft – der Industriegesellschaft! – zu kommen.

Ich will das ganz kurz belegen und erinnere daran, daß Friedrich Engels 1847 in seinen »Grundsätzen des Kommunismus« auf die Frage, wie entstand das Proletariat, folgende Antwort gab: »Das Proletariat ist entstanden durch die industrielle Revolution, welche in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in England vor sich ging und welche sich seitdem in allen zivilisierten Ländern der Welt wiederholt hat. Diese industrielle Revolution wurde herbeigeführt« – und Engels zählt auf: durch Dampfmaschine, Webstuhl usw. (MEW, 4, 363) Hier wurde also von einem der Begründer der Methodologie, und da wird sich Engels von Marx nicht unterschieden haben, ganz

ausdrücklich darauf hingewiesen: das Proletariat – das historische Subjekt – verdankte seine Entstehung der industriellen Revolution. Und wenn Sie das Kommunistische Manifest heute noch einmal lesen und auf der einen Seite die politisch appellativen Aussagen und auf der anderen Seite die analytische Substanz nehmen, dann würde ich mich anschicken zu sagen: Das Kommunistische Manifest war auch ein Forschungsprogramm, um die mit dem Aufkommen der Industrialisierung entstandene neue Situation aufzuarbeiten und eine Gesellschaftstheorie, und zwar eine sozialistische Gesellschaftstheorie, zu schaffen. Marx und Engels haben zwanzig Jahre gebraucht, um dieses Forschungsprogramm umzusetzen. Es ist nicht von ungefähr, daß Marx zur empirischen Aufbereitung dieses Programms gerade in England war, denn das war das Mutterland der Industrialisierung. Wir haben also davon auszugehen, daß mit dem »Kapital« und den »Theorien über den Mehrwert« eine geniale Analyse der aufkommenden Industriegesellschaft vorliegt, aber eben der Industriegesellschaft. Und wenn Sarah Wagenknecht zur Jahreswende in einem Interview, als es darum ging, was uns die Bibel heute zu sagen habe, empfahl, die Menschen sollten lieber »Das Kapital« lesen, und sie meinte wahrscheinlich – als Bibel, dann scheint mir genau das der Punkt zu sein: nicht erkennen zu wollen, daß »Das Kapital« zwar ein historisch wichtiges Dokument ist, daß es aber unter den heutigen historischen Bedingungen keine Anleitung mehr für eine völlig neue, qualitativ andere Gesellschaftssituation sein kann, obwohl seine Grundsubstanz gültig bleibt.

Um zu belegen, daß ich hier nicht so ganz falsch liege, drei Beispiele:

Jürgen Kuczynski hatte, als der Erstbericht des Club of Rome »Die Grenzen des Wachstums« herausgekommen war, eine Rezension geschrieben. (Hier war ja zum ersten Mal eine auch für die westliche Gesellschaft sehr aufsehenerregende Analyse der postindustriellen oder, wie ich jetzt sagen würde, Technologie-Gesellschaft vorgelegt worden, und es wurde überlegt, ob nicht die Wachstumsprobleme, die Wachstumseuphorie uns letztlich zu einem Kollaps führe.) Er schrieb dazu: »Die sozialistische Gesellschaft ist eine Wachstumsgesellschaft, die selbstverständlich im Gleichgewicht wächst und deren Wachstum in Richtung des steigenden Wohls der Menschheit unbegrenzt ist.« Aus dieser Feststellung schlußfolgerte er (so wie ich und wie viele seinerzeit in der DDR auch): »D.h. alle Probleme, die die Autoren als fundamentale Weltprobleme aufgerollt haben, sind in den sozialistischen Ländern heute entweder überhaupt keine Probleme oder solche, die in laufender Zeit gelöst werden.« Es erinnert, wenn ich so etwas lese, an Lenins Diktum, der Marxismus sei allmächtig, weil er wahr sei. Ich will damit sagen: Wenn sich gesellschaftliche Veränderungen im Laufe der Zeit eingestellt haben, man aber glaubt, im Besitz der richtigen Theorie zu sein, dann wird die eine oder andere Entwicklung vielleicht doch nicht richtig erfaßt.

Ein zweites Beispiel. Schon einige Jahre vor der Diskussion um die Grenzen des Wachstums hat Radovan Richta in ČSSR mit seinem Team eine Untersuchung mit dem Titel: »Die Zivilisation am Scheideweg« vorgelegt. In dieser Analyse, die empirisch angelegt und sehr weit ausgedehnt war, forderte er ganz deutlich zu einer

schöpferischen und gründlichen Weiterentwicklung der Marxschen Theorie auf. Sie wissen, wie das Schicksal dieser Gruppe letztlich war. Es wurde genau dieser Ansatz – eine kreativ-schöpferische Weiterentwicklung der Theorie – verhindert.

Ein letztes Beispiel. Wir leben gegenwärtig in einer Situation, in der der Neoliberalismus auf Grund der politischen Machtverhältnisse in diesem unseren Lande nahezu uneingeschränkt sein Unwesen treiben darf, und ich sage das ganz bewußt und nicht nur an Kommunisten gerichtet. Einer der Chefideologen der neoliberalistischen Theorie – Christian von Weizsäcker aus der bekannten Familie von Weizsäcker, Ökonom, zur Zeit in Köln tätig – hat gerade das Buch »Die Logik der Globalisierung« vorgelegt. Ich zitiere daraus einen Satz, der deutlich macht, in welcher einer nahezu zynischen Situation wir uns gegenwärtig befinden und wie die Linke zur Zeit ungenügend sensibilisiert ist, um auch nur zu reagieren, wenn die Fundamente unserer demokratischen Gesellschaftstheorie in Frage gestellt werden. Der Schlüsselsatz dieser Publikation heißt: »Die Weltprobleme heute werden dadurch gelöst, daß man der Wirtschaft die Führungsrolle vor der Politik überläßt.« Hier wird der Primat der Politik expressis verbis an die Wirtschaft übergeben. Daß dies de facto in vielen Bereichen längst vollzogen ist, sei dahin gestellt. Herr Weizsäcker hat kürzlich in einem Gesprächskreis in Berlin diese These noch einmal vorgetragen, und die Reaktion darauf war nicht so, wie sie eigentlich hätte sein müssen. Denn die gängige Demokratietheorie geht davon aus, daß die Macht in einer Gesellschaft von unten her legitimiert werden müsse. Wenn aber die Wirtschaft diese Macht des Politischen überschreitet, sie hinter sich läßt, dann wird damit deutlich gesagt: Wer die Macht hat, wird von dem bestimmt, der das Geld hat. Das ist eine fundamental antidemokratische Grundhaltung. Das ist die zentrale Aussage der neoliberalen Theorie.

Mit dieser Kurzbeschreibung will ich deutlich machen, was ich sowohl in der einen wie in der anderen o. g. Publikation vermisste: Es ist wichtig, die völlig neue gesellschaftliche Situation in Rechnung zu stellen und dann auf die Grundbedingungen, die Grundnormen zurückzugehen; denn erst das ermöglicht eine radikale Diskussion.

Ich möchte drei Schnittstellen anführen, von denen ich meine, daß sie diskutiert werden sollten, und die in den beiden Publikationen nicht entsprechend herausgehoben sind.

Die normative Trias, also die drei regulativen Grundideen des demokratischen Sozialismus Freiheit, Gleichheit und Solidarität, ist unter Bedingungen einer technologisierten Gesellschaft – nicht einer Industriegesellschaft, das hatten Marx und Engels getan – neu zu überdenken. Diese Normen sind neu zu definieren. Dabei scheint mir bisher – und unter den heutigen Bedingungen – nicht genügend berücksichtigt worden zu sein, daß die beiden Grundnormen Freiheit und Gleichheit letztlich einen Antagonismus darstellen: Freiheit und Gleichheit, zugleich gefordert, lassen sich nicht in Übereinstimmung bringen. Dafür gibt es in der sozialistischen Theoriediskussion genügend Beispiele. Damit würde die dritte Norm, nämlich Solidarität, ganz entscheidend werden, denn: Um die widersprüchliche Forderung nach gleichzeitiger Freiheit und Gleichheit human zu gestalten,

bedarf es der Revitalisierung des Solidaritätsgedankens. Wenn ich an die heutigen politisch-programmatischen Aussagen dieses Kriterium anlege, dann vermisse ich das sowohl bei den Äußerungen der Sozialdemokraten wie der PDS. So etwa beim Thema Biotechnologie, das eine völlig neue technologische Herausforderung ist, aber von den hier in Rede stehenden Autoren allein unter dem Aspekt »Standort Deutschland« und nicht mit Bezug auf eine vom demokratischen Sozialismus vorgegebene Perspektive diskutiert wird.

Zweite Schnittstelle. Die Industriegesellschaft war unstrittig eine Arbeitsgesellschaft insofern, als der Mensch, jeder Mensch, sich primär über den Arbeitsprozeß in die Gesellschaft einbrachte oder, anders ausgedrückt: Der Arbeitsprozeß war der eigentliche Vergesellschaftungsprozeß. Über den Arbeitsprozeß wurde der Mensch sozialisiert, und alle Sozialisationsinstanzen, die sich um diesen Vergesellschaftungsprozeß gekümmert haben, von der Familie über den Kindergarten, Schule, Hochschule, Berufsschule usw., waren genau daran orientiert, den Menschen für den Arbeitsprozeß fit zu machen. Das hatte in der Industriegesellschaft zweifellos eine hohe Berechtigung. Wenn wir aber heute übereinstimmend feststellen, daß diese Arbeitsgesellschaft mehr und mehr schrumpft, und die Situation des einzelnen wie auch seine Integration in die Gesellschaft sich nicht mehr nur über den Arbeitsprozeß, sondern auch über die nicht vom Arbeitsprozeß in Anspruch genommene Zeit vollzieht (ich weigere mich, diese als Freizeit zu sehen, weil schon der Begriff Freizeit eine Ableitung von Arbeitszeit ist), dann hat er viel mehr Lebenszeit zur Verfügung, für die er nicht vorbereitet wird, um sich in die Gesellschaft selbstverwirklichend einzubringen. Deshalb hat sich eine Theorie des demokratischen Sozialismus darauf zu konzentrieren, die neue Situation, die nicht mehr als Arbeitsgesellschaft wird definiert werden können (obwohl wir natürlich weiter werden arbeiten müssen), zu analysieren. Die Menschen werden im höheren Maße zu qualifizieren sein, um sich gesellschaftlich nützlich außerhalb des vom Arbeitsprozeß in Anspruch genommenen Zeitraums einzubringen. Heute werden zwar Arbeitskrisensituationen diskutiert, aber es wird nicht der Schritt zu einer Theorie, die nicht nur dem Arbeitsprozeß, sondern dem ganzen Lebensprozeß folgt, getan. Nur am Rande sei erwähnt, daß zum Beispiel die sogenannte Zukunftskommission von Sachsen und Bayern in diesem Zusammenhang die ehrenamtliche Tätigkeit entdeckt hat. Aber bei genauem Hinsehen werden Sie feststellen: Diese ehrenamtliche Tätigkeit ist die perfide neoliberale kostenlose oder kostengünstigere Ausbeutung derjenigen, die sich zur Verfügung stellen, weil der Arbeitsprozeß sie nicht voll ausfüllt. Auch da könnte, sollte, müßte eine Theorie des demokratischen Sozialismus Angebote zur Diskussion stellen.

Mein letzter Punkt ist etwas komplizierter. Die gesellschaftstheoretischen Analysen der Industriegesellschaft – nicht nur von Marx und Engels, sondern bis hin zu Max Weber, Schumpeter und anderen – gingen völlig zu Recht davon aus, daß die unsere Gesellschaften bewegenden Grundelemente Macht und Geld waren. Die theoretischen Überlegungen konzentrierten sich, ob von links oder von rechts kommend, darauf, eine Regulierung der Verteilung von Macht und Geld im Sinne der jeweiligen Theorie/Ideologie vorzunehmen.

Ich stelle nun die Hypothese auf, daß die Technologiegesellschaft inzwischen ein drittes Medium, ein drittes Grundelement entwickelt hat, ohne daß dies bisher in der Gesellschaft entsprechend diskutiert wird: das Medium »Wissen«. Macht, Geld und Wissen sind die drei entscheidenden Medien der heutigen Gesellschaft. In unseren Theorien sind Produktion und Verteilung von Macht und Geld gesellschaftstheoretisch geregelt. Aber nirgendwo ist geregelt, wie das inzwischen hochrangig gesellschaftlich wichtige Medium »Wissen« entsprechend produziert und verteilt wird.

Das scheinen mir drei Schnittpunkte zu sein, an die unsere Debatte anknüpfen sollte.

Darüber will ich mit Uli Schöler diskutieren.

Mein Diskussionsangebot an ihn ist, die heutige neue Situation noch weiter zu hinterfragen. Wenn er für sich in Anspruch nimmt, seiner Untersuchung die historisch-dialektische Methode zugrunde gelegt zu haben, dann sage ich: Dieser liegt immer ein ganzheitliches Denken zugrunde. Marx zerstückelte seine Theorie nicht in Segmente, sie war eine gesamtgesellschaftliche Analyse, das ist der Kernbestandteil seiner Methode. Uli Schöler parzelliert diese in fünf Bestandteile und sagt an verschiedenen Stellen, diese ließen sich nicht miteinander verbinden. Meine Auffassung ist: Sie lassen sich sehr wohl verbinden, wenn sie – auch die gesellschaftlichen Interessen! – weiter hinterfragt werden. Das ist notwendig für eine theoretisch weiterführende Diskussion.

Aus der Reihe SCHRIFTEN
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Schriften 1

Zur Programmatik der Partei des
Demokratischen Sozialismus.

Ein Kommentar

ISBN 3-320-01932-5, Berlin 1997, 39,80 DM

Schriften 2

ReformAlternativen. Sozial-ökologisch-zivil

ISBN 3-320-01981-3, Berlin 2000, 39,80 DM

Schriften 3

Albert Scharenberg (Hrsg.):

Berlin: Global City oder Konkursmasse.

Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Mauerfall

ISBN 3-320-02012-9, 157 S., 29,80 DM

Schriften 4

Michael Brie, Rudolf Woderich (Hrsg.)

PDS im Parteiensystem

ISBN 3-320-02014-5, 264 S., 29,80 DM

Außerdem können Sie bestellen:

Hermann Raum: Bildende Kunst in der DDR.

Werke-Tendenzen-Bleibendes. Edition ost, Berlin 2000,

ISBN 3-8979-000-5, 320 S., 128 DM

Bestelladresse: Rosa-Luxemburg-Stiftung,
z.H. Marion Schüttrumpf, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Tel. 030 29 78 11 27

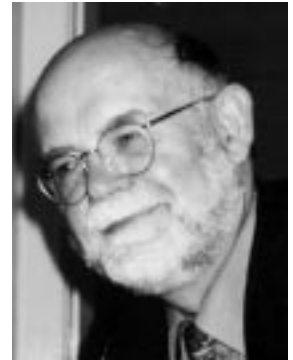
RICHARD SAAGE

Zwischen Innovation und Regression. Zu Ernest Callenbachs »Ökoptopia«. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahr 1999

I.

In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg schienen die utopischen Energien der westlichen Zivilisation erschöpft zu sein. Statt weltimmanente Alternativen zu sich selbst zu entwickeln, beherrschten entweder die »schwarzen« Utopien in der Nachfolge Samjatin, Huxleys oder Orwells die kulturelle Szene. Oder der Zeitgeist kristallisierte sich in Szenarien einer »Post-Histoire«, die die wissenschaftlich-technische Zivilisation mit ihren sozio-technischen »Superstrukturen« und ihrem dicht gefügten Netzwerk eherner »Sachzwänge« zu einer Gesellschaftsformation ohne Alternative stilisierte.¹ Gegenüber solchen, den gesellschaftlichen Status quo zementierenden »Technischen Staaten« nahmen vereinzelte positive Utopien wie Skinners Walden Two oder Huxleys Eiland bestenfalls die Rolle von Außenseitern ein. Diese Situation sollte sich in den siebziger Jahren verändern. Nicht zufällig setzte eine Rückbesinnung auf das utopische Denken in den Vereinigten Staaten ein. Wie in keinem anderen Land der Welt kontrastierten hier innenpolitische Reformversprechen, die von der Gewährung voller Bürgerrechte an die schwarze Bevölkerung über die Vision einer »New Frontier« bis hin zur sozialreformerischen Konzeption der »Great Society« reichten, mit dem gleichzeitigen Verfall urbaner Zentren und der militärischen Intervention der Vereinigten Staaten in Vietnam. Diese Spannung entlud sich in Krisenstimmungen und gewaltsamen Aktionen gegen den Staat, die zur Einäscherung ganzer Stadtviertel führte.

Es kam aber in den siebziger Jahren noch ein weiteres Krisensymptom hinzu: Von den Vereinigten Staaten, insbesondere von ihrer Westküste, ausgehend, beschäftigte zum ersten Mal die Ökologiekrise das Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten. »Vor allem aus den Kreisen der Gegenkultur wurde vehemente Kritik an der nach ihrem Dafürhalten kulturdeterminierenden Judeo-Christian tradition laut, die verantwortlich gemacht wurde für die Ausprägung eines Lebensstils, welcher zwar materielles Wohlergehen sicherstellte, aber gleichzeitig eine intellektuelle Verarmung bedeutete und die rücksichtslose Ausbeutung der Natur mit sich brachte. (...) Mit der Publizität der Hippibewegung, ihrem Schrei nach flower power und dem immer wieder artikulierten und oft genug auch praktizierten Wunsch, im Einklang mit der Natur zu leben, erhielt die seit Beginn der sechziger Jahre ohnehin an Umfang gewinnende Ökologiebewegung weitere Unterstützung. Je mehr die Auseinandersetzung mit »Natur« die Diskussionen in der Öffentlichkeit zu beeinflussen



Richard Saage – Jg. 1941, Politikwissenschaftler, Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Foto: privat.

Zitiert wurde nach folgender Edition: Ernest Callenbach: Ökoptopia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahr 1999. Aus dem Amerikanischen von Ursula Clemeur und Reinhard Merker, Berlin 1984. Die Callenbach-Zitate, im Text durch arabische Ziffern in runden Klammern gekennzeichnet, sind mit den entsprechenden Passagen folgender amerikanischer Edition verglichen worden: Ernest Callenbach: Ecotopia. The Notebooks and Reports of William Weston, New York 1982.

1 Vgl. hierzu exemplarisch Helmut Schelsky: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln und Opladen 1961.

2 Gert Fehlner: Literarische Utopien als Reflexion und Kritik amerikanischer Wirklichkeit. Ausgewählte Beispiele seit den 60er Jahren, Meiningen 1989, S. 126f.

3 Ernest Callenbach: Erfahrungen mit Ökoptopia, in: Rüdiger Lutz (Hrsg.): Pläne für eine menschliche Zukunft, Weinheim und Basel 1988, S. 95.

4 A.a.O., S. 95f.

5 A.a.O., S. 99.

6 Die folgenden Angaben stützen sich auf ein Fax Callenbachs v. 2.3.92 mit Angaben zu seiner Biographie und seinem literarischen Werk.

7 Fehlner: Literarische Utopien (Anm.2), S. 72.

8 Zur Biographie Callenbachs vgl. Art. Callenbach, Ernest, in: Twentieth-Century Science-Fiction Writers, Second Edition. Ed. Curtis C. Smith, Chicago and London 1986, p. 114f.; Who's Who in America 1966/87, Vol. 1, p. 422; Art. Callenbach, Ernest, in: Contemporary Authors. New Revision Series, Vol. 21, Detroit 1987, p. 76f; Art.

begann und je intensiver man sich damit beschäftigte, desto stärker wurde die Vermutung, daß die ökologischen Probleme nur Ausdruck eines tiefverwurzelten Mißstands in der Psyche der Menschen seien. Die spezifische Interpretation des Auftrags der Bibel an die Menschen, artikuliert in Genesis I, 28, sich die Erde untertan zu machen, stellten danach jenes strukturelle Grundübel dar«.²

Niemand hat diesen Krisenstimmungen, aber auch den aus ihnen hervorgegangenen Hoffnungen und Alternativen prägnanteren Ausdruck verliehen als Ernest Callenbach in seinem 1975 erschienenen utopischen Roman Ökoptopia. Der Autor selbst hat darauf hingewiesen, in welchem Maße sein Entwurf einer alternativen Gesellschaft Ausfluß jener Gegenkultur ist, die – sich vom »offiziellen Amerika« distanzierend – einen radikalen Neubeginn in Form eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft forderte. »Der Roman entstand nicht allein in meinem Kopf, sondern war völlig abhängig von dem, was um mich herum hier in Kalifornien geschah. Ich möchte sogar sagen, daß ›Ökoptopia‹ nur von jemand geschrieben werden konnte, der speziell hier in der San Francisco Bay Area lebt. Hier gibt es den ›Sierra Club‹, ›The Friends of the Earth‹ und viele andere ökologische Initiativen, die zu diesem Zeitpunkt anderswo gar nicht denkbar gewesen wären. Das politische Klima und das wissenschaftliche Umfeld hier in Berkely brachten mich auch erst auf solche Gedanken«.³

Andere Inspirationsquellen dieses Romans sind nach Aussagen des Autors insbesondere die japanische Architektur und Kunst sowie die Kultur der Ureinwohner Amerikas, der Indianer. Während jene ihn lehrten, »die ›Qualitäten Einfachheit, Eleganz und Materialsparlichkeit als Alternative zu unserer westlichen, amerikanischen Wegwerf- und Verschwendungswirtschaft zu erkennen«⁴, öffneten ihm diese die Augen für die religiöse Dimension der ökologischen Idee als Alternative zum christlichen Imperativ der Naturunterwerfung durch die Menschen.⁵

Das aus diesen Motiven resultierende Szenario einer ökologisch verträglichen Gesellschaft hatte es schwer, publiziert zu werden: Als Callenbach seinen Roman 1974 den führenden Verlagshäusern in New York anbot, wurde es abgelehnt. Erst nachdem das Buch, im Selbstverlag publiziert, zu einem »Untergrund-Klassiker« avancierte, brachte der Bentam-Verlag eine Taschenbuchausgabe heraus; seitdem wird es, so der Autor, nicht nur als Schulbuch von Florida bis Washington gelesen.⁶ In neun Sprachen – darunter ins Japanische – übersetzt, wurden darüber hinaus bis Anfang der neunziger Jahre 600 000 Exemplare verkauft. In ihrer Gründungsphase von den »Grünen« in Deutschland heiß diskutiert, kennzeichnete das Magazin »Time« Ökoptopia als »einen bemerkenswert vorausschauenden Umwelt-Klassiker«. Von Schriftstellern wie Ralph Nader und Fritjof Capra gelobt, hat Ökoptopia insbesondere an der amerikanischen Westküste große Beachtung gefunden »und sogar einem ganzen Landstrich den informellen Namen ›Ecotopia‹ gegeben«.⁷ Wer ist dieser Autor⁸, der mit seinem »Entwurf einer positiven Alternative« den »resignativen Stimmungen«, die 1974 in den Vereinigten Staaten vorherrschten, »eine konkrete Hoffnung entgegenzusetzen« (125) suchte?

Am 3. April 1928 als Sohn von Ernest William Callenbach und seiner Frau Margret Wabel, geb. Miller, in Williamsport, USA, geboren, wuchs er im ländlichen Mittel-Pennsylvania auf, wo er, nach eigenem Bekunden, »Hühner, Truthähne und Schweine züchtete«. Er besuchte die Universität von Chicago, wo er 1953 seine Studien mit dem M.A.- Grad abschloß. 1954 zog er nach Kalifornien. Hier war er von 1955 bis 1991 bei der University of California Press tätig, und zwar als Gründer und Herausgeber der international renommierten Zeitschrift *Film Quarterly* sowie als Herausgeber von Film-Büchern, naturgeschichtlichen Einführungen sowie anderer Werke. Seit dem 19. Mai 1987 mit Christine Leefeldt verheiratet, mit der er zwei Kinder hat, lebt er in Berkeley. 1991 hat er offenbar seine Beschäftigung bei der California Press aufgegeben, um sich nun ganz dem Schreiben zu widmen. Daneben hält er Vorträge über ökologische Probleme auf der ganzen Welt. Bis Anfang der neunziger Jahre trat Callenbach als Autor oder Mitautor von insgesamt neun Büchern und etwa 500 Artikeln, Film-Besprechungen und Buchrezensionen in führenden amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften hervor. Daneben lehrte er an der San Francisco State University (*Osteuropäischer Film*, 1965), an der University of California, Berkeley (*Einführung in den Film*, 1966) sowie an der San Francisco State University (*Film-Theorie und Kritik*, 1967).

Es ist nicht übertrieben, wenn man alle diese Aktivitäten Callenbachs auf ein Zentrum zurückführt: nämlich die Vision einer ökologisch mit sich selbst ins Reine gekommenen Zukunft, wie er sie in *Ökoptopia* beschrieben hat. Er selber hat sich über die literarische Qualität seines Hauptwerks keine Illusionen gemacht. Das schwache Echo in der literaturwissenschaftlichen Kritik kommentierte er treffend mit den Worten: »Viele Literaturkritiker glauben, (...) daß der Geist eines Schriftstellers ›subtil (fine) genug (sein sollte), um nicht durch Ideen beschädigt zu werden«. Ich nehme einen mehr pragmatischen Standpunkt ein, aber dies stößt Leute ab, die vorwiegend an ›feiner‹ Literatur interessiert zu sein meinen: mein Werk schreckt sie ab, weil es ihnen zu prägnant ist.«⁹ Tatsächlich ist Callenbachs Buch zwanglos insofern dem Genre des utopischen Romans zuzuordnen, als es ihm nicht in erster Linie um »große Literatur« geht. Sein Ziel ist vielmehr, über eine von jedermann nachvollziehbare Rahmenhandlung die Idee einer fiktiven Gesellschaftsformation zu vermitteln, die den gesellschaftlichen Fehlentwicklungen der eigenen Gegenwart als Alternative gegenübersteht.

Siedelte Aldous Huxley sein ökologisches Gemeinwesen auf der Insel Pala in der Nähe Sumatras an, so verlegt Callenbach es in eines der Zentren der westlichen Zivilisation, nämlich in die nord-amerikanischen Bundestaaten Washington, Oregon und Nordkalifornien, die sich von den Vereinigten Staaten abgespalten haben. In diesen Staat *Ökoptopia* reist der 36jährige New Yorker Journalist William Weston. »Trotz militärischer Aktionen Washingtons hat man während der folgenden zwanzig Jahre die politische Unabhängigkeit bewahren können. Während der Held von E. Bellamys zentralistischer, militärisch-betriebswirtschaftlich organisierter Utopie *Looking Backward* (1888) im Jahr 2000 erwacht, läßt Callenbach seinen Ich-Erzähler im Auftrag der ›Time-Post‹ und des Weißen

Ernest Callenbach, in: *Kindlers Neues Literatur Lexikon*, Bd. 3, 1989, S. 519-521.

9 Zit. n. Fehlner, *Literarische Utopien* (Anm. 2), S. 124.

Hauses die Grenze bezeichnenderweise im Jahr 1999 überschreiten, um offensichtlich gerade noch rechtzeitig über das alternative Experiment zu berichten. Weston legt seine Eindrücke und Erfahrungen in fünfzig chronologisch angeordneten kapitelartigen Abschnitten nieder: persönliche Tagebucheintragungen und für die amerikanische Öffentlichkeit gedachte Zeitungsreportagen alternieren miteinander. Diese Doppelung (...) zeigt einen zwischen der unwirklichen Welt New Yorks bzw. der gemeinamerikanischen Arbeits- und Wettbewerbsideologie einerseits und dem neuen Lebensgefühl andererseits, zwischen Vorurteil und Enthusiasmus, offizieller öffentlicher Meinung und emotionaler Hingabe an das Neue schwankenden Weston«. ¹⁰

10 Kindlers Neues Literatur Lexikon, Bd. 3, 1989, S. 520.

11 Jost Hermand: Möglichkeiten alternativen Zusammenlebens. Ernest Callenbachs *Ecotopia* (1975), in: Literarische Utopien von Morus bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Klaus L. Berghahn und Hans Ulrich Seeber, 2. Auflage, Königstein/Ts. 1983, S. 262.

12 So Somay, zit. n. Heinz Tschachler: Despotism Reason in Arcadia? Ernest Callenbach's Ecological Utopias, in: Science-Fiction Studies, Vol.11 (1984), p. 305.

Gegen diese Romankonzeption ist vor allem zweierlei eingewandt worden. Ein Kritiker warf ihr vor, das Wertesystem, das sie propagiere, unterscheide sich nicht von den »Glücksvorstellungen innerhalb jener liberalistisch eingestellten Kreise, aus denen Callenbach stammt und an die er sich hauptsächlich zu wenden scheint«. ¹¹ Insofern bestehe das Defizit der utopischen Gegenwart Callenbachs gerade darin, daß sie nicht utopisch genug ist, um die Gegenwart zu transzendieren. Diese Kritik übersieht, daß selbst die Hippi-Kultur Elemente enthalten kann, die in ihrem postmateriellen Zuschnitt das herrschende Normensystem in Frage zu stellen und Alternativen aufzuzeigen vermögen. Wenn Callenbach sie zum dominanten Wertesystem seines utopischen Konstrukt erhebt, wiederholt er nur das, was andere utopische Autoren vor ihm auch getan haben, die in aller Regel Exponenten einer randständigen, oft verfolgten Minorität waren. Ein anderer Kritiker bemängelt, Callenbachs Roman habe sich zu wenig vom klassischen utopischen Paradigma befreit. Er bringe ein statisches Konstrukt hervor, das den utopischen Horizont der Epoche gleichsam einfriere: Hervorgegangen aus der kollektiven Imagination einer Gegenkultur, sei »Ökoptopia« eingeschlossen in einem rigiden utopischen Raum, der sich als die »Endlösung« verstehe. ¹²

Wie ich meine, haben beide Interpretationsvarianten den Nachteil, daß sie Ökoptopia vorwiegend auf Bekanntes zurückführen: sei es, daß dieses Konstrukt wissenssoziologisch reduziert wird; sei es, daß es aus der Perspektive von Poppers *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* gelesen wird. Demgegenüber soll im folgenden versucht werden, Ökoptopia in der klassischen Utopietradition zu verorten, und zwar mit dem Ziel, sowohl die Kontinuität als auch die innovativen Differenzen aufzuzeigen. Erst auf diesem Hintergrund ist es sinnvoll, das entscheidende Problem aufzuwerfen, ob und inwiefern Callenbachs Konstrukt hinter die Standards der westlichen Zivilisation zurückfällt.

II.

Callenbach hält sich an das Muster der klassischen Utopietradition, wenn er der idealen Republik Ökoptopia eine Diagnose der kritikwürdigen Verhältnisse des restlichen Amerika gegenüberstellt, aus denen der Ich-Erzähler kommt, als er sich anschickt, über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen Ökoptopias zu berichten. William Weston wird sich eigentlich erst in dem Maße,

wie er seine neuen Eindrücke reflektiert, des Klimas der Aggression der Menschen gegen ihresgleichen und gegen die Natur bewußt, das ihn selber geprägt hat. Aus New York anreisend, gehört zu seiner Standardausrüstung ein altgedienter 45er Revolver mit Halfter. Er hinterlegt ihn bei einem Grenzposten während seines Grenzübertritts, nachdem dieser ihm versicherte, in Ökoptopia seien bei Tag und Nacht alle Straßen völlig sicher (11f.). Auch hat der Ich-Erzähler Mühe, sich an die Stille in San Francisco zu gewöhnen. »Offenbar setzt sie meinem New Yorker Paranoia-Mechanismus zu«, bekennt er, »der es gewohnt ist, auf Hupen, Kreischen, Summen, Krachen und Klopfen zu reagieren, ganz zu schweigen von einem Schuß oder von einem Schrei« (41).

Vor allem läßt dieses Klima aktueller und latenter Gewaltbereitschaft und Konkurrenz Aggressionen entstehen, die die natürliche Um- und Lebenswelt bedrohen. Einmal ist der Ich-Erzähler den Tränen nahe, weil seine Kinder, die er zurückgelassen hat, »ein Leben leben, das schließlich gefährlich ist und immer gefährlicher wird. Nicht nur wegen der Kriminalität und der verrückten Leute um sie herum, sondern weil abzusehen ist, daß Smog und Chemikalien noch unsere Kindeskinde vergiften werden. Oder hat man in New York und Tokio vor, eine Mutantenrasse zu züchten, die Kohlenmonoxyd atmen kann?« (107). Überhaupt wird ihm immer mehr die amerikanische Nationalphilosophie suspekt: »Ständiger Fortschritt! Die Früchte der Industrialisierung für alle! Steigendes Bruttosozialprodukt!« (9). Im Rahmen dieser Ideologie werde bereits als große Entlastung gefeiert, wenn infolge der Umweltverschmutzung und -zerstörung »bei uns (...) die Zahl der Todesfälle von einem Maximum von 75 000 Toten pro Jahr auf 30.000 abgesunken« (ebd.) ist. An anderer Stelle klagt der Ich-Erzähler die Amerikaner und ihre Technologie an, bei der Ausrottung der Wale und anderer Säugetiere eine führende Rolle gespielt zu haben. Dieser nicht umkehrbare Prozeß sei erschreckend, »und einen großen Teil der Verantwortung dafür tragen wir. Tausende von wunderbaren Geschöpfen, die einst diese Erde bevölkerten, sind nun unwiederbringlich aus dem Universum verschwunden. Unser rücksichtsloses Wachstum war ihr Untergang. Die Erdbevölkerung hat inzwischen ein Gewicht, das vierzigmal so hoch ist wie das aller wild lebenden Säugetiere zusammengenommen!« (95).

Wie läßt sich das utopische Ideal kennzeichnen, das Callenbach diesem Szenario beschädigter zwischenmenschlicher Beziehungen und der zunehmenden Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen gegenüberstellt? Es steht außer Frage, daß er den normativen Sollwert seiner utopischen Republik Ökoptopia in einem entscheidenden Punkt von der klassischen Tradition absetzt: Ihm geht es nicht mehr allein um die Harmonie der gesellschaftlichen Gruppen und der Individuen im Umgang miteinander; vielmehr verlagert er die Voraussetzungen einer befriedeten Gesellschaft in die Ökologie. Das Ideal, das den Ausgleich und die Versöhnung der Bedürfnisse der Menschen mit denen der Natur¹³ anstrebt, nennt er »das Konzept des stabilen Gleichgewichts« (31). Unter seinem Primat steht das gesamte Leben in Ökoptopia. Praktisch verpflichtet es die Gesellschaft, alle Abfälle der konsumierten Güter wieder in den natürlichen

13 Zu Callenbachs Naturbegriff vgl. Uwe Böker: Naturbegriff, ökologisches Bewußtsein und utopisches Denken: Zum Verständnis von E. Callenbachs ›Ecotopia‹, in: *Utopian Thought in American Literature*. Ed. by Arno Heller u.a., Tübingen 1988, S. 69-84.

Kreislauf zurückzuschleusen (44). Im Grunde genommen ist dieser »Sollwert« dann erreicht, wenn die gesamte gesellschaftliche Reproduktion, allen voran die Menschen selbst, in den biologischen Kreislauf reintegriert ist. Dieses sich selbst reproduzierende natürliche System wird als eine Wiese in der Sonne beschrieben. »Vieles verändert sich – die Pflanzen wachsen und welken, Bakterien zersetzen sie, die Mäuse fressen die Samenkörner, die Habichte fressen die Mäuse, einige Bäume wachsen in die Höhe und werfen Schatten auf die Halme, die Wiese selbst erhält ihr natürliches Gleichgewicht – sofern nicht der Mensch kommt und es stört« (ebd.).

14 Vgl. B.F. Skinner: *Walden Two*. With a new Introduction by the Author, 2. Auflage, New York, London 1976.

15 Aldous Huxley: *Island*, London 1988.

16 Richard Marius: *Thomas Morus. Eine Biographie*. Aus dem Amerikanischen von Ute Mäurer, Zürich 1987, S. 215.

17 A.a.O., S. 216.

In weitaus radikalerem Maße als in Skinners *Walden Two*¹⁴ und noch pointierter und umfassender als in Huxleys *Island*¹⁵ wird in Callenbachs *Ökoptopia* die Stadtplanung und die Architektur diesem ökologischen Ideal angepaßt. So gesehen, gehört Callenbach wohl zu den Utopisten, die am dezidiertesten über das von Morus geprägte Muster der utopischen Stadt hinausgehen. Wie Morus selbst sind die Utopier Stadtmenschen, denen jeder Sinn für die Schönheiten der Natur abgeht. »Steht ihnen ein Wald im Wege, so holzen die Bewohner von Utopia ihn vollständig ab – Verbotten jenes Tages, an dem die furchterregenden Kräfte der Natur gezähmt und so ausgebeutet werden, wie es der moderne Mensch für vorteilhaft erachtet«.¹⁶ Auch Morus' Stadtplanung läßt ein instrumentales Verhältnis zur Natur erkennen. »Bei Morus wie bei vielen seiner Zeitgenossen«, schreibt der amerikanische Historiker Marius, »schimmert ein Erscheinungsbild der Stadt durch, das für uns im Zeitalter der gigantischen Technik alltäglich geworden ist. Dieses Muster wurde jedoch der Natur durch den menschlichen Geist aufgezwungen und hat mit der Natur selbst wenig zu tun«.¹⁷

Ganz anders das Muster der Siedlungsweise in »Ökoptopia«: Es ist ohne Zweifel die Antithese zu Morus' Stadtplanung in seiner Utopia. Die Stadt im alten Sinne gehört der Vergangenheit an. San Francisco ist vollständig renaturalisiert. Neben seiner Hauptstraße gurgeln Wasserfälle und plätschern Kanäle, »die von Felsen, Bäumen, Bambus und Farnkräutern gesäumt werden. Es scheint dort sogar Elritzen zu geben« (19). Die noch vorhandenen Städte hat man in sogenannte »Nachbarschaften« oder Gemeinden aufgefächert. Ihre Straßen sind fast ebenso schmal und gewunden wie in mittelalterlichen Städten. Es ist klar, daß bezinbetriebene Autos auf ihnen nicht mehr verkehren. Selbst die Baumaterialien tragen ökologischen Gesichtspunkten Rechnung: Die Häuser sind zumeist aus Holz errichtet, eine Maßnahme, der freilich ein entsprechendes Aufforstungsprogramm entspricht. Im übrigen kennt Ökoptopia keine Star-Architekten mehr. Die Leute entwerfen und bauen die Häuser für ihre Wohngemeinschaften und Betriebe selbst, »und zwar mit einem erstaunlichen Sachverstand und viel Phantasie, wobei sie sich häufig auf standardisierte Entwürfe und Baumaterialien stützen, die inzwischen praktisch den Charakter einer Volksarchitektur angenommen haben« (179). Die Frage, was aus den alten Städten wird, wenn diese neuen Kleinstädte einmal fertiggestellt sind, ist rasch zu beantworten. »Man wird sie nach und nach abreißen, nur ein paar Viertel sollen als eine Art Freilichtmuseum erhalten bleiben (als Zeugnisse unserer ›barbarischen Vergangenheit‹...). Auf dem jetzigen Stadt-

gebiet wird man dann Weiden, Wälder, Obstplantagen oder Gärten anlegen« (39).

III.

Die Frage ist nun, welche Wirtschaftsform Callenbach in Ökotopia diesem ökologischen Ideal zuordnet. Vorwegnehmend läßt sich sagen, daß sein Modell durchaus in der utopischen Tradition verankert ist, wenn er für eine Variante der »gebremsten Ökonomie« optiert, die fest in den Eigentumsverhältnissen Ökotopias verankert ist. Zwar garantiert das Gemeinwesen den Bewohnern dieser utopischen Republik den persönliche Besitz, den sie eher geringschätzen. Anders stellt sich die Situation aber hinsichtlich der privaten Verfügung über die Produktions- und Arbeitsmittel sowie über Grund und Boden zu wirtschaftlichen Zwecken dar. In Ökotopia geht man von dem Grundsatz aus, daß diejenigen, die in einem Betrieb arbeiten, auch dessen Eigentümer sind. Sie orientieren sich an einigen französischen Betrieben, die in den späten sechziger Jahren von den Arbeitern übernommen wurden, aber auch an einer Reihe von Aktiengesellschaften in den USA, »die auf ganz legalem Weg schrittweise in den Besitz der Belegschaft übergegangen waren« (125). Wenn also ein Ökopianer Mitarbeiter eines Unternehmens wird, »so geschieht das auf der gleichen Basis wie in den USA der Eintritt in eine Geschäftsleitung« (123).

Daneben ist aber auch von selbständigen Handwerkern die Rede, deren Expansionsmöglichkeiten als Unternehmer jedoch begrenzt sind. Sie unterliegen wie die anderen Produktionsunternehmen einer tiefgreifenden Körperschaftssteuer, »die teils auf der Grundlage der Nettoeinnahmen, teils aber auch nach dem Umsatz beziehungsweise den Bruttoeinnahmen« errechnet« wird (123). Offenbar wirkt diese Steuer so, daß es in Ökotopia angeblich keine Privatleute gibt, »die sich persönlich bereichern können, weil sie über Produktionsmittel verfügen und die Arbeitskraft anderer Menschen kaufen« (124). Ähnliches trifft zu für den privaten Besitz an Grund und Boden. Er ist zwar erlaubt, aber in seiner wirtschaftlichen Nutzung begrenzt. So wurde der gesamte Grundbesitz entlang der Küste gesetzlich enteignet und zu Wasserparks erklärt (50). Auch die verstaatlichte beziehungsweise kommunalisierte Landwirtschaft wird nach demselben Prinzip betrieben, wie die »Arbeiterkontrollen« in der Industrie (61).

Bei einer solchen Dominanz des Gemeineigentums überrascht es auf den ersten Blick, wenn es heißt: »Ökopianische Unternehmen arbeiten im allgemeinen ganz ähnlich wie kapitalistische Unternehmen: sie konkurrieren miteinander; versuchen ihre Verkaufsziffern zu erhöhen und die Profite zu steigern« (125). Auch die Distribution erfolgt auf der Grundlage des Geldverkehrs entweder in kommunalen Grundbedarfsläden oder in sogenannten freien Geschäften. Allerdings wird die entscheidende Differenz zur »reinen« Marktwirtschaft dann deutlich, wenn man die Rahmenbedingungen berücksichtigt, unter denen in Ökotopia gewirtschaftet werden muß. So unterliegen die Unternehmen einer Vielzahl ökologischer Vorschriften, die ihre Dispositionsfreiheit einschränken. Vor allem aber setzt die Tatsache, »daß eine Belegschaft wirklich gemeinschaftlich

über ihr Unternehmen verfügt (jedes Mitglied hat eine Stimme) (...) an sich schon dem Handlungsspielraum der Unternehmen gewisse Grenzen. Aus diesem Grund tendieren sie nicht zu einem schrankenlosen Wachstum: Die arbeitsfähige Maximalgröße einer Gemeinschaftsfirma liegt unter dreihundert Beschäftigten; jenseits dieser Grenze erstarrte sie zu einem bürokratischen, unbeweglichen Gebilde und verlöre ihre Rentabilität ebenso wie ihre Mitarbeiter, die sich, da für sie die Verhältnisse am Arbeitsplatz nicht selten wichtiger sind als ihre Löhne und Gewinne, eine Umgebung mit ansprechenderen Arbeitsbedingungen suchen würden. »Klein ist schön«, heißt es in Ökoptopia« (125).

Den aus dieser Absage an das ungehemmte ökonomische Effizienzdenken resultierenden Leistungsabfall gegenüber den kapitalistischen Betrieben des Auslandes nimmt man bewußt in Kauf. Außerdem steuert der Staat über die Nationalbank die Investitionen. Da die direkte Investition eines Unternehmers oder einer Einzelperson in ein anderes Unternehmen nicht erlaubt ist, können Überschüsse daher nur angelegt werden, wenn »man sie der Nationalbank zur Verfügung stellt, die ihrerseits Unternehmenskredite gewährt« (124). Doch worin besteht das spezifische Profil des ökotopianischen Wirtschaftssystems, wenn man es mit der Triade »Wissenschaft/Technik«, »Arbeit« sowie der »Struktur der zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisse« in der klassischen Utopietradition vergleicht?

Erstens: Die Technik als angewandte Naturwissenschaft stieg spätestens im 19. Jahrhundert mit der Industriellen Revolution zu dem Hoffnungsträger des utopischen Denkens auf, von dem man die Lösung aller Probleme des kollektiven Emanzipationsprojekts der Menschheit erwartete. In Callenbachs Ökoptopia tritt an die Stelle dieser Technik-Euphorie eine tiefgreifende Ernüchterung. Zwar wird die industrielle Technologie nicht pauschal abgelehnt. Doch herrscht Konsens darüber, daß die Menschheit nicht zur industriellen Produktion bestimmt sei, »wie man im 19. und 20. Jahrhundert geglaubt hatte, sondern dazu, einen bescheidenen Platz im geschlossenen, ausgewogenen Gewebe des organischen Lebens einzunehmen und dabei dieses Gewebe so wenig wie möglich zu stören« (60). So sind umweltzerstörende Industrien aus Ökoptopia verbannt. Die Regierung gestattet aus Gründen der Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung nicht einmal internationale Flüge über ihr Gebiet (11). Autos sind selbstverständlich von den Straßen Ökoptopias verschwunden. Sie werden ersetzt einerseits durch batteriegetriebene Busse mit einer Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h, die den Cable Cars San Franciscos ähneln (22). Lastwagen werden mit Elektromotoren betrieben, die nicht mehr als 25 km/h auf ebener Strecke leisten (37). Andererseits verfügt Ökoptopia im Fernverkehr über ein dichtes Netz von Magnetbahnen, die ohne Schadstoffemissionen, Rädergeratter und Lärm 360 km/h fahren (14). Auch machen sich die Ökotopianer die modernen Kommunikationstechniken sowie die Möglichkeiten der Energiegewinnung auf solarer und geothermaler Basis zunutze. Geschäfte und Politik werden in der Regel mit Hilfe eines Bildtelefons abgewickelt (53). Selbstverständlich ist die gesamte Wissenschaft Ökoptopias in den Dienst der Grundlagenforschung für

umweltfreundliche Technik gestellt. So steht die Pflanzenzucht auf hohem Niveau. »Spezielle Zweige der ozeanischen Forschung sind hochentwickelt; eine Forschungsabteilung auf See ist zum Beispiel seit Jahren damit beschäftigt, die ›Sprache‹ der Delphine und Wale zu entschlüsseln ... Es wird in der Forschung auch weiterhin aktiv nach Möglichkeiten gesucht, Sonne, Wind und Gezeiten für die Energiegewinnung nutzbar zu machen« (173).

Zweitens: Die Ökopianer brechen nicht nur mit der Arbeitsmoral der protestantischen Ethik als dem Fundament, auf dem Amerika errichtet worden ist (60); sie vollziehen auch eine konsequente Abkehr vom Arbeitsbegriff der klassischen Utopietradition, wie Morus ihn in seiner Utopia prägte. »Morus will, daß jeder arbeitet, daß niemand Zeit vergeudet, daß niemand müßig lebt«, schreibt Marius zu Recht. »Jeder arbeitet, jeder hat genug. In Utopia ist das Ergebnis der organisierten Arbeit so groß, daß niemand mehr als sechs Stunden am Tag zu arbeiten braucht. Die Bedürfnisse der Gesellschaft können auch ohne endlose Mühen befriedigt werden. Dann ist genug Zeit übrig für eine schöpferische Freizeit, in der jeder unablässig danach trachtet, sich selbst zu vervollkommen.«¹⁸ Zwar beträgt die Arbeitszeit in Ökotopia auch nur 20 Stunden in der Woche (28). Gleichwohl sind wichtige Unterschiede zum Arbeitsbegriff der klassischen Utopietradition nicht zu übersehen. Einerseits ist die rigore Arbeitspflicht, die sie vorsah, suspendiert und Müßiggang ausdrücklich erlaubt (20). Zugleich kann aber jeder arbeiten, der will, da das Problem der Arbeitslosigkeit als gelöst gilt. Von dem Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten machen die meisten Ökopianer Gebrauch, so daß es »keine nennenswerte Zahl von unfreiwillig Arbeitslosen gibt« (213). Andererseits wird die strikte Trennung zwischen organisierter Arbeit und Muße, wie sie in Morus Utopia besteht, außer Kraft gesetzt. Beide Sphären gehen ineinander über, so daß sich ihre gegenseitige Abgrenzung verwischt (213). Ferner wertete Morus im Vergleich zu Platons Politeia Arbeit zwar generell auf; aber innerhalb seiner Arbeitsutopie ist doch eine qualitative Differenz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit auszumachen: Nicht zufällig ist die politische Elite von allen manuellen Tätigkeiten im Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion entlastet. Mit dieser Tradition bricht Callenbach; die Ökopianer verpflichten zwar nicht jeden einzelnen – wie in Huxleys Island – täglich zwei Stunden körperlich zu arbeiten. Doch signifikant für die Aufwertung der körperlichen Arbeit ist, daß sich unter den Holz- und Farmarbeitern viele Intellektuelle befinden (212). Und schließlich ist die zur gesellschaftlichen Reproduktion notwendige Arbeit in Morus Utopia strikt etatistisch organisiert: Der einzelne hat sein Tagewerk innerhalb der Formen zu verrichten, die ihm der Staat vorschreibt. Bei Callenbach hingegen wird die Arbeit als Ausdruck persönlicher Individualität betrachtet: In dem Maße, wie er sich in sie persönlich einbringen kann, macht sie ihm auch Spaß. Das Ziel ist die Selbstverwaltung der Arbeit ohne einen Vorgesetzten: Schon die Kinder sollen lernen, den Arbeitsablauf zu diskutieren und gemeinsam festzulegen (157).

Drittens: In einer entscheidenden Hinsicht jedoch kehrt Callenbach zu den Anfängen des utopischen Denkens Morus' zurück: Die

18 A.a.O., S. 221.

Ökotoptianer lassen sich von der Maxime leiten, daß den Verzicht auf den Konsum materieller Güter akzeptieren muß, wer das künftige Überleben sichern will. »Dieses Überleben wurde zu einem fast religiösen Ziel erhoben – vielleicht in der Art früherer Heilslehren. Die Menschen sollten ihr Glück nicht in der Herrschaft über die Erde und ihre Lebewesen, sondern in einem Leben suchen, das sich in größtmöglicher Harmonie mit der Natur befindet« (60). Aus diesem Grund ist die Kleidung der Ökotoptianer schlicht und anspruchslos, wenn auch phantasievoll (16). Das Konsumgut par excellence, das Auto, haben die Ökotoptianer längst durch das Fahrrad ersetzt, das kostenlos jedermann zur Verfügung steht (20). Die landwirtschaftlichen Erträge werden drastisch gesenkt (28). Nicht weniger rigoros ist die Vielfalt der Warenhäuser eingeschränkt worden, um das industrielle Wachstum zu drosseln. »Bei vielen Artikeln des täglichen Bedarfs ist die Standardisierung auf die Spitze getrieben. Handtücher gibt es nur in einer Farbe, in Weiß – so daß die Leute selbst hübsche Muster einfärben müssen«: Sie verwenden dazu »zarte Naturfarben aus Pflanzen und Mineralien. Ökotoptianer »reisen im allgemeinen mit leichtem Gepäck«, obwohl jeder Haushalt natürlich komplett mit allen notwendigen Gegenständen ausgerüstet ist« (56). Morus sah die große Kompensation dieses Konsumverzichts in der Befriedigung der geistigen Interessen der Utopia; Callenbachs Ökotoptianer ersetzen den Warenkonsum durch das ungehemmte Ausleben ihrer Sexualität (42f).

IV.

Wie wirkt sich der Primat der Ökologie, der das Wirtschaftsleben beherrscht, auf das Regierungssystem aus? Zunächst erscheint interessant, daß auch in Callenbachs Ökoptopia das Gemeinwesen sein eigentliches Fundament in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern hat. In Ökoptopia ist parallel zum Bevölkerungsschwund, der durch die Vergabe empfängnisverhütender Mittel systematisch von der Regierung gefördert wird (86, 83), eine rasche Auflösung der Kleinfamilie zu beobachten. »Die Ökotoptianer sprechen zwar nach wie vor von »Familien«, meinen damit aber Wohngemeinschaften von fünf bis zwanzig Mitgliedern, die keineswegs immer miteinander verwandt sind. In vielen dieser Familien teilt man sich nicht nur die Versorgungs- und Haushaltspflichten, sondern auch die Kindererziehung« (87). Innerhalb dieser Großfamilien herrschen monogame Beziehungen vor (89). Allerdings ist die Liebesgemeinschaft zweier Menschen in ein Netz sozialer Kontakte eingebettet. »Das schützt uns vor einer Menge emotionaler Verirrungen«, heißt es, »besonders vor Eifersucht« (45, 111). Im Unterschied zu den Großfamilien früherer Zeiten, haben sich die Frauen vollständig von ihrer abhängigen Rolle befreit. Sie beherrschen zwar nicht die Männer; wohl aber tragen sie wie diese bei der Arbeit wie auch in den persönlichen Beziehungen gleichberechtigte Verantwortung. Die objektive Gleichstellung der Frau mit dem Mann schlägt sich nicht nur in der Politik nieder, sondern selbst bei der manuellen Arbeit: Frauen fällen Bäume, bedienen Traktoren, fahren große Diesel etc. (70).

Die klassische Utopietradition kontrollierte direkt oder indirekt die heterosexuellen Beziehungen vor allem mit dem Ziel, daß aus

ihnen ein »neuer Mensch« hervorgeht, der die Defizite des überwundenen Zeitalters abgestreift hat. Die Ökopianer propagieren zwar nicht explizit einen »neuen Menschen«; der Sache nach ist er aber permanent gegenwärtig. Eingebunden in seinen »Clan«, ruht er in sich selbst und trägt zugleich durch sein solidarisches Verhalten zum Wohl der Allgemeinheit bei. Den Erfordernissen der industriellen Zivilisation ist er gewachsen. Doch sein innerer Kompaß orientiert sich am Kreislauf der Natur; so trägt er in der Regel keine Armbanduhren, sondern achtet mehr auf den Sonnenauf- und -untergang oder auf die Gezeiten als auf die eigentliche Uhrzeit (41). Dieser »neue Mensch« ist ausschließlich geprägt von seiner sozialen Umgebung und der natürlichen Fortpflanzung. Eine genetische Planung lehnen die Ökopianer strikt ab. »Bekanntlich ist darüber in den USA leidenschaftlich diskutiert worden: über die Unterstützung der natürlichen Auslese durch Förderung oder Verbot der Fortpflanzung, über die ferne Möglichkeit, durch das »Klonen« von Genen eines Tages genetische Duplikate höherwertiger Individuen zu erzeugen und sogar über eine Veränderung der Genstrukturen selbst zur Züchtung einer Super-Menschen-Rasse zu gelangen. Aber kein ökotopianischer Wissenschaftler und kein Bürger ist bereit, über diese Dinge zu diskutieren, denen man mit großem Abscheu gegenübersteht« (89).

Bis ins 20. Jahrhundert hinein hatte das utopische Denken ein gebrochenes Verhältnis zur repräsentativen Parteiendemokratie des präsidentiellen und des parlamentarischen Typs, weil ihr Oligarchisierungstendenzen gegenüber dem Volk und ihren Mandatsträgern Inkompetenz und Korruption vorgeworfen wurden. Mit dieser Tradition bricht Callenbach. Das politische System der Ökopianer läßt sich charakterisieren als eine sozialstaatlich geprägte, föderalistische und stark dezentralisierte Mehrparteiendemokratie auf rechtsstaatlicher Basis. Das politische Leben wird vor allem geprägt von der Spannung zwischen der Regierungspartei, der sogenannten »Survival Party«, und der starken Oppositionspartei, der sogenannten »Progressive Party«. Aus der »Survival Party« geht Ökotropias Staatsoberhaupt hervor, das eine Frau ist. Überhaupt sind in der »Survival Party« Frauen tonangebend; sie haben bei der Konstituierung der Republik Ökotopia eine zentrale Rolle gespielt. Demgegenüber vertritt die führende Oppositionspartei weiterhin das, was die »Survival Party« als überholte männliche Tendenzen ansieht: Individualismus, Leistungsdenken und verwandte Einstellungen (113). Das Verdienst der »Survival Party«, allen voran Ökotropias Staatsoberhaupt Vera Alwin, besteht nicht zuletzt auch darin, ein neues Politikverständnis durchgesetzt zu haben: Es beruht auf der persönlichen Glaubwürdigkeit des Politikers und nicht auf der Macht der Institutionen und Bürokratien. Die politische Macht selbst ist von der Zentralregierung stark auf die Bundesländer und die Kommunen verlagert worden. Da ihr keine mächtige Steuereinzugszentrale zur Verfügung steht, muß sie sich bei den Ortsverwaltungen um ihre Mittel selbst bemühen. Der gewollte Effekt dieser Schwächung der Zentralgewalt besteht darin, »daß die ökotopianische Regierung (...) ihr Geld zumeist für allgemein anerkannte Zwecke verwendet, die allen Bürgern in absolut gleichem Maße zugute kommt« (126f.). So wird jedem einzelnen ein lebenslängliches Minimum an Lebensmit-

teln, Wohnung und ärztlicher Versorgung garantiert. Das Regierungshandeln selbst hat sich innerhalb rechtsstaatlicher Normen, deren Kernstück kodifizierte individuelle Grund- und Menschenrechte sind, abzuspielen, wie die Aufnahme der »Bill of Rights« in die Verfassung zeigt (115). Im übrigen sorgt eine Fernseh-Öffentlichkeit, deren Autonomie gegenüber Meinungsmonopolen gesetzlich gesichert ist, für äußerste Transparenz des politischen Willensbildungsprozesses: Permanent werden Hearings, Ausschußsitzungen und Debatten ausgestrahlt (148). Unerwähnt sollte nicht bleiben, daß sich die Ökotoptianer rühmen, »einen ausgezeichnet arbeitenden Geheimdienst zu besitzen« (153).

V.

Welchen Geltungsanspruch verbindet Callenbach mit seiner Ökotoptia-Utopie? Auf den ersten Blick scheint die Lokalisierung Ökotoptias auf das traditionelle Muster der Zeit-Utopie hinzuweisen, wie es um die Mitte des 18. Jahrhunderts von Morelly und Mercier begründet worden ist: Callenbach verlegt das utopische Gemeinwesen in das Jahr 1999. Doch erweist sich die Projektion Ökotoptias in die Zukunft als hinfällig: Bereits um 1979, also in der Gegenwart, beginnen sich die drei Staaten Oregon, Washington und Nord-Kalifornien von den USA zu lösen. Tatsächlich entspricht Ökotoptia allen formalen Kriterien einer Raum-Utopie, wie sie von Morus geprägt wurde. Die ökotoptianische Republik existiert nicht nur zeitgleich mit den kritikwürdigen Zuständen der Außenwelt, der sie als eine bessere ideale Alternative gegenübertritt. Auch die Isolation nach außen ist nahezu total: Ökotoptia grenzt sich durch eine hermetisch abgeschottete Grenze von den USA ab: »keine Telefonverbindung, Funkkontakt nur indirekt: Eine unheimliche Isolation, auf der die Ökotoptianer seit 20 Jahren bestehen!« (7), wie es heißt. Außerdem wird der Geltungsanspruch Ökotoptias an keiner Stelle geschichtsphilosophisch begründet. Daß es zur Loslösung von den USA kam, ist nicht Ausdruck einer historischen Notwendigkeit, sondern wird auf durchaus kontingente Faktoren zurückgeführt: das Geschick der Separatisten, Waffen aus Frankreich und der Tschechoslowakei einzuführen (62), eine das Vertrauen breiter Schichten der Bevölkerung in den ökonomischen Fortschritt untergrabende Wirtschaftskrise, die ständigen imperialistischen Kriege der USA, politische Skandale in Washington und nicht zuletzt die zunehmende Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen durch die Industrie (64).

Stützt die formale Struktur der Raum-Utopie als eines in sich geschlossenen und nach außen abgeschotteten Systems den Totalitarismus-Vorwurf, der gegen Callenbachs Roman erhoben worden ist? Diese Frage verweist auf den tiefen Zwiespalt, der durch Callenbachs Ökotoptia-Konzeption geht. Einerseits gewinnt sie ihre Überzeugungskraft durch den Versuch, das autonome Ich von den Sachzwängen der sozio-technischen Superstrukturen einer umweltzerstörenden Industrie zu befreien, und zwar unter Bedingungen, die durchaus den freiheitlichen Standards einer modernen »civil society« entsprechen. Das ökonomische Modell kennt eigenverantwortlich entscheidende Wirtschaftssubjekte ebenso wie eine am Markt orientierte Produktion. Die ökotoptianische Industrie setzt sich

an die Spitze des technischen Fortschritts, soweit er umweltverträglich ist. Das öffentliche Verkehrswesen, ebenfalls auf Hochtechnologie gegründet, garantiert jedem einzelnen ein Höchstmaß an Mobilität. Das politische System entspricht den Standards des Verfassungstyps »westliche Demokratie«. Basierend auf dem Repräsentationsprinzip und einer föderalistischen Struktur, sieht es eine präsidentiale Regierungsspitze ebenso vor wie Parteienkonkurrenz und kodifizierte individuelle Grund- und Menschenrechte.

Andererseits wird das »neue« Bewußtsein der Ökopianer auf ihre Unterwerfung unter das »stabile Gleichgewicht« zurückgeführt. »Ich bin ein Teil von Systemen«, heißt es. »Niemand, nicht einmal ich selbst kann mich aus diesem System als Einzelwesen herauslösen« (109). Berücksichtigt man ferner Callenbachs Option für ein naturreligiöses Ganzheitsdenken, dessen mystisch-antiindividualistische Stoßrichtung (100, 112, 192) unübersehbar ist, so wird klar, daß er die Sinnstiftung der menschlichen Existenz im Auslöschen des selbstreflexiven Ich sieht, das sich den »Kreislauf des Lebens« reintegriert. Dem entspricht Callenbachs Forderung nach einer ökologischen Ethik, die auf jeden Anthropozentrismus verzichtet. Doch wie soll individuelle Verantwortung im Umgang mit der Natur entstehen, wenn deren Ausgang nicht der freie Wille autonomer Individuen ist? Und wie soll die Sorge um die Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen stringent begründbar sein, wenn nicht mit der Sorge um die Zukunft unserer Nachkommen?

Aus der Reihe TEXTE der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 2

Frank Berg, Thomas

Koch: Politikwechsel in Mecklenburg Vorpommern?

Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate
nach ihrem Amtsantritt.

Berlin 2000, ISBN 3-320-02996-7, 135 S., 9,80 DM

Texte 3

Osterweiterung der Europäischen Union –
die soziale Dimension.

Internationale Konferenz, Berlin 16./17. Juni 2000

ISBN 3-320-02995-9, 172 S., 9,80 DM

Texte 4

Marc Temme: Mythos als Gesellschaftskritik:

Stefan Heyms »Ahasver«.

Berlin 2000, ISBN 3-320-02013-7, 117 S., 9,80 DM

Texte 5

Globalisierung und Geschlecht. Anforderungen an femini-
stische Perspektiven und Strategien.

Werkstattgespräch Berlin 21./22. Januar 2000

ISBN 3-320-02993-2, 127 S., 9,80 DM

Bestelladresse: Rosa-Luxemburg-Stiftung,
z.H. Marion Schütrumpf, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Tel. 030 29 78 11 27

KURT STERN

Französisches Tagebuch (1.9.1939 bis 19.12.1939)



Kurt Stern, 1943 in Mexiko.
Foto: privat.

Die Tagebuchaufzeichnungen von Kurt Stern (1907-1989) aus der Zeit des Beginns des Zweiten Weltkrieges werden hier erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Geschehnisse, um die es geht, liegen 61 Jahre zurück, und es wäre zu fragen, ob da – über das Bewegende des persönlichen Schicksals hinaus – tatsächlich noch Neues über historische Entwicklungen zu entdecken wäre? Die Aufzeichnungen geben eine deutliche Antwort. Kurt Stern, von den Nazis ins Exil getrieben, war gemeinsam mit seiner Frau Jeanne (1908-1998) von Frankreich aus nach Spanien gegangen, um sich dort im Bürgerkrieg (1936-39) den Verteidigern der Republik gegen Franco und dessen deutsche und italienische Verbündete anzuschließen, und erlebte nach der Niederlage der Republik nun die ersten Monate des Weltkrieges erneut in Frankreich – und in erneuter täglicher Unsicherheit über sein und Jeannes Schicksal. Seine Notate spiegeln eindringlich die für Menschen seines Schlages unauflösbare Verquickung des Nachdenkens darüber mit den quälenden Debatten über die politische Entwicklung insgesamt – hier insbesondere über das Verhalten der Sowjetunion und über die Möglichkeiten der Fortsetzung des antifaschistischen Widerstandes im in seiner Linie noch ganz unerkennbaren Frankreich. In ihrer Authentizität sind sie für die Zurückschauenden ein Lehrstück dafür, wie wichtig es ist, sich in der Beurteilung eines historischen Ereignisses immer wieder an dessen Beginn zu begeben – und es also nicht nur von seinem Ergebnis her (und von allen je nach Interessenlage der Herrschenden »unangenehmen« Wahrheiten »gereinigt«) zu betrachten. Wäre dies ein allgemein anerkanntes Prinzip vorurteilsfreier Geschichtsforschung, hätte der Kommunist und Antifaschist Kurt Stern in der DDR nicht nur die Veröffentlichung seiner gemeinsam mit Jeanne Stern geschriebenen Bücher (»Schauplatz Paris«, 1972) und Reportagen (»Reisfelder-Schlachtfelder«, 1967; »Bevor der Morgen graut – Vietnam zwischen Krieg und Sieg«, 1969) und die Verarbeitung mehrerer ebenfalls in gemeinsamer Arbeit entstandener Filmszenarien, sondern auch die Veröffentlichung seiner Tagebücher erleben können.

Verfaßt hat Kurt Stern sein Tagebuch in französischer Sprache. Die Aufzeichnungen vom 1. bis zum 5. September hat er später selbst ins Deutsche übersetzt, die Übersetzung alles Folgenden hat Nadine Steinitz, Tochter von Jeanne und Kurt Stern, in den Jahren 1999 und 2000 besorgt. Ihr schulden wir auch den Dank für die Abdruckgenehmigung.

Kürzungen haben wir mit [...] bezeichnet. Sie betreffen nicht Aussagen zur politischen Entwicklung, sondern Passagen zu persönlichen Dingen.
DIE REDAKTION

1.9.1939

Ca y est!: Hitler greift Polen an.

Nachmittags Spaziergang im Zentrum der Stadt. Großer Zustrom zum Bahnhof Saint-Lazare. Man verkauft Landkarten, man verkauft sie laut schreiend: »Das neue Mitteleuropa!« Die Personenzüge für Fernverkehr sind stillgelegt.

In den Straßen viele Autos mit dem ganzen Haushalt (einschließlich Matratzen) beladen. Leute mit Koffern. Viele Geschäfte geschlossen: »Geschlossen wegen Mobilisierung des Chefs und der Angestellten«. Man verkauft Taschenlampen. Die Leute drängen sich, um sie zu kaufen, wie sie sich um alles drängen, was ungewöhnlich ist oder zu sein scheint.

In der allgemeinen Atmosphäre spürt man das große Ereignis. Die Leute, die heiter sind, sind es mehr oder anders als gewöhnlich. Die meisten sind geschäftig und besorgt. Die Diskussionen sind von einem Ton des Fatalismus durchdrungen. Jeder sucht die äußerlich sichtbaren Zeichen der Lage. Die Tendenz herrscht vor, alles mit den Ereignissen in Beziehung zu bringen: Eine Frau weint; jeder meint, sie weine wegen des Kriegsausbruchs schlechthin oder wegen ihres mobilisierten Ehemannes; in Wirklichkeit hat sie ihre Handtasche verloren. Doch stimmt es schon, daß man viele Frauen weinen sieht – und wahrlich nicht wegen einer verlorenen Handtasche ...

Ein großes Plakat, auf dem ein dicker, glücklich und zufrieden vor seinem funkelneuen Landhaus sitzender Biedermann zu sehen ist, zeigt folgenden Reklame-Text: »Ein Traum, den die Lotterie Nationale verwirklicht hat«; eine Hand hat darunter geschrieben: »... und den Hitler zerstört hat«.

All das erlebe ich an einem Sommertag, bei herrlichem Wetter.

Das deutsche Reisebüro ist geschlossen; die Scheiben sind mit weißer Farbe überstrichen; ein Polizist bewacht es vor Menschenansammlungen, die es gar nicht gibt. Es ist nicht mehr wie im August 1914: diesmal keine Freude, keine Begeisterung, keine patriotischen Gesänge. Ebenso wenig übrigens wie in Berlin. Die militaristische, kriegerische, chauvinistische Erziehung durch den Faschismus hat unter den Massen weder die Angst noch den Abscheu vor dem Krieg einzudämmen vermocht. Man erklärt nicht mehr den Krieg, man beginnt ihn; und man begrüßt nicht mehr den Beginn, man läßt ihn über sich ergehen

Der französische Rundfunk strahlt fast allstündlich Sendungen in deutscher Sprache aus; man läßt die Bandaufnahme der Hitlerrede vom 27. September 1938 vernehmen: »Die Sudeten unsere letzte territoriale Forderung in Europa; nicht einen einzigen Tschechen wollen wir ... Kein Konflikt mehr möglich mit Polen, nie mehr! Für Polen ist ein Zugang zum Meer eine Lebensnotwendigkeit ...«

Was mögen die Deutschen denken, die diese Sendungen hören? Nach diesem Krieg – wenn es Krieg gibt – wird sich keine »Kriegsschuld«-Frage mehr stellen können.

Was werden die Sowjets tun???

1 Ein häufig gebrauchter Ausruf, wenn endlich eintritt, was man seit langem erhofft oder befürchtet hat.

2.9.1939

In Polen tobt der Kampf. Die ersten Kriegsberichte sind erschienen. Der letzte Krieg sowie der Spanien-Krieg sind noch zu gut in Erinnerung, als daß man die doch stets so triumphierend klingenden offiziellen Berichte nicht voller Skepsis aufnehmen würde.

In den Straßen tragen viele Leute Gasmasken auf der Schulter. Keine Autobusse mehr. [...]

Endlose Diskussionen über den deutsch-sowjetischen Pakt. Jeanne ist verzweifelt und mit ihren Nerven am Ende. (Sie soll im Falle eines Krieges die Zeitung verlassen!)

Frankreich und England sind immer noch nicht in den Krieg eingetreten. Sollte es ein letztes Zurückweichen vor Hitler sein? Das wäre das Ende.

Die Leute auf der Straße und in der U-Bahn sind seit gestern anders geworden; da ist nicht mehr die gleiche Bedrückung; schon scheint das Gesetz der Gewohnheit zu funktionieren. Den ganzen Tag über war wieder ein strahlendes, sehr warmes Wetter.

Der Haß gegen Hitler ist auf seinem Höhepunkt angelangt, viele Menschen kommen zu der Überzeugung, daß man Schluß machen muß mit Deutschland.

3.9.1939

Durch einen Zufall – als ich am Telefon Nachrichten hörte – erfuhr ich, daß sich England ab 11 Uhr im Kriegszustand gegen Deutschland befindet, weil es der französisch-britischen Forderung, die deutschen Truppen aus Polen zurückzuziehen, nicht nachgekommen ist.

Und Frankreich? Wenig später wird bekannt, daß die französische Frist um 17 Uhr abläuft. Also: Weltkrieg.

Es ist schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen: Wir sind im Krieg. Ich wage kaum zu sagen, daß mich diese Nachricht gewissermaßen beruhigt hat; denn wenn man Hitler auch jetzt hätte gewähren lassen, wenn man nach dem Angriff auf Polen wieder nachgegeben hätte, wäre Europa, ohne sich auch nur zu verteidigen, dem Untergang geweiht gewesen. Wenn ich auch nie auf den Gedanken gekommen war, vor diesem Krieg die Flucht zu ergreifen, vor diesem Frieden hätte ich es getan.

Zugleich mit dieser Beruhigung verspüre ich die furchtbare Tragödie, die begonnen hat. Es wird ein grausamer Krieg sein, dessen Dauer vor allem von dem Verhalten des deutschen Volkes abhängen wird.

»Wir lieben den Krieg«, haben die deutschen, italienischen und spanischen Faschisten lauthals verkündet. Sie werden es nicht mehr so laut proklamieren können. Die Schrecken und die Tragödie werden zu groß sein, als daß selbst die Diktatoren weiter seinen Wert und seine Schönheit zu preisen vermögen werden.

So befindet man sich wieder in diesem widernatürlichen Zustand, in dem Menschen Freudentränen vergießen, wenn sie erfahren, daß es gelungen ist, Tausende von Menschen zu töten. Je größer die Zahl der Getöteten sein wird, desto größer wird die Freude sein ...

Und dennoch muß man ihn führen, diesen Krieg; man muß ihn führen, obwohl man ihn haßt; denn angesichts der gegenwärtigen

Weltsituation gäbe es nur eins, was schlimmer wäre als dieser Krieg: nämlich »dieser« Friede.

Nachmittags mit Jeanne bei Freunden. Lange Diskussion: Soll man sich freiwillig zum Kriegsdienst verpflichten? Ich glaube, man soll, und ich halte nichts von diesem Gegenargument: Kaderschutz. Gewiß, wenn es die Möglichkeit gäbe, etwas Nützlicheres zu tun, wertvollere Dienste zu leisten, als an der Front zu kämpfen, umso besser; doch das wird es so bald nicht geben. Und besser, an der Front zu kämpfen, als nichts zu tun.

Dann diskutiert man zum x-ten Mal über den deutsch-sowjetischen Pakt. Die Position seiner Fürsprecher ist äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich, denn ihr einziges Argument ist ein Versprechen für die Zukunft. Und selbst in der Zukunft wird es nicht leicht sein, den ganzen moralischen und politischen Schaden wiedergutzumachen, den dieser Pakt in der Gegenwart angerichtet hat.

4.9.1939

Zweiter Kriegstag. Wie klein und verloren fühlt man sich, sobald diese große Maschinerie alles andere zu beherrschen anfängt! Die Selbstsichersten, die Entschlossensten, die Unabhängigen spüren und zeigen sogar, daß es da etwas gibt, was größer und stärker ist als sie. Keiner ist mehr frei in seinen Entscheidungen, am wenigsten die Emigranten, die nicht einmal wissen, ob sie in der Maschinerie zugelassen werden.

Noch weiß man nichts über die militärischen Operationen; nicht einmal, ob sie überhaupt schon angefangen haben.

Die englischen Flugzeuge haben damit begonnen, 6 Millionen Flugblätter auf deutschem Territorium abzuwerfen. Sehr geschickte Flugblätter. Es ist erfreulich festzustellen, daß man sich gleich am ersten Tage und in dieser guten Art daran macht: gegen Hitler und nicht gegen das deutsche Volk. Ein englischer Dampfer mit 1.400 Passagieren wurde versenkt. Die Amerikaner werden nicht gerade begeistert sein.

Abends mit Theo und Ruth. Immer und überall das gleiche Diskussionsthema: »der Pakt« ... Am Ende des Tages noch immer nichts über militärische Operationen. Nur der Krieg zur See scheint begonnen zu haben. In Polen rücken die Deutschen vor und verkünden, den Korridor durchbrochen zu haben.

Morgen will ich mich freiwillig melden; alle Argumente dagegen scheinen mir unvertretbar. Wir, die wir Menschen dazu antreiben, in den Fragen und Konflikten unserer Zeit aktiv Stellung zu beziehen, wir können in dem entscheidendsten und direktesten Konflikt der Gegenwart nicht passiv bleiben; und wir wollen es nicht.

Gewiß, man kann und man muß überlegen, welches die beste Art des Handelns wäre; aber da man uns wohl kaum die Wahl lassen wird, ist es besser, sofort zu handeln. Passiv zu bleiben, bis man uns die Möglichkeit gibt, unserem Gutdünken gemäß zu handeln, schließt das Risiko ein, schlechthin passiv zu bleiben. Nein, es ist nicht nur eine Frage der Vernunft.

Denn selbst die Vernunft und die politische Überlegung fordern oft, wenn nicht immer, die Berücksichtigung des gefühlsmäßigen und moralischen Urteils.

5.9.1939

In der Nacht gab es den ersten Fliegeralarm. Generalprobe? Wahrscheinlich. Der Sirenen-Lärm ist scheußlich; der Lärm der Explosionen wird noch scheußlicher sein. Der Alarm hat mehr als drei Stunden gedauert. Wir sind nicht in den Keller gegangen; wir haben uns wieder hingelegt und haben geschlafen, bis wir von den Sirenen, die das Alarm-Ende verkündeten, wieder geweckt wurden.

Bald wird dies zum normalen Leben gehören. Jetzt notiere ich es nur, weil es das erste Mal ist ... seit Spanien. Übrigens verkündet die spanische Regierung, sie werde neutral bleiben; nun, es gibt verschiedene Arten von Neutralität ... Das »Wohlwollen« dieser Neutralität wird nicht eben uns gelten.

Eine Stunde nach dem Aufstehen erfahren wir, daß die deutschen Emigranten in verschiedene Konzentrationslager gehen müssen; ich muß nach Colombes (bei Paris). Was für eine abscheuliche Geschichte! Ich muß mich also dahin begeben, wo sich der ganze Emigrations-Mischmasch mit den »Auslands-Deutschen« (meist Nazis) zusammenfinden wird. Gewiß, man wird auch Freunde treffen. Auf alle Fälle wird es Nichtstun in einer eher unangenehmen Gesellschaft bedeuten.

Es ist traurig und bedrückend, nicht für das gehalten und angenommen zu werden, was man ist. Hoffentlich wird man unter einer so heterogenen Menge wie die, die nach Colombes strömen wird, die erforderlichen Differenzierungen zu machen wissen. Ich wünsche mir nur, daß man mich nicht für allzu lange zum Nichtstun zwingt.

Besuch bei O. mit Jeanne. Letzter Austausch von Ratschlägen und Meinungen. Nach den Besorgungen für die Abreise (Jeanne ist reizend und ... traurig) kommt der Abschied auf dem Bahnhof Saint-Lazare, ergreifender, kurzer Abschied ...

Im überfüllten Zug sehen wir (Ober und ich) schon sehr viele Deutsche. In Colombes angekommen, leert sich der Zug. Eine beträchtliche Menschenmenge erreicht den Ausgang und strebt in dieselbe Richtung: zum Stadion, wo die Sammlung der Deutschen stattfindet.

Ich hatte mich nicht geirrt. Dies ist eine sehr heterogene Masse, jetzt erst nimmt man wirklich wahr, was die deutsche Emigration in Frankreich ist. Die Mehrheit Juden, mehr oder weniger unpolitisch; eine gewisse Anzahl Abenteurer und eher zwielichtige Elemente. Außerdem die Minderheit der politischen Flüchtlinge aller Tendenzen und Nuancen. Wie viele »Deutsche im Ausland« gibt es, das heißt mehr oder weniger getarnte Nazis? Dies ist noch schwer abzuschätzen. [...]

Kurz darauf begegnen wir einer Menschenmenge, die vom Stadion zurückströmt und uns mitteilt, daß der Andrang derart ist, daß es unmöglich ist, alle heute aufzunehmen, und daß man ihnen gesagt hat, sie sollen in zwei bis drei Tagen wiederkommen. Zunächst sind wir bestrebt, unseren Weg ins Stadion fortzusetzen, aber immer mehr zurückkehrende Freunde sagen uns, es sei verlorene Zeit. Wir kehren also nach Paris zurück, glücklich, noch einen Tag vor dem Leben im Konzentrationslager zu gewinnen.

Vor dem Bahnhof von Colombes treffe ich viele Bekannte. Niemand weiß, was sie mit uns vorhaben; es sind natürlich eine Menge

Gerüchte im Umlauf, jeder hat etwas gehört. Das einzige ernsthafte Gerücht (und ich hoffe es stimmt) ist, daß man uns die Frage stellen wird: Konzentrationslager oder Armee? Meine Wahl steht fest.

Wieder in Paris, fahre ich erst einmal zu »l'Ordre«, Jeanne ist schon weg. Ich sehe sie eine Stunde später, zu Hause; welche Freude, sich wiederzusehen, nach nur wenigen Stunden einer Trennung, die viel länger dauern sollte ... [...]

6.9.1939

Neuer nächtlicher Alarm; dieses Mal von fernem Bombenlärm begleitet.

Am Vormittag hört man die Luftabwehr; kurz darauf neuer Alarm, sin consecuencia ... [...]

Am Abend trifft mich ein harter Schlag: Beim Abendessen in der Quetsch sagt mir Jeanne, man wird uns in Colombes vor die Alternative stellen: Konzentrationslager oder Fremdenlegion!

Schlechte Nachrichten von der polnischen Front; fast nichts über die französisch-deutsche. Das lakonische Mysterium der Communiqués läßt allmählich allen Annahmen freien Lauf. Sollte es noch die Gefahr eines für Hitler siegreichen Friedens geben, wenn er erst mal Polen ausradiert hat?

7.9.1939

Ab jetzt im Stadion von Colombes.

Frühmorgens Abfahrt von Montrouge. Eine traurige Abfahrt! Bei allem, was wir auf unserer Fahrt nach Colombes anschauen, fragen wir uns: bis wann? Einige Meter vor dem Eingang ins Stadion stellen wir noch einmal unsere Koffer ab: Noch sind wir freie Menschen. Wenige Minuten später ist es vorbei: Die Tore schließen sich hinter uns. Zu Hunderten warten wir in der Sonne, von Soldaten umgeben. Niemand weiß etwas von dem, was uns erwartet: trotzdem erzählt jeder, was er »gehört« hat. Das verbreitetste Phänomen im Lagerleben: die »Enten«. Was einer vermutet, erzählt der nächste einem Dritten als Fakt, dieser Fakt kursiert, hundertmal entstellt, durch das ganze Lager. [...]

Deprimierend ist die Passivität, zu der wir in einem entscheidenden Moment verurteilt sind. Deprimierend die Ungewißheit und die Ohnmacht, in denen man sich befindet. Wir wissen nicht, was man mit uns machen wird, und nicht, wann das sein wird; wir haben keine Möglichkeit, es zu erfahren oder irgend etwas zu tun, um die Situation zu verändern. Deprimierend dieses Umfeld von fragwürdigen, unsympathischen, dummen, einfalllosen, servilen Leuten, denn sie sind in der Mehrheit. Deprimierend vor allem, wie Gefangene und nicht wie Freunde behandelt zu werden. Deprimierend auch die komplette Isolierung gegen die Außenwelt. Keine Zeitungen, keine Briefe, keinerlei Nachrichten. Diejenigen, die die erbittertsten Gegner des deutschen Faschismus sind, die, die bereit sind, gegen Hitler zu kämpfen, die, die seit Jahren auf den Moment gewartet haben, wo der direkte und offene Kampf beginnen wird: Ausgerechnet die sind in Colombes, werden wie Kriminelle behandelt, ohne zu wissen, was außerhalb der Einfriedung, in der sie vegetieren, passiert.

Mangels Informationen, werden die »Enten« täglich phantastischer: Wir fahren morgen in die Provinz. Wir werden nach Hause zurück geschickt. Es wird eine Tabakzuteilung geben. Saarbrücken ist besetzt. Tausende von idiotischen und widersprüchlichen Gerüchten! Die Pffiffigsten erzählen die unwahrscheinlichsten Geschichten. Die Freunde treffen sich fünfzig Mal am Tag auf den »Champs Élysées« (die Piste), und jede Begegnung beginnt mit: Ich habe gehört; es heißt ...; der Soundso hat gesagt ... Noch unerträglicher als die Enten sind manchmal Bemerkungen und Gespräche, die man hört. Welch ein Niveau! Welche Platitüden! Welche Servilität! Und man ist genötigt, sich das alles anzuhören, weil man gezwungen ist mit Leuten, mit denen man keinerlei Gemeinsamkeiten hat, zusammenzuleben. Manchmal kommt es vor, daß eine Zeitung, die ein Neuankömmling mitbringt, uns einige Informationen liefert. So erfahren wir vom raschen Vormarsch der Hitlertruppen in Polen. Am 10. stehen sie vor Warschau. Die Polen sollen immer noch die sowjetische Hilfe ablehnen?

Während der Zeit passiert nichts Wichtiges an der französisch-deutschen Front. Aber alle Deklarationen der englischen Regierung, die französische und britische Presse versichern, daß der Krieg fortgesetzt wird, solange Hitler an der Macht bleibt. Eine viel diskutierte These: Wenn Polen gänzlich erdrückt werden sollte, werden Frankreich und England mit Deutschland im Kriegszustand bleiben, ohne große Offensiven zu unternehmen, aber sie werden die Blockade aufrecht erhalten; Hitler könnte sich nicht lange halten und würde gezwungen sein, das Territorium eines neutralen Landes zu mißbrauchen. Dann erst würde der Krieg auf dem Territorium eines anderen Landes beginnen, und unter schlechteren internationalen Bedingungen für Hitler. Das ist die These. Nach 15 Tagen Krieg erscheint sie mir recht plausibel. [...]

13.9.1939

[...] In »l'Œuvre« von heute wird verkündet, daß die »Iswestija« Deutschland offen als Aggressor Polens und schuldig an diesem Krieg bezeichnet hat!! Interessante Information, die die Möglichkeit einer späteren Intervention der UdSSR vermuten läßt. Auf alle Fälle kann diese Stellungnahme gegebenenfalls eine sowjetische Intervention erleichtern.

Zur gleichen Zeit hat die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten gestern die kommunistischen Mitglieder von ihrer gestrigen Zusammenkunft ausgeschlossen ...

In Łódź sind die Juden in Panik. Es gibt in Lodz das größte Ghetto Europas, mit 200.000 Juden, die seit einigen Tagen unter der Herrschaft der deutschen »Minderheit« der Stadt leben ...

14.9.1939

Die Informationen des Tages, die keine »Enten« zu sein scheinen:

1. Łódź ist von den polnischen Kräften zurückerobert worden.
2. In Frankreich lebende Deutsche im Alter von 49 bis 66 Jahren müssen sich in Sammellager geben.
3. In den deutschen Konsulaten neutraler Länder soll ein Anschlag jüdischen und anderen Ärzten die Restitution all ihrer Rechte und

Besitztümer versprechen, falls sie nach Deutschland zurückkehren, um in der Etappe zu dienen. Um diese drei Neuigkeiten drehen sich hier im Lager alle Gespräche.

Kommentare zu 1.: allgemeiner, aber vorsichtiger Optimismus über die militärische Situation in Polen. Vergleiche mit der Marne.

Kommentare zu 2.: künftighin könnten theoretisch Sohn, Vater und Großvater sich im Lager wiederfinden. Im allgemeinen ist der Ton resigniert: anstatt die Maßnahmen gegen uns zu reduzieren, weitet man sie aus.

Kommentare zu 3.: Was für eine Charakterlosigkeit! Was für eine Schande! [...]

15.9.1939

[...] Abends drei große Nachrichten:

1. Die Österreicher, uns gegenüber, haben die Erlaubnis erhalten, eine Österreichische Legion zu gründen. Sie begrüßen die Nachricht mit der Marseillaise!

2. Paris-Soir teilt mit, daß die UdSSR Truppen vor der polnischen Grenze konzentriert, um sich mit Deutschland Polen zu teilen, sobald Warschau eingenommen sein wird. In dieser Form ist diese Nachricht (vom D.N.B.) sicher erlogen. Es scheint mir durchaus möglich, wenn nicht gar wahrscheinlich, daß die UdSSR zum gegebenen Zeitpunkt vielleicht sogar sehr schnell reagieren wird. Aber ich halte es nicht für möglich, daß sie in stillschweigendem Einvernehmen mit Hitler handeln könnte.

Vor dem Einschlafen kündigt man uns »offiziell« die Abreise der ersten Gruppen im Laufe der Nacht an. So nähert sich unser Aufenthalt im Stadion von Colombes, erste Etappe einer harten Zeit, seinem Ende. [...]

16.9.1939

[...] Endlich kommen wir auf dem Güterbahnhof Paris-Ivry an. Ein langer Güterzug steht bereit und füllt sich rasch. Kurz vor vier setzt sich der Zug in Bewegung. Meine erste unfreiwillige Reise beginnt. Paris entfernt sich: Keiner von uns weiß, wann er diese Stadt wiedersehen wird.

Bei der Fahrt durch Dörfer kommt es öfters vor, daß sich eine Hand zu einer freundlichen Geste uns entgegen erhebt. Auch da sind es Leute, die nicht wissen, wer wir sind. Am Eingang eines kleinen Hauses schauen ein Mann und eine Frau zu uns; die Frau macht ein Zeichen, und der Mann macht eine Geste, die uns durch ihre Grausamkeit frappiert: Mit der Hand hebt er sein Holzbein uns entgegen. Wollte er uns zeigen, warum er hier geblieben ist? Oder wollte er uns zu verstehen geben, was uns erwartet? Ich glaube eher an die erste Variante.

Der Zug hält oft. Und manchmal passiert es, daß die Leute während dieser Pausen draußen erfahren, wer wir sind. Erste Gesten von Feindseligkeit und Verachtung werden uns entgegengeschleudert. Man macht es uns nicht leicht, Frankreich zu lieben, wenn man uns dieser ganzen Folge von Demütigungen aussetzt, die wir schon erlitten haben und die wir noch erfahren werden. [...]

17.9.1939

Ab jetzt im Internierungslager in Blois

[...] An unserem Gelände entlang führt eine Landstraße, wo sonntäglich gekleidete Spaziergänger (heute ist nämlich Sonntag) stehenbleiben und uns wie Tiere im Zoo betrachten. Ein paar Bengel übernehmen es, für uns ein paar kleine Einkäufe zu erledigen. Einer von ihnen will das Absenden eines Briefes übernehmen; daraufhin schreit ihn eine Frau, eine Kleinbürgerin, an: »Was machst Du da? Du arbeitest gegen Frankreich!« Eine kleine Unterhaltung mit der Frau entsteht daraus. Wir sagen: »Wir sind nicht Frankreichs Feinde.« Sie: »Ich weiß; ihr habt das Unglück, von einem Verbrecher wie Hitler regiert zu werden.« Später wird die Straße für Spaziergänger gesperrt. Aus etwas größerer Entfernung sehen wir dieselben Spaziergänger, die uns immer noch anschauen. Es ist der Sonntag einer Kleinstadt. Das Wetter ist schön geworden. [...]

Erste Gerüchte über den Einmarsch der Roten Armee in Polen. Wir wissen weder etwas Genaueres, noch etwas Sicheres. Was nicht die Kleinbürger und Gegner daran hindert, das Ereignis auf ihre Weise zu kommentieren.

Europa verwandelt sich, und wir wissen nichts davon. Wir sind Gefangene.

Abends im Zelt. 750 Männer. Die Atmosphäre im Zelt vor dem Einschlafen entspricht der Verschiedenartigkeit der Versammelten. Man glaubt sich mitten unter Gymnasiasten oder unter Verrückten. Das Rauschen der Stimmen ebbt wie Fluten auf und ab; nach dem Schweigen, das beim Hören einer Durchsage entsteht, breitet sich der Lärm wie in einer Hammelherde aus. Allmählich schwächt sich der Strom der geflüsterten Gespräche ab; es kommt vor, daß ein Witz, schallendes Gelächter, ein »komisches« Niesen die Stille durchbricht.

18.9.1939

Mein Geburtstag. Zum ersten Mal seit 12 Tagen warmes Essen. Ab heute zweimal am Tag Appell. Betrachtungen über militärische Disziplin, mit oder ohne Motivation. Die oberpreußischen Juden. Vergangene Nacht habe ich im Traum geschrien. Mein Traum über die Verwandlung von Jeanne. Brief an Jeanne.

19.9.1939

Man fragt: Wer geht in die Armee? Über 90% »Ja«. Die Begründungen für das »Nein«: die Zögernden (die Gazelle), die Abwägenden: »Man wird uns doch nicht an die Front schicken« – »Ich kann mich ruhig verpflichten; mit meiner Krankheit werde ich bei keiner Musterung genommen«. Diejenigen, die nur an die Beschlagnahme ihres Besitzes denken. Die ganze Fragerei nach den Verpflichtungen war wahrscheinlich nur ein Mittel, um die Meinungen kennenzulernen. Die Juden, die seit fünfzehn Tagen nur Brot gegessen haben. Die Juden, die an der Mauer ihr Gebet verrichten. Der latente Antisemitismus.

Die Gerüchte um den Eintritt der Russen in Polen präzisieren sich. Feindselige und überstürzte Reaktionen. Unsere Überlegungen, unsere Hypothesen, die immer mit der Bemerkung enden: Unmöglich,

irgend etwas zu sagen, bevor man ein Minimum an Informationen hat. Und wir wissen immer noch nichts! Jeden Tag ein außergewöhnliches Ereignis in Europa, ohne daß wir es erfahren! [...]

21.9.1939

[...] Information über die Besetzung der Ukraine durch die Rote Armee. Die Straße zum Balkan für Hitler versperrt. Die Diskussionen im Lager verändern ihren Ton: »Die UdSSR hat schon mehr gegen Hitler gemacht als die Demokratien«. [...] Erste Zeitungen werden im Lager verkauft. Man fängt wieder an, durch genauere Informationen etwas mehr an den Ereignissen teilzuhaben.

22.9.1939

[...] Zeitungen: Details über die Operationen der Roten Armee. Woroschilow soll am 30. September nach Berlin fahren. Wie soll man das verstehen? Colinescu ermordet.

Heute ist der Vortag zu Jom Kippur. 70 Fastende. Gottesdienst im kleinen Zelt im Schein von zwei Petroleumlampen.

Mein erster Abendbrotdienst.

23.9.1939

Nach dem Morgenappell kommt ein Offizier in Begleitung eines Zivilangestellten und verkündet die Alternative: fünf Jahre Fremdenlegion oder als Feind in ein Konzentrationslager. Diejenigen, die eine französische Frau oder französische Kinder haben, können sich für die Dauer des Krieges in die Legion verpflichten. [...]

Abends die Zeitungen: Die UdSSR erhält den Löwenanteil Polens, schafft strategische Grenzen zu den baltischen und den Balkanländern. Die deutschen Truppen müssen 150 km zurückweichen. [...]

24.9.1939

[...] Die Russen richten in den von der Roten Armee besetzten Gebieten Sowjets ein. Ist das die Expansion des Bolschewismus in Richtung Mitteleuropa? Werden die westlichen Demokratien nicht versuchen, aus Angst vor der »roten Gefahr« Frieden zu schließen?

27.9.1939

Ober telegraphiert an Jeanne, um eine Bürgschaft von Lahy zu bekommen. Ein wunderbares Paket von Jeanne. Die Zeitungen verkünden die Auflösung der Kommunistischen Partei.

Otto Wells ist tot. Artikel von Münzenberg gegen die UdSSR in der »Zukunft«. Man erwartet von Hitler eine »Friedensoffensive«.

Die Nacht ist sehr kalt. [...]

30.9.1939 Jeanne

Sie erzählt mir den Text des Deutsch-Sowjetischen Pakts mit dem Friedensvorschlag. Wir sind beide verständnislos.

2.10.1939

[...] Wichtige Rede von Churchill, der die sowjetische Aktion in Polen rechtfertigt; er spricht von Gemeinschaft der Interessen der UdSSR, Frankreichs und Englands.

Am Nachmittag essen Ober und ich Nüsse zu Cognac, an der Mauer. Abends, während wir auf die Alten aus Colombes warten, geht das Gerücht um, daß Hitler zurückgetreten sei, und Göring sein Nachfolger. Ich glaube nicht daran.

3.10.1939

Die Lektüre der Morgenzeitung beweist, daß der Rücktritt Hitlers eine kapitale Ente ist.

Diskussion mit Fritz R. über Hermann Duncker, der zu oft gezweifelt und gewankt habe! Ist es ein Verdienst, niemals gezweifelt zu haben? Ich stelle das in Abrede! Kann man denn nicht über die Richtigkeit einer Entscheidung des ZK zweifeln? Ist es nicht möglich, über einen ZK-Beschluß zu diskutieren? »Man muß genug Vertrauen haben«: Ich gehe da nicht mit. [...]

12.10.1939

Jetzt im Lager Villerbon

[...] Seit einigen Tagen sind die politischen Nachrichten nicht entscheidend. Nach der Rede Hitlers eine Rede von Daladier. Es ist mehr ein Krieg der Worte als ein Krieg der Kanonen. [...]

17.10.1939

[...] Die Verlobte von H. kommt und erzählt von Nachrichten über See-, Luft- und Bodenangriffe der Deutschen. Sollte das der Beginn der großangelegten Offensive sein, die seit einigen Tagen angekündigt wird? Es soll schon unter den Deutschen einige Tote geben, aber man weiß nicht, ob beträchtlich und um welchen Preis. [...]

18.10.1939

[...] Konferenz der Nordischen Länder wegen der finnisch-sowjetischen Frage. Neue deutsche Luftangriffe über Schottland. Zwei englische Schiffe wurden versenkt (vorgestern war es ein englischer Kreuzer von 29.000 Tonnen). Der Bodenangriff der Deutschen wurde nicht fortgesetzt. [...]

20.10.1939

Kurt Heymann, der Mann mit den 50 Tänzerinnen, erzählt vom Konzentrationslager Sachsenhausen, wohin er nach dem Pogrom vom November 1938 geschickt wurde. 15.000 Inhaftierte. Er beschreibt uns die moralischen und physischen Mißhandlungen. Er weiß von 300 Toten innerhalb von drei Wochen, in diesem einzigen Lager. In Blois, im Zelt, hat er unter den Alten drei Mitgefangene von Sachsenhausen getroffen. Von einem Lager ins andere! [...]

1.11.1939

[...] Umbildung der italienischen Regierung; unmittelbar bevorstehender Abschluß eines Freundschaftspaktes zwischen Rom und Athen. Rede von Molotow, der von Großbritannien als Aggressor spricht. Nach der Zeitung von heute früh soll er gesagt haben: »Deutschland hat alle Anstrengungen gemacht, um den Frieden zu sichern.« Ich verstehe überhaupt nichts, und solange ich nichts verstehe, gehe ich nicht mit. [...]

2.11.1939

[...] In den Zeitungen Kommentare zur Rede Molotows. Ich denke viel darüber nach und diskutiere darüber mit Ober. Nein, ich verstehe nicht, und ich sehe weiterhin in Hitler den Hauptfeind, dessen Sturz mehr zählt als alles andere. Und selbst wenn eine Welt für mich zusammenbricht: Ich kann nur dem folgen, was mir wahr und gerecht erscheint. [...]

9.11.1939

[...] Attentat im Bürgerbräukeller in München. Hitler war fünf Minuten vor der Explosion, die 8 Tote und 60 Verletzte gefordert hat, weggegangen. Man spricht von einer Manipulation der Gestapo. Ich glaube nicht daran; die Wirkung, die es in Deutschland und im Ausland gemacht hat, ist für die Nazis viel zu peinlich. Im Lager einmütige Reaktion: Schade, daß »Er« überlebt hat. [...]

10.11.1939

Großes Ereignis des Tages: Ein Telegramm vom 1. Büro des Kriegsministeriums »gestattet es den deutschen Staatsbürgern, sich bis zum Ende des Krieges in die Fremdenlegion zu verpflichten«. Bis morgen muß eine Liste aufgestellt werden von denen, die sich verpflichten wollen.

Große Diskussionen den ganzen Tag über; eine Ente jagt die andere. Künstliche Auslegungen; juristische Spitzfindigkeiten; die Leute schwanken zwischen zwei Ängsten: vor der Legion und vor den Folgen einer Ablehnung. Schließlich findet man eine Formel, die so wenig wie möglich verpflichtet, indem man die Liste betitelt als: »Liste der Männer, die sich für die Dauer des Krieges verpflichten wollen«, ohne zu präzisieren, daß es eine Verpflichtung für die Legion ist, und indem man einen Brief beifügt, der bekundet, daß die Unterzeichneten davon ausgehen, daß sie die gleichen Rechte wie die französischen Soldaten haben werden. Da es keine Möglichkeit gibt, die große Mehrheit daran zu hindern, sich einzuschreiben, ist es besser, den Wert der Liste durch einen möglichst allgemeinen Sinn der Verpflichtung abzuschwächen. So geschieht es auch: Fast alle schreiben sich ein.

Die Hitlersche Bedrohung gegen Holland und Belgien wird deutlicher. Große deutsche Truppenkonzentrationen an den holländischen und belgischen Grenzen.

Langer Brief an Jeanne; ich warte bis Sonntag, um ihn abzuschicken: Das wird schneller gehen.

Meine Demission und Wiederwahl als Heizungsminister. [...]

11.11.1939

Jahrestag des Waffenstillstandes. Das Lager von Villerbon legt einen Kranz am Monument für die Toten des Krieges nieder.

Eine »Ente« über den Einmarsch der deutschen Truppen in Holland wird sehr bald durch die Rundfunknachrichten widerlegt, die ich im Tabakladen höre. Aber der Angriff scheint unmittelbar bevorzustehen. Die Holländer haben begonnen, ihr Territorium zu überschwemmen. Die Belgier haben 60.000 Männer mobilisiert. Geht der Krieg jetzt richtig los?

Als Folge des Attentats von München scheint sich der Terror in Deutschland zu verstärken. Man spricht von neuen Pogromen und massiven Verhaftungen. Eine andere scheinbar offizielle Information kündigt die Deportation deutscher, österreichischer, tschechischer Juden nach Polen an. Was wird aus meinen Eltern werden? Ich befürchte, sie nicht wiederzusehen ... [...]

16.11.1939

Man gibt bekannt, daß man von den 1500, die sich in die berühmte Liste der Freiwilligen für die Dauer des Krieges eingetragen haben, nur 500 Männer braucht; es werden zuallererst die »Männer von Französinen« und die Väter französischer Kinder angenommen, sowie alle im Alter zwischen 20 und 40. Sollte es jetzt ernst werden? [...]

18.11.1939

[...] Die Sache ist ziemlich einfach und kann mit wenigen Worten formuliert werden: bis auf wenige Ausnahmen, die überwiegend die Männer über 40 betreffen, bleibt im Prinzip überhaupt keine Chance, entlassen zu werden; die Alternative ist klar: Fremdenlegion für die Dauer des Krieges oder Konzentrationslager. Nur eine offizielle Anforderung kann daran etwas ändern. Die Frage stellt sich noch, ob dies die endgültige »Lösung« ist.

Morgen wird Jeanne kommen. Ich werde mit ihr über die Aspekte der Frage sprechen können, um für mich zu einer Entscheidung zu kommen. [...]

21.11.1939

Kalter, stiller Tag. Es ist Winter.

Für uns ein entscheidender Tag: Die Kommission ist da. Alles, was man macht, was man denkt, was man sagt, wird immer mal unterbrochen durch die Nachrichten, die vom Kirchplatz ankommen; dort, im Büro des Leutnants, tagt die Kommission. [...]

Ich werde abgelehnt, wegen meines Leistenbruches sowie dem Mißverhältnis zwischen meinem Gewicht und meiner Länge. [...] Etwa die Hälfte der Vorgestellten wird für untauglich erklärt. [...]

24.11.1939

[...] Die Alliierten haben Repressalien gegen den Minenkrieg angekündigt, der mit Erfolg von den Hitlerianern geführt wird; die Repressalien werden sich gegen die deutschen Exporte richten; mal sehen, mit welchem Ergebnis. [...]

27.11.1939

[...] Neue Erfolge des Minenkrieges. Zwei englische Schiffe (14.000 und 16.000 Tonnen) wurden versenkt. Zwischenfall an der finnisch-sowjetischen Grenze. Ein sowjetisches Ultimatum soll den Rückzug der finnischen Truppen 25 km von der Grenze fordern. [...]

29.11.1939

[...] Die UdSSR hat den finnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt gekündigt. Die Spannungen werden kritisch.

Die »Tauglichen« werden übermorgen zur ärztlichen Visite nach Blois gebracht. Sie werden einen Vertrag unterzeichnen müssen zur Verpflichtung in der Fremdenlegion für die Dauer des Krieges; besondere Bedingungen sind nicht erwähnt. Sobald sie unterschrieben haben, bekommen sie eine Beurlaubung für 48 Stunden. [...]

30.11.1939

Große Neuigkeit des Tages: Die Sowjets haben Finnland angegriffen. Abends, im Bistro, erfahren wir die Nachricht durch das Radio. [...]

9.12.1939

Gestern abend hatte ich wieder eine Diskussion mit Ober, bis drei Uhr morgens. Vor dem Kamin – das Feuer ging nach und nach aus. Wir sprachen über die sowjetische Politik, über die Bombardierung von Helsinki, über angewandte Methoden und verletzte Prinzipien. Ist Machiavellismus gegen machiavellistische Gegner erlaubt oder gar notwendig? Heiligt der Zweck die Mittel? Dann wären nur die Mittel verboten, die nicht ans Ziel führen. Gibt es nicht von seiten der Russen eine Veränderung der Taktik, um die Realisierung ihrer Prinzipien zu erzielen? Oder gibt es eine Verletzung ihrer Prinzipien selbst? Wie schwer wiegt der moralische und propagandistische Faktor? Kann er Positionen der Militärstrategie kompensieren? Sicher kann er das; das ist sozusagen nur ein arithmetisches Problem. Sind ein Regime oder eine Idee, die, um zu siegen, ihre eigenen Prinzipien verletzen, zum Untergang verurteilt? Die Geschichte scheint das Gegenteil zu beweisen. Vergleich mit dem Katholizismus und mit der Französischen Revolution. Aber gibt es überhaupt von seiten der Sowjets eine Verletzung von Prinzipien? [...]

Sonntag, 10.12.1939

[...] Jeanne wird kommenden Sonntag nicht kommen, aber sie entschließt sich, bis morgen zu bleiben. [...]

Wir sprechen über die Ereignisse. Nach der sowjetischen Aggression gegen Finnland scheinen sich die Tendenzen zu einer Weltkoalition gegen die UdSSR zu verstärken. Wird man es schaffen, die widersprüchlichen imperialistischen Interessen zwischen Deutschland, Frankreich und England zu glätten, um gemeinsam gegen die UdSSR vorzugehen? Der Volkswiderstand gegen einen antisowjetischen Krieg wäre nicht mehr das, was er vor einigen Monaten gewesen wäre. Hat die UdSSR recht gehabt, als sie auf die Interessenkonflikte zwischen imperialistischen Mächten spekuliert hat? Wenn sich die Weltkoalition realisiert, haben sich die Sowjets vielleicht geirrt; oder hätten sie diese Möglichkeit in ihre Berechnungen einbezogen? Die wunderbare Ruhe und Einsamkeit des Abends geben einem das Gefühl, zu Hause zu sein. Das Bett ist hart, aber die Nacht ist sanft.

11.12.1939

[...] Die Vorstellung der »Tauglichen« beim Conseil de Revision in Blois gehen weiter, im Rhythmus von zwei Dutzend pro Tag; fast alle werden angenommen. [...] Hauptsorge: Noch einmal seine Frau

sehen. Eine Ausgangserlaubnis für Blois wird ihnen für den Besuch der Frauen versprochen. Vor einiger Zeit hatte man von einer Ausgangserlaubnis für Paris, vor der Abfahrt nach Sathoney, gesprochen. Davon ist nicht mehr die Rede. [...]

Der Völkerbund hat sich versammelt. Wird er die UdSSR ausschließen? Hitler soll in Genf den Frieden im Westen propagieren, damit sich alle gegen den Feind Nr. 1, den Bolschewismus, richten. Wird es ihm gelingen? Nach den Zeitungsmeldungen zu urteilen, sollen die sowjetischen Fortschritte in Finnland minimal, ihre Verluste hoch sein. [...]

12.12.1939

[...] Die Vorstellung der Legionäre geht weiter; fast alle sind »tauglich«; Bouché ist es auch.

Nachmittags große Aufregung: Alle Ausgänge nach Blois sind ausgesetzt! Viele Kameraden hatten ihre Frauen benachrichtigt, sofort zu kommen. Man verspricht 5 Tage Urlaub von Sathoney aus, vor der Abfahrt nach Afrika. (Urlauber, die aus anderen Lagern nach Blois gekommen waren, sollen Klagen der Bevölkerung von Blois hervorgerufen haben). Proteste, Empörung, Entmutigung, Skepsis. Niemand glaubt mehr an die »offiziell« versprochenen 5 Tage Ausgang. Sie fühlen sich betrogen und ohnmächtig. Die Gruppenchefs und Lagerchefs (?) wollen sich einschalten, um die Rückgängigmachung der Urlaubsaussetzung zu erreichen: nichts zu machen; man wird den Frauen der »Legionäre« erlauben, nach Villerbon zu kommen und 24 Stunden dort zu bleiben. [...]

Der Völkerbund sendet an die UdSSR ein Ultimatum: Waffenstillstand und finnisch-sowjetische Verhandlungen unter Schirmherrschaft des Völkerbundes.

Die Industrie in Elsaß-Lothringen wird wieder funktionieren. Erwartet man, oder vielmehr bereitet man den Frieden mit Hitler vor, wenn man die Fabriken einige Kilometer vor der Front wieder in Gang setzt? [...]

14./15.12.1939

[...] Unsere Situation scheint sich aufzuklären: Es wird eine neue ärztliche Untersuchung geben für alle, die untauglich erklärt wurden bei der oberflächlichen Visite vor drei Wochen in Villerbon. Die, die endgültig als untauglich für die Legion befunden werden, werden für die Kriegsindustrie arbeiten. In diesem Falle gäbe es drei Möglichkeiten: Legion, Arbeitsdienst oder Lager für Unerwünschte. Diejenigen unter den Untauglichen, die sich anfordern lassen können, werden gebeten, es zu tun. [...]

Der Fall von Berkowitz, der schon sein Visum für Australien und sogar das Billett für die Reise in der Tasche hat: Wenn er sich als deutscher Flüchtling meldet, kann er nicht in Australien als kriegsführendes Land einreisen; wenn er sich als Pole meldet ... wird er eingezogen, und kann Frankreich nicht verlassen. Er wird tauglich erklärt und unterschreibt tief bekümmert den Vertrag. [...]

Nach dem Ausschluss der UdSSR organisiert und konzentriert der Völkerbund die Kampagne für Finnland und gegen die UdSSR. Interessante und aufschlußreiche Rede von Paul Reynaud vor der

Kammer über das Kriegsbudget; ein Satz aus dieser Rede: »Die Politik ist ein Kleidungsstück, das man nach Maß anfertigt und dessen Schnitt vom Krieg verändert wurde.« Dies, um die Kontrolle der Wechselkurse zu rechtfertigen, die vor dem Krieg abgelehnt, nach Kriegsbeginn eingeführt wurde. [...]

17. 12. 1939

Es ist ein Sonntag ohne Jeanne. Ich muß mich mit einem Brief und einem Päckchen von ihr begnügen.

Neuer Artikel von Moutet in »La Lumière«; ich lese ihn in zwei Quartieren laut vor.

Neuigkeit aus Paris: ein Dekret, uns betreffend, ist beschlossen worden, das eine definitive Entscheidung mit der folgenden dreifachen Alternative enthält:

- Legion (für die Tauglichen unter 40 Jahren);
- Arbeitsdienst (für die Untauglichen unter 40 und für die zwischen 40 und 55);
- Konzentrationslager für Unerwünschte (die als Taugliche die Legion ablehnen bzw. die als Untaugliche den Arbeitsdienst ablehnen.)

Da man nicht alle im Arbeitsdienst beschäftigen kann, fördert man private Anforderungen. Es heißt, die Lager sollen bis 15. Januar abgeschafft werden (?). [...]

Seeschlacht vor Paraguay, am Rio de la Plata. Der deutsche Kreuzer »Admiral Graf Spee«, schwer beschädigt, versenkt sich selber.

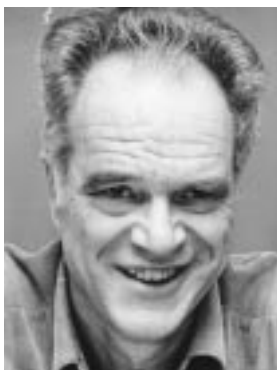
Die Russen kommen im Norden Finnlands voran. Große Diskussion in Frankreich wie in Großbritannien: Wer ist der Feind Nr.1, Hitler oder Stalin? In der offiziellen Politik ist es noch Hitler; aber es scheint eine starke Tendenz zu geben, die Sowjets als den gefährlicheren Feind anzusehen, den man zuallererst erdrücken muß. [...]

19.12.1939

[...] Alle Legionäre müssen sich auf den Hof vor dem Quartier 3 begeben. Es geht um das erste Kontingent von 45 Männern, die übermorgen nach Sathoney fahren sollen. Die anderen werden erst am 8. Januar abfahren. Es gibt zunächst nur 17, die als erste fahren wollen. Alle anderen möchten noch bleiben, sei es, »um Zeit zu gewinnen«, sei es, um die Feiertage in Villerbon zu verbringen, sei es, um noch die Möglichkeit zu haben, ihre Frauen kommen zu lassen. Letztendlich beschließen alle »Legionäre« aus meiner Gruppe, gemeinsam mit dem ersten Kontingent zu fahren, um nicht getrennt zu werden. Gleich nach ihrer Rückkehr von der Versammlung beginnt eine Atmosphäre der Abreise über dem Quartier zu schweben; die Frist ist schon festgesetzt: Sie gehören schon »nicht mehr ganz zu dieser Welt«, der Welt von Villerbon.

KLAUS STEINITZ

Workshop zur alternativen Wirtschaftspolitik in Europa



Klaus Steinitz – Jg. 1932, Prof. Dr., Leiter der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS und Herausgeber der Schriftenreihe »Beiträge zur Wirtschaftspolitik«.

Foto: privat.

Vom 29. September bis 1. Oktober 2000 fand der 6. Workshop zu Fragen alternativer Wirtschaftspolitik in Europa statt. An ihm nahmen vierzig Ökonomen aus zehn EU-Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Niederlande, Norwegen, Schweden) und aus Ungarn teil. Die erste Zusammenkunft war 1995 in Straßburg, am Sitz des Europaparlaments. Dieser Workshop, der auf Initiative von Jörg Huffschmid und Elmar Altvater einberufen wurde, besitzt heute eine feste Tradition.

In der kurzen Lebenszeit von fünf Jahren ist es der Gruppe europäischer Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa gelungen, eine von allen Teilnehmern getragene Arbeitsbasis zu schaffen, die sich nicht nur auf die Kritik der EU-Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik begrenzt, sondern auch alternative Vorschläge für eine auf Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit gerichtete Wirtschaftspolitik umfaßt.

Die bisherigen Ergebnisse fanden ihren Niederschlag vor allem in zwei Dokumenten, einer Erklärung »Vollbeschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Gerechtigkeit – Für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa« mit einem ausführlichen ergänzenden Memorandum vom Mai 1997, die von zirka 300 Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern der EU-Länder unterzeichnet wurde, und ein Memorandum »Vollbeschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung in Europa – Alte Herausforderungen, neue Chancen für Wirtschaftspolitik« vom Dezember 1998, mit zirka 500 Unterschriften. Beide wurden auf Pressekonferenzen, die jeweils zum gleichen Zeitpunkt in mehreren Hauptstädten der EU-Länder durchgeführt wurden, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die linken Ökonomen aus den EU-Ländern sind mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Erstens mit den generellen sozialen und beschäftigungspolitischen Folgen einer vorwiegend neoliberal inspirierten Wirtschaftspolitik. Zweitens mit den zusätzlichen, spezifischen Problemen, die sich aus der EU-Integration, dem europäischen Binnenmarkt, der dominierenden Rolle der Europäischen Zentralbank, der Einführung des Euro ergeben, wozu auch die wechselseitigen Verflechtungen zwischen der EU-Wirtschaftspolitik und den veränderten Bedingungen und Spielräumen nationaler Wirtschaftspolitik gehören. Hinzu kommt die wohl größte Herausforderung der nächsten Zeit, die Erweiterung der EU.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwierig es ist, unter den Linken in Deutschland oder auch allein innerhalb der PDS, eine

Verständigung über Aufgaben einer alternativen Reformpolitik zu erreichen, die auf der Höhe der Zeit steht, so ist es beeindruckend, wie Ökonomen aus 11 Ländern mit verschiedenen politischen Überzeugungen und Erfahrungen und auch unterschiedlichem theoretischen Hintergrund, nicht nur in der Kritik, sondern auch in den konkreten Vorschlägen zur Veränderung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der EU eine weitgehende Übereinstimmung erreicht haben.

Auf dem Workshop 1999 wurde darüber beraten, inwieweit es möglich und zweckmäßig ist, eine neue Arbeitsetappe zu beginnen und jährliche Memoranden als Standpunkt europäischer Alternativökonomien zur EU-Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik auszuarbeiten. Grundlage hierfür soll die kritische Auseinandersetzung mit den von der EU-Kommission jedes Jahr vorzulegenden »Umfassenden Leitlinien der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft« und »Leitlinien der Beschäftigungspolitik der Mitgliedsstaaten« sein. Im Ergebnis der Diskussion wurde festgelegt, diesen Versuch zu unternehmen, und zum sechsten Workshop Ende September 2000 den Entwurf eines solchen Memorandums auszuarbeiten. Damit wird auch an die nunmehr 25jährige Tradition der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in Deutschland angeknüpft, die jedes Jahr ein Memorandum vorlegt, das sich kritisch mit dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auseinandersetzt.

Mit den alternativen wirtschaftspolitischen Leitlinien für Europa wird beabsichtigt, die offizielle ökonomische Politik der EU herauszufordern, indem ihr theoretisches Herangehen kritisiert wird und ein alternativer wirtschaftspolitischer Kurs vorgeschlagen wird, der für Beschäftigung und Wohlfahrt der Menschen förderlicher ist. Mit einem solchen europäischen Memorandum wird angestrebt, daß die kritischen Analysen und alternativen Vorschläge mehr in die Öffentlichkeit kommen und die Verbindungen zu den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, auch im europäischen Maßstab, verstärkt werden. Die Memoranden könnten auch eine positive Rolle an den Hochschulen und Universitäten spielen, um die gegenwärtig äußerst enge und nur auf den neoliberalen Mainstream gerichtete Lehre zumindest etwas aufzubrechen.

Der Entwurf des Memorandums (Stand Juni 2000) wurde vorher an alle Mitglieder der Arbeitsgruppe verteilt. In den meisten schriftlichen Stellungnahmen und in der Diskussion in Brüssel gab es Zustimmung zu den Grundaussagen des Entwurfs, sowohl zu der darin enthaltenen grundsätzlichen Kritik an beiden Dokumenten der EU, als auch zu den alternativen Politikvorschlägen. In das überarbeitete Memorandum soll die Erweiterung der EU wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die gesamte europäische Entwicklung und den hiermit verbundenen großen Herausforderungen und komplizierten Probleme, als ein gesonderter Abschnitt aufgenommen werden. Darüber hinaus werden die einzelnen Kapitel um eine Reihe von Fragen ergänzt. Bis Ende November soll das Memorandum zur alternativen Wirtschaftspolitik überarbeitet und vor der EU-Gipfelkonferenz in Nizza im Dezember 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Der Entwurf des Memorandums (Stand Juni 2000) enthält folgende Abschnitte:

1. Ein kontraproduktives Herangehen – das wirtschaftspolitische Programm der EU (mehr Jobs und weniger Wohlfahrt – der neoliberale Weg zu Vollbeschäftigung; die Drohung von mehr Zwang und Ungleichheit; Marktfundamentalismus)
2. Der Trieb zu Ungleichheit (langsames Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, mehr Ungleichheit; zunehmend problematische Strukturen; mehr prekäre Arbeitsverhältnisse)
3. Die Herausbildung eines starken Sozialmodells in Europa – Alternative wirtschaftspolitische Leitlinien
 - 3.1 Eine mehr effiziente und demokratische makroökonomische Politik für Vollbeschäftigung (weniger restriktive und besser koordinierte Haushaltspolitik; Koordinierung von Haushalts- und Geldpolitik; Übereinstimmung der Lohnbestimmung mit der Makropolitik)
 - 3.2 Ausbau der Stärken des europäischen Sozialmodells (ein besseres Klima für Sozialpolitik auf nationaler und EU-Ebene; Sozialer Dialog und Lohnpolitik; Stärkung des Sozialschutzes)
 - 3.3 Eine mehr ausgeglichene Strukturpolitik (eine aktivere Forschungs- und Innovationspolitik, eine strategische Industriepolitik auf der Ebene der EU; eine stärkere Regionalpolitik)
 - 3.4. Weitere Perspektiven für eine sozialere und gerechtere Gesellschaft (Alternative wirtschaftspolitische Leitlinien für Vollbeschäftigung und sozialen Zusammenhalt in Europa, Entwurf, Juni 2000)

Hauptpunkte der Kritik an den wirtschaftspolitischen Leitlinien der EU sind, daß sie erstens ein extrem enges und im Kern kontraproduktives Herangehen an die wirtschaftliche Entwicklung aufweisen; daß sie zweitens dazu führen, den spezifischen sozialen Inhalt des europäischen Entwicklungsmodells im Unterschied zum amerikanischen Modell weiter auszuhöhlen; und daß sie drittens vorsehen, weitere Zwangsmaßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik anzuwenden. Die Leitlinien der EU machen auch deutlich, daß keine Anstrengungen unternommen werden, um die bisherigen großen Demokratiedefizite zu verringern.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird in einem Dokument der EU wieder von Vollbeschäftigung gesprochen. Unter den linken Ökonomen gab es Übereinstimmung, daß das Konzept der Vollbeschäftigung ein Eckstein für eine Politikwende zu einer alternativen ökonomischen und sozialen Entwicklung ist. Insofern konnte die Aufnahme dieser Forderung in die Leitlinien der EU nur begrüßt werden. Kritisiert wurde jedoch, daß der Inhalt des Begriffs Vollbeschäftigung und die Wege sie zu erreichen weitgehend der neoliberalen Orientierung der Politik angepaßt worden sind. Es gibt keine Anzeichen für neue Ansätze der Wirtschaftspolitik, um sie auf Vollbeschäftigung als unverzichtbaren Bestandteil einer demokratischen, emanzipativen und gerechten sozialen Entwicklung zu richten. So wird Vollbeschäftigung von ihrer notwendigen sozialen Substanz, vor allem der Sicherung menschenwürdiger Arbeit und existenzsichernder Löhne befreit. Des weiteren bleiben die Veränderungen in den ökonomischen Strukturen und in der Organisation der Arbeit der letzten Jahrzehnte außer Betracht. Schließlich sind die Wege zur »Vollbeschäftigung« eng mit den Vorstellungen zur stärkeren Anwendung von ökonomischem Druck zur Arbeit (workfare) sowie zur Ausbreitung eines Niedriglohnssektors und prekärer Arbeitsverhältnisse verbunden.

Die Kritik der Geldpolitik der EU ist ein zentraler Punkt im Memorandum, weil sie verselbständigt wird und als außerhalb der Wirtschaftspolitik stehend betrachtet wird. Sie hat nicht nur keinerlei Verantwortung für Beschäftigung, sondern weist sogar eine ihr innewohnende Feindschaft gegenüber Vollbeschäftigung auf.

Charakteristisch für beide Dokumente ist die völlige Vernachlässigung aller mit der Verteilung von Einkommen, Reichtum, Chancen verbundenen Fragen. Das gilt für die grundsätzliche Bedeutung dieser Fragen für die sozialen Beziehungen und das Lebensniveau der Menschen, aber auch für eine engere ökonomische Betrachtung im Zusammenhang mit den Wirkungen der Verteilungsfragen auf Wachstum und Entwicklung.

In der Diskussion wurde vorgeschlagen, die kritische Auseinandersetzung mit dem auf ein forciertes Wirtschaftswachstum gerichteten Konzept der EU zu vertiefen, und dabei insbesondere umweltpolitische Forderungen und den sozialen Inhalt des Wachstums, seine Wirkungen auf die tatsächliche Lebensqualität der Menschen, stärker zu berücksichtigen.

Eine für die öffentliche Diskussion wichtige Problematik wird im Memorandum mit der Kritik an der zweideutigen und die wahren Zusammenhänge oft verdunkelnden Sprache in den offiziellen

Dokumenten (Obskurantismus) aufgeworfen. So wird ein breiter Interpretationsraum zentraler Aussagen bewußt gefördert, um vom wahren Kern der gegen Bevölkerungsinteressen gerichteten Vorschläge abzulenken. Zum Beispiel wird in den EU-Leitlinien eine »adäquate Lohnentwicklung« gefordert. Was bedeutet dies aber? Niedrigere Löhne, höhere, Wachstum der Löhne entsprechend der Produktivität, darunter, darüber? Das bleibt mit diesem Ausdruck völlig offen. Ähnlich ist es mit der Forderung nach »ökonomischer Reform«, welche Art von Reform, wofür? Diese verbale Vieldeutigkeit sollte jedoch keine Zweifel über den harten Kern, die Hauptrichtung der Veränderung zulassen, die aus dem Kontext klar werden: Adäquate Lohnentwicklung bedeutet niedrigere Löhne, ökonomische Reform bedeutet Reform in Richtung Erweiterung von Marktbeziehungen, Deregulierung.

Insgesamt machen die Leitlinien deutlich, daß das ihnen zugrunde liegende Politikkonzept sich nur auf sehr kurzfristige makroökonomische Forderungen der Preisstabilität und ausgeglichener Haushalte bezieht, da alle anderen Elemente einer makroökonomischen Politik ignoriert werden. Weiterhin liegt ihnen zugrunde, daß die ökonomische Organisation völlig dem Markt und den privaten Wirtschaftssubjekten überlassen werden soll, ohne sie durch öffentliche Regulierungen zu behindern. Eine Ausnahme bilden nur die Bedingungen, die zur Sicherung der Preisstabilität notwendig sind. Zusammenfassend wird hervorgehoben, daß die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der EU nicht primär auf den Wohlstand der Menschen, sondern auf die Sicherung der Profite des privaten Kapitals gerichtet ist. Daher sind die linken Ökonomen der Ansicht, daß eine substantielle Umkehrung der Politik der EU erforderlich ist, um schrittweise eine Veränderung der Prioritäten in den Zielen und in der Organisation des ökonomischen Lebens zu erreichen.

Die Leitlinien zur Beschäftigung wurden etwas positiver bewertet. Einerseits gibt es eine Reihe Elemente, die unterstützt werden, u.a. die Forderung nach Abbau der Ungleichheit hinsichtlich Beschäftigung und Einkommen der Frauen, nach Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen, nach Verbesserung der Chancengleichheit bei Bildung und Qualifizierung. Kritisiert wurde, daß konkrete Ziele nur in wenigen Ausnahmen aufgenommen wurden, so daß die Forderungen meist vage blieben, daß Finanzierungsfragen, insbesondere für eine bessere Bildung, umgangen werden, und daß sie den Charakter unverbindlicher Empfehlungen an die Mitgliedsländer tragen. Im Unterschied zur Überschreitung der Drei-Prozent-Quote bei der Neuverschuldung, ziehen sie keine Sanktionen nach sich.

Den alternativen Vorschlägen liegt neben der Kritik an der bisherigen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik der EU eine Analyse wesentlicher ökonomischer und sozialer Entwicklungstrends zugrunde. Dabei werden vor allem drei Tendenzen hervorgehoben:

Erstens: Die Inflation, die 1974 bis auf 15 Prozent geklettert war, ist seitdem kontinuierlich zurückgegangen, in den letzten drei Jahren auf unter zwei Prozent. Die ausschließlich antiinflationäre Politik der Europäischen Zentralbank wirkt als Bremse für einen ökonomischen Aufschwung.

»Wachstum für Vollbeschäftigung oder Vollbeschäftigung für Wachstum? In zahlreichen Dokumenten ... (der EU) wurde festgestellt, daß hohes und dauerhaftes Wachstum ein notwendiges Mittel ist, um mehr Arbeitsplätze und schließlich Vollbeschäftigung zu erreichen. Wenn die Kommission die wesentlichen Elemente ihrer Wachstumsstrategie offenlegt, wird indessen immer deutlicher, daß Wachstum diese Rolle zunehmend verläßt, und zu einem Selbstzweck wird. ... Das Ziel ist Wachstum, wofür alle verfügbaren Beschäftigungspotentiale notwendig sind. Der Begriff Vollbeschäftigung wird aus der sozialen Diskussion herausgenommen, umgestaltet und den Erfordernissen reinen Wachstums, d.h. der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und dem Profit, angepaßt.« (Ebenda)

Zweitens: Die Verteilung der Einkommen hat sich entscheidend zugunsten der Profite und zum Nachteil der Arbeitseinkommen verändert. Der Lohnanteil am Nationaleinkommen lag in den sechziger und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre bei rund 75 Prozent und ist bis 1999 auf 68 Prozent gesunken. In sieben von den 15 EU-Staaten betrug der Fall mehr als zehn Prozentpunkte. Hinsichtlich der Einkommensverteilung hat sich seit Mitte der siebziger Jahre die Ungleichheit innerhalb der EU spürbar erhöht.

Drittens: Die Arbeitslosenquote ist in allen Mitgliedsländern der EU drastisch gestiegen. Während sie in den sechziger Jahren und bis 1974 im Durchschnitt der EU unter drei Prozent lag, stieg sie bis 1985 auf 10 Prozent und schwankt seit 1995 um diese Größe. Die Struktur der Arbeitslosigkeit hat sich verschlechtert: Fast die Hälfte ist mehr als ein Jahr, 30 Prozent mehr als zwei Jahre arbeitslos; die Jugendarbeitslosigkeit liegt in mehreren EU-Ländern weit über dem Durchschnitt; die Diskriminierung von Frauen wird fortgesetzt; der Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse hat sich drastisch erhöht. In der Diskussion wurde kritisiert, daß die Verringerung der Arbeitslosenquote in der letzten Zeit zu einem nicht unwesentlichen Teil nur auf Veränderungen in der Statistik beruhen.

Im Zentrum der Leitlinien für eine alternative Wirtschaftspolitik stehen Überlegungen einer mehr effizienten und demokratischen makroökonomischen Politik für Vollbeschäftigung. Dabei werden vor allem drei Komplexe hervorgehoben: (1) die Koordinierung der nationalen Haushaltspolitik zwischen den EU-Ländern und Schritte in Richtung eines föderalen EU-Haushalts, (2) die Übereinstimmung zwischen Haushaltspolitik (primär auf der Ebene der EU-Länder) und der Geldpolitik (der Europäischen Zentralbank) und (3) Probleme der Bestimmung der Lohnentwicklung.

Die Haushaltspolitik muß dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren durch eine aktive Beschäftigungspolitik, u.a. durch öffentliche Investitionsprogramme (z. B. für Infrastruktur und für Städtesanierung), für Beschäftigung im öffentlichen Sektor, insbesondere zur Verbesserung der Bildung und der sozialen Dienste, für eine gezielte Unterstützung privater Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Qualität der Arbeit.

Für eine aktive Beschäftigungspolitik auf der EU-Ebene und zur Unterstützung des sozialen Zusammenhalts wird gefordert, den EU-Haushalt zu vergrößern. Die bisherige Begrenzung des Gemeinschaftshaushalts auf 1,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU sollte schrittweise auf fünf Prozent erhöht werden. Damit könnten Voraussetzungen geschaffen werden, um einen EU-Fonds zur Stabilisierung der Beschäftigung zu schaffen, die EU-Strukturfonds aufzustocken und den Mindestumfang der Ressourcen für die Erweiterung der EU zu sichern.

Um der makroökonomischen Politik eine andere Zielrichtung zu geben, wurde in Brüssel vorgeschlagen, den bisherigen Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU in einen alternativen Pakt: Vollbeschäftigungs-, Wachstums- und Stabilitätspakt, umzuwandeln. Seine Ziele würden sich grundlegend von denen des bisherigen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (Geldwertstabilität, ausgeglichene Haushalte) unterscheiden. An der Spitze steht Vollbeschäftigung, Wachstum soll

eine höhere Priorität als Stabilität erhalten. Damit sind auch Konsequenzen hinsichtlich der Geldpolitik und der Haushaltsdefizite verbunden. Im Vordergrund der Politik darf nicht mehr ein allgemeiner Druck auf die Inflationsrate stehen, vielmehr geht es um die differenzierte Analyse und die Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Inflation und Beschäftigung, die auch die Unterschiede in einzelnen Ländern einbeziehen. Bei der Haushaltspolitik kommt es darauf an, die Beschränkungen einer aktiven Beschäftigungspolitik zu überwinden, die durch den Stabilitätspakt (die Neuverschuldung eines Jahres darf drei Prozent nicht übersteigen) auferlegt sind.

Bei der Diskussion der Vorschläge für eine aktivere Struktur- und Industriepolitik der EU standen in Brüssel Probleme ihrer ökologischen, sozialen und Beschäftigungswirkungen im Vordergrund. Alternative Vorschlägen müßten von einer kritischeren Sicht auf neue Technologien, insbesondere der Gentechnik und der Informationstechnik, ausgehen, die die Risiken und Gefahren ihrer Anwendung berücksichtigten. Die Umweltprobleme, vor allem die sehr weitgehenden Erfordernisse eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft, müßten einen höheren Stellenwert in den alternativen Vorschlägen erhalten.

Die Beratung des vorliegenden Entwurfs eines Memorandums machten deutlich, daß es noch einer Reihe von Defiziten bei der Begründung eines alternativen wirtschaftspolitischen Konzepts für die EU gibt, die nicht alle kurzfristig, bis zur Fertigstellung des Memorandums, überwunden werden können.

So fehlt ein zukunftsorientiertes Konzept für die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses und insbesondere für die Osterweiterung der EU. Im Meinungsaustausch zu diesen Fragen, der noch nicht abgeschlossen ist, standen folgende Forderungen im Vordergrund: seitens der EU darf der Beitrittstermin nicht weiter hinausgeschoben werden, die Beitrittskandidaten müssen als gleichberechtigte Partner in den Diskussionsprozeß über die Probleme und die Lösungswege einbezogen werden, die Entscheidung über den Beitritt muß bei den mittel- und osteuropäischen Ländern und deren Bevölkerung liegen, es muß von einer längeren Übergangsperiode ausgegangen werden, für die ein europäisches Unterstützungsprogramm eingesetzt werden muß. Ein Konzept für die Osterweiterung der EU, das zur Friedenssicherung und politischen Stabilität Europas beitragen will, darf nicht bei den an einem Beitritt interessierten Ländern stehen bleiben, es muß auch Vorstellungen über die Beziehungen zu Rußland und den anderen GUS-Staaten enthalten.

Es wurde vorgeschlagen, in der zukünftigen Arbeit an einem Konzept alternativer Wirtschaftspolitik neben den oben schon erwähnten Fragen – ökologischer Umbau, gesellschaftliche Bewertung neuer Technologien und der »new economy«, EU-Osterweiterung – auch größeres Gewicht auf folgende wichtige Komplexe zu legen: Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, Verringerung der Demokratiedefizite in der EU, einschließlich einer Reform ihrer Institutionen, Beziehungen der EU zu den USA und zu anderen regionalen Wirtschaftszusammenschlüssen sowie Bedingungen zur Umsetzung der alternativen Politikvorschläge, insbesondere Stärkung der wechselseitigen Verflechtungen mit sozialen Bewegungen.

»Wir sind der Meinung, daß EU-Initiativen in der Sozialpolitik nationale Sozialmodelle ergänzen sollten. Sie sollten jedoch nicht versuchen, sie zu ersetzen. Ein wichtiger Aspekt solcher Initiativen sollte die Einführung von Mindeststandards sein, um negative soziale Auswirkungen des Wettbewerbs zwischen den Nationalstaaten zu vermeiden. Ein zweites Thema sollte die Entwicklung eines sozialen Dialogs sein, unter Berücksichtigung der neuen makroökonomischen Verflechtungen infolge der Währungsunion.« (Ebenda)

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau



Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Wir hatten im Berichtszeitraum zwar keine Wahlkämpfe und hätten, so gesehen, innenpolitisch eine ruhige Kugel schieben können. Aber dem war nicht so. Es war auch ohne Wahlen für ausreichend Unterhaltung gesorgt. Die CDU-Spendenaffäre köchelte auch noch publizistisch vor sich hin, zwischendurch immer mal wieder etwas vermengt mit einem Schuß *Leuna-Aquitaine*-Affäre und ähnlichen Schmeckerchen. Doch wenn politische Wichtigkeit daran gemessen würde, wie häufig über eine Partei und ihre Spitzenleute berichtet wird, dann muß die PDS eine ziemlich wichtige Partei sein. Sie kam unzählige Male vor, was – wir wissen es – sowohl mit dem Führungswechsel als auch mit ihrem Cottbuser Parteitag zu tun hatte.

Das interessanteste Interview brachte meiner – sicher unmaßgeblichen – Übersicht zufolge der »Tagesspiegel« in Berlin zustande. Der ließ seine Potsdamer Redakteure Lothar Bisky befragen. Das war angenehm, und zwar dermaßen, daß Zyniker vermutlich zur Formulierung greifen würden, es habe dort sehr »gemeinschaftlich«. Hat es. Aber was zwingt uns eigentlich dazu, uns bei der Beurteilung eines solchen Vorganges der heutzutage so üblichen wertfreien und wertlosen Forschung jungdeutscher Journalistik zu unterwerfen?

Ich hatte vermutet, daß das »Neue Deutschland« dieses Bisky-Interview aus dem »Tagesspiegel« nachdrucken würde (weil eben *ND*-Leser nur in seltenen Fällen auch »Tagesspiegel«-Leser sind), aber das war nicht der Fall. Dafür befragte das »Neue Deutschland« im gleichen Zeitraum Gregor Gysi. Dieses Interview, das Jürgen Reents und Wolfgang Hübner veranstalteten, war ein zutiefst symbiotisches. Das allerdings muß uns nun nicht wundern. Es konnte gar nicht anders verlaufen, schließlich war einer der Interviewer vor seiner

Chefredakteur-Zeit Gysis Pressemensch in der Bundestagsfraktion. Das ist – um nicht mißverstanden zu werden (was mir allerdings auch ziemlich schnuppe sein könnte, habe ich doch weder einen Posten inne noch einen zu vergeben ...) – ein sozusagen strukturelles Problem und keines fähiger oder unfähiger Journalisten.

Doch bei aller PDS-Schwemme im deutschen Blätterwald, blieb mir eine Frage nach wie vor offen: Ich habe bis heute eigentlich nicht richtig verstanden, warum »Münster« seit Monaten wie ein Menetekel durch das Berliner Karl-Liebknecht-Haus wabert. Was war denn in Münster passiert? Die Delegierten – Sie erinnern sich – hatten dem Parteivorstand die Gefolgschaft versagt. Und das dürfe, hieß es fortan, in Cottbus nicht passieren. Verkehrte Welt – stolz sein sollten sie auf solche Delegierte! Und zwar unabhängig vom Gegenstand der Abstimmung.

Ach ja, wir hatten ja auch einen 10. Jahrestag zu begehen. Der war vor allem durch Volksfeste mit Chinapfannen und durch Festveranstaltungen mit Reden geprägt. Und durch Reprisen auf allen Kanälen. Mir schien, als hätte ich das meiste schon zum 5. Jahrestag des Beitritts der DDR gelesen und gehört. Auffällig war die Phantasielosigkeit der politischen Gruppierungen, und zwar aller. Allüberall wurde so getan, als sei ein vereinigtes Deutschland quasi ein Naturgesetz, es wurde so getan, als wären gar keine anderen Varianten möglich oder denkbar gewesen. Und die gegenwärtige Verfaßtheit Deutschlands galt allen Festrednern als unumstößlich und als ewiglich. Aber Ewiglichkeit ist wohl eine Krankheit aller immer gerade Gegenwärtigen. Eine diesbezügliche Ausnahme fand ich im »Blättchen«. Dort schrieb Jens Reich unter anderem: »Ich hätte 1990 gut mit zwei Deutschlands weiterleben können.«

Als wir nun den Einheitsrummel gerade hinter uns hatten und uns einen Absacker genehmigen wollten, meldete sich Margot Honecker aus Chile zu Wort. Ihr Statement zum Thema DDR und den Gründen ihres Scheiterns, läßt sich auf die Kurzformel bringen: nichts begriffen, nichts dazugelernt! »Unsere Fehler«, verlautete sie zum Beispiel, »bestanden darin, daß oftmals die diskutierten Entscheidungen und eingereichten Vorschläge nicht in die Praxis umgesetzt wurden.« Aha. Vielleicht aber bestanden sie auch darin, daß Schulräte, Direktoren oder Chefredakteure alle Gründe dieser Welt hatten, Fracksausen zu bekommen, wenn »die Genossin Minister« am Telefon zeterte oder wenn sie telefonieren ließ, um ihre Sicht auf den Lauf der DDR und der Welt durchzusetzen. Und wer sich zu einem runden Geburtstag – wie gut doch Jahrestage sind, ich wurde durch das Fernsehen auch an Sachen erinnert, die ich schon wieder vergessen hatte ... – von einer Frauenbrigade ein Schmuckstück im Wert von etlichen tausend Mark schenken läßt, hat sich disqualifiziert. Margot Honecker, eine alte Frau, die immer noch dummes Zeug schwatzt. Bei aller Problematik der deutschen Zusammensetzung: Das befreiende Wende-Erlebnis, Machtinhaber einen kurzen Augenblick nackt und mit dem Rücken an der Wand gesehen zu haben, (man denke zum Beispiel an die Reportagen von »Elf 99«), kann mir keiner mehr nehmen. Das ist auch der Quell, aus dem viele Osis heute ihre Kraft für Renitenz beziehen. Das Erlebnis haben sie ihren Brüdern und Schwestern voraus. Die wissen das nur nicht.

**Arbeitsgruppe Alternative
Wirtschaftspolitik:
Memorandum 2000,
PapyRossa Verlag Köln 2000,
272 S. (29,90 DM)**

Das Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist die wichtigste Antwort auf den jährlich erscheinenden Bericht des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist immer sowohl Kritik des Gutachtens der »Fünf Weisen« als auch konstruktives Alternativkonzept. Der Untertitel der diesjährigen Publikation lautet: Den Aufschwung nutzen – Politik für Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und ökologischen Umbau. Die Schwerpunkte zielen damit unmißverständlich auf die Defizite der Politik bis zum Regierungswechsel 1998 und auf die Erwartungen an die Politik von Rot/Grün. Wie im Vorjahr weist auch in diesem Jahr bereits die Anlage des Papiers auf seinen Charakter hin: Es ist konkret, präzise und aktuell.

Die Analyse beginnt mit der Feststellung, daß die Konjunkturaussichten für das laufende und das kommende Jahr vergleichsweise positiv sind und es der Bundesregierung daher leicht fällt, sich auf Erfolgskurs zu wähen. Vor dem Hintergrund stabiler Wachstumsaussichten verkauft sie ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik als »Erfolg«, verschweigt dabei aber, wodurch das unverhoffte »Wachstumsglück« getrübt wird. Nämlich erstens durch den viel zu geringen Beschäftigungseffekt, welcher nicht ausreicht, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen, zweitens durch die geringe Wirkung der Konjunktur auf die Verbesserung der Lage der sozial Schwachen und drittens auf die Vernachlässigung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, denn die einseitige Abhängigkeit der ökonomischen Expansion vom Exportgeschehen macht den Aufschwung anfällig für Störungen von »außen« und insofern wenig stabil.

Was fehlt, so die Arbeitsgruppe, ist eine »vernünftige Wirtschaftspolitik«, die sich an den Zielen Beschäftigung und Wohlstand orientiert. Statt dessen praktiziert die rot/grüne Regierung mit ihrer restriktiven Haushalts-

politik den schrittweisen Ausstieg aus einer beschäftigungs- und sozialorientierten Finanzpolitik und die Hinwendung zu einer unternehmerfreundlichen Steuer- und Einkommenspolitik. Im folgenden werden dann einzelne finanz- und einkommenspolitische Maßnahmen genauer unter die Lupe genommen. Ebenso die Reformprojekte der Regierung auf den Gebieten Rente und Gesundheit. Ein längerer Abschnitt ist dem Stand der Integration Europas gewidmet sowie dem Weltmarkt und Welthandel. Von besonderem Interesse ist der Abschnitt Sechs: Ostdeutschland (S. 158ff). Im Gegensatz zur Regierung, welche die »Einheit« für vollzogen und den Integrationsprozeß im wesentlichen für abgeschlossen ansieht, wodurch sich eine spezifische Berichterstattung erübrigt, sehen die Memo-Ökonomen hier noch enormen Informations- und Handlungsbedarf.

Unter der Überschrift »Der Aufschwung findet nicht statt« zeichnen sie, zehn Jahre nach dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik, ein ziemlich düsteres Bild, was den erreichten Stand des Zusammenwachsens der beiden Gesellschaften anbetrifft. Als Ursache dafür sehen sie vor allem »fundamentale Fehler in der Transformationsstrategie« (S. 164), die schließlich zur Deindustrialisierung sowie zur wirtschaftlichen und soziokulturellen Abkopplung des Ostens von dem aus der Einheit gestärkt hervorgegangenen Westen geführt haben. Gestützt auf aktuelle Analysen wird gezeigt, daß es heute vor allem die nach 1990 entstandenen »Eigentums-, Branchen- und Betriebsgrößenstrukturen des Industriepotenzials« sind, welche den Produktivitätsrückstand und die Einkommenslücke gegenüber dem Westen verursachen. Dies läßt sich anhand der Größenverhältnisse der Unternehmen demonstrieren, aber auch an der Investitionsentwicklung.

So lagen die Investitionen je Erwerbsfähigen in Ostdeutschland seit 1990 nur vier Jahre, von 1993 bis 1996, über dem Bundesdurchschnitt, ansonsten – zum Teil erheblich – darunter, so daß insgesamt betrachtet »in Ostdeutschland im verarbeitenden Gewerbe lediglich auf dem gleichen niedrigen Niveau des früheren Bundesgebietes investiert« (S. 167) wurde. Eine Angleichung der Wirtschaftskraft kommt unter diesen Bedingungen

natürlich nicht zustande. Vielmehr bleiben die neuen Länder das, was sie bislang sind, eine unterentwickelte, deindustrialisierte und dauerhaft transferabhängige Region. In der Analyse des Sachverständigenrates wird immer wieder betont, daß, analog westdeutschen Verhältnissen, nun auch im Osten eine verstärkte regionale Differenzierung einsetze und sich die Annäherung an den Westen, die im ganzen nicht zu erkennen ist, sich über diesen Weg vollziehe. Dem halten die Memo-Ökonomen entgegen, daß »eine im Verlauf der Transformationsperiode nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung« auch nur »einer einzigen ostdeutschen Region, die bereits zum normalen westdeutschen wirtschaftlichen Niveau aufgeschlossen hat oder es in absehbarer Zeit erreichen wird, bisher nicht nachweisbar« sei (S. 174). Die Differenzierung findet also nach wie vor hauptsächlich zwischen Ost und West statt, und erst in zweiter Hinsicht innerhalb der beiden Landesteile.

Das Schlimmste aber ist, daß die rot/grüne Bundesregierung in bezug auf Ostdeutschland im wesentlichen an der neoliberalen Strategie der CDU/FDP-Regierung festhält, das heißt, sich auf die Wirksamkeit der Marktkräfte verläßt. Denn, so die Autoren, mit einem solchen Konzept wird es »in absehbarer Zeit weder zu einer aufholenden und sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung noch zu einem wirklichen Abbau der Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland durch die Schaffung von Arbeitsplätzen kommen« (S. 180). Vielmehr werden dadurch die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte zwischen Ost und West und die »faktische Existenz von zwei Teilgesellschaften« weiter verfestigt (S. 181). In einem Alternativkonzept unterbreitet die Arbeitsgruppe dann eine Reihe von wirtschaftspolitischen Vorschlägen. Im Mittelpunkt stehen dabei ein »Zukunftsinnovationsprogramm«, der Ausbau des »öffentlichen Beschäftigungssektors«, der »ökologische Umbau« der Wirtschaft, eine »stärkere Regionalisierung« der Wirtschaftsentwicklung, die effektivere Ausgestaltung der Wirtschaftsförderung sowie die stärkere Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Diese Vorschläge zielen vor allem auf den Abbau der Arbeitslosigkeit und die industrielle Revitalisierung der neuen Länder. Sie harmonisieren durchaus mit dem wirtschafts-

politischen Gesamtkonzept der Arbeitsgruppe, wie insbesondere aus dem Abschnitt zur Beschäftigungspolitik (S. 189ff.) hervorgeht.

Obwohl die einzelnen Abschnitte Literaturhinweise und Quellenangaben der verwendeten Daten enthalten, wäre es wünschenswert, die Memo-Bände künftig nicht nur mit einem statistischen Anhang, sondern auch mit einem umfangreichen aktuellen Literaturverzeichnis zu versehen. In Anbetracht der Fülle der Literatur würde dies alternativ denkenden und agierenden Lesern den Zugriff auf entsprechende Materialien erheblich erleichtern, zumal diese in den Bibliotheken und Buchhandlungen deutlich unterrepräsentiert sind. Dies würde zur Schaffung eines Gegengewichts zu dem allmächtigen und überall präsenten Mainstream in der Ökonomie beitragen.

ULRICH BUSCH

Heiner Flassbeck, Anthony Giddens, Franziska Wiethold, Klaus Zwickel u. a.: Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, hrsg. von der Otto Brenner-Stiftung, VSA-Verlag Hamburg 2000, 158 S. (22,80 DM)

Die Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung war einer der herausragenden politisch-sozialwissenschaftlichen Kongresse im Jahr 1999. Es ist sehr verdienstvoll, daß die wichtigsten Beiträge dieser Tagung nunmehr als Buch erschienen sind.

Im Mittelpunkt besagter Tagung stand bekanntlich die Auseinandersetzung um den »Dritten Weg« der Sozialdemokratie, wobei hervorzuheben ist, daß prominente Befürworter als auch Kritiker zu Wort kommen. Allen voran steht der Beitrag des »Erfinders« des »Dritten Weges« – Antony Giddens. Mit ihm setzen sich Birgit Mahnkopf und Franziska Wiethold auseinander. Giddens begründet die Politik des »Dritten Weges«, indem er ihre Interpretation als Philosophie der Straßenmitte zurückweist und herausstellt, daß sie der Versuch sei, »wie man die links von der Mitte vertretenen Wertorientierungen auf diese in fundamentaler Veränderung begriffene Welt

anwenden kann« (S.16). Es gehe um die Aktualisierung und Erneuerung der sozialdemokratischen Zielvorstellung über die Gestaltung von grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Die Politik des Dritten Weges beruhe – erstens – auf dem Versuch, die öffentlichen Institutionen zu erneuern und wieder herzustellen (vgl. S.18) und sei keine Version des Neoliberalismus, sondern zielen darauf, den öffentlichen Bereich zu rekonstruieren. Giddens spricht sich in diesem Zusammenhang für flache staatliche Hierarchien aus, wie sie bereits in vielen Unternehmen anzutreffen sind.

Zweitens, so Giddens, brauchen die westlichen Länder »eine Welle der Erneuerung der Demokratie« und eine positive Anpassung an die neue (Wissens)Ökonomie.

Drittens schließlich gehe es um die Reform des Wohlfahrtsstaates. Hier müsse ein neuer Gesellschaftsvertrag durchgesetzt werden, dessen Grundsatz lauten müsse: »Keine Rechte ohne Pflichten«. Damit bekräftigt Giddens seine These, daß Gleichheit heute als Chancengleichheit zu begreifen sei (vgl. S. 22).

Eine wesentliche Kritik an Giddens wird von Birgit Mahnkopf artikuliert. Für ihn seien die ökonomischen Sachzwänge globaler Märkte Ausgangs- und Fluchtpunkt aller Überlegungen. Dagegen müßte ein »alternatives Projekt zum Neoliberalismus erstens angeben können, wie jenseits des Wettbewerbs auf Märkten soziale Gerechtigkeit im territorialen wie im globalen Maßstab zu realisieren wäre; zweitens durch welche konkreten Maßnahmen eine ökologisch nachhaltige Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in Gang zu bringen ist; und drittens, wie eine sowohl demokratische als auch friedensgerechte globale Ordnung errichtet werden kann« (S. 28). Die angebliche Vermittlerrolle des Staates, die Giddens propagiere, sei in Wirklichkeit die eines Adapters. »Er soll die sozialen Interessen der Bürger an die ökonomischen Erfordernisse globaler Märkte anpassen.« Schließlich kritisiert Birgit Mahnkopf auch die Reduktion der Gleichheit auf Chancengleichheit bei Giddens.

Die Hauptstoßrichtung der Kritik von Franziska Wiethold (2. Vorsitzende der HBV) richtet sich gegen die »harmonischen Wider-

sprüche« bei Giddens. So blende er das Hauptproblem bei der »Hilfe zur Selbsthilfe – Förderung und Qualifizierung auch mit Auflagen für eine Reintegration in den Arbeitsmarkt« aus: Wie entstehen neue Arbeitsplätze, die die Geförderten und Geforderten annehmen sollen? Und sie schreibt zu Recht, daß die Utopie pluraler Lebensstile und einer flexiblen Erwerbsbiographie nur zu verwirklichen ist, wenn – auch gegen das Interesse der Arbeitgeber – Beschäftigte durch kollektive Absicherung von Rechtsansprüchen ihre Interessen durchsetzen können (vgl. S. 50).

Zum Verhältnis von Ökonomie und Non-profit-Bereich merkt Franziska Wiethold zudem an, daß eine deregulierte Ökonomie und ein Non-profit-Bereich sich sehr gut ergänzen können, wenn sie ihre jeweilige Sphäre akzeptieren. In der Realität laufe die Propagierung der Selbsthilfe auf eine Funktionalisierung des Non-profit-Bereiches als Ausfallbürge für die Folgen deregulierter Ökonomie hinaus.

In seiner Replik auf seine Kritikerinnen verweist Anthony Giddens vor allem darauf, daß man Globalisierung nicht von innen her für gefährlich halten dürfe. »Die KritikerInnen der Konzeption des ›Dritten Weges‹ haben Angst vor der Globalisierung« (S. 53). Und: Wenn die Linke nicht akzeptiert, daß die globale Ökonomie etwas Neues ist, würde sie einfach in ihren traditionellen Positionen stecken bleiben. »Es gibt keinen geradlinigen Zusammenhang zwischen Globalisierung und Ungleichheit« (S. 58). Auf wichtige Argumente seiner Kritikerinnen geht Giddens jedoch nicht ein.

Diese hier exemplarisch nachgezeichnete Kontroverse um den »Dritten Weg« der Sozialdemokratie läßt sich im vorliegenden Buch auch zu speziellen Fragen finden. Bezüglich der Dichotomie von Modernisierung versus sozialer Gerechtigkeit stehen die Beiträge von Siegmund Mosdorf und Detlef Hensche gegeneinander, zum Problem Moderne Verteilungspolitik die von Leonhard Hajen und Heinrich Tiemann, zur Beschäftigungspolitik – allerdings weniger kontrovers – die von Heiner Flassbeck und Frieder Otto Wolf, zur Nachhaltigkeit die Beiträge von Eckard Hildebrand und Reinhard Loske sowie zur Zukunft der Arbeit die von Klaus Zwickel, Franz Münteferring und Kerstin Müller.

Der große Vorzug des Buches besteht in der Gegenüberstellung kontroverser Sichten auf grundlegende Fragen der Gesellschaftsstrategie quasi aus ›erster Hand‹.

HORST DIETZEL

Daniel Küchenmeister u. a. (Hrsg.):
... abgegrenzte Weltoffenheit ...
Zur Außen- und
Deutschlandpolitik der DDR,
167 S. (19,80 DM) (I)

Jürgen Hofmann,
Detlef Nakath (Hrsg.): Konflikt –
Konfrontation – Kooperation.
Deutsch-deutsche Beziehungen in
vierzig Jahren Zweistaatlichkeit.
192 S. (22,80 DM) (II)

Beides: Brandenburger Verein
für politische Bildung »Rosa
Luxemburg« Potsdam im GNN
Verlag Schkeuditz 1998 und 1999

Die Außen- und Deutschlandpolitik der DDR gilt angesichts ihrer doppelten Prämisse – der weitgehend bedingungslosen Unterordnung unter die Vorgaben der Moskauer Führung und der strikten Ausrichtung auf die Friedenssicherung für die DDR wie auch für Europa – als ein relativ unproblematisch zu erfassendes Feld der DDR-Gesellschaft. Zweifellos lassen hier die bislang veröffentlichten Dokumente und Zusammenhänge die DDR oftmals in einer doch entsprechend ihren sehr begrenzten Möglichkeiten konstruktiven Rolle erscheinen, die auch im Nachhinein das Selbstverständnis der DDR als Friedensstaat untermauern. Denn abgesehen von der Bereitschaft beziehungsweise den Aktivitäten zu einer auch gewaltsamen Unterdrückung der als systembedrohend eingestuften Reformbewegungen in den realsozialistischen Nachbarländern ČSSR und Polen betrieb die DDR eine tatsächlich auf Frieden und gute Nachbarschaft ausgerichtete Politik. Die DDR erwies sich gleichzeitig als treuer Vasall, der alle Höhen und Tiefen der sowjetisch dominierten Politik in der Systemauseinandersetzung mitgemacht hat. Immer

wieder gab es aber Versuche, vorsichtig den durchaus unterschiedlichen Handlungsspielraum im Interesse der DDR, ihrer ökonomischen Bedürftigkeit, ihrer internationalen Reputation, aber nicht zuletzt auch des friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens mit den westlichen Ländern und vor allem der Bundesrepublik auszugestalten.

Peter Bender erinnert daran, daß trotzdem bislang die neuere Geschichte der DDR eine Terra incognita ist, daß von Ost wie West gemeinsam zu erkunden sei. Beide Seiten hätten bis 1989 eher die eigene Nachkriegsgeschichte geschrieben. Zu ergänzen ist, daß dies auch nach der Wende durch die einseitige Sicht der westdeutsch dominierten, auf die Rekonstruktion eines Kalten-Kriegs-Szenarios ausgerichtete offiziöse Geschichtsschreibung nicht besser, sondern schlechter geworden ist. Denn nun gibt es für manche, leider oft die Zunft und den politischen Umgang mit dem Erbe des anderen Deutschland bestimmenden Wissenschaftler und Politiker keinen Grund mehr zu einer ausgewogenen Aufarbeitung. Vielmehr repräsentieren sie den Sieger-Typ dieses eigentlich vergangenen Kalten Krieges. Bender betont dagegen: »Dieses Ungleichgewicht hängt einmal mit mangelnder Kenntnis zusammen, die meisten wußten wenig von der DDR und manche wollten auch nicht viel von ihr wissen; erst die Öffnung der Akten seit 1990 weckte ein überbordendes Interesse, es war eine Sternstunde für Historiker: wann bricht schon mal ein ganzer Staat zusammen und alle Staatsgeheimnisse liegen offen!« (I/S. 9) Und er weist auf die Konsequenzen der damaligen wie heutigen Geschichtsbetrachtung hin, die letztlich das aktuelle Verhalten von »Ossis« und »Wessis« bestimmt. Er mahnt deshalb: »Zorn und Eifer (werden) auch in Zukunft stören. Es kann nicht anders sein. Zu groß war im Westen das Überlegenheitsgefühl, das der Zusammenbruch des Ostens bestätigte; zu tief im Osten die Demütigung, die der Triumph des Westens auch denen zufügte, die mit der SED nichts im Sinn gehabt hatten. Solange die Generationen leben, die am Ost-West-Streit teilnahmen, werden Rechthaberei und Rechtfertigungsdrang nicht aus der Geschichtsbetrachtung herauszuhalten sein – aber man kann sie in Grenzen halten.« (I/S. 11)

Das ist zugegebenermaßen nicht einfach. Da ist die erstaunlich fortgesetzte Schiefelage bei der archivalischen Geschichtsaufarbeitung, die sich im außenpolitischen Bereich vor allem durch den fortgesetzten, fast lückenlosen Verschluß der bundesdeutschen Archivalien, aber auch durch den weitgehenden Verschluß der Akten des DDR-Außenministeriums ergibt. Dazu gehört nicht zuletzt die schlichte Tatsache, daß von dem ganzen außenpolitischen Apparat der DDR nur 4 (!) junge Diplomaten einen Platz in einem (gesamt-?) deutschen Corps diplomatique gefunden haben.

Verständlich ist in diesem Kontext, daß sich besonders ostdeutsche Wissenschaftler und Institutionen darum bemühen, hinter die Interessenlagen und Mechanismen der DDR-Außenpolitik, ihren Leistungen und Grenzen Licht zu bringen. Für sie geht es um ein Stück gelebtes Leben, ihren Anteil an einer Politik eines völkerrechtlich anerkannten, meist respektierten und oft umworbene souveränen und potenten Staates. Sie erlebten diese Politik bei allen ideologischen Beschränkungen als die eines Staates, der mit seinen Idealen der Friedfertigkeit, der Solidarität, des Internationalismus meist ernst machte. Abweichungen und problematische politische Entscheidungen wurden verdrängt und ignoriert.

Die hier zu besprechenden Bücher sind aus zwei Konferenzen des Brandenburger Vereins für politische Bildung »Rosa Luxemburg« 1997 und 1998 mit gesamtdeutscher Beteiligung hervorgegangen. Während die Konferenz von 1997 (II) vorrangig zu Einzelfragen Ergebnisse vorlegte (Nakath: Grundlagenvertrag; Siegfried Prokop: 13. August 1961; Michael Herms: Westarbeit der FDJ; Hofmann: SED und nationale Frage; Jörg Roesler: Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD; Claus Krömke: Deutsch-deutsche Wirtschaftskooperation; Peter Brandt: Linke Deutschlandpolitische Optionen 1972-89; Clemens Burrichter: Wissenschaftsbeziehungen; Herbert Häber: SED-KPdSU; Stephan: DDR-BRD 1987-89; Herbert Mayer: Kontakte SED-SPD in den 80er Jahren; Stefan Bollinger: DDR-BRD 1989-90), suchte die Konferenz von 1998 (I) den Bogen zu einer grundsätzlicheren Betrachtung der DDR-Außenpolitik zu spannen.

Hervorzuheben sind hier die beiden Beiträge von Nakath und Stephan zu Grund-

zügen und Entwicklungsetappen der DDR-Außenpolitik beziehungsweise zur SED-Deutschlandpolitik. Die Abgrenzung dieser Aufsätze macht allerdings schon das meines Erachtens zwar gegenwärtig vorherrschende, aber doch nur bedingt produktive Auseinanderdividieren beider Felder deutlich. Natürlich – das zeigen die Autoren auch schlüssig – formulierten jeweils unterschiedliche Apparate und Mechanismen die politischen Aktivitäten auf beiden Feldern und setzten sie um. Letztendlich wurden sie aber durch die jeweiligen 1. Sekretäre beziehungsweise Generalsekretäre Ulbricht und Honecker als Chefsache geführt, wobei das breitere Feld der Außenpolitik auch stärker von anderen Spitzenpolitikern mitbearbeitet wurde. Diese beiden außenpolitischen Felder blieben aber immer in doppelter Hinsicht – und insofern durchaus von den Außenpolitikern anderer Staaten nur in der Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung unterschieden – eingebunden in die Erfordernisse und Möglichkeiten der inneren Verhältnisse und in die welt- und bündnispolitischen Erfordernisse. Letztere reduzierten sich im Kern immer auf die Beziehung DDR-UdSSR, auch wenn sie praktisch vielfältiger waren. Allerdings definierte Moskau seine Interessen gegenüber Deutschland in einem Dreieck Moskau-Berlin-Bonn, wobei zum Unverständnis der SED-Führung die DDR als Bündnis- und Ideologiepartner in für die Sowjetunion kritischen Situationen schlecht wegkam. Häber als einst für die Beziehungen zur BRD verantwortlicher ZK-Abteilungsleiter und später zeitweise Politbüromitglied (durch Intrigen auch aus Moskau gestürzt) konstatiert verbittert: »Moskau hat der DDR gegenüber mit gezinkten Karten gespielt. Es ist eine meiner Erfahrungen. In all diesen Jahren war die Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR eine Politik mit ›doppeltem Boden‹ ... Daß die Bonner Regierung das so gemacht hat, ist verständlich, war sie doch nicht unser Verbündeter; aber daß die sowjetische Führung die DDR auf eine ziemlich grobe Weise desavouierte, paßt nicht ins Bild vom treuen Verbündeten.« (I/S. 159)

Ja, das Bild, die theoretischen Grundlagen der DDR-Außenpolitik. Sie sollte, wie alle Politik realsozialistischer Staaten eine wissenschaftliche sein. Daß dem so nicht war, belegt

etwa Werner Hänisch in seinem Beitrag. Letztlich dominierten Interessenlagen und nicht Illusionen von den hehren Glaubenssätzen eines sozialistischen Internationalismus. Die wurden übrigens nicht erst 1989/90 aufgegeben und keineswegs nur von Moskau. Spätestens wenn es um das wirtschaftliche Überleben ging, setzte auch die DDR auf ihre wohlverstandenen Interessen und riskierte dabei gelegentlich auch Moskauer Verstimmungen. Das belegt wiederum Jürgen Nitz mit seinen Reminiszenzen an die Geheimverhandlungen DDR-BRD besonders in den achtziger Jahren. Auch wenn dieser heute sehr mitteilsame Unterhändler möglicherweise durch seine vielen Auftritte ein etwas schiefes Bild von machbaren DDR-Außenpolitik-Konzepten vermittelt, die nicht grundlos sowohl von Moskau, sondern auch von Mitgliedern der SED-Führung beargwöhnt und bei Entscheidungsreife kaum mitgetragen worden wären.

Anschaulich schildern Siegfried Bock, Bernhard Neugebauer, Hans Voß und Hans Schindler einzelne Aspekte der DDR-Außenpolitik, ihre Intentionen, Mechanismen und Aufwendungen. Trotz der Dichte dieser Informationen bleiben offene Fragen. Warum gelang es der DDR nicht beziehungsweise warum wollte sie nicht den augenscheinlich in den sechziger und wiederum in den achtziger Jahren möglichen größeren außenpolitischen Spielraum umfassender nutzen? Welche unterschiedlichen Interessengruppen (und damit Einflußmöglichkeiten Moskaus) hinderten sowohl Ulbricht, der gestürzt wurde, als auch den späten Honecker daran, ihre neuen Ansätze einer Neugestaltung der Beziehungen zu Bonn durchzusetzen? Warum kamen beide Generalsekretäre in ihrer späten Amtszeit zu recht ähnlichen Sonderwegen für Beziehungen zu Bonn?

Ein Defizit bleibt zudem kritisch anzumerken: die fehlende Aufarbeitung der Außenpolitik der DDR in ihrem letzten Jahr. Hier gibt es zwar einige kursorische Anmerkungen, eine geschlossene Würdigung der neuen Ideen und neuen Möglichkeiten sowie ihrer Zerschlagung durch die bald greifende bundesdeutsche Dominanz wären sinnvoll. Vielleicht ein Themenvorschlag für eine DDR-Außenpolitik-Konferenz im Jahr 2000?

STEFAN BOLLINGER

Günter Albrecht, Axel Grone-meyer, Friedrich Stallberg (Hrsg.): **Handbuch Soziale Probleme**, Westdeutscher Verlag Opladen/Wiesbaden 1999, 1035 S. (98 DM)

»Was sind soziale Probleme?« Auf diese Frage wird den meisten Leserinnen einiges an Beispielen einfallen, angefangen etwa von A wie Arbeitslosigkeit bis Z wie Zerstörung der Umwelt.

Diese scheinbare Klarheit zeichnet auch die Verlags-Werbetexter des zu besprechenden voluminösen »Handbuchs« aus, die einen sehr umfangreich geratenen soziologischen Werkstattbericht Juristen, Psychologen, Pädagogen, Sozialarbeitern und gar Politikern als »systematische Zusammenfassung des Wissens über soziale Probleme« anpreisen und die mit großer Wahrscheinlichkeit resultierenden Frustrationen der genannten Adressaten in Kauf nehmen.

Für die sich dem Selbstverständnis der Herausgeber nach konstituierende »Soziologie sozialer Probleme« ist die Definition des Begriffs jedoch ebensowenig geklärt wie überhaupt nur ansatzweise theoretische Übereinstimmung über diese US-amerikanisch inspirierte Disziplin besteht. Der Rezipierbarkeit des Bandes kommen diese Unsicherheiten nicht eben zugute.

Es fällt zunächst die sehr eingeschränkte Vermittlung zwischen den theoretischen und den empirischen Teilen des Bandes auf. Eine Reihe der »ausgewählten sozialen Probleme«, die drei Viertel des Umfangs ausmachen, sind von den konkurrierenden theoretischen Überlegungen zur »Soziologie sozialer Probleme« kaum erkennbar angeleitet.

Die mangelnde Konsistenz des Buches mag mit seiner Entstehungsgeschichte zusammenhängen, die mit dem Bielefelder Soziologentag von 1976 begann. Seinerzeit bildete sich innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie die Sektion »Soziale Probleme und soziale Kontrolle«, die jedoch intern nicht zur Klärung der Eingangsfrage gelangte. Das nichts weniger als handliche »Handbuch«, das dem Genre auch in anderer Hinsicht kaum entspricht, sollte dazu beitragen, den For-

schungsstand zusammenzufassen und weitere Untersuchungen grundzulegen.

Zumindest ein Motiv dabei dürfte auch die Rekonstituierung der Soziologie als Quellen- und Bezugswissenschaft für die soziale Arbeit gewesen sein. So wird der gesellschaftlichen Verarbeitung – der Kontrolle – »sozialer Probleme«, also »der Sozialarbeit« ein eigenes Kapitel ebenso gewidmet wie der Auseinandersetzung mit den Spezifika von Helferberufen oder der Geschichte und Gegenwart sozialer Dienstleistungsberufe.

Die Zieldisparität und die für ein »Handbuch« sehr unüblichen qualitativen und vor allem auch quantitativen Unterschiede der Beiträge, die zwischen einigen wenigen und über hundert Seiten umfassen, dürfte weiterhin dem langjährigen Editionsprozeß geschuldet sein, der sich nicht zuletzt darin spiegelt, daß bei einem im Vorjahr erschienenen soziologischen Fachbuch die deutsche Vereinigung – die ja wohl nicht wenige »soziale Probleme« generierte – eher am Rande, etwa unter dem Stichwort »Gewalt und Sport: Rechte Rowdies in rechter Gesellschaft« (S. 434-461) vorkommt. Wissenschaftler, die in den neuen Ländern arbeiten (einmal Dresden, einmal Halle a. d. S.), bilden denn auch unter den AutorInnen eine verschwindende Minderheit und sind dazu mindestens teilweise noch »Westimporte«.

Des weiteren scheint manche Auswahlentscheidung der Herausgeber zufällig erfolgt zu sein. Aufgenommen sind neben einer Reihe unstrittig problematischer Phänomene auch »Freizeit«, »Verkehr«, auch »Jugend«, dagegen beispielsweise nicht Soziale Ungleichheit. Ob »Pornographie« als gleichwertiges »Soziales Problem« angesehen werden kann wie etwa die ebenfalls behandelte »Politische Gewalt: Rebellion, Revolution, Krieg« fragten sich angesichts der fortschreitenden Pornographisierung etwa des Fernsehens nicht nur der Rezensent, sondern augenscheinlich auch die Verfasser des Beitrages (M. Schetsche, R. Lautmann) selbst, die zum Abschluß unter der Überschrift »Die Zukunft der Pornographie« zu dem folgenden, wenig problemverheißenden Schluß kommen: »Wild und scharf müssen die Stoffe sein. Aber sie sind oft und erkennbar lieblos gemacht. Ein wenig mehr Gefühl täte dem Pornographischen gut.« (S.

588) Wie in einigen anderen Fällen auch, wäre es editorische Aufgabe gewesen, einen solchen Beitrag beziehungsweise das gesamte Stichwort zu streichen. Dann wäre Platz für Artikel gewesen, die unvergleichlich relevantere soziale Probleme repräsentieren. Wenn »Armut« selbstverständlich als soziales Problem angesehen und jemand, der seinen Lebensunterhalt – aus welchen Gründen auch immer – nicht durch Arbeit verdient, zum sozialen Problem wird, jemand aber, der ebenfalls nicht arbeitet, sondern vom Ertrag seines Aktienportefeuilles lebt, nicht? Letztere Zeitgenossen kommen der Soziologie sozialer Probleme erst gar nicht in den Betrachtungshorizont; es handelt sich um dezidiert bürgerliche Sozialwissenschaft.

Auch in den theoretischen Teilen findet sich Anlaß zur Kritik am »Handbuch«. Eine sehr spezielle mathematische Abhandlung über quantitative Methoden der Sozialforschung dürfte nur für einen sehr eingeschränkten Leserkreis von Interesse sein (H.-J. Heiland: Die Analyse von Zeitreihen, S. 883 – 906).

Es lassen sich jedoch auch Nutzwerte des Buches ausmachen, die sich aus einzelnen Beiträgen zu sozialen Problemen oder auch einzelnen theoretischen Texten erschließen. So wird AIDS, allgemein lediglich als gesundheits- oder sexualpolitisches Thema wahrgenommen, überzeugend als soziales Problem vorgestellt (S. 139 – 173). Die Autoren W. Dür und J. Pelikan stellen zunächst knapp den medizinischen Befund zu HIV-Übertragungen vor, um sodann auf die gesellschaftliche Verarbeitung von AIDS ebenso einzugehen wie auf sozialwissenschaftliche Desiderate bei der Verarbeitung der Immunschwächekrankheit.

Ebenso grundlegend sind die Beiträge zur Mehrheit der Stichworte, zu den vorstehend angesprochenen »Standardproblemen« ebenso wie zu den seltener herangezogenen Problemen wie Ethnische Minderheiten, Frauendiskriminierung, Gewalt und Sport, Prostitution, Behinderung (psychisch, körperlich – aber nicht geistig!) u.v.a.m. In sehr vielen dieser Beiträge erschließt sich die soziale Problematik durch historische Aspekte, politische Bearbeitung und soziale Intervention (smöglichkeiten).

Wer an den Konstitutionsprozessen der »Soziologie sozialer Probleme« interessiert ist,

wird in dem einleitenden Aufsatz von Axel Gronemeyer fündig. Lesenswert auch die Abhandlung von Günter Albrecht, der in einem über hundert Seiten umfassenden Essay »Methodische Probleme der Erforschung sozialer Probleme« darstellt.

Insgesamt aber bleibt der Rezensent nach der Lektüre des »Handbuchs« ziemlich ratlos zurück, gewisser nur in einer Hinsicht geworden, nämlich Verlagswerbetexten noch gründlicher als bisher zu mißtrauen.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

**Julijana Ranc:
Trotzki und die Literaten.
Literaturkritik eines Außenseiters,
M und P. Verlag für Wissenschaft
und Forschung Stuttgart 1997,
215 S.**

Hans Mayer porträtierte Trotzki als eine »Zwischenexistenz zwischen Revolution und Literatur«, er sei damit in Politik wie Literatur ein Außenseiter¹ Trotzkis lebenslange Versuche, Literatur- und Gesellschaftskritik miteinander zu verknüpfen, zeichnet die deutsch-serbische Autorin Julijana Ranc in einer überaus lesenswerten Studie nach.

Sie sieht Trotzki einerseits in der aufklärenden Tradition der russischen Sozialkritik des 19. Jahrhunderts, andererseits als Fortentwickler undogmatisch-marxistischer Denker wie Antonio Labriola, dessen kulturkritische Essays von Franz Mehring übersetzt wurden und Trotzki stark beeinflussten. Labriola hatte vor einer simplizistischen Basis-Überbau-Beziehung gewarnt: »Die zugrundeliegende ökonomische Struktur, die alles Übrige determiniert, ist kein einfacher Automat ... Von diesem Unterbau bis zu allem Übrigen vollzieht sich der Prozeß der Ableitung und Meditation auf sehr komplizierten Wegen, oft subtil und verschlungen und nicht immer zu entschlüsseln« (S. 50).

Auch Trotzki hatte nichts mit jener vereinfachten Deutung gemein, die den künstlerischen Schaffensprozeß als mehr oder minder bloße Wiedergabe gesellschaftlicher Zustände begriff. »Die schöpferische Psyche ist kein passiver Spiegel, der alle sich vor ihm entfaltenden Erscheinungen wiedergibt. Sie

verwandelt sie in künstlerische Bilder, doch das braucht Zeit, je komplexer sich die sozialen Verhältnisse und die Weltanschauung verändert haben. Doch das Entscheidende ist, daß das Leben trotz alledem der schöpferischen Psyche erlaubt, das neue Material zu verdauen und diesem Material die entsprechenden Formen zu geben« (S. 44).

Die Autorin unterscheidet drei Phasen in Trotzkis Leben, in denen er sich mehr oder weniger systematisch nicht nur der politischen Publizistik, sondern auch der Literaturkritik widmen konnte: die Zeit seiner ersten Verbannung nach Sibirien (1900-1902), die Wiener Periode (1907-1914) sowie der sowjetische Alltag nach dem Bürgerkrieg und vor seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben (1921-1925). Trotzki selbst hob hervor, daß er immer, sogar während des Bürgerkrieges, die Zeit fand, zumindest die aktuellen Tendenzen der literarischen Produktion zu verfolgen.

Trotzki's literarische Interessen waren weit gespannt. Er war offen für die verschiedenen Strömungen und Schulen, für unterschiedlichste Erzählweisen und Gattungen. Während seines Wiener Aufenthaltes verfolgte er intensiv nicht nur die literarische und künstlerische Moderne, sondern auch die Psychoanalyse in ihren sich entwickelnden Schulen. Seine psychologische Beobachtungsgabe verband sich mit einem entwickelten Sinn für Satire. So, schrieb er 1910, »beeilte sich der deutsche Student, sich zu der von Bier und Einbildung aufgeschwemmten Figur herauszubilden, die neben dem preußischen Leutnant nicht von den Seiten satirischer Blätter verschwindet. In Österreich wurde der Student zum Träger der nationalen Exklusivität und des Chauvinismus in dem Maße, in dem sich der Kampf der verschiedenen Nationen dieses Landes und der Einfluß auf die Staatsgewalt verschärfte. Und zweifellos hat die Studentenschaft in allen ihren historischen Metamorphosen, selbst in den abstoßendsten, sowohl politisches Fingerspitzengefühl wie die Fähigkeit zur Selbstaufopferung und zum kämpferischen Idealismus bewiesen ...« (S. 104).

Obleich Trotzki in seiner Erscheinung dem Typ des bohemehaften Intellektuellen entsprach, weist Ranc darauf hin, daß er niemals diese Art des in Wien so häufigen Zeitgenossen verkörperte. »Bei aller Sympathie für den

antibürgerlichen Widerspruchsgeist der Bohemiens geht es ihm auch hier darum, zwischen enthusiastischen Glaubensbekenntnissen, romanisierender Parteinahme für die ›Erniedrigten und Beleidigten‹, antibürgerlich-revolutionärer Attitüde und politischem Revolutionarismus zu unterscheiden« (S. 139f.). Dies kam besonders in Trotzki's Essay über den »Simplicissimus«, die berühmte Münchener satirische Zeitschrift, zum Ausdruck, der, so Ranc, die »Verflechtung von Satire und Markt« untersuchte (S. 145). Als sich der ›Simplicissimus‹ gegen die kleinbürgerliche Moral empörte, appellierte er an den kleinbürgerlichen Markt« so schrieb Trotzki. »Er hatte Erfolg – gewaltigen Erfolg – und er fiel ihm zum Opfer. Die Revolutionstechnik wurde unvergleichlich vollkommener, aber die Spitze der Satire wurde stumpf. Der unbestimmte soziale Idealismus wurde durch Blasiertheit aufgelöst ... Die Reklame nimmt fast die Hälfte jeder Ausgabe ein. Man findet sie nicht nur im Anzeigenteil; sie ist auch in den Textspalten eingestreut und streckt ihre Fühler auch in die Illustrationen aus. Die Reklame kauft die Künstler und wird selbst künstlerisch. Gulbransson teilt seinen Zeichenstift zwischen sozialer Satire und Inseraten von Handelsfirmen ... Heine stilisiert das Auto ›Züst‹ und setzt darauf den Mopskopf. Armer Mops des Radikalismus und der unversöhnlichen Satire! – Er wurde zum Söldner der kapitalistischen Reklame« (S. 145f).²

Dennoch gehörten die Autoren und Zeichner des »Simplicissimus« für Trotzki zu jenen, denen »allein schon das ästhetische Gefühl ... nicht erlaubt, sich zu Sängern einer satten, kreditfähigen und säbelrasselnden Moral zu verwandeln« (S. 149). Das ästhetische Gefühl vor allem der Bohemiens war für Trotzki gleichbedeutend mit einem künstlerischen Widerspruchsgeist. Auf diesen Geist haben aber, so die Autorin, nicht nur politisch-soziale, sondern auch technisch-industrielle Veränderungen Einfluß. In der kapitalistischen Großstadt sah Trotzki »neue Herde entstehen: das Nachtcafé, die Redaktion, das Variété. Es formiert sich eine neue Psyche« (S. 149).

Ausdruck dieser neuen Psyche sei die Lyrik Frank Wedekinds, jener »ruheloze Ästhetizismus«, der dem Leser »einen kleinen Winkel der Zukunft« eröffnet, aber »ihn hilflos am

Parktor zurück(läßt). Die Vorliebe für plastische Formen genügt nicht, um die Welt umzukrempeln.«³ Mit Bezug auf Wedekind begründet dies Trotzki einmal mehr: »Die Satire hat noch nie soziale Einrichtungen zerstört. Die bürgerliche Gesellschaft kann sich diesen Luxus erlauben – und sogar den Leugner durch Erfolg belohnen. Das Drama der Annäherung der Verleugneten an die Leugner wird durch eine ganze Reihe von Mittlern erleichtert – den Verleger, den Regisseur, den Schauspieler und den Kritiker, durch den Kritiker besonders« (S. 150).

Welchen Luxus kann sich das proletarische Regime erlauben? Diese Frage stand ab 1917 vor den ehemaligen Oppositionellen. Für sie erwies sich, so Ranc, »die Grenzziehung zwischen dem Bestreben, die Revolution zu sichern, propagandistisch zu stützen und dennoch eine Einmischung in künstlerische Angelegenheiten zu vermeiden, ... nicht selten als eine Gratwanderung.« Trotzki warnte dabei »vor einer Zensurpraxis, die einer Kunst der Schönfärberei Vorschub leisten könne« (S. 159).

Die Frage wurde akut, als sich der sogenannte Proletkult herausbildete; eine literarische Stilrichtung, die im Dienste der Revolution stehen wollte, dabei aber die modernen künstlerischen Formen als reaktionär brandmarkte und ihre Vertreter, darunter solch unstreitige Anhänger der Sowjetmacht wie Tretjakow, Meyerhold und Majakowski, angriff. Trotzki wies wiederholt auf den aufklärerischen Anspruch der sowjetischen Kulturpolitik. Er wandte sich gegen administrative Gängeleien der Künstler durch die Parteibürokraten, wollte aber auch all denen keine Sonderstellung einräumen, die sich für die Revolution erklärten und dies allein schon für den Ausdruck künstlerischer Qualität hielten. Gegen den Proletkult gewandt, erklärte Trotzki, die Rede von einer proletarischen Kunst und Kultur sei bloße Fiktion. Besonders in einem von Krieg und Bürgerkrieg gezeichneten Land wie Rußland würden hierfür die elementarsten Grundlagen fehlen. Im Gegensatz zur Bourgeoisie, die ihre Kultur über Jahrhunderte hinweg entwickeln konnte, verfüge das Proletariat über keine eigenen kulturellen Ressourcen. Es müsse sich also zunächst die bürgerliche Kultur aneignen. »Hauptaufgabe der proletari-

schen Intelligenz in den nächsten Jahren«, schrieb Trotzki, ist »nicht eine Abstraktion der neuen Kultur – solange für sie noch nicht einmal das Fundament gelegt ist –, sondern eine äußerst konkrete kulturelle Betätigung, das heißt die systematische Weitergabe der notwendigen Elemente der Kultur, die schon da ist, an die zurückgebliebenen Massen. Man darf die Kultur einer Klasse nicht hinter ihrem Rücken entwickeln.« Das Postulat einer proletarischen Kultur laufe hingegen auf einen »Cliquen-Hochmut« hinaus (S. 69).

Trotzki hieß indes Literatur mit modernistischer Tendenz nicht per se gut. So habe der Futurismus trotz seines stürmisch oppositionellen Charakters keinen festen Kern; er habe sich »als arabesker Seitentrieb der bürgerlichen Kunst« gerade in rückständigen Ländern wie Italien und Rußland herausgebildet. Ihre bilderstürmerischen Tendenzen würden die Futuristen aber letztlich zu Parteigängern der Reaktion werden lassen; Trotzki zitierte Antonio Gramsci zur Bestätigung seiner Ansicht (S. 171f.).

»Die kulturpolitische Diskussion 1923/24 um die Rolle der Partei in Fragen der Kunst war in der Geschichte der SU für Jahrzehnte die letzte, die noch den Namen Diskussion verdient« (S. 182). Dieser Feststellung der Autorin Ranc ist ohne weiteres beizupflichten. Mit Trotzki's Ausschaltung aus dem politischen Leben der Sowjetunion wurden auch seine Ansichten über Kunst und Literatur als feindlich verdammt und dem Vergessen anheimgegeben. Auch im Westen blieb diese Seite von Trotzki's Leben und Werk ein Randthema der Forschung und Debatte. Dabei verdient gerade seine wichtigste Äußerung, die er zusammen mit André Breton über die Freiheit der Kunst traf, volle Zustimmung. Ohne Wenn und Aber hielten Trotzki und Breton jeglicher Parteivormundschaft ihren, wie sie betonten, »entschiedenen Willen in der Formel entgegen: jegliche Freiheit in der Kunst« (S. 193).

MARIO KESSLER

Siegfried Lamnek, Gaby Olbrich,
Wolfgang J. Schäfer:
Tatort Sozialstaat: Schwarzarbeit,
Leistungsmissbrauch,
Steuerhinterziehung und ihre
(Hinter)Gründe,
Leske + Budrich Opladen 2000,
356 S. (48 DM)

Der heute von der Unternehmenseite hart angefeindete, von den Gewerkschaften zäh verteidigte und von der (auch der sozialdemokratischen) Politik zum »Umbau« freigegebene Sozialstaat erweist sich zunehmend mehr als eine Errungenschaft auf Zeit, die nicht zuletzt einer spezifischen Nachkriegskonstellation geschuldet war. Neben dem vermeintlich übermächtigen Veränderungsdruck, der von Deregulierung und Globalisierung ausgeht, entspringt eine weitere Bedrohung jedoch scheinbar den inzwischen weitverbreiteten »schädlichen Verhaltensweisen« der Sozialstaatsnutznießer selbst: Schwarzarbeit und Leistungsbetrug unterminieren zusätzlich die ohnehin an vielen Stellen bereits bedenklich beschädigte Festung Sozialstaat.

Auch wenn dies auf den ersten Blick durchaus plausibel klingt, ist die Schädlichkeit der sogenannten Sozialkriminalität keineswegs unumstritten – denn das in der Schattenwirtschaft ausgereichte Geld kauft auch eine Vielzahl von Leistungen und Produkten, an denen der Staat via Mehrwert-, Tabak-, Alkohol- und ehemaligen, aber immer noch erhobenen Kolonialsteuern (auf Tee und Kaffee) erheblich mit verdient, und es sichert via Nachfrage Arbeitsplätze. So hat die jüngst im Wirtschaftsmagazin *Focus-Money* vertretene These einiges für sich, daß ohne Schattenwirtschaft das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 nicht um 3,0 sondern nur um 2,3 Prozent wachsen würde.

Solcher Art Überlegungen kommen der Autorin und den Autoren des hier zur Rede stehenden Buches nicht – jedenfalls nicht ernsthaft, bis auf einen sparsamen Hinweis (S. 41, Fußnote 7) bleibt ihre Wahrnehmung kriminalitätsfixiert. Deshalb wird die Frage, ob es sich bei den untersuchten »Hauptdelikten« (Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Miß-

- 1 Hans Mayer: Außenseiter, Frankfurt a. M. 1977, S. 425, 432.
- 2 Der »Mopskopf« bezog sich auf das von Thomas Theodor Heine entworfene Signet des »Simplicissimus«, die Bulldogge.
- 3 Leo Trotzki: Literatur und Revolution, Neuausg. München 1972, S. 376. Dieses Zitat findet sich nicht im Buch von J. Ranc.

brauch von Arbeitslosengeld und -hilfe sowie von Sozialhilfe) um ›einfache‹ Sozialabweichungen oder um Verbrechen handelt, auch nur pro forma nicht klar beantwortet (vgl. S. 41ff.). Die Diktion des Buches, in dem durchweg von »Tätern« gesprochen wird, läßt nämlich wenig Zweifel am Standpunkt der Verfasser. Daß diese sogar das Ausnutzen von (möglicherweise politisch gewollten) Unschärfen in der Gesetzgebung als »Sozialmißbrauch« qualifizieren, zeugt zudem von einer besonders veredelten Form gehobenen staatsbürgerlichen Bewußtseins (vgl. S. 23, 297).

Lamnek, Olbrich und Schäfer präsentieren in ihrem Buch die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das sich mit den subjektiven Motiven und strukturellen Ursachen von abweichendem Sozialverhalten (»sozialer Devianz«) befaßt hat. Durchgeführt werden sollte »eine ganzheitliche, auch lebensweltliche Analyse von Verhaltensweisen, wie Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehung und nicht legaler Inanspruchnahme staatlicher Hilfsleistungen« (S. 27), die jedoch bemerkenswerterweise auf Privatpersonen beziehungsweise -haushalte beschränkt bleibt. Der Unternehmenssektor – in dem soziale Devianz als Element der Gewinnsteigerung eine wesentliche Rolle spielt – bleibt weitestgehend ausgeklammert. Der vorgelegte Forschungsbericht dokumentiert (soweit die bedenkliche Fixierung auf private Personen wie Haushalte akzeptiert wird) sowohl das handwerklich solide Herangehen der Autoren als auch die Details ihrer Ergebnisse, die wiederum die Basis für weiterführende Generalisierungen darstellen. Die zutage geförderten Befunde überraschen angesichts dessen, daß die herrschende Gesellschaftsform als kapitalistische Geldwirtschaft verstanden werden muß, indessen kaum. Denn es geht vor allem um Geld: »Das vorrangige Ziel abweichenden Verhaltens im Kontext des Steuer- und Sozialversicherungssystems ist die Erweiterung des eigenen finanziellen Handlungsspielraumes« (S. 314). Ferner geht es um die Sicherung eines erworbenen sozialen Status, der nicht selten durch die inzwischen weitverbreitete Zerrüttung des ›Normalarbeitsverhältnisses‹ massiv bedroht ist (vgl. S. 160 passim). Anders gesagt, die ›Amerikanisierung der

Verhältnisse«, vor allem gekennzeichnet durch die Vereinigung einer Vielzahl von (Niedrig)Einkommensquellen auf eine Person (die trotzdem aus ihrer Einkommenskalamität nicht entkommen kann), wird hier auch dadurch auffällig, daß sie gezwungen ist, gegen geltende rechtliche Regelungen zu verstoßen. Drittens schließlich geht es auch um eine Art ›sozialer Revanche‹ gegenüber den Prominenten dieser Gesellschaft, die sich offenbar ungestraft auf illegale Weise durch Steuerhinterziehung und Privilegienmißbrauch bereichern (vgl. 266, 272). »Die negativen Vorbilder, also z.B. Personen des öffentlichen Lebens, die sich sozial deviant verhalten, motivieren deviantes Handeln Anderer vor allem dann, wenn diese Anderen den Eindruck haben, schlechter gestellt zu sein und sie befürchten, diese soziale Ungleichheit werde durch die negativen Vorbilder auf unrechtmäßige Art und Weise weiter fortgeschrieben und vergrößert« (S. 316).

Während im Westen der Republik die Unterscheidung zwischen Bagatel- beziehungsweise Kavaliersdelikten (Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung) und als besonders illegitim geltenden Verhaltensweisen (Mißbrauch von Sozialleistungen) tief im Alltagsbewußtsein verankert scheint, sind die Wahrnehmungsmuster im Osten davon merklich verschieden. Die von den Autoren identifizierte Ost-Besonderheit, wird von ihnen sogar als »eigene Rechtsauffassung der Ostdeutschen« (S. 145 passim) qualifiziert. Denn der scheinbar niedrigere Verbreitungsgrad sozialer Devianz in den Neuen Bundesländern (außer beim ›Schwarzfahren‹) rührt nach Ansicht der Verfasser daher, daß im deutschen Osten »die Handlungen, die ein Westdeutscher eher als Delikte definieren würde, seltener so bezeichnet werden« (S. 159). Mit anderen Worten, was bei den Verfassern als ›Überschuß‹ an staatsbürgerlichem Bewußtsein erkennbar wird, erscheint beim ›Ossi‹ umgekehrt als Mangel an Schuldgefühl.

Allerdings ist es in der bundesdeutschen Republik gar nicht so leicht, unbescholten durch die Wirrnisse des sozialen Sicherungssystems zu kommen. Denn die Vielzahl der größtenteils höchst komplizierten (Ver)Regelungen führt schnell dazu, daß »ein Empfänger staatliche Leistungen (missbraucht) ...

ohne dies zu bemerken« (S. 23). »Man gewinnt fast den Eindruck, man laufe immer Gefahr, sich irgendeiner Devianz schuldig machen zu müssen« (S. 26). Dazu kommt, daß die in diesem undurchsichtigen Regelungswirrwarr erlassenen Entscheidungen der Sozialbürokratie nicht selten als Willkürakte beziehungsweise als »staatliche Pflichtverletzungen« empfunden werden, die wiederum Verstöße gegen die Sozialgesetzgebung als eine Art Notwehr erscheinen lassen (vgl. S. 39). Dies gilt insbesondere für jene Aktivitäten, die – wie Schwarzarbeit – noch mit der Aura besonderer Leistungsbereitschaft oder besonderer Cleverness – zum Beispiel bei Steuerhinterziehung – faktisch positiv besetzt sind. Während der Mißbrauch von Sozialleistungen schon wesentlich kritischer beurteilt wird, empört sich das »Volksempfinden« besonders dort, wo Leistungen bezogen werden, ohne vorher in das Sozialsystem »eingezahlt« zu haben (vgl. S. 325). Da Spätaussiedler oder Asylbewerber aber zu jenen Gehören, denen staatliche Hilfen zuteil werden, ohne daß diese Bevölkerungsgruppen vorher Beiträge geleistet beziehungsweise hinreichend lange Steuern gezahlt hätten, richtet sich die Ablehnung großer Bevölkerungsteile gerade gegen diese Gruppen. Hier handelt es sich demnach weniger um Ausländerfeindlichkeit als vielmehr um »Sozialneid« (S. 304). »Darüber hinaus handelt es sich evtl. aber auch um Legitimationsversuche des eigenen devianten Handelns, wenn unsere Akteure über die als ungerecht empfundenen Leistungsgewährungen für Ausländer sprachen« (S. 304/305).

So aufschlußreich sich die genannten, durchaus bemerkenswerten Befunde auch darstellen, so konsequent verweigern sich die Autorin und die Autoren der weiteren Ausdeutung jener Erkenntnisse, die einen Zusammenhang zwischen den »Prinzipien der Marktwirtschaft« und der weiter um sich greifenden »Priorisierung eigener Interessen und des eigenen Gewissens gegen über Regeln und Normen« (S. 336) erkennbar werden lassen. Daß die Unternehmen (als wichtige Nachfrager von Schwarzarbeit) die eigentlichen Gewinner sind (vgl. S. 107f, 116 passim), wird gerade noch konstatiert, aber in seinen Folgen nirgends thematisiert. Uns so bleibt auch verborgen, daß das sogenannte Lohnabstand-

gebot, das die hinreichende Niedrigkeit von Sozialleistungen legitimieren soll, nicht zuletzt dafür sorgt, daß die industrielle Reservearmee an bereitwilligen Schwarzarbeitern groß genug bleibt.

Auf jeden Fall verdeutlicht die vorliegende Studie, daß der »homo oeconomicus« bei seinem gesellschaftlichen Durchmarsch inzwischen auch die Stammtische erreicht hat. Die allgemeine soziale Entsicherung und die Ungewißheit über Höhe und Zugangsbedingungen zukünftiger Sozialtransfers (insbesondere in bezug auf die Höhe von Arbeitslosengeld und Rente) entfesseln offenbar (marktwirtschaftlich durchaus legitimierte) Bereicherungsinstinkte. Die »Tendenz zur Entsolidarisierung« (S. 299) sprengt zunehmend die überkommenen gesellschaftlichen Strukturen. Was als »wachsende Staatsverdrossenheit« (S. 311) und »Entformalisierung« (S. 301) der Gesellschaft beziehungsweise als »Informelle Ökonomie« (S. 329) erscheint, muß aber wahrscheinlich in erster Linie als *Neuformierung einer Gesellschaft jenseits des Sozialstaats der Nachkriegsära* begriffen werden. Angesichts des weiteren (und von den Verfassern nicht problematisierten) Voranschreitens der Vermarktwirtschaftlichung immer neuer gesellschaftlicher Sphären mutet der Ruf nach »einer Fortentwicklung des Rechts« (S. 338) als Mittel zur Rettung des sozialstaatlichen status quo letztlich genauso ratlos wie hilflos an.

ARNDT HOPFMANN

Klaus Weber:
Courage, Intelligence, and a Radical but Realistic Policy – the Breakdown of a Democratic Project

With his review of the Bavarian People's Councils' Republic (»Räterepublik«) and the historic events in the city of Kolbermoor the author attempts to explain the political conditions under which the People's and Worker's Councils in the aftermath of the First World War had to function. Using the example of the Revolutionary Workers Council of Kolbermoor and the mayor Georg Schuhmann he describes local political decision-making as part of a strategy known as »revolutionary realistic policy«. Courage, intelligence, and radicalism are the most important political attributes that are prerequisites for a true change in social relations.

Thomas Gerlach:
**The Making of the »Omni-disposable« Human.
On the psychological creation of subjects in
neoliberal capitalism**

The effects of neoliberal ideologies have influenced the lives of many people in ways they themselves would not even concede. The deterioration of living standards is being felt everywhere. This is precisely what provokes the question of why those affected simply submit to what is happening to them. Thomas Gerlach attempts to answer this question by undertaking the »psychoanalysis« of neoliberalism. In view of the predictable deterioration of real living standards, neoliberalism has had to resort to, what is known as »endowment of life with meaning«, which emphasises identity and identification – i.e. vigorous creation of political awareness – in order to ensure loyalty to its policies and structures. The result is a »submissive attitude to the situation« which, at the same time, is not reluctantly accepted but apparently voluntarily and without resistance. The ultimate target is to create the omni-disposable service economy human being, who personally (and without a murmur) expends his energy making ends meet. Not only is this strategy accompanied by the destruction of welfare-state systems but also by an attempt to transfer the contradiction between capital and labour »onto« the individual. Humans are being made to conform, in every respect, to the expectations of capital.

Bernhard Walpen: Deliberations on the History of Neo-Liberalism

Neo-Liberalism (or neo-classical economics) is presently, despite all fundamental criticism, the predominating economic theory, enjoying tremendous influence in all economic spheres of policy. A closer appraisal of the historical background of this school of economic thought reveals, surprisingly enough, that public opinion is characterised by myths and ignorance. Therefore Bernhard Walpen attempts, first of all, to explore the roots of Neo-Liberalism and the evolution of its doctrines over the past few decades. His conclusion is that for more than half a century, neo-liberal theories have produced various (even contradictory) versions that can be reduced to the common denominator of anti-etatism in economic policy and a plea for unbridled competition. Their remarkable political influence results, not least of all, from the fact that neo-liberal protagonists are internationally organised in the Mont Pèlerin Society.

Rainer Rilling: Internet and political education

If power is not everything in politics but still constitutes the essence of politics, then democratic political education should render the individual capable of recognising and handling power in his own interests to reach democratic objectives. This political education views power from the perspective of the rank and file. It signifies empowerment. Mass media, including internet, are both the subject and the means by which political education processes take place. With internet, new learning locations and environments have become possible (telelearning). There are special problems of implementation and it becomes necessary to develop new competence in its utilisation. Whether the social and political gap that currently characterises the use of internet can be overcome, as well as, if the internet can become more than simply a democratic political education tool used by a social minority, are open questions - and therefore realistic options.

Michael Felder: Modernisation of Administration, the Transformation of State, and the new Social-Democracy

The principal objective of this article is to analyse the interaction of recent social-democratic policy projects and strategies of modernisation of the administration in various state sectors. In fact, a remarkable continuity with the neo-liberal agenda is evident but there are also obvious elements of a new strategy of social modernisation that sets out to surmount old neo-liberalist contradictions. Altogether these new social-democratic policy strategies alter not only the entire framework of state structures and administration (economisation, internationalisation, and Europeanisation of the state) they equally affect left-alternative policy prerogatives to a great extent.

Stephan Grigat and Florian Markl: Post-Fascism in Austria and the Victory of FPÖ

The authors' analyse the rise of the »Austrian Freedom Party« (FPÖ) in its historical and political context of Austro-fascism, national-socialism and the post-fascist development. Therefore, they take a close look at the crucial elements of Austria's post-fascism normalcy: On the one hand a community, after having played an important role in nazi-crimes all over Europe declares itself to be a »victim« of the nazis, and on the other hand, the specific form of co-operative organisation of social conflicts, that cannot deny its fascist origins as part of a program of eliminating class-struggle. From this perspective, Jörg Haider is seen as both, a product and a critic of Austria's post-fascist normalcy. He is described as being the Führer of a democratic Volksgemeinschaft and representative of a new democratic fascist constellation.

Raimund Feld: France – The Pink-Red-Green »Plural Left« Government: Three Years After Taking Office

This article is an attempt to take stock of the policies implemented by the French »plural left« government since its accession to power in 1997. The author furnishes basic information on the main political events following the 1997 general election. While it focuses on the main measures of social and economic policy, other policy areas, such as foreign policy are also touched upon. Short chapters on the profile – both programmatic and sociological – of the socialist, the communist and the green party are included. Serving as a backdrop, four possible conflict areas between the coalition partners are listed. The concluding remarks describe the recent comeback of a »radical left« sector and its weaknesses.

Hanna Behrend: Universalism and Difference

Universalism – mainly influenced by Marx and Engels – and its human rights concept legitimise the right of any human being, in any part of the world, to the right to life and the realisation of all his/her individual potentials. Universalism was and continues to be indispensable for liberation struggles all over the world. But, without concretising this right with cultural and historical, class-specific and gender-specific, ethnic, social, religious, regional and other attributes, it may well boil down to merely defining human rights from the »white man's« perspective. This is why the post structuralist perception of subjects and related concepts of difference, truth and significance, are better suited to concrete situations and the current state of historical subjects, than are the previous analyses of the ideological structure of gender and race differences in relation to class division. For this reason, the author underlines the necessity to recognise the dialectics of universalism and post structuralist perceptions and to utilise it for practical liberation.

Katina Schubert: No Socialism without Feminism

Even among the most radical members of the »Party of Democratic Socialism« (PDS) an predominating understanding is that the current society is mainly shaped by the contradiction between »capital and labour«. This position includes a suggestion that overcoming capitalism will (automatically) bring an end also to all other (long-) term social contradictions such as patriarchal structures and racism. Katina Schubert argues against these illusions. Patriarchy and racism are special forms of oppression that need to be attacked by special political strategies. In this regard she stands for new approaches to »social justice« (that should include gender relations, inter-cultural communication and sustainability) and to »social equality« (that should include »equality in difference«).

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren, wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V. Gründungsvorsitzende: GUNTHER KOHLMAY [†] und HELMUT STEINER
Redaktion: WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.), ULLA PLENER, ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: utopie-kreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Druck: BärenDruck GmbH, Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand): DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

| | | |
|----------------|----|------|
| Heft 1 bis 62: | je | 2 DM |
| Heft 63 bis 98 | je | 5 DM |

